



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Politische Texte für Kinder

verfasst von

Martina Rössler

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 333 456

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Lehramtsstudium UF Deutsch UF Geographie und
Wirtschaftskunde

Betreut von:

A.o. Univ.- Prof. Mag. Dr. Peter Ernst

Politiker appellieren an die Emotionen IHRES PUBLIKUMS,
sie buhlen um seine Zustimmung
und sie werben für ihre Überzeugungen.

Heiko Girnth

In den Texten kann man von
den Rechten von uns Kindern lesen.

Leon, 10

A word cloud with the word 'Ideologie' in the largest font at the bottom. Above it, several other words are arranged in a semi-circle: 'Wissen', 'Gesinnung', 'Wahrnehmung', 'Auffassung', 'Wahrheit', 'Idee', and 'Anschauung'. The words are in various sizes and orientations, creating a dynamic visual effect.

Abbildung 1: Ideologie

DANKSAGUNG

Die letzte Seite im Schreibprozess dieser Arbeit ist jene der Formulierung meines aufrichtigen Danks gegenüber den Personen, die mich auf dem Weg zum Studienabschluss begleitet haben. Zurecht soll diese am Beginn der vorliegenden Diplomarbeit ihren Platz finden:

Zunächst möchte ich A.o. Univ.- Prof. Mag. Dr. Peter Ernst für die Annahme und kompetente Betreuung meiner Diplomarbeit danken. Auf sein Wort ist stets Verlass und durch seine ruhige und freundliche, aber dennoch bestimmte Art motiviert er seine StudentInnen zu ihren besten Leistungen.

Besonders in den Vordergrund ist an dieser Stelle jedoch meine Familie zu stellen. Meine Eltern haben mir mein Studium nicht nur finanziert, sondern in ihrem Leistungsanspruch auch ein gutes Weiterkommen in jedem Schritt der Ausbildung forciert. Ihr liebevoller Zuspruch begleitete diese Arbeit ebenso wie ihre Hilfe in jeglichem anderen geforderten Belangen.

In meinen Schwiegereltern habe ich darüber hinaus Unterstützer gefunden, wie man sie sich nur im besten Falle wünschen kann. Wann immer ein tröstendes und motivierendes Wort oder auch das Schaffen zeitlicher Ressourcen zum Besuch von Lehrveranstaltungen und zur Abfassung dieser Arbeit von Nöten war, standen sie mir zur Seite.

Meinem Partner und Lebensgefährten möchte ich dafür danken, dass er meine größte Stütze ist und mein Leben auf allen Ebenen so sehr erhellt. Ohne seine Unterstützung wäre die Koordination von der Betreuung unserer Tochter, beruflichen Pflichten und dem Studium nicht möglich gewesen.

Last but not least danke ich allen Personen, die meinen Bildungsweg verfolgt und unterstützt haben. Allen voran gilt dieser Dank meiner Schwester und meinen Großeltern, aber auch engagierten MentorInnen.

INHALTSVERZEICHNIS

DANKSAGUNG	5
1. EINLEITUNG	9
1.1 STRUKTUR UND LEITGEDANKEN DER ARBEIT: Forschungsinteresse und Forschungsfragen.....	10
1.2 ANMERKUNGEN ZUM METHODISCHEN VORGEHEN.....	11
2. SPRACHE UND POLITIK: „DIE ZUNGE DER MACHT“ UND IHR THEORETISCHER HINTERGRUND	12
2.1 DIE WISSENSCHAFT DER POLITOLINGUISTIK	13
2.1.1 Ein kurzer Abriss der Geschichte	13
2.1.2 Themen der Politolinguistik: polity, politics und policies	16
2.2 SPRACHE ALS INSTRUMENT DER POLITIK.....	18
2.3 MERKMALE UND HANDLUNGSFELDER POLITISCHER KOMMUNIKATION	21
2.3.1 Das politische Lexikon	21
2.3.2 Grundprinzipien und Handlungsfelder	23
2.4 FUNKTIONEN, RAHMENBEDINGUNGEN UND ZIELE POLITISCHER KOMMUNIKATION.....	26
2.5 TEXTTYPEN UND INTERAKTIONSFORMATE	28
2.6 POLITISCHE SPRACHE UND IDEOLOGIE	29
2.6.1 Das ideologische Vokabular.....	30
2.6.2 Demokratische Kommunikation	31
2.7 LINGUISTISCHE METHODEN	33
2.7.1 Das lexikalisch argumentative Modell nach Grünert	34
2.7.2 Das Kommunikationsmaximenmodell nach Heringer.....	36
3. POLITISCHE KOMMUNIKATION UND SOZIALISATION: HINEINWACHSEN INS POLITISCHE SYSTEM	38
3.1 POLITISCHE SOZIALISATION UND IHRE INSTANZEN	39
3.1.1 Kognitive Voraussetzungen von Kindern und Jugendlichen.....	41

3.1.2 Die Instanz der Familie.....	43
3.1.3 Die Instanz der Schule	44
3.1.4 Die Instanz der Peergroup.....	46
3.1.5 Die Instanz der Massenmedien	47
3.2 DIE NOTWENDIGKEIT KOMMUNIKATIVER KOMPETENZ: Selektivität von Wissen	48
3.3 SPRACHERZIEHUNG ZUR DEMOKRATIE.....	49
3.4 GESETZLICHE GRUNDLAGEN: Der Grundsatzerlass zur Politischen Bildung.....	51
4. POLITISCHE TEXTE FÜR KINDER: EINE ANALYSE	54
4.1 ANALYSESCHRITTE	54
4.2 TEXTARTEN: EIN ERSTER ÜBERBLICK	55
4.2.1 Das Textkorpus: Was ist ein politischer Text für Kinder?	55
4.2.2 Greifbarkeit und Auftreten politischer Texte für Kinder	63
4.2.3 Einordnung in die Textsortenklassen.....	65
4.2.4 Einordnung in die Sozialisationsinstanzen	67
4.3 FUNKTIONEN POLITISCHER TEXTE FÜR KINDER.....	69
4.3.1 Themen und Sprache politischer Kindertexte	69
4.3.2 Untersuchung nach dem Kommunikationsmaximenmodell	85
4.3.3 Zum Layout politischer Texte für Kinder	91
4.3.4 Der politische Text und das Kind: Erkennen, Nutzen und Gefallen.....	92
4.4 IDEOLOGIE IM POLITISCHEN TEXT FÜR KINDER.....	103
4.4.1 Untersuchung nach dem lexikalisch- argumentativen Modell.....	103
4.4.2 Demokratie im politischen Text für Kinder	110
4.5 SCHLUSSFOLGERUNGEN: Was leisten politische Texte für Kinder in der Politischen Bildung und Sozialisation?.....	114
5. KURZFASSUNG DER ERGEBNISSE UND RESÜMEE	116
6. ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	122
7. ANHANG: FRAGEBOGEN, TEXTKORPUS, CURRICULUM VITAE.....	128

1. EINLEITUNG

Ein altes, weithin bekanntes Sprichwort besagt: „KINDER SIND UNSERE ZUKUNFT“. Sie sind es in der Erhaltung der Spezies Mensch, ihrer Kultur und so auch der Gesamtheit unser aller Werte, Grundsätze und unseres Gedankenguts. Was damit einhergeht, aber sowohl wissenschaftlich als auch oft im privaten Alltag wenig beachtet wird, ist die Tatsache, dass sie damit die Zukunft der Politik, der in ihr umgesetzten Ideologien, Systeme und Inhalte, also insgesamt den Weg, den die Gesellschaft in Zukunft einschlägt, maßgeblich bestimmen.

Demgegenüber steht eine - im Alltag deutlich spürbare - fast unüberschaubare „Flut“ an politischer Information und Werbung, deren AdressatInnen eindeutig sind: die wahlberechtigte, das heißt üblicherweise „erwachsene“ Bevölkerung. Auf den ersten Blick erscheinen Kinder aus dieser allgemein öffentlichen, politischen Kommunikation mit ihren Wahlplakaten, Reden in TV- Duellen, Social- Media- und Weblog- Auftritten politischer AkteurInnen und Institutionen, aber auch Verordnungen, Gesetzen und ähnlichen Gebrauchstexten, fast vollständig ausgeschlossen und jedenfalls nicht primär angedachte AdressatInnen zu sein. Entsprechend viele linguistische Untersuchungen und Arbeiten zum Thema der Sprache- und Politikforschung gehen auf die oben aufgeführten Texte ein; der politische Text, der sich explizit an die noch nicht wahlberechtigten Kinder und Jugendlichen richtet, blieb bis dato außen vor.

Diesem Umstand soll die vorliegende Arbeit in einem ersten Schritt entgegenwirken, denn bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die Institutionen der Politik und einzelne ihrer VertreterInnen das politische Potenzial der heranwachsenden Bevölkerung durchaus erkannt haben und für sich nutzen wollen. Die Bedeutung politischer Texte für Kinder wird beispielsweise daraus ersichtlich, dass hochrangige politische AkteurInnen und Institutionen wie das Parlament immer mehr informierende und auch auf anderen Ebenen zur Politik bildende Texte veröffentlichen, die Politische Bildung in allen deutschsprachigen Staaten fester Bestandteil der Lehrpläne ist und sogar die angesehene österreichische Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ihrem jungen Publikum in dokumentierten „Live-Chats“ zu politischen Sachverhalten Rede und Antwort stand. Diese Diplomarbeit hat es also zum Ziel aufzuzeigen, dass es bereits ein recht breites Spektrum an

zu untersuchendem Material gibt und das Forschungsfeld sich als ein ebenso spannendes, wie in der Politolinguistik wissenschaftlich relevantes präsentiert.

1.1 STRUKTUR UND LEITGEDANKEN DER ARBEIT: Forschungsinteresse und Forschungsfragen

Das oben kurz beschriebene Forschungsinteresse der vorliegenden Diplomarbeit liegt also auf Texten, deren linguistisch relevantes Bindeglied einerseits in ihrer politischen Sprache und andererseits in ihren gemeinsamen AdressatInnen liegt, nämlich jenen der noch nicht wahlberechtigten Kinder und Jugendlichen. Diese Zielgruppe ist näher durch die Altersgruppe der Acht- bis Fünfzehnjährigen zu charakterisieren, da die Lesefertigkeiten jüngerer Kinder meist nicht für anspruchsvollere Texte - wie es politische schon allein durch ihr Vokabular häufig sind - ausreichen und Jugendliche ab einem Alter von sechzehn Jahren teilweise bereits wahlberechtigt und damit unmittelbare AdressatInnen politischer Kommunikation für die wahlberechtigte Bevölkerung sind. Darüber hinaus steht diese Gruppe junger Menschen im „Zwang“ politische Bildung und damit politische Sozialisation im Rahmen ihrer Schulpflicht zu konsumieren und zu erfahren.

Aus diesem Forschungsinteresse ergeben sich einige Forschungsfragen aus dem Gebiet der Sprach-, aber auch aus jenem der thematisch nahen Politikwissenschaft, die sich mehr oder weniger komplex präsentieren und in folgende Fragepools bündeln lassen:

- I) Die Frage nach den Ausprägungen politischer Texte für Kinder hinsichtlich ihrer dominierenden Textsorten, deren Ordnung in Klassifizierungen und ihre Greifbarkeit für ihre AdressatInnen, Eltern und LehrerInnen ist der Ausgangspunkt der Untersuchung. Ebenfalls in dieses Fragepool gehört die Verortung der Texte in den politischen Sozialisationsinstanzen.
- II) Welche sprachwissenschaftlichen Besonderheiten weisen diese Texte sowohl in lexikalischer als auch in pragmatischer Hinsicht auf? Damit in Zusammenhang steht die Frage, ob sie überhaupt als „politisch“ im linguistischen Sinne gelten können.

III) Was leisten politische Texte für Kinder in ihrer Zielgruppe für politische Bildung und Sozialisation? Diese Frage impliziert die Untersuchung der Funktionen dieser Texte, ihres politischen Potenzials bezüglich der Vermittlung eines Demokratieverständnisses und der Bildung zur politisch-kommunikativen Kompetenz. Interessant erscheint es hier außerdem zu hinterfragen, inwieweit die AdressatInnengruppe erreicht wird, das heißt, ob die Kinder das Angebot politischer Texte erkennen und nützen.

Die Struktur der Arbeit folgt im Grunde dem ansteigenden Anspruch der Forschungsfragen: Den einleitenden Worten zum Forschungsinteresse und dessen Fragestellungen folgen kurze Anmerkungen zum methodischen Vorgehen, bevor im zweiten und dritten Kapitel der theoretische Hintergrund als Basis für die im vierten Kapitel durchgeführten Analysen zu politischen Texten für Kinder dargestellt wird. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit dem für diese Arbeit relevanten Forschungsstand und den eingesetzten Methoden der Wissenschaft der Politolinguistik, welche hier auch kurz vorgestellt wird. Dem folgt ein ebenfalls auf wissenschaftlicher Literatur basierendes Kapitel zur politischen Sozialisation und ihren Instanzen. Dabei kann jedoch nur auf politische Sozialisation hin zum west- und mitteleuropäischen Demokratieverständnis eingegangen werden, da nur dieses für die vorliegende Untersuchung relevant ist. Außerdem wird auf gesetzliche Grundlagen und Forderungen politischer Bildung eingegangen. Das vierte Kapitel umfasst den Forschungsteil der vorliegenden Arbeit mit den für die Beantwortung der Forschungsfragen notwendigen Ergebnissen. Diese werden dann abschließend im fünften Kapitel zusammenfassend dargestellt und argumentiert.

1.2 ANMERKUNGEN ZUM METHODISCHEN VORGEHEN

Wie ein Großteil politolinguistischer Untersuchungen ist auch diese eine überwiegend empirische. Dabei wird im Zusammenfassen und Ordnen der verschiedenen Ausprägungen politischer Texte für Kinder eher dokumentarisch bis klassifikatorisch gearbeitet und im Aufdecken sprachwissenschaftlicher Auffälligkeiten analytisch vorgegangen. Der Anspruch kann dabei keinesfalls Vollständigkeit sein, sondern ein erstes Herausarbeiten von Grundzügen.

Für die Analyse der Ideologiegebundenheit der Texte erscheint es sinnvoll auf das lexikalisch- argumentative Modell des Sprachwissenschaftlers Horst Grünert zurückzugreifen. Es hebt entsprechend den Anforderungen der modernen Sprachwissenschaft den pragmatischen Aspekt der Untersuchung des Textmaterials hervor und eignet sich für die Analyse des Gebrauchs von Ideologiesprache¹.

Die Prüfung der Effektivität der Kindertexte hinsichtlich ihrer politischen Funktion erfolgt durch das Kommunikationsmaximenmodell nach Hans Jürgen Heringer beziehungsweise H. Paul Grice, da es einen Katalog für kommunikative Maximen liefert und so ebenfalls als Instrument der Sprachkritik dient².

Um mehr über die Einstellungen der AdressatInnengruppe der Kinder bezüglich der Texte zu erfahren, kommt schließlich ein Fragebogen in Schulklassen der Volksschule und Sekundarstufe I zum Einsatz. Hier wird die Methode des Fragebogens gewählt, weil dieser es erlaubt, in vergleichsweise kurzer Zeit eine große Gruppe von ProbandInnen durch ein empirisches, durch die Person des Beobachters relativ wenig beeinflussendes Verfahren zu befragen.

2. SPRACHE UND POLITIK: „DIE ZUNGE DER MACHT“ UND IHR THEORETISCHER HINTERGRUND

Bereits in der antiken Denktradition ist der Mensch als ein ebenso sprachbegabtes wie nach Gesellschaft strebendes, im aristoteles'schen Sinn politisch ambitioniertes Wesen, charakterisiert:

„Der Mensch ist aber das einzige Lebewesen, das Sprache (logos) besitzt. Die bloße Stimme (phone) nämlich zeigt nur das Angenehme und Unangenehme an, darum kommt sie auch den anderen Lebewesen zu; [...] die Sprache dagegen ist dazu bestimmt, das Nützliche und Schädliche deutlich kundzutun und also [...] das Gerechte (dikaion) und Ungerechte (adikon).“ (Aristoteles 2009: 9f).

Der Zusammenhang dieser beiden Merkmale, nämlich der Begabung zur Sprache einerseits und der politisch geleiteten Lebensführung andererseits, realisiert

¹ nähere Erläuterungen zum lexikalisch- argumentativen Modell folgen im Kapitel 2.7.1.

² Die Methode des Kommunikationsmaximenmodells wird im Kapitel 2.7.2 beschrieben.

sich wissenschaftlich in der Sprache- Politik- Forschung und ist Thema dieses Kapitels.

2.1 DIE WISSENSCHAFT DER POLITOLINGUISTIK

Die Politolinguistik, aus deren Konzepten ein überwiegender Teil der vorliegenden Arbeit schöpft, ist als linguistische Analyse politischer Sprache und ihrer Verwendung eine „Basisdisziplin im wissenschaftlichen Umgang mit politischer Kommunikation“ (Klein 1998: 186). Die vergleichsweise noch recht junge Disziplin ist dem Forschungsgebiet der Angewandten Linguistik zuzuordnen und arbeitet mit einem weit gefassten Politikbegriff auf empirischer Ebene. Viele Untersuchungen gelten der politischen Meinungssprache von charismatischen PolitikerInnen in deutlich umrissenen politischen Vorgängen wie etwa Wahlen. Von Interesse sind daneben aber auch immer mehr Arbeiten zur Sprachkommunikation innerhalb dieser Institutionen und der politische Alltagsdiskurs von PolitikerInnen (vgl. Klein 1998: 186.). Außerhalb oder am Rande dieser breiten Themenkomplexe sind sprachwissenschaftliche Untersuchungen zum politischen Text eher spärlich. Hier, am Rande der großen Untersuchungen der Politolinguistik, setzt jene der politischen Texte für Kinder und Jugendliche an, die kontinuierlich produziert werden, kaum an zeitlich klar begrenzte politische Vorgänge anknüpfen und auch nicht primär der Meinungssprache einzelner PolitikerInnen dienen.

2.1.1 Ein kurzer Abriss der Geschichte

Der Begriff der „Politolinguistik“ wird erst 1996 von Armin Burkhardt geprägt, die sprachwissenschaftliche Wissenschaft von der politischen Kommunikation selbst aber seit den 1950er Jahren, anders als die meisten linguistischen Disziplinen, die ihren Ursprung und Forschungsschwerpunkt oft in den USA oder im angelsächsischen Raum finden, vorwiegend im deutschsprachigen Europa vorangetrieben, wo eine besonders hohe Sensibilität für die Problematik politischen Sprachgebrauchs herrscht (vgl. Klein 1998: 186). Dies lässt sich auf die große Wirkung der deutschen Sprache in der nationalen Identitätsbildung vor allem in den Systemen des Dritten Reichs, aber auch dem Kommunismus in der DDR

zurückführen. Viele linguistische Erhebungen kreisen also seit der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs um die Sprache des Nationalsozialismus, wobei vor allem die bekannten Werke LTI (Lingua Tertia Imperii) von Victor Klemperer und die Artikelreihe „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ von Dolf Sternberger, Gerhard Storz und Wilhelm Süsskind, als Anstöße zur weiteren Forschung und Sprachkritik zu erwähnen sind (vgl. Klein 1998: 187). Vor allem die traditionelle, lexikalisch orientierte Richtung der Politolinguistik, die mit der Gliederung eines politischen Lexikons und der semantischen Beschreibung des ideologischen Vokabulars betraut ist, lässt sich auf die Auseinandersetzung mit der Nazipropaganda zurückführen (vgl. Girnth 2002: 9).

Mitte der 1960er Jahre werden methodenkritische Aufsätze - unter anderem von Walther Dieckmann - publiziert und das Forschungsinteresse orientiert sich nach der Sprache der NS und DDR vermehrt an der Rolle des politischen Sprachgebrauchs im System der Bundesrepublik Deutschland. Mit den 1970er Jahren hält schließlich der pragmatische Ansatz mit seinen Teiltheorien wie der Sprechaktheorie, Gesprächsanalyse, Argumentationstheorie und auch Theorie der Sprache in Institutionen Einzug, ebenso wie die Text- und Medienlinguistik. Diese kommunikativ-pragmatische Wende führt nach Klein auch dazu, dass sich in der Disziplin festere Strukturen bilden und die Publikationen nicht mehr hauptsächlich von politikinteressierten Sprachwissenschaftlern mit anderen Schwerpunkten stammen (vgl. Klein 1998: 189). Außerdem erweitert auch die lexikonorientierte Sprachforschung ihre semantische Untersuchung um pragmatische Faktoren, um dem Bezug des engen semantischen Begriffs mit SprecherInnen, AdressatInnen und Redesituationen besser gerecht zu werden, womit neue Zugänge zur Forschung an öffentlich politischer Kommunikation eröffnet werden (vgl. Girnth 2002: 10). Die Diskursanalyse sieht mit der Einbeziehung eines Maximums an sprachlicher, aber auch außersprachlicher Information den Text auch bei politischem Hintergrund als primäre Handlungseinheit. Paradigmenbildend ist hier die Untersuchung von Holly (1990) zum Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten in bestimmten Gesprächssituationen, exemplarisch seien aber auch die Werke von Nowak (1990), Jäger (1993) und Wodak (1998) genannt (vgl. Girnth 2002: 10f).

Neuere Entwicklungen der Politolinguistik zeigen sich in polimodalen Analysen und der Untersuchung von Online- Diskursen. So reagiert die Sprache- und Politikforschung auf den großen und bedeutsamen Einsatz moderner Massenmedien im politischen Geschehen und geht in jüngeren Untersuchungen auch vermehrt auf das Zusammenspiel von Bildmaterial und Text ein. Ins Blickfeld rücken neben der „Bildlinguistik“ auch immer mehr Fernsehduelle und das oft kritisierte „Politainment“. Die Analogiebildung zum Entertainment beschreibt den Trend der Vermischung aus Politikvermittlung und Unterhaltung, in deren Untersuchung sehr viele, auch außersprachliche, Aspekte zu beachten sind. Dabei bleibt vorerst aber offen bis zu welchem Grad bestehende linguistische Theorien zur Untersuchung solcher multimodaler Fragestellungen ausreichen (vgl. Niehr 2014: 54). Hinzu kommen neuere linguistische Studien zu Beiträgen zu gesellschaftlich relevanten Themen, wie sie sich in den policies definieren, die politisch- sprachliche Besonderheiten sowohl synchron, als auch diachron erforschen. Als aktuelle Beispiele können hierfür der „Stammzellendiskurs“, „AIDS- Diskurs“, „Bildungsdiskurs“ oder „Grundrechtsdiskurs“ genannt werden (vgl. Niehr 2014: 56). Ein wesentlicher moderner Forschungsbereich der Politolinguistik muss außerdem den online im worldwideweb veröffentlichten Texten zukommen, denn das Internet wird sowohl von Seiten der medienkonsumierenden BürgerInnen als auch von politischen Instanzen, Personen und Institutionen seit geraumer Zeit als eine der zentralen Informations-, Kommunikations- und Mobilisierungsplattformen genützt. Der Sprachwissenschaftler Klemm stellt beispielsweise 2007 fest, dass PolitikerInnen „Medienopportunisten“ seien, die je nach beliebter Kommunikationsform der WählerInnen Chatrooms, Weblogs oder ähnliches für sich nutzen (Klemm 2007: zit. nach Niehr 2014: 58). Diese neue Dimension der Politolinguistik ist auch für die vorliegende Untersuchung politischer Texte für Kinder sehr relevant, weil vor allem die Bereitstellung dieser Texte sehr häufig online erfolgt und die Interessen sowie Lebenswelt der Zielgruppe getroffen werden.

Insgesamt konnte sich die Politolinguistik also als Spezialgebiet der Angewandten Sprachwissenschaft, nicht zuletzt über die in den 1980er Jahren entstandene „Arbeitsgemeinschaft zur Sprache in der Politik“ und aktuelle Forschungsfragen als angesehene Wissenschaft etablieren, wenn sie sich auch in methodischer und sprachtheoretischer Sicht teilweise noch Mängeln gegenüber sieht. Vor al-

lem an den Fakultäten für Germanistik und Deutsche Sprache hat sich die Politolinguistik als Forschungsfeld festsetzen können, wobei im deutschsprachigen Raum unter anderem die Universitäten Augsburg, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Halle, Mainz, Passau und Wien zu nennen sind (vgl. Klein 1998: 189). Bei dieser Auflistung wird bereits ersichtlich, dass der Schwerpunkt der Sprache- und Politikforschung in der Bundesrepublik Deutschland liegt. In Österreich obliegen die Untersuchungen zur Politolinguistik allen voran den meist diskursanalytisch geprägten Arbeiten aus der sprachwissenschaftlichen Abteilung des germanistischen Instituts der Universität Wien.

2.1.2 Themen der Politolinguistik: polity, politics und policies

Besonderheiten in Sprache und Sprachverwendung lassen sich bezüglich ihres Stellenwerts einordnen in das politische System (polity), in einen politischen Prozess (politics) oder auch in bestimmte Politikfelder (policies).

Unter dem „Polity- Aspekt“ wird die sprachliche Beschaffenheit verstanden, die sich in typischen Indikatoren des herrschenden politischen Systems zeigt. Dieser „Systembezug“ von Sprache wird vorwiegend in Untersuchungen zur spezifischen Sprache von Nationalsozialismus und DDR oder in parlamentarisch-demokratischem Zusammenhang bei Forschungen zur parlamentarischen Rede und Debatte aufgezeigt, aber auch in jenen zu Textsorten der Gesetzgebung (vgl. Klein 1998: 194). Die Meinungs- und Ideologiesprache ist hier von großer Bedeutung, womit auch die politische Lexik, etwa mit der Schlagwortforschung und Bedeutungs- und Bezeichnungskonkurrenz in den zentralen Blickpunkt rückt. Es geht also oft darum, wie politische Institutionen sprachlich organisiert sind. Auch die Forschungsfrage der Untersuchung zu politischen Texten für Kinder ist bezüglich des ideologischen Werts der Demokratievermittlung in den Bereich des „polity- Aspekts“ einzuordnen.

Wenn es im wissenschaftlichen Anspruch hingegen um sprachliche Kommunikationsprozesse geht, die politisch werden, dann bewegt sich dieser im Bereich der politics, dem Spannungsfeld zwischen Sprache und politischem Prozess. Unter-

suchungen im Feld der politics gehen sehr häufig auf den strategischen Charakter von politischer Sprache ein, etwa in Wahlkampfreden und politischer Werbung. Interessant sind dabei klassische rhetorische Strategien, wie etwa Euphemismen und Wiederholungen, ebenso wie Strategien des „Begriffe- Besetzens“ und das Nutzen von Mehrdeutigkeit. Klein hebt dabei hervor, dass die Untersuchung der Lexik eine Verbindung schafft zwischen den Bereichen der polity und politics und sie so nicht immer klar voneinander abzugrenzen sind (vgl. Klein 1998: 195ff). Besonders oft untersucht werden dabei einzelne Reden von PolitikerInnen. Beispielhaft hierfür ist die Rede vor dem Deutschen Bundestag zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht von Philipp Jenninger. Zum Feld der politics gehören innerhalb der Politolinguistik außerdem sprachkritische Arbeiten, etwa zur Debatte um „political correctness“, wozu die Politolinguistik aber nicht allzu viel beiträgt (vgl. Klein 1998: 196f). Für die Analyse des politischen Texts für Kinder ist der politische Prozess vorerst nur am Rande interessant, da Texte für Kinder eher nicht vorrangig auf konkrete politische Prozesse eingehen. Der Versuch, die Sprachverwendung in diesen Texten zu untersuchen ist aber durchaus auch ein Versuch, das Feld der politics auch außerhalb der Ebene der offiziellen Politik und ihrer Vertretung und Darstellung zu öffnen, für sprachwissenschaftliche Untersuchungen konzeptuellen und kommunikativen Umgangs mit politischer Sprache und ihren Themen.

Werden Untersuchungen bezüglich Sprache und Sprachverwendung im Kontext bestimmter Politikfelder durchgeführt, bewegt sich der/die PolitolinguistIn im Bereich der policies. Das linguistische Interesse steht dabei in Zusammenhang mit der öffentlichen Aufmerksamkeit für bestimmte Themengebiete, die in den politischen Diskurs Eingang finden. Breites Interesse finden Politikfelder von der Asyl- und Migrationsthematik, über die Sprache der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Europapolitik oder die Umwelt- und Energiediskussion bis hin zu linguistischen Beiträgen der feministischen Bewegung (vgl. Klein 1998: 198f). Auch Kultur und Bildung kann als Politikfeld angesehen werden, womit der politische Text für Kinder indirekt auch in diesen Bereich der Politolinguistik passt, weil sich in ihm die politische Bildung vollziehen sollte.

2.2 SPRACHE ALS INSTRUMENT DER POLITIK

Wenn Heiko Girnth, einer der renommiertesten PolitolinguistInnen unserer Zeit, davon spricht, dass Sprache nicht nur irgendein Instrument der Politik, sondern überhaupt erst die Bedingung ihrer Möglichkeit sei (vgl. Girnth 2002: 1), dann wird schnell die Tragweite deutlich, die die untrennbare Verbindung von Sprache mit Politik haben muss. Die starke Korrelation dieser beiden Begriffe mag in der Handlungspotenz von Sprache liegen, wenn der/die PolitikerIn im Element der Sprache seinen/ihren Beruf vollzieht:

Politik wird durch Sprache entworfen, vorbereitet, ausgelöst, von Sprache begleitet, beeinflusst, gesteuert, geregelt, durch Sprache beschrieben, erläutert, motiviert, gerechtfertigt, verantwortet, kontrolliert, kritisiert, be- und verurteilt (Grünert 1983: 43)

Im sprachwissenschaftlichen Zugang zum Themenkomplex bedarf es also eines Verständnisses von Politik, dem die Sprachhandlung ihrer Akteure zentral ist. Eine, im linguistischen Forschungsfeld der Sprache der Politik sehr traditionelle, oft zitierte Definition bringt der Politikwissenschaftler Lübbe hervor:

„Politik ist die Kunst, im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaften zu erzeugen.“ (Lübbe 1975, zit. nach Dieckmann 2005: 12).

Damit ist sprachliches Handeln in der Politik konstitutiv, vor allem in der Richtung des politischen Handels als „[...] Kampf um Macht und Herrschaft, um Teilnahme an der Machtausübung und ihre Sicherung zur Durchsetzung bestimmter Vorstellungen und Interessen“ (Grünert 1975: 29). Besonders attraktiv für das Forschungsfeld bleibt darüber hinaus die einflussreiche und pointierte Definition des Sprachwissenschaftlers Dieckmann von Politik als „[...] staatliches oder auf den Staat bezogenes Reden.“ (Dieckmann 1975: 29). Wie eng und redundant dieser Begriff des Politischen aber gefasst ist, wird aus einer erweiterten Definition von Grünert ersichtlich, dem zufolge

Politik „[...] die ordnende Gestaltung der menschlichen Beziehungen in einem Gemeinwesen und zwischen verschiedenen Gemeinwesen“ (Grünert 1984, zit. nach Dieckmann 2005: 12) sei.

Grünert eröffnet mit seiner Bestimmung von Politik über die „ Ordnende Gestaltung“ einen Horizont des Politischen, der nicht nur legitimatorische Bemühungen

und Sprachhandlungen von Seiten der PolitikerInnen in der öffentlichen Kommunikation mit den StaatsbürgerInnen betrifft, sondern die Sprache der Politik allen AkteurInnen der politischen Willensbildung und Entscheidung, der Ausführung und Durchsetzung sowie der Kontrolle ihrer Einsetzung zur Verfügung stellt. Vor allem aber, und das ist bedeutsam, ist jegliche politische, das heißt den Staat betreffende, Kommunikation zwischen AkteurInnen der für die jeweilige Gesellschaftsordnung relevanten Institutionen mitgedacht (vgl. Dieckmann 2005: 12). Letztendlich kann also alles politisch werden, was von öffentlichem Interesse ist.

In einem solch weiten Feld bezüglich des Zusammenhangs von Sprache als Instrument der Politik ist es nötig, einen Überblick bezüglich der Herangehensweise zu behalten. Den bereits zitierten Definitionen von Politik zufolge ergeben sich folgende, der Reihe nach immer weiter gefasste Aspekte:

- a) Die Sprache selbst als Objekt politischen Handelns.
- b) Politische Sprache als Teilgebiet des Deutschen, zu verstehen etwa als „Fachsprache“, wie beispielsweise Alltags-, oder Mediensprache.
- c) Politische Sprache im Sinne von Sprachgebrauch in der Politik, der alle Ebenen der Sprache und Gesellschaft umfasst.

Soll die politische Sprache im Sinne von b) als Teilbereich des grammatikalisier-ten oder lexikalisierten Systems thematisiert werden, so beschränkt sie sich im Grunde auf den politischen Wortschatz, wie er sich durch das praktische politische Handeln herausgebildet hat, da die anderen Systemebenen, wie Lautung, morphologische Formung, Satzbau oder Schreibung kaum politikeigene Formen aufweisen. Dies liegt in der Vielfältigkeit politischen Sprachgebrauchs begründet, den der Themenbereich der verwaltenden und verwalteten Sachgebiete mit ihren jeweiligen Fachsprachen zusammenhält: Wirtschaft, Finanzwesen, Technologie, Forschung, Familienrecht, etc. bieten spezifische Fachsprachen, derer sich die Sprache der Politik bedient, die sie aber nicht eindeutig als „Sondersprache“ charakterisieren können (vgl. Bachem 1979: 13).

Steht aber der Sprachgebrauch in der Politik im Vordergrund (c), so sind besonders Text- und Diskurstypen in den einzelnen politischen Handlungsfeldern von Interesse (vgl. Dieckmann 2005: 11f). Sprache als direktes Objekt politischen

Handelns (a) beinhaltet etwa Maßnahmen zu Sprachkodifizierung und -kultivierung, Sprachnormierung, Sprachpflege, indirekt aber auch Bildungs-, Kultur- und Schulpolitik, wobei besonders die Standardsprache als national sprachliches Ausdruckssystem für das Gemeinwesen von großem Interesse ist. Am bekanntesten sind hier direkte sprachpolitische Maßnahmen in der Standardisierung und Kodifizierung der Standardsprache, wie etwa Rechtschreibreformen; sowie jene, die die Verbreitung und Geltung einer Sprache betreffen (vgl. Dieckmann 2005: 15). Weniger beachtet, aber nicht weniger nennenswert sind vielfältige „staatlich kodifizierte Restriktionen auf der Ebene des Sprachgebrauchs und der Kommunikation hinsichtlich der Frage, wer sich wem gegenüber auf welche Weise in welchen situativen und institutionellen Kontexten über was äußern und nicht äußern, was verbreiten und nicht verbreiten darf“ (Dieckmann 2005: 15), wozu beispielsweise Vorschriften über das Verwenden genderneutraler Bezeichnungen in öffentlichen Texten, aber auch Falschaussagen, Meineid, etc. gehören. Als ein Instrumentarium wird Sprache als Objekt der Politik aber auch dann sichtbar, wenn in unterschiedlichen Zusammenhängen eine Weitergabe von Informationen verboten wird, etwa zum Schutz des Staates und persönlichen Geheimbereichs nach außen im Briefgeheimnis, der Schweigepflicht von Ärzten, im Zeugnisverweigerungsrecht und ähnlichem (vgl. Dieckmann 2005: 16).

All diese Aspekte der Sprache als Instrument der Politik verweisen darauf, dass diese nicht einzig, aber doch sehr häufig und deutlich auf staatliches Redehandeln beschränkt ist und potenziell alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens in verschiedenen Sach- und Handlungsbereichen durchdringen kann. Trotzdem ist es in der Forschungsliteratur grundsätzlich umstritten, ob politisches Handeln mit sprachlichem Handeln gleichzusetzen ist, oder ob letzteres nur eine untergeordnete Rolle spielt (vgl. Girnth 2002: 2). In den bisher aufgeführten Definitionen von Politik und Sprache - und damit vornehmlich in der Sprachwissenschaft - liegt erstere Position sehr nahe und wird von terminologischen Auffassungen, wie jener von Heringer, der von „Politik in Sprache“ anstatt „Sprache in der Politik“ spricht, unterstrichen:

„Politik in Sprache soll darauf hinweisen, daß [sic!] Politik sich in Sprache vollzieht, daß politische Tätigkeit sprachliche Tätigkeit ist.“ (Heringer 1990, zitiert nach Girnth 2002: 2).

Reine Politikwissenschaftler neigen laut Girnth dagegen dazu, dem sprachlichen Handeln in der Politik nur eine sekundäre Rolle zuzusprechen, wonach Sprache zwar wichtig, aber „keineswegs der entscheidende Aspekt in der Politik“ (Klaus 1971:9) sei. Setzt man aber politisches Handeln mit sprachlichem gleich, dann hört Politik folgerichtig dort auf, wo sie sprachlos wird (Girnth 2002: 2). Wenn also der Sprache in der Politik auch entscheidende Bedeutung zukommt, muss insgesamt darauf geachtet werden, dass der Untersuchungsgegenstand der Sprache in der Politik die politische Kommunikation ist und nicht die Politik an sich. Die Sprache wird dabei flankiert von der politischen Symbolik zur „Kunst, im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen [...], aber sie ist nicht die Politik selbst.“ (Girnth 2002: 3).

2.3 MERKMALE UND HANDLUNGSFELDER POLITISCHER KOMMUNIKATION

Ähnlich wie es in ihrer Bedeutungsdimension zu kurz greift, menschliche Sprache über eine bloße Aneinanderreihung von Lauten oder Buchstaben und die Verwendung der Stimme beziehungsweise Schrift zu definieren, ist es schwierig, dies für klare Merkmale der Sprache der Politik zu tun. Relativ deutlich festzumachen sind zunächst nur Indikatoren, wie sie einerseits das politische Lexikon und andererseits Grundprinzipien und Handlungsfelder politischer Kommunikation darstellen.

2.3.1 Das politische Lexikon

Der politische Wortschatz erscheint a priori als sehr adäquates und recht offensichtliches Kennzeichen für politische Sprache, ist aber bei genauerer Betrachtung nicht allzu einfach abgrenzbar. Das begründet sich einerseits darin, dass sich die politische Lexik kaum für sich selbst fachsprachlich, sondern in weiten Teilen alltagssprachlich präsentiert und andererseits in der breit gefächerten Entlehnung vom Vokabular anderer Fachsprachen, wie beispielsweise jenen der Medizin oder Finanz. En gros sind sich PolitolinguistInnen außerdem einig über

die prinzipielle Offenheit des Lexikons für neue Wörter aus modernen politischen Sachverhalten sowie die Einteilung des politischen Wortschatzes in

- a) das Institutionsvokabular,
- b) das Ressortvokabular,
- c) das Ideologievokabular und
- d) das allgemeine Interaktionsvokabular nach Walther Dieckmann.

Das *Institutionsvokabular* bezeichnet Dieckmann als „am ehesten politisch- fachsprachlich“ (Dieckmann 2005: 18) und ist für das Sprechen in und über Politik und ihre Sachverhalte genuin notwendig. Ausdrücke des Institutionsvokabulars dienen in erster Linie der neutralen Benennung von politischen Elementen wie Staats- und Regierungsformen, Normtexten, Institutionen, politische Ämter, Sachbereiche und Handlungen.

Das Expertenvokabular, das innerhalb differenzierter Sachgebiete politischen Handelns vor allem der Binnenkommunikation von damit betrauten AkteurInnen politischer Institutionen dient, subsummiert Dieckmann demgegenüber als *Ressortvokabular*. Dieses bleibt dem allgemeinen Sprachgebrauch von BürgerInnen und Laien meist unverständlich und ist damit für die Auseinandersetzung mit Texten für Kinder auch wenig relevant (vgl. Dieckmann 2005: 18).

Für die öffentlich- politische Kommunikation von großer Relevanz ist hingegen das *Ideologievokabular*, in dem Deutungen und vor allem auch Bewertungen politischer Sachverhalte artikuliert werden. Wörter des Ideologievokabulars haben auch im alltäglichen Gebrauch denotative, ebenso wie deontische und evaluative Bedeutung. Insofern lässt sich hier weiter unterteilen in Wörter mit positivem Bewertungsecho, wie zum Beispiel Fahnen- oder Hochwertwörter (Frieden, Demokratie, etc.) und jene mit negativem (Diktatur, Krieg, etc.). Die Gebundenheit von bestimmten Wörtern an eine Ideologie drückt sich dabei in der *Bedeutungskonkurrenz* und *Bezeichnungskonkurrenz* aus. Erstere drückt aus, dass ein einzelner Ausdruck in verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Bedeutungen zur Anwendung kommt. Die Bezeichnungskonkurrenz beschreibt das umgekehrte Phänomen, dass ein Sachverhalt durch verschiedene Wörter ausgedrückt wird. Damit wird das Institutionsvokabular in der politischen Diskussion oft selbst zu einem brisanten Thema (vgl. Dieckmann 2005: 19f).

Die institutions-, ressort-, und ideologiespezifischen Teilwortschätze sind noch recht deutlich politikspezifisch, viel weiter greift aber das *allgemeine Interaktionsvokabular* als der allgemeinsprachliche Bereich des politischen Lexikons. Dieses macht statistisch gesehen das umfangreichste Segment an Wörtern in politischen Texten aus und ist angesichts der Schwierigkeit einer Grenzziehung zum allgemeinen Wortschatz der Standardsprache vor allem über ein häufiges Vorkommen im politischen Diskurs definiert (vgl. Dieckmann 2005: 21).

2.3.2 Grundprinzipien und Handlungsfelder

Wie die Sprache der Politik selbst, so ist auch der politische Diskurs kaum genau von anderen Diskurstypen isolierbar - weder in der Redekonstellation, noch oberflächlich sprachlich betrachtet. Für Morris liegen dessen deutlichste Merkmale in der Präskription und Valuation, dem durchsetzen positiv bewerteter Inhalte (vgl. Girth 2002: 33). In der Politolinguistik verbreiteter sind hingegen die Merkmale der Öffentlichkeit, Gruppenbezogenheit, Konsens-/Dissensorientiertheit, sowie Mehrfachadressiertheit und Inszeniertheit, die auf breiten Konzepten der Sprachwissenschaft basieren:

Da *Öffentlichkeit* als Grundprinzip eine Voraussetzung für Demokratie ist, findet auch die sprachliche Handlung dazu vorwiegend in dieser statt, in dem Sinne, dass sie sowohl veröffentlicht, als auch auf die Öffentlichkeit ausgerichtet ist: „Sprachliches Handeln in der Politik vollzieht sich zu einem großen Teil im Spannungsfeld öffentlich- politischer Meinungs- und Willensbildung“ (Girth 2002: 33). Hinzu kommt die Dimension der *Gruppenbezogenheit*, weil im Diskurs jede/r PolitikerIn oder politische AkteurIn eine Gruppe von Menschen mit ähnlichen Wertvorstellungen, Bewertungsmaßstäben, Deutungs- und Interpretationsmustern vertritt, die sich in eine tendenziell positiv bewertete Eigengruppe und kritisch gesehene Fremdgruppe unterteilen lässt. Der politische Diskurs konstituiert in seiner Sprache, sowohl im persönlichen Kontakt in Kleingruppen als auch massenmedial in der Großgruppe, also auch gruppenspezifisches Bewusstsein. In dieser Zweiteilung der Eigen- und Fremdgruppe findet auch das typische „Schwarz-Weiß-Denken“ politischer Diskurse seinen Ursprung (vgl. Girth 2002: 33).

Nichtsdestotrotz sprechen PolitikerInnen und politische Institutionen nicht nur die Eigengruppe, sondern im ersten Kriterium der Öffentlichkeit möglichst viele AkteurInnen des gesellschaftlichen Lebens an, was im Merkmal der *Mehrfachadressiertheit* politischer Sprache manifest und durch Massenmedialität gewährleistet wird. Durch die „Doppelung der Realität des Politischen“ (vgl. Edelmann 1964, zit. nach Girnth 2002: 34) bleibt die politische Kommunikation nicht nur auf der ersten Realitätsebene der Diskussion zwischen PolitikerInnen als direkte AdressatInnen stehen, sondern vollzieht sich ebenfalls auf einer zweiten Realitätsebene in der indirekten Botschaft an den/ die BürgerIn. Eine politische Diskussion auf erster Ebene kann in der Mehrfachadressiertheit durch Inszeniertheit also auch als Persuasion der Öffentlichkeit enttarnt werden.

Die Konsens- und Dissensorientiertheit politischer Kommunikation ergibt sich zum einen ebenfalls aus der Persuasion der Einstellung zu einem Sachverhalt, zum anderen auch aus der Voraussetzung eines Konsens für die Aufrechterhaltung der Demokratie oder auch anderer Herrschaftsformen (vgl. Girnth 2002: 35).

Der institutionellen Gliederung des Kommunikationsbereichs der Politik zufolge lassen sich nach Edelmann, Dieckmann und Ischreyt vier bis fünf Grundformen der Funktionssprache festlegen, die sich in

- a) der Sprache der Überredung
- b) der Sprache der Verhandlung
- c) der Sprache der Verwaltung
- d) der Sprache des Gesetzes und nach Ischreyt außerdem
- e) der Sprache der Politikwissenschaft

zeigen und der Kommunikation des staatlichen Apparats und seiner Institutionen dienen (vgl. Bachem 1979: 16). Dem Sprachstil der Funktionssprache als Sprache der Institution oder Organisation gegenüber steht jener der - mit mehr oder weniger propagandistischer Absicht - an die Öffentlichkeit gewandten Meinungssprache, welche im Themenfeld der Erziehung bedeutsam wird (vgl. Liphardt 2005: 7).

Darüber hinaus sind für die neuere Forschung situative Rahmenbedingungen und Zusammenhänge mit Handlungsfeldern der politischen Kommunikation zentral, wie sie im *Sprachspiel* aufgezeigt werden. Beschrieben werden diese in unterschiedlicher Weise von Strauß und Grünert. Strauß bestimmt Sprachspiele - angelehnt an den von Ludwig Wittgenstein geprägten Begriff - als „[...] konkrete Aufgaben-, Problemlösungs- und Interaktionskonstellation“ (Strauß 1984/85: 6), zu verstehen etwa als Menge kommunikativer Handlungen, und unterscheidet funktionell beziehungsweise institutionell:

1. Öffentlich politische Meinungsbildung
2. Innerparteiliche Willensbildung
3. Politische Werbung
4. Meinungs- und Willensbildung in Institutionen
5. Politische Erziehung und Bildung
6. Kommunikation und Diskussion in der politikwissenschaftlichen Forschung und
7. Externe Kommunikation der Judikative, Legislative und Exekutive (vgl. Brinker 2001: 733).

Diesen Bereichen der Sprachspiele als „Orte“ politischer Kommunikation werden jeweils divergierend Textsorten zugeordnet. Für die folgenden Kapitel zu politischen Texten für Kinder werden dabei in besonderem Maße jene der öffentlich politischen Meinungsbildung sowie der Politischen Bildung relevant werden. Grünert hingegen benennt Textsorten mit kongruenter kommunikativer Funktion als Sprachspiele und beschreibt derer vier: das regulative, das instrumentale, das integrative und das informative Sprachspiel (vgl. Dieckmann 2005: 23ff). Da diese synonyme Verwendung des theoretischen Begriffs verwirrend ist und es daher inhaltlich sinnvoll erscheint, sei an dieser Stelle im Sprachspiel auf Strauß verwiesen, um angesichts der inhaltlichen Überschneidung mit Girnth's Funktionen politischer Kommunikation auf Grünerts Einteilung³ zurückzukommen.

³ Grünert beschreibt in seiner Abhandlung „*Sprachspiele*“, hier werden diese aber als „*Sprachfunktionen*“ bezeichnet, um Verwirrungen aufgrund der Bezeichnungskonkurrenz dieser Begriffe aus dem Weg zu gehen. Näher erläutert werden diese im Kapitel 2.4.

2.4 FUNKTIONEN, RAHMENBEDINGUNGEN UND ZIELE POLITISCHER KOMMUNIKATION

Da Reden im politischen Kontext oft auch Handeln bedeutet, muss dieses bestimmte Funktionen besitzen, wobei die oben definierten Handlungsfelder oder Sprachspiele der Politik nach Strauß den Rahmen der bisher festgehaltenen Situationen für politischen Sprachgebrauch vorgeben. Die in diesen situativ sprachlichen Handlungen encodierte Absicht des Politikers ist als *Sprachfunktion* zu verstehen und basiert im Wesentlichen auf dem Organonmodell der Sprache von Karl Bühler, demnach das sprachliche Zeichen die drei Funktionen von Informationsfunktion, Darstellungsfunktion und Appell (vgl. Girnth 2002: 38) enthält. Wenn davon ausgegangen wird, dass politische Sprache als Sprachverwendung an sich die gleichen Funktionen wie die Alltagssprache hat, so zeigt bereits dieses eine Modell auf, dass sich auch politische Sprache nicht allein auf manipulativ- appellative Kommunikation oder sachliche Informationsfunktion beschränken lässt, auch wenn das Durchsetzen von Interessen in der politischen Kommunikation a priori wohl am bedeutsamsten erscheint (vgl. Girnth 2002: 39). Die Sprachfunktionen stellen also sprachliche Lösungen dar für Aufgaben der Regierung innerhalb der politischen Handlungsfelder und vor dem Rahmen der Funktionen allgemeinen Sprachgebrauchs (vgl. Dieckmann 2005: 23).

Zusätzlich zu den allgemeinen Funktionen von sprachlichen Zeichen sind anhand von Grünerts Begriff des „Sprachspiels“ folgende Sprachfunktionen der Sprache der Politik zu unterscheiden:

a) Die regulative Sprachfunktion

In der regulativen Sprachfunktion werden Machtstrukturen in der Beziehung zwischen Regierenden und Regierten manifestiert. Sie realisieren sich in den typischen Textsorten von Verfassung, Gesetz, Erlass, Verordnung oder Verbot und die Handlungsstruktur verläuft von den Regierenden hin zu den Regierten. Formell sind Texte mit regulativer Sprachfunktion also meist Produkte der Legislative mit exekutiven Urhebern (vgl. Dieckmann 2005: 24)

b) Die poskative Sprachfunktion

Die poskative Sprachfunktion stellt im Grunde die Umkehrung der regulativen Sprachfunktion dar, indem die Ebene der Regierten Wünsche, Kritik oder Aufforderungen zum Ausdruck bringen, etwa durch Bitten, Petitionen, Aufrufe und Forderungen. Der Sprachstil ist im Gegensatz zu jenem der regulativen Sprachfunktion kein einheitlicher, weil sich die Textsorten in der Handlungsstruktur von den Regierten zu den Regierenden viel weiter streuen (vgl. Girnth 2002: 39f).

c) Die informativ- persuasive Sprachfunktion

Für die linguistische Forschung am politischen Text für Kinder ist in besonderem Maße die informativ- persuasive Sprachfunktion von Bedeutung, weil sie nicht unmittelbar mit politischen Handlungen verknüpft ist, sondern vor allem auf Bewusstseinsbildung abzielt. Sie dient der „[...] Begründung, Motivation und Vorbereitung, der Analyse, Kritik und Rechtfertigung politischen Handelns [...]“ (Grünert 1984, zit. nach Girnth 2002:40). Damit realisiert sich die informativ- persuasive Sprachfunktion in der Vorbereitung oder Rechtfertigung jener Ziele und Maßnahmen, die durch das regulative Sprachspiel umgesetzt werden. Sprachliche Äußerungen dieser Funktion haben in den Texten zu politischer Werbung und Öffentlichkeitsarbeit also sowohl appellativen als auch informativen Charakter (vgl. Dieckmann 2005: 25).

d) Die integrative Sprachfunktion

In integrativer Funktion dienen sprachliche Mittel dazu, Gruppenbewusstsein zu erzeugen, sie zu definieren und zu stabilisieren. Typische Texte hierfür sind beispielsweise Gedenkreden und Parteiprogramme mit gruppenspezifischen Symbolen. Sie sind in ihrer Handlungsstruktur so ausgerichtet, dass sie innerhalb der AdressatInnengruppe bleiben.

Zusammenfassend gesehen stellen die regulative, poskative und informativ- persuasive Sprachfunktion für die politische Kommunikation spezifische Appellfunktionen dar, während die integrative Sprachfunktion vorwiegend eine besondere politische Ausdrucksfunktion realisiert. Da die Sprachfunktionen in der praktischen Sprache der Politik fast immer gemeinsam auftreten, können aber immer nur die dominanten Funktionen eines Textes beschrieben und zugeordnet werden (vgl. Girnth 2002: 41).

2.5 TEXTTYPEN UND INTERAKTIONSFORMATE

Verschiedene Texte, definiert als „[...] eine begrenzte Folge von sprachlichen Zeichen, die in sich kohärent ist und die als Ganzes eine erkennbare kommunikative Funktion signalisiert.“ (Brinker 1992: 17) können nach gemeinsamen spezifischen Merkmalen und Funktionen zu Textsorten gebündelt werden. Die bedachte Wahl der Textsorte ist, zumal der Text in der politischen Kommunikation die zentrale Handlungseinheit darstellt, ein strategisch wertvolles Instrument und ob seiner Relevanz auch politolinguistisch häufig untersucht worden. Die Mehrebenenklassifikation nach Klein stellt dafür ein Ordnungsmodell bereit, das über die Handlungsfelder und Sprachfunktionen hinaus auf die EmittentInnen und die Funktion der Textsorten im System der Politik eingeht. Den EmittentInnen der Texte (das sind Parlamente und Parlament ähnliche Versammlungen, Regierungen, Parteien, PolitikerInnen und externe EmittentInnen politisch relevanter Texte) folgend unterscheidet er fünf Textsortenklassen (TSK), die sich je nach den AdressatInnen der Texte und ihrer Funktion noch weiter unterteilen lassen und mehrere Textsorten umfassen können (vgl. Girnth 2002: 73):

Die Textsortenklasse eins (TSK 1) umfasst Textsorten, deren ProduzentInnen ausschließlich das Parlament oder Parlament ähnliche Versammlungen sind. Die Texte können dabei in erster Linie außenadressiert sein, wie die Verfassung, ein Gesetz oder eine Entschliebung (TSK 1.1) oder binnenadressiert, wie Geschäftsordnungen und Ausschussberichte (TSK 1.2).

Wenn die Regierung kommuniziert, kann sie das in der TSK zwei außenpolitisch durch einen Staatsvertrag, eine Note oder Kriegserklärung (TSK 2.1), parlamentsadressiert durch Texte wie Gesetzesentwürfe und Regierungsberichte (TSK 2.2) und verwaltungsadressiert durch Rechts- und Verwaltungsverordnungen (TSK 2.3) tun.

In der Textsortenklasse drei „sprechen“ Parteien und Fraktionen entweder au-Bengerichtet (TSK 3.1), wählergerichtet (TSK 3.1.1), parteiengerichtet (TSK 3.1.2), parteiintern oder (TSK 3.2) zur Fraktion gerichtet (TSK 3.3). Die Bandbreite dieser Textsortenklasse ist angesichts ihrer verschiedenen Funktionen und

AdressatInnen recht groß und reicht vom Wahlslogan, über Pamphlete, Koalitionsverträge und Parteiprogramme bis hin zu Anfragen.

Das Gros der politischen Textsorten bündelt Klein in der Textsortenklasse vier, deren EmittentInnen die PolitikerInnen sind. Sie unterteilt sich zunächst weiter in schriftliche (TSK 4.1) und mündlich vorgetragene (TSK 4.2) Textsorten, in denen sich häufig politische Handlungen vollziehen. Dazu zählen beispielsweise Rücktrittserklärungen, Ernennungen, Begnadigungen, Sitzungseröffnungen, der Entzug des Rederechts und andere. Diese lassen sich weiter kategorisieren in formelle Sprechakte (TSK 4.2.1) und politische Reden (TSK 4.2.2), die ihrerseits dissensorientiert (TSK 4.2.2.1), konsensorientiert (TSK 4.2.2.2) oder dissens- und konsensorientiert (TSK 4.2.2.3) sein können.

Für alle anderen politischen Texte schlägt Klein die Textsortenklasse fünf vor, die durch externe Emittenten charakterisiert wird. In Frage kommen hierfür BürgerInnen, die Presse oder diverse Verbände und entsprechend führt der Sprachwissenschaftler hier vor allem Textsorten auf, die an die Organe der Politik gerichtet sind. Beispiele hierfür sind Protestparolen, Volksbegehren, Pressekommentare oder auch Expertengutachten.

Insgesamt ordnet Josef Klein auf diese Weise 73 politisch relevante Textsorten den fünf Textsortenklassen zu. Diese müssen für eine gelungene politische Kommunikation neben den Handlungsfeldern auch in den *Interaktionsformaten* situationsadäquat eingesetzt werden. Solche Interaktionsformate sind

- Diskussions- und Debattenformate, wie die Plenardebatte oder Talkshows
- Verhandlungsformate, wie Verhandlungen und Konferenzen, sowie
- Frage- und Antwortformate, wie Befragungen und Anhörungen (vgl. Girth 2010).

2.6 POLITISCHE SPRACHE UND IDEOLOGIE

Der Begriff der *Ideologie* leitet sich aus dem französischen Nomen *idée* ab, was soviel bedeutet wie gedankliche *Vorstellung*. Im allgemeinen deutschen Sprachgebrauch meinen Ideologien politische Weltanschauungen und „[...] Lehrgebäude, die (1) umfassende Gesellschaftsdeutungen propagieren, (2) mit einem

imperativen Gestaltungsanspruch auftreten, (3) demzufolge eine Programmatik für politisches Handeln proklamieren und die sich (4) in Form von Parteien oder anderen Organisationen institutionalisieren.“ (Klingemann 2002: 201). Die sprachliche Umsetzung dieser Ideologien bedarf also bestimmter, einprägsamer Formulierungen und Wörter, die im Kampf um Macht und Zustimmung behilflich sind.

Diesbezüglich gilt es zunächst festzuhalten, dass sprachliche Zeichen grundsätzlich neben ihrer denotativen Grundbedeutung immer auch konnotative Nebenbedeutungen haben, die qua Bezeichnung evaluativ, also bewertend oder sogar deontisch, also als Appell und so jedenfalls emotiv wirken. Bewusst eingesetzt sind strategisch besetzte Formulierungen und Begriffe damit gruppen- oder selbstidentifizierend und propagandierend. Intuitiv können diese recht deutlich herausgelesen werden, aber sie bleiben in linguistischen Kriterien schwierig klar einzugrenzen (vgl. Niehr 2014: 67).

2.6.1 Das ideologische Vokabular

Das politische Ideologievokabular bietet zur Kommunikation von an bestimmte Weltanschauungen geknüpften Inhalten Schlagwörter, Zeitgeist-, Hochwert- und Unwertwörter, die ihre konnotative Bedeutung erst im politischen Diskurs erlangen. Kurze, prägnante *Schlagwörter* charakterisieren politische Gegebenheiten und positiveren subjektiv die eigene Gesinnung, um die gegnerische zu negativieren (vgl. Bachem 1979: 63). Sie lassen sich weiter gliedern in die parteisprachlichen *Fahnen-* und *Stigmawörter*, wobei es sich bei ersteren um positiv besetztes Vokabular zur Kennzeichnung eigener Ziele handelt und bei Stigmawörtern um negative Bezeichnungen gegnerischer Ansichten. In der jeweils umgekehrten Wirkung dieser beiden Wortgruppen realisiert sich die ideologische Polysemie. Zeitgeistwörter sind in dieser Ordnung Schlagwörter, die an typische Diskursthemen einer politischen Zeitspanne gebunden sind; Hochwertwörter werden überparteilich und häufig auch überzeitlich für positiv besetzte Inhalte, wie „Freiheit“ oder „soziale Sicherheit“ verwendet. Ihr Pendant sind Unwertwörter, wie beispielsweise das Zeitgeistwort „Terror“ (Burkhardt 2002: 78ff).

2.6.2 Demokratische Kommunikation

In der Deskription von „Demokratie“ der westeuropäischen Tradition liegt zuerst die „Herrschaft des Volkes“. Dazu gehören aber noch eine Reihe von Dimensionen, die in dieser Wortbedeutung und den Assoziationen der PolitikerInnen mitschwingen und die Demokratie charakterisieren: die Vorgänge der allgemeinen öffentlichen freien Wahlen, die Menschenrechte, der freie Wettbewerb, das Mehrheitsprinzip und die Meinungsfreiheit, für die es sprachliche Entsprechungen gibt. Jedes dieser Elemente von Demokratie braucht sprachliche Handlungen. In ihrer Vermittlung und Anwendung durch die Sprachgemeinschaft und ihre politischen VertreterInnen liegt die Demokratie als „Lebensform“, denn sie erfordert

„[...] die Beherrschung der Spielregeln des parlamentarischen Lebens. Jede Meinungsrichtung will zu ihrem Recht kommen, alle Vorschläge sollen gerecht gegeneinander abgewogen, die Diskussionen und Überlegungen korrekt und ohne Voreingenommenheit geführt und die Beschlüsse so gefaßt (sic!) werden, daß (sic!) sie einem demokratisch hochstehenden Volke würdig sind. Versammlungen und Sitzungen dürfen nie zum Tummelplatz erhitzter Gemüter werden. Stets muß (sic!) die Freiheit des einzelnen eine Grenze finden in der Freiheit des anderen.“ (Köhler 1956, zit. nach Burkhardt 2005: 96).

Sprechakttheoretisch manifestiert sich die Sprache dieser Demokratie also zentral in der Debatte und den dafür typisch parlamentarischen Sprechakten des Präsidiums und der Abgeordneten. Diese lassen sich unterteilen in

- a) debattenkonstitutive Sprechhandlungen, wie beispielsweise die *Bekanntgabe der Tagesordnung*,
- b) debattenstrukturierende Sprechhandlungen, etwa das *Eröffnen* und *Schließen der Debatte*,
- c) debattenorganisierende Moderationen, wie das *Erteilen des Wortes* und
- d) autoritative Maßnahmen, wofür der *Ordnungsruf* exemplarisch dienen kann.

En gros sind die Sprechhandlungen bezüglich der Kommunikation im Parlament demnach deklarativ, was einen reibungslosen Ablauf der Debatte als „kultiviertes Streitgespräch“ ebenso garantiert wie die häufige Gebundenheit der Fragestellungen auf im besten Fall geschlossene Fragen (vgl. Burkhardt 2005: 88ff). In den dialogischen Formen beschränkt sich die parlamentarische Kommunikation

klassischerweise auf abwechselnde Argumentationen, Zwischenrufe, Zwischenfragen und außersprachliche Zeichen zur Abstimmung und Gemütserklärung. Eine gewisse Gesprächs-, Kritik- und Konfliktfähigkeit ist also Basiskompetenz in der primär demokratischen Kommunikation des Parlaments und sollte im Sinne einer partizipativen Demokratie auch Kompetenz gesprächsfähiger BürgerInnen sein (vgl. Geissner 2005: 66).

Insofern ist nach Jörg Kilian festzuhalten, dass die ideologische „Varietät“ der demokratischen Sprache innerhalb der Deutschen Politolekte im Grunde keine hierarchisch von oben nach unten vorgegebene oder bestimmte Sprachform sein kann, sondern vom Volk oder zumindest seinen RepräsentantInnen gestaltet und öffentlich diskutiert werden muss (vgl. Kilian 2005: 7).

Öffentlichkeit und Dialog bleiben somit auch außerhalb des Parlaments die typischen Merkmale demokratischen Sprechens. Hinzu kommen neben einer ansonsten recht freien Sprache der Demokratie die Tabuisierung und - weiter gegriffen - das Verbot bestimmter Wörter und Sprachhandlungen, die sich gegen die demokratische Ideologie selbst richten, nämlich parteiübergreifende Stigmawörter wie „Sonderbehandlung“ oder der politische Befehl an sich. Solche Grenzen ergeben sich auch in der direkten Sprachpolitik des Staates selbst durch Vorgaben in Lehrplänen. Zu lehren ist in Österreich die österreichische/ deutsche Standardsprache in vorgegebener Rechtschreibung mit weitgehend sprachlicher Gleichbehandlung der Geschlechter. Zumindest soweit müssten politische Texte für Kinder „demokratischen“ Sprachgebrauch umsetzen und vorleben.

Der Grundwortschatz der Demokratie folgt einerseits den Gegebenheiten des allgemeinen Ressort-, Institutions- und Ideologievokabulars und muss andererseits den Forderungen der oben beschriebenen, demokratischen Sprachprinzipien folgen. Im Wesentlichen besteht das demokratische Vokabular im ideologischen Aspekt demnach aus politischen Hochwertwörtern, die sich besonders in den Themenbereichen der Grundrechte und Grundwerte der Demokratie konzentrieren. Hinzu kommen sprachliche Zeichen für die zentralen Institutionen, Positionen und Rollen des politischen Geschehens, aber auch Normierungen und Handlungen. Diese demokratischen Hochwertwörter konzentrieren sich im Grundgesetz und bezeichnen damit das, „was im demokratischen Staat unbedingt gewährleistet sein muss, [...] den demokratischen Rechtsstaat ausmacht“ (Klein

2005: 133). Klein führt in seiner Abhandlung zum demokratischen Wortschatz diesbezüglich vor allem folgende Fahnenwörter auf:

Würde des Menschen, Menschenrechte, Grundrechte, Freiheit der Person, Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Glaubens- Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Zensurverbot, Freiheit der Kunst, Freiheit, Wissenschaft und Lehre, Schutz von Ehe und Familie, Elternrecht, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Brief- Post- und Fernmeldegeheimnis, Freizügigkeit, Berufsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit, Gewährleistung des Eigentums, Asyl- und Petitionsrecht, Sozialstaat und Rechtsstaat

Die „Top- Fourteen“ des demokratischen Lexikons in der Gemeinsprache (Deutschland 2005) sind demgegenüber in absteigender Reihenfolge

Bundesregierung, Mehrheit, Koalition, BundeskanzlerIn, BundesministerIn, Bundestag, Freiheit, Opposition, Gemeinde, Fraktion, Bundesrat, Solidarität, Verfassungsgericht und Konsens.

Die jeweils zehntausendfache Repräsentanz dieser Wörter im Leipziger Korpus zeigt, dass die reale Sprachverwendung der Sprachgemeinschaft tatsächlich durchwachsen ist von genuin demokratischem Vokabular; zumindest in der Diskussion um politische Inhalte (vgl. Busch 2005: 151).

2.7 LINGUISTISCHE METHODEN

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, gibt es der politolinguistisch relevanten Untersuchungsmethoden vieler, die von der lange Zeit sehr dominanten und lexikalisch orientierten Schlagwortforschung, über die Rhetorik bis hin zur Pragmatik reichen. Die vorliegende Arbeit will methodenspezifisch einen Mittelweg gehen und Einklang finden, zwischen lexikalischen und pragmatischen Ansätzen, wobei die Rhetorik eher am Rande der Untersuchung bleibt. Da es sich hier sehr häufig um eine Analyse von Sachtexten und auch narrativen Texten handelt, erweisen sich die klassischen Methoden zur Untersuchung politischer Reden und Debatten meist nur in einzelnen Aspekten als relevant und sind oft zu speziell und eng gefasst. Geeignet erscheinen hier trotzdem die ebenfalls empirisch und objektiv angelegten Methoden des lexikalisch argumentativen Modells nach Grünert und des Kommunikationsmaximenmodells nach Grice und Heringer.

2.7.1 Das lexikalisch argumentative Modell nach Grünert

Das lexikalisch argumentative Modell nach Horst Grünert hat die Analyse von Ideologiesprache mit ihrem sprachlichen Inventar für Denkmuster, Auffassungen und Wertanschauungen zum Ziel. Der Sprachwissenschaftler entwickelte das Modell zur Untersuchung politischer Reden aus dem 19. Jahrhundert und zitierte es erstmals 1974, wobei er besonders seinen pragmatischen Ansatz in der „Einbeziehung des Menschen und der Gesellschaft“ (Grünert 1974, zit. nach Girnth 2002) hervorhebt.

Das als solches enttarnte ideologiesprachliche Zeichen wird demnach in einen engeren und einen weiteren, bezeichnet als ideologischen, Kontext gesetzt. Im weiteren, ideologischen Kontext werden zuerst die historisch- gesellschaftliche Situation, deren politische Bedingungen, aber auch die jeweiligen argumentativ-kommunikativen Faktoren in der Situation des textualen „Sprechens“ festgehalten. Der engere, sprachliche Kontext bezieht sich dann auf die Relation der sprachlichen Zeichen zueinander. Wichtig ist die Analyse des Kontexts laut Grünert vor allem deshalb, weil sich die Tragweite ideologischer Zeichen nur in der Kombination von Semantik und argumentativem Gebrauch zeigen kann: Im Kontext entfaltet das Zeichen Bedeutung in semantischer und Funktion in pragmatischer Hinsicht (vgl. Girnth 2002: 21f). Um aber zu zeigen über welchen argumentativen Wert und welche besondere Funktion ein ideologisches Wort im Prozess der Argumentation verfügt, bedarf das Modell einer genauen Aufschlüsselung:

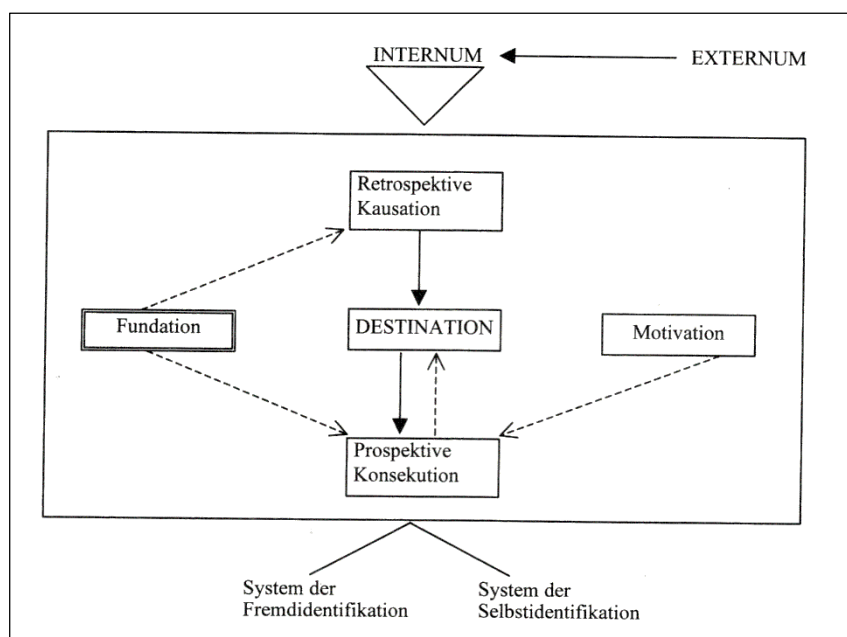


Abbildung 2: Argumentationsmodell nach Grünert

Das Argumentationsmodell ist deutlich von einer präsentisch- horizontalen, sowie präterital- futurischen Achse geprägt, auf denen fünf Argumentations-kategorien platziert sind.

Zentral erscheint bei Grünert die *Destination* als Kategorie der Gegenstände, die außerhalb der Sprache liegen und zum Thema politischer Kommunikation werden. Als Beispiele für die Destination in Grünerts Analysen sind dabei zukünftige Staatsformen (am Weg von der Monarchie in die Demokratie) oder die soziale Frage angeführt. Im Grunde beziehen sich alle anderen Kategorien letztendlich auf die Destination zurück.

Daneben liegt auf präsentisch- horizontaler Ebene die *Fundation* als Zusammenfassung der Begriffe für politische Theorie, Philosophie und Prinzipien. Beispielhaft in Grünerts Analysen zu Reden in der Paulskirche ist hierfür die „Organismusmetapher“, aus der Herrschaftsansprüche und -verhältnisse geschlossen wurden.

Auf der anderen Seite der Destination steht die Motivation, die alle sprachlichen Mittel umfasst, welche die Kategorie der Destination motivieren und begründen können. Häufig geschieht dies über eine Berufung auf Autoritäten. Ein prominentes Beispiel für ein Motivationszeichen ist der undeterminierte und affektiv belegte Begriff „Volk“, der insgesamt gruppenspezifische Interessen als gesamtgesellschaftliche motivieren kann (vgl. Girnth 2002: 22f).

Auf der präterital- futurischen Achse lokalisieren dagegen die *retrospektive Kausation* und *prospektive Konsekution*. Erstere begründet die jeweilige Destination aus der Vergangenheit heraus, während die Konsekution die Kategorie der möglichen Konsequenzen und Resultate der jeweiligen Destination beschreibt. Klassische Konsekutionszeichen sind Freiheit oder Anarchie.

Wie auf dem Schema der Abbildung 2 zu erkennen ist, sieht Grünert für den Argumentationsweg mehrere Möglichkeiten: Er kann von der Destination ausgehen, aber auch von der Motivation über die Konsekution zur Destination führen. Effektiver dürfte dabei der Weg über die Ebene der Konsekution sein, weil sie stärker mit dem Bewusstsein der Rezipienten arbeitet und so deutlich zu einer

positiven oder negativen Bewertung des in der Destination festgehaltenen, politischen Gegenstands führt (vgl. Girnth 2002: 23f).

Leistungsfähig und für die Analyse politischer Texte einsetzbar wird dieses Modell laut Girnth allerdings erst durch die Integration des Ideologievokabulars und der Idee der *Zweiwertigkeit*, die sich im ideologiesprachlichen Internum und Externum manifestiert. Der Dualismus zwischen ideologischem Eigen- und Fremdsystem schwingt also in der doppelten Funktion von Selbst- und Fremdidentifikation in jedem sprachlichen Zeichensystem mit, was sich in besonderem Maße in der Konsekution durch Symbolwörter zeigt.

2.7.2 Das Kommunikationsmaximenmodell nach Heringer

Um die Effektivität politischer Kommunikation in politischen Texten für Kinder zu analysieren, kommt das Kommunikationsmaximenmodell nach Hans Jürgen Heringer zum Einsatz. Dieses orientiert sich an einem Katalog sprachstrategischer Maximen, die -sofern sie verfolgt werden- Kommunikation zunächst allgemein sowohl effektiv als auch moralisch vertretbar machen sollen. Heringer bezieht sich in diesem im Jahr 1990 vorgestellten Modell auf die vier Konversationsmaximen Qualität, Quantität, Relation und Modalität, welche Paul Grice bereits 1975 aufgestellt hatte. Diese vier Maximen sind Voraussetzungen, die den Verstehensprozess steuern und sich aus dem Prinzip der Kooperation, also auch den Erwartungen der AdressatInnen ableiten:

„Mache deinen Gesprächsbeitrag jeweils so, wie es von dem akzeptierten Zweck oder der akzeptierten Richtung des Gesprächs, an dem du teilnimmst, gerade verlangt wird.“ (Grice 1979: 248).

Diesem Ideal folgend setzt Paul Grice also Bedingungen fest, die ein rationales, den Erwartungen entsprechendes und kooperatives Verhalten in der Kommunikation provozieren:

Die Kommunikationsmaximen nach Grice

1	Maxime der Qualität	✓
i	Sage nichts, was du für falsch hältst	
ii	Sage nichts, wofür dir die angemessenen Gründe fehlen	
2	Maxime der Quantität	✓
i	Mache deinen Beitrag so informativ wie (für die gegebenen Gesprächszwecke) nötig	
ii	Mache deinen Beitrag nicht informativer als nötig	
3	Maxime der Relation	✓
i	Sei relevant	
4	Maxime der Modalität	✓
i	Vermeide Dunkelheit des Ausdrucks	
ii	Vermeide Mehrdeutigkeit	
iii	Sei kurz (vermeide unnötige Weitschweifigkeit)	
iv	Der Reihe nach!	

Tabelle 1: Kommunikationsmaximen nach Grice

Heringer legt die Grice'schen Maximen nun als Handlungsmuster auf die politische Kommunikation um, die als Instrument der Sprachkritik dienen können. Spricht ein/e PolitikerIn in der Sachinformation also nicht „wahrhaftig“ (Qualität), „umfassend“ (Quantität), verständlich (Modalität) und angemessen adressatenorientiert (Relevanz), so bricht er/sie die Maximen und verliert nach Heringer möglicherweise an Glaubhaftigkeit und Moral. Dass die Kommunikationsmaximen aber oftmals -und gerade in der Sprache der Politik- absichtsvoll gebrochen werden, sei es aus strategischen Gründen oder auch im Sinne der Höflichkeit und Ironie, ist offensichtlich und von Grice auch mitgedacht. Er sieht den Bruch des Kooperationsprinzips nicht als Handlungsfehler der EmittentInnen und geht

davon aus, dass vor allem die AdressatInnen sprachliche Äußerungen in Implikaturen so interpretieren, dass sie auf die Maximen passen (vgl. Niehr 2014: 82). Heringer sieht den Bruch der Maximen dagegen in der kommunikativen Macht einiger EmittentInnen legitimiert, die es sich leisten können, auf Ersatzmaximen und Strategien des Kaschierens, wie „Sag wenig, aber wiederhole es immer wieder“ oder „Beachte nicht, was deine AdressatInnen wissen wollen“ zurückzugreifen (vgl. Girnth 2002: 27). Maximenverletzungen und Implikationen gehören also tendenziell sogar vorsätzlich zu den Sprachhandlungsstrategien politischen Sprechens, womit eine Analyse ihrer Häufigkeit in den jeweiligen Kommunikationssituationen von Interesse ist.

3. POLITISCHE KOMMUNIKATION UND SOZIALISATION: HINEINWACHSEN INS POLITISCHE SYSTEM

Der Soziologie Emile Durkheim stellte zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Frage, wie es möglich sei, dass Individuen in ihrem Tun kollektiven Gesetzmäßigkeiten folgen und prägte daraufhin den Begriff der Sozialisation als Vorgang der Vergesellschaftung des Menschen. Dabei konzentrierte er sich auf das Einwirken der Generation der Erwachsenen auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, denn das Ziel von Sozialisation sei „im Kinde gewisse physische, intellektuelle und sittliche Zustände zu schaffen und zu entwickeln, die sowohl die politische Gesellschaft in ihrer Einheit als auch das spezielle Milieu, zu dem es in besonderer Weise bestimmt ist, von ihm verlangen.“ (Durkheim 1972, zit. nach Niederbacher 2011: 11) . Schon hier kommt der Sektor sozialer Bedingtheit in der Persönlichkeitsentwicklung zur Sprache, der sich noch heute beispielsweise im Begriff des „Kindergartens“, in dem die Kinder von der Natur durch Erziehung hin zur Kultur gedeihen sollen, manifestiert. Um den komplexen Prozess der Entwicklung von Persönlichkeit in Verbindung mit der sozialen Umwelt aber weiter fassen zu können, vertritt die neuere Forschung ein Sozialisationsverständnis mit drei Implikationen. Dieses richtet sich

- a) gegen eine rein biologische Determinierung durch Anlage
- b) gegen eine idealistische Auffassung des Subjekts als von Einwirkungen des Umfelds freies Wesen und

- c) gegen eine pädagogische Verkürzung der infantilen Entwicklung, auch wenn die Interaktion zwischen Heranwachsenden und Erwachsenen ein wichtiges Element von Sozialisierung darstellt (vgl. Niederbacher 2011: 13).

Zusammenfassend sind trotzdem drei Faktoren für den Prozess der Sozialisation entscheidend, nämlich

- 1) der aktiv mit seiner Umwelt agierende Mensch,
- 2) die Kultur als Deutungssystem innerhalb der das Individuum umgebenden Gruppe und
- 3) die Institutionen als Vermittler von gesamtgesellschaftlichen Werten und Kulturtechniken.

Die Sozialisationsforschung fragt sich im Allgemeinen also vereinfacht ausgedrückt, „wie die Welt in das Individuum kommt“ (vgl. Niederbacher 2011:15) und ist so auch für die Sprache- und Politikforschung relevant: Wie und warum kommt Politik in das Individuum?

3.1 POLITISCHE SOZIALISATION UND IHRE INSTANZEN

Politische Sozialisation als Teilbereich der allgemeinen Sozialisation zielt auf den Lernprozess hin zu Persönlichkeitsmerkmalen, Wissen und Werten, die politisches Bewusstsein und Verhalten steuern. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Frage nach gesellschaftlichen Integrations- und Partizipationsmöglichkeiten des Individuums, also in der Teilhabe am sozialen Leben und der Fähigkeit, an der Entwicklung der Gesellschaft - und damit der Politik - mitzuwirken (vgl. Niederbacher 2011: 15). Diese Kompetenzen müssen sich entwickeln im Spannungsfeld zwischen persönlicher Individuation und sozialer Integration. Vor allem die soziale Integration, die sich in demokratischen Staaten wie Österreich und Deutschland besonders in der Übernahme der Rolle des/der *politisch mündigen Bürgers/ Bürgerin* manifestiert, ist dabei durchaus von äußeren, politisch motivierten Einwirkungen beeinflussbar, wobei sie sich als lebenslanger, diffiziler Prozess darstellt. Das Konzept dieses/r politisch mündigen Bürgers/Bürgerin zeigt die Inhalte auf, die durch die politische Sozialisation verinnerlicht werden sollen und lassen sich

- so Hans- Peter Kuhn - aus den Bildungszielen politischer Bildung ableiten. Diese Lernziele sind folgende:

- a) Kenntnis über demokratische Normen und Regeln
- b) Akzeptanz der Grundwerte der Verfassung
- c) Entwicklung der eigenen Analysekompetenz für eine Befähigung zur eigenen politischen Meinungsbildung
- d) Entwicklung politischer Handlungsfähigkeit für ein aktives Eintreten zur Verteidigung demokratischer Werte (vgl. Kuhn 2000: 20)

Daneben richten sich drei zentrale Forderungen an den/die politisch mündige/n BürgerIn: Loyalität, Kritikfähigkeit und Handlungsfähigkeit. *Loyalität* bezieht sich dabei auf die grundlegende Akzeptanz der herrschenden politischen Ordnung und Grundwerte als Voraussetzung für das Funktionieren und den Erhalt des demokratischen Systems. Wenn diese grundlegende Ordnung gefestigt ist, dann kann Demokratie in der öffentlichen Diskussion ein wandlungsfähiges System sein, das auch friedliche Machtwechsel zulässt. In diesem Sinne ergibt sich innerhalb der demokratischen Spielregeln die Möglichkeit und Aufforderung zur Kritik an der politischen Praxis, die Parteien, PolitikerInnen und Institutionen führen. Die *Kritikfähigkeit* ihrer BürgerInnen ist demnach ein konstitutives Moment der Demokratie. Letztendlich liegt so auch die Verantwortung einer lebensfähigen Demokratie in der *Handlungsfähigkeit* ihrer BürgerInnen begründet, die üblicherweise frei darüber entscheiden, ob sie an Wahlen und Demonstrationen teilnehmen, Unterschriften sammeln oder Petitionen und Boykottaktionen starten. Zwischen den Anforderungen der Kritikfähigkeit gegenüber der politischen Praxis auf der einen und Loyalität zur politischen Ordnung auf der anderen Seite einen Einklang zu finden, darin liegt laut Kuhn die Schwierigkeit politischer Sozialisation, der sich vor allem Jugendliche gegenüber sehen. Traditionell trägt ja gerade die junge Generation die deutlich sichtbaren Partizipationsformen. Dies bedarf jedoch großer kognitiver Verarbeitungskompetenzen und stehe oft in Verbindung mit politischen Orientierungsproblemen und Ambivalenzgefühlen (vgl. Kuhn 2000: 20f). Inwieweit Kinder und Jugendliche über solch komplexe kognitive Voraussetzungen verfügen, zeigt das folgende Unterkapitel auf.

3.1.1 Kognitive Voraussetzungen von Kindern und Jugendlichen

In der Frage danach, wann sich politische Urteilsfähigkeit beim Menschen entwickeln kann, zeigte Connell (1971) in einer Untersuchung an fünf- bis 16-jährigen Kindern und Jugendlichen, dass Politik für die Altersgruppe bis zu neun Jahren kaum relevant ist. Bereits im Alter von zehn bis elf Jahren beginnen Kinder jedoch damit, eine politische Welt zu konstruieren und sind im Alter von zwölf Jahren meist dazu fähig den Konfliktcharakter von Politik in Grundzügen zu begreifen. Volles Konfliktverständnis als zentrales politisches Element kann in der Regel allerdings erst ein rund sechzehnjähriger Mensch aufbringen (vgl. Connel 1971 und Wamsend 1982, zit. nach Kuhn 2000: 22). Die bedeutendste Veränderung im politischen Denken des Menschen ereignet sich aber zwischen dem elften und 13. Lebensjahr mit dem Erwerb der Fähigkeit abstrakten Denkens, der sich im Schritt von den konkreten hin zu den formalen Operationen nach Piaget manifestiert. Bis zum Erwachsenwerden findet kein in dieser Qualität und Größenordnung vergleichbarer, kognitiver Entwicklungsschritt mehr statt. Autoritäre Betrachtungsweisen des politischen Systems nehmen hier zugunsten der Möglichkeit Ideologien zu entwerfen, deutlich ab (vgl. Kuhn 2000: 23). Piaget räumt Kindern und Jugendlichen je nach Intelligenzentwicklung etwa im Alter von zwölf Jahren damit konkrete politische Handlungsmöglichkeit ein:

„Etwa zeitgleich mit dem Beginn der Pubertät, löst sich das Denken der Jugendlichen aus seinen konkreten Gegenstandsbindungen. Zusammenhänge können nun abstrakt betrachtet werden. Dadurch wird es möglich, auf der Grundlage umkehrbarer logischer Operationen, Hypothesen zu bilden und gedanklich verschiedene Situationsmodelle oder Handlungsalternativen durchzuspielen.“ (Piaget 1983, zit. nach Veith 2008: 63).

Auch Adelson setzt die kognitive Ausstattung von Kindern bezüglich eines wirklich ausgeprägten politischen Verständnisses in die von Piaget vorgeschlagene Altersgruppe:

„Die Jahre der frühen Adoleszenz, von zwölf bis sechzehn, sind die entscheidenden Jahre für das Entstehen politischen Denkens. Gewöhnlich kann der junge Mensch zu Beginn der Adoleszenz kein komplexes politisches Gespräch führen – d.h., er bleibt bei vielen Fragen stumm, und wenn nicht stumm, dann undifferenziert, anfängerhaft, Phantasien unterworfen und unfähig, ganz in den Bereich politischer Ideen einzudringen. Am Ende dieser Periode zeigt sich eine dramatische Veränderung; das Verständnis des jungen Menschen für die politische Welt ist jetzt

erkennbar das eines Erwachsenen. Er bewegt sich gedanklich ganz gewandt auf dem Terrain der politischen Begriffe, er hat sich abstraktes und differenziertes Denken und sogar ein gewisses Feingefühl für politische Strukturen angeeignet; er steht an der Schwelle zur Ideologie und ringt um die Formulierung einer moralisch kohärenten Anschauung davon, wie die Gesellschaft ist und wie sie geordnet werden könnte und geordnet werden sollte.“ (Adelson 1980, zit. nach Kuhn 2000: 23).

Oerter hält dahingehend fest, dass die fluide Intelligenz in Aspekten wie Urteilsfähigkeit, schlussfolgerndes und abstraktes Denken oder auch der Informationsverarbeitung mit und in der Pubertät ein optimales Niveau erreicht haben, das jenem Erwachsener ähneln dürfte. Noch nicht so weit entwickelt ist aber die kristalline Intelligenz im Wissensbestand und dialektischen Denken, was sich vor allem in der Verarbeitung von unlogischen Widersprüchen zeigt. Da die für den politischen Sozialisationsprozess elementaren Kenntnisse und Fähigkeiten in der Pubertät aber bereits erworben wurden und im lebenslangen politischen Lernen nur noch weiter ausgebaut werden, kann dieser in kognitiver Hinsicht als weitgehend abgeschlossen angesehen werden (vgl. Kuhn 2002: 23).

Trotz der weit vorangeschrittenen Entwicklung im Denken von Jugendlichen bleibt fraglich, ob sie allein aufgrund ihrer ausgereiften kognitiven Fähigkeiten dazu im Stande sind, wirklich fundierte Entscheidungen zu treffen und politische Prozesse in ebenso hohem Maß zu verstehen, wie es Erwachsene im Idealfall tun können.

Festzuhalten gilt es an dieser Stelle aber mit großer Deutlichkeit, dass politische Bildung in ihrer Wissensvermittlung bereits ab dem zehnten Lebensjahr in eine sensible Lebens- und Bildungsphase des Menschen fällt, die allein durch ihre kognitive Relevanz in sehr hohem Maße Potential zur Entwicklung politischen Wissens und politischer Werte bietet. An diese Altersgruppe gerichtete, politische Texte für Kinder fallen also jedenfalls auf fruchtbaren Boden.

Einflussreiche VermittlerInnen im Prozess sind dabei Familie, Schule, Gleichaltrige und Massenmedien als primäre Instanzen der Sozialisation. Diese werden im Folgenden getrennt voneinander kurz vorgestellt.

3.1.2 Die Instanz der Familie

Dass die Familie in ihrer Stellung als erste Agentin politischer Sozialisationsarbeit von zentraler Bedeutung ist, versteht sich angesichts des engen, aber auch lebensgeschichtlich frühen sozialen Kontextes zum Individuum von selbst. Sie gilt als Inbegriff des Privaten, dem die Politik als Inbegriff der Öffentlichkeit gegenübersteht. In den Strukturen der Familie liegt die Ordnung des politischen Systems verankert, denn in ihr wird sie vorgelebt. Das *primacy principle* als Modell des frühen Lernens begründet darin, in Kombination mit der Erkenntnis, dass gerade in der Kindheit die grundlegende politische Orientierung festgelegt wird, die große Bedeutung der Familie (vgl. Geißler 1996: 52). Dabei richten sich die Einflüsse der Familie vorwiegend auf die *latente politische Sozialisation*. Diese indirekte Sozialisation umfasst Lernen, das nicht spezifisch politisch, aber für das spätere politische Verhalten einer Person relevant ist, indem sich zunächst allgemeine Dispositionen herausbilden. Demgegenüber hat die *manifeste politische Sozialisation* als intendierte Vermittlung von Politikwissen und politischen Werten sowie Handlungsweisen in der Instanz der Familie nur eine beiläufige Rolle inne. Diese kommt beispielsweise in der konkreten familiären Diskussion über politische Ereignisse oder Inhalte zum Ausdruck, womit das Gespräch als Rahmenbedingung politischer Sozialisation innerhalb der Familie gelten kann (vgl. Kuhn 2000: 52f). Seit den 1960er Jahren lässt sich hier eine „politische Öffnung“ der Familie gegenüber der öffentlichen Politik ausmachen. Diese begründet sich in der Ausbreitung der Massenmedien als Informationslieferanten, die einerseits politische Gespräche im Privaten motivieren und andererseits durch ihren persuasiven Charakter eine Rückbesinnung auf die politische Erziehungsaufgabe der Angehörigen begünstigen.

Das politische Gespräch und damit die politische „Erziehung“ scheint meist ad hoc und eher zufällig zu erfolgen, zumal andere Gesprächsinhalte, wie Finanzen (71% der Gesprächsinhalte), gemeinsame Unternehmungen (68%), die Kinder (67%) selbst, sowie Anschaffungen (67%), Freunde (53%) und der Beruf (43%) vor allem zwischen den Eltern vorrangig besprochen werden. Nur 33% der Eltern unterhalten sich regelmäßig und häufig über Politik. Jugendliche kommunizieren in der Familie vorwiegend über Beruf, Freunde, Schule, Freizeitaktivitäten und Arbeit - 16% von ihnen mehrmals in der Woche über öffentliche Belange und

Politik. Trotzdem stellt die Familie den wichtigsten persönlichen Kommunikationskreis für politische Inhalte dar: In etwa drei Viertel der deutschen Familien reden Jugendliche mit ihren Eltern, Großeltern und Geschwistern über Politik; das Ausmaß politischer Kommunikation ist dabei aber stark schichtspezifisch. In Familien mit vergleichsweise höherem sozialen Rang oder Bildungsgrad wird deutlich mehr über Politik gesprochen als in solchen niedrigerer sozialer Schichten (vgl. Geißler 1996: 55). Geißler bringt die Situation politischer Kommunikation in der Familie auf den Punkt:

„Die Politik steht nicht im Zentrum des Familiengesprächs, aber die Familie steht im Zentrum des politischen Gesprächs - insbesondere bei Frauen, sowie Kindern und jüngeren Jugendlichen.“ (Geißler 1996: 54).

Ähnlich verhält sich auch die Situation bezüglich der Wahrnehmung einer politischen Erziehungsaufgabe in Familien. Meistens erfolgt politisches Erziehen spontan und latent über das unbewusste Vorleben von politischen Systemen, Ordnungen und Werten. Oft wird sie aber auch angestoßen durch Fragen von Seiten der Kinder selbst, ab einem Alter von etwa neun bis zehn Jahren (vgl. Geißler 1996: 55).

Durch latente und manifeste politische Sozialisation werden viele Merkmale der sich entwickelnden politischen Persönlichkeit von Kindern geprägt. Sie zeigen in Parteipräferenzen, dem Ausmaß politischer Partizipation, politischer Orientierung und Toleranz, aber auch politischen Meinungen im direkten Vergleich signifikante Übereinstimmungen mit jenen ihrer Eltern (vgl. Geißler 1996: 56). Ein deutlicher Einfluss der Sozialisationsinstanz der Familie liegt also nahe, es bleibt allerdings schwierig, diesen von jenen anderer Instanzen klar abzugrenzen.

3.1.3 Die Instanz der Schule

Schon in der Beschreibung der gesellschaftlichen Funktionen und damit der Legitimation der Institution Schule liegt ihre politische Ausrichtung der Sozialisation offen. Nach Wolfgang Klafki haben schulische Einrichtungen

- a) Qualifikationsfunktion
- b) Selektions- und Allokationsfunktion

- c) Legitimations- und Integrationsfunktion sowie
- d) Kulturüberlieferungsfunktion (vgl. Niederbacher 2011: 5).

In den Bereichen der *Qualifikationsfunktion* und besonders der *Selektions- und Allokationsfunktion* bedient die Schule die ihr von der Gesellschaft zugeordnete Forderung nach einem manifesten politischen Sozialisationsprozess. In der Qualifikationsfunktion hat die Institution die Aufgabe greifbare Kenntnisse der unterschiedlichen Schulfächer und damit eben auch die „hard facts“ der Politik zu lehren. Hinzu kommt die latente Vermittlung der gesellschaftlichen Werte von Fleiß, Leistungsbereitschaft, Pünktlichkeit und Ordnung. Genuin um den Prozess latenter und manifester politischer Sozialisation zur Aufrechterhaltung des politischen Systems geht es dann in der *Legitimations- und Integrationsfunktion* der Schule. Auch hier kommen aber konkrete Wissensinhalte - meist beziehen sich diese auf Reproduktionswissen- zur Politik, ihren Institutionen und Werten allenfalls in den Fächern „Geschichte und Sozialkunde“ oder „Politische Bildung“ zur Sprache, während die Schule „nebenbei“ Norm- und Wertorientierung vermittelt. Das geschieht beispielsweise über politische Verhaltensmuster, wie Klassensprecherwahlen, SchülerInnenvereine und Schulordnungen. Deshalb ist im Zusammenhang mit politischer Sozialisation auch oft vom *heimlichen Lehrplan* die Rede (vgl. Niederbacher 2011: 105).

Der heimliche Lehrplan, der dem Konzept des *hidden Curriculum* von Phillip W. Jackson folgt, fasst alle Lernerfahrungen zusammen, die nicht offiziell intendiert Vermittlung finden und das Verhalten von SchülerInnen im Alltag prägen. Der Soziologe Arne Niederbacher beschreibt den heimlichen Lehrplan näher:

„Es handelt sich dabei also um die unintendierten Folgen absichtsvollen Handelns. Schulische Sozialisation über den ‚heimlichen Lehrplan‘ umfasst in der Regel alles, was das Leben in der Schule jenseits von Lehrplänen oder Schulordnungen ausmacht und bei den Schülerinnen und Schülern – zwar ungeplant, aber dennoch zwangsläufig – soziale Verhaltenskonformität hervorruft.“ (Niederbacher 2011: 106).

Demgegenüber steht der öffentliche Bildungsauftrag der Schule demzufolge SchülerInnen den Erwerb politischer Kenntnisse, die Identifikation mit demokratischen Werten, die Bereitschaft, das politische System zu unterstützen und sich politisch zu partizipieren als Bildungsziele verfolgen sollen (vgl. Kuhn 2000: 56).

Glaubt man den Untersuchungen von Fend, so erfüllt die Schule diesen Auftrag aber nicht ausreichend, zumal 12- 16 jährige SchülerInnen seinen Ergebnissen nach im Lehrkörper kaum AnsprechpartnerInnen in politischen Fragen sehen (vgl. Fend 1991: 233). Dass ein höheres Bildungsniveau in vielen Fällen trotzdem mit demokratisch günstiger Orientierung und erhöhter politischer Partizipationsbereitschaft korreliert, mag mit kognitiven Kompetenzen dieser Menschen in Zusammenhang stehen, die sich längere Zeit in der Schule ausbilden können. Kuhn nennt aber auch weitere Faktoren für das Phänomen der Abhängigkeit des politischen Orientierungsmusters von der schulischen Bildung. Demnach sei eine besser trainierte Analyse- und Urteilsfähigkeit zu nennen, als Bedingung für das Verständnis komplexer politischer Prozesse, aber auch die Möglichkeit auszutreten aus den Bereichen von Familie und Beruf, um sich gesamtgesellschaftlichen und damit politischen Sachverhalten zuwenden zu können (vgl. Kuhn 2000: 59).

Die Schule als Institution kann in Ergänzung zur Instanz der Familie also auf verschiedenen Ebenen große Beiträge leisten zur politischen Sozialisation junger Menschen. Im besten Fall tut sie dies, indem sie SchülerInnen durch Mitbestimmungsrechte antizipieren lässt in ihr eigenes politisches System des Schulklimas.

3.1.4 Die Instanz der Peergroup

Im sozialwissenschaftlichen Kontext bezieht sich der Begriff der *Peergroup* auf eine Gruppe in Form eines Zusammenschlusses von Menschen, deren Zusammengehörigkeit über ihre Altersgleichheit konstatiert ist. Diese Gruppenzusammenschlüsse entstehen freiwillig und sind gekennzeichnet durch einen ähnlichen lebensbiographischen Entwicklungsstand, aber auch kongruierende soziale Interessen. Diese Bedingungen machen die Peergroup neben der Familie und Schule zu einem bedeutenden Faktor im Sozialisationsprozess, unter anderem auch, weil sie zur Ablösung der Kinder und Jugendlichen von diesen dominierenden Instanzen beitragen (vgl. Veith 2008: 52f).

Peergroups entwickeln in diesem Prozess als größere Gruppe für ein gesundes Bestehen einerseits informelle Regelsysteme in Form von Sitten und anderer-

seits formelle Konventionen, wobei spezielle Rollenordnungen und Machtstrukturen entstehen. Verlangt wird dabei die „Bereitschaft zur Absprache und die Einhaltung von Zusagen, die im Rahmen von geteilten, daher auszuhandelnden Vorstellungen von Fairness, Gerechtigkeit und Fürsorglichkeit getroffen werden müssen.“ (Krappmann 2004, zit. nach Veith 2008: 52). Die Peergroup hat damit eine tragende Rolle inne, wenn es darum geht, erlernte regulative Methoden im konkreten, alltäglichen Zusammenleben zu erproben.

3.1.5 Die Instanz der Massenmedien

Im Alltag präsentiert sich die moderne Politik sehr gerne als Medienereignis. Dieses Phänomen der häufigen Nutzung der Massenmedien kann durchaus als konstitutives Moment politischer Sozialisation gelten und stellt eben diese Medien selbst in den Fokus der Sozialisationsforschung. In Massenmedien werden, wie auch in den anderen bereits erwähnten Instanzen, politische Normen und Werte nicht nur angeboten, sondern auch vermittelt. Was sie dabei aber von den anderen Agenten politischer Sozialisation unterscheidet, ist ihre Orientierung an Aktualität und Publizität. Deren flexibler und rascher Wandel steht im grundsätzlichen Widerspruch mit der Vermittlung eines konsistenten Systems von Werten und Normen nach pädagogischen Gesichtspunkten (vgl. Kuhn 2000: 67). Sander und Vollbrecht bringen diesbezüglich Bedenken hervor,

„[...] ob die noch in ihrer kognitiven, moralischen, emotionalen und physischen Entwicklung stehenden Kinder und Jugendlichen die notwendigen Wahrnehmungskompetenzen und die kognitive und moralische Urteilsfähigkeit besitzen, um die Künstlichkeit, Zerrissenheit und Widersprüchlichkeit, Vielschichtigkeit und Permanenz von Informationen durch ständige Medienkonfrontation für sich sinnvoll in einen Zusammenhang bringen [zu können]“ (Sander/Vollbrecht 1994, zit. nach Kuhn 2000: 67).

Diese Sorge um *dysfunktionale Medienwirkungen*, die durch ein großes Ausmaß negativ besetzter Nachrichten von Krisen und Konflikten zur Politikverdrossenheit oder gar politischen Ängsten führen könnten, erscheint zunächst sehr berechtigt. Massenmedien können aber auch *funktional* auf eine gelungene, politische Identitätsbildung wirken und damit die Anpassung an erwünschte Werte und

Normen innerhalb des Systems positiv beeinflussen (vgl. Kuhn 2000: 68f). In welcher Weise Politik durch Massenmedien wirken kann, muss also jedenfalls der Aufbereitung der Inhalte innerhalb der medialen Beiträge obliegen und der persönlichen Kompetenz der AdressatInnen, mit diesen sinnvoll umzugehen. Spätestens an diesem Punkt wird die Tragweite sichtbar, die politische Bildung, neben kontextualisierenden Einflüssen der Familie und Gleichaltrigen, innehat. Sie muss kommunikative Kompetenz in politischen Bereichen vermitteln, die einen adäquaten Umgang mit massenmedialen Informationen ermöglicht.

3.2 DIE NOTWENDIGKEIT KOMMUNIKATIVER KOMPETENZ: SELEKTIVITÄT VON WISSEN

Mit politischem Geschehen - sei es aus näherer Umgebung, oder auch geographisch und thematisch weit entfernt - kommen Kinder und Jugendliche angesichts der durchschnittlichen, auch technischen Ausrüstung mitteleuropäischer Familien, schon recht früh in Kontakt. Eine gezielte politikorientierte Nutzung, die sich in der *Selektivität* ausdrückt, kann sich demgegenüber aber nur schrittweise entwickeln. Dafür braucht es eine Gesellschaft, die sich als *aktives Publikum* um aktiv auswählende RezipientInnen von medialen Inhalten bemüht (vgl. Kuhn 2000: 71).

Im freien Informationsfluss und alternativen Informationsquellen als Kennzeichen moderner Demokratien wird die Selektivität politischen Wissens begründet, weil sich nur darin das rationale Individuum nach ökonomischen „Kosten- Nutzen- Abwägungen“ Wissen beschafft. Damit die „Kosten“ gering bleiben, werden sich BürgerInnen in der Informationsbeschaffung zum politischen Geschehen also meist an frei zugänglichen, nicht allzu komplexen Inhalten orientieren (vgl. Pfetsch 1998: 410f). Angesichts des Sättigungsgrads an politischer Information auf vielen Ebenen im Alltag sollten die BürgerInnen moderner demokratischer Staaten also einen hohen Grad an Informiertheit vorweisen. Dass ein großes Maß an Informationsangebot aber nicht gleichbedeutend mit weit verbreitetem Politikwissen ist, zeigt die Wissenskluft- Hypothese auf.

Bonfidelli beschreibt in der *Wissenskluft- Hypothese* das Phänomen der Ungleichverteilung politischen Wissens zwischen verschiedenen Schichten der Ge-

sellschaft. Ungleichheiten, resultierend aus unterschiedlicher Bildung und sozialer Position, werden demnach durch einen steigenden Informationsgrad der Massenmedien weiter verstärkt, anstatt sie durch einen einfacheren Zugang auszugleichen (vgl. Pfetsch 1998: 411). Die Wissenskluft zwischen politisch gebildeten Menschen, und jenen, die eher nicht als solche zu bezeichnen sind, entsteht durch das Nutzen verschiedener Medienkanäle. NutzerInnen der Presse und qualitativ hochwertiger Plattformen der politischen Wissensvermittlung seien demnach höher gebildeten, sozial gut positionierten Personengruppen und Familien angehörig. Die Effektivität der Wissensvermittlung sei hier also als höher anzusehen, als jene von Personen, die sich vornehmlich über das Medium des Fernsehens informieren (vgl. Pfetsch 1998: 411). Aufgrund der differierenden Effektivität, aber auch unterschiedlichen Qualität verschiedener Medienformate in der Politikvermittlung muss also auch eine Kluft in der Qualität des sich dadurch angeeigneten, politischen Wissens entstehen. Alle Bevölkerungsschichten durchdringend wirken dabei vor allem groß angelegte Kampagnen, die besonders politikferne Gesellschaftsschichten mit schnellen, oberflächlichen und plakativen Ereignissen ein eingegengtes Bild von Politik vermitteln - gebunden oft an prominente politische ProtagonistInnen (vgl. Pfetsch 1998: 412).

Kommunikative Kompetenz wird also beiden Seiten der Medaille abverlangt: dem aktiven Publikum, das durch effiziente Nutzung die Massenmedien und ihren Informationsgrad mitgestaltet, aber auch den vermittelnden Instanzen der Politik, die eingehen müssen auf die Heterogenität ihrer Zielgruppen. Ein hoher Grad an Informiertheit und Verständnis der politischen Kommunikation kann korrelieren mit einem verstärkten Interesse bezüglich politischer Inhalte und einen Weg bereiten, hin zum/r politisch partizipierenden, kritischen BürgerIn.

3.3 SPRACHERZIEHUNG ZUR DEMOKRATIE

Mit wachsendem Wortschatz und sich immer weiter entwickelnden kognitiven Fähigkeiten ergeben sich für Kinder und Jugendliche auch immer weiter gefasste sprachliche Handlungsfelder. Wie Sprache innerhalb der sozialen Gruppe wirkt und dass sie bisweilen auch verletzen kann, muss neben dem Ausbau der sprachlichen Kompetenz daher auch ein Thema eines guten Sprachunterrichts sein, der damit als Regulationsinstanz für „undemokratischen“ Sprachgebrauch

dienen kann. Insofern stellt sich die Frage, wieviel der Sprachunterricht in der Schule überhaupt zusätzlich zur sozialen Umwelt der Kinder in Hinsicht auf einen „demokratischen Sprachgebrauch“ beizutragen vermag. Eva Neuland formuliert dazu drei Thesen (Neuland 2005: 75):

- a) Demokratischer Sprachgebrauch setzt einen linguistisch fundierten und didaktisch reflektierten Sprachunterricht voraus.
- b) Demokratischer Sprachgebrauch setzt Sprachkompetenz und Sozialkompetenz voraus.
- c) Demokratischer Sprachgebrauch trägt in einem umfassenden Sinn zur sprachlichen Bildung des Einzelnen und zur Kultivierung des gesellschaftlichen Sprachgebrauchs bei.

Das erklärte Ziel in der Vermittlung eines demokratischen Sprachgebrauchs liegt nach Neuland also darin, dass die jeweils individuelle Sprachkompetenz eingesetzt wird, zugunsten eines auf die Gemeinschaft ausgerichteten Sprachhandelns. Der Unterricht bietet zum Training dieser Kompetenz didaktische Methoden wie die Gruppenarbeit an, die auf sprachliche Kooperation ausgerichtet sind (vgl. Neuland 2005: 75f).

Ein Ansatzpunkt zur Vermittlung eines demokratischen Sprachgebrauchs liegt im Fördern der Kompetenz ein kooperatives Gespräch zu führen. In der Gesprächsarbeit können Fähigkeiten wie aktives Zuhören geschult werden, ebenso wie die Regeln einer guten Gesprächskultur. Hier kommen grundlegende Handlungsweisen demokratischer Kommunikation in den Fokus: die Vereinbarung des Zwecks des Gesprächs, die Beiträge von anderen aufnehmen und akzeptieren, die eigene Meinung argumentativ ausdrücken, et cetera. Auch die Akzeptanz und Toleranz gegenüber den vielfältigen Varietäten und Sprachformen - vom Dialekt und genderneutraler Sprache bis hin zu Jugendsprachen und Fachsprachen - kann bezüglich einer gelebten Demokratie in Sprache ihre Vermittlung finden (vgl. Neuland 2005: 82).

Die konkrete Sprachverwendung in der Kommunikation innerhalb der Peergroup, der Familie, den Massenmedien und auch der Schule bietet also Raum für sprachliche Realisierung der Demokratie als Lebensform. Daraus lässt sich auch

eine grundsätzliche Möglichkeit einer Spracherziehung hin zur Demokratie ableiten. Inwiefern politische Texte für Kinder einen demokratischen Sprachgebrauch vorzeigen, wird in den Kapiteln 4.4.1 sowie 4.4.2 untersucht.

3.4 GESETZLICHE GRUNDLAGEN: DER GRUNDSATZERLASS ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Wie bereits angesprochen kommen Kinder zwischen ihrem achten und 15. Lebensjahr nicht zuletzt in der Schule mit Politik in Berührung. Ein klarer Verbindungspunkt liegt dabei in der Politischen Bildung, die in allen deutschsprachigen Staaten gesetzlich verpflichtend zu unterrichten ist.

In Österreich ist die Politische Bildung zum einen Teil das Unterrichtsfach „Geschichte und Sozialkunde“ und zum anderen seit 1978 durch den Grundsatzterlass für Politische Bildung in allen Unterrichtsfächern angelegt. Es obliegt also der Bildungs- und Erziehungsaufgabe jedes/r LehrerIn, politische Werte so zu vermitteln, dass das folgende, allgemeine Bildungsziel erreicht wird:

„Die jungen Menschen sollen zu gesunden, arbeitstüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewussten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich als Mitglied der Europäischen Union herangebildet werden. Sie sollen zu selbstständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken. Humanität, Solidarität, Toleranz, Frieden, Gerechtigkeit und Umweltbewusstsein sind tragende und handlungsleitende Werte in unserer Gesellschaft. Auf ihrer Grundlage soll jene Weltoffenheit entwickelt werden, die vom Verständnis für die existenziellen Probleme der Menschheit und von Mitverantwortung getragen ist. Dabei hat der Unterricht aktiv zu einer den Menschenrechten verpflichteten Demokratie beizutragen sowie Urteils- und Kritikfähigkeit, Entscheidungs- und Handlungskompetenzen zu fördern.“ (BMBF 2005: 1).

Der Grundsatzterlass zur Politischen Bildung folgt diesem allgemeinen Bildungsziel und hebt in besonderem Maße die Erziehung zu einem „demokratisch fundierten“ Österreichbewusstsein, einem gesamteuropäischen Denken

und Weltoffenheit hervor, um einen Beitrag zu leisten zur Verwirklichung der Demokratie. Politische Bildung vollzieht sich dabei in drei Bereichen:

a) Politische Bildung ist Vermittlung von Wissen und Kenntnissen

Dieser Bereich Politischer Bildung vollzieht sich vornehmlich im Fachunterricht (Geschichte/ Sachunterricht) und konzentriert sich dabei auf die „hard-facts“, also die Sachinformation des Politischen.

b) Politische Bildung ist Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten

Die eigene Meinungsbildung durch das Wissen um die Faktoren der politischen Entscheidungsfindung zu unterstützen ergänzt das Sachwissen aus dem ersten Bereich. Die Vermittlung verschiedener Interessen, Ziel- und Wertvorstellungen ist dabei zentral.

c) Politische Bildung ist Weckung von Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln

Auf Basis der eigenen Wertvorstellungen sollen SchülerInnen im dritten Bereich Politischer Bildung zur politischen Partizipation motiviert werden. Besonders die Aufträge der Bereiche b) und c) sind von allen LehrerInnen an allen Schulen in dem Maße zu befolgen, wie es die Schulart, die Schulstufe und das Unterrichtsfach zulassen (vgl. BMBF 2007: 1).

Neben diesen großen Teilbereichen der politischen Bildungsarbeit an österreichischen Schulen, definiert der Grundsatzterlass im Rahmen der Lehrplaninhalte auch genauere Ziele:

- 1) SchülerInnen sollen befähigt werden, die gesellschaftlichen Strukturen auch in ihrer Bedingtheit zu erkennen.
- 2) SchülerInnen sollen erkennen, dass gelebte Demokratie sich nicht in stiller Befolgung der Regeln erschöpft, sondern Raum für Teilhabe wahr.
- 3) Das Denken in politischen Alternativen und eine Toleranz gegenüber anderen sollen trainiert werden. Zivilcourage zu entwickeln ist dabei das Ziel.
- 4) SchülerInnen sollen ein Verständnis bekommen von den Aufgaben der Landesverteidigung im Dienste der Wahrung demokratischer Freiheit und territorialer Unversehrtheit.

- 5) Politische Bildung soll schließlich dazu beitragen, dass SchülerInnen für unantastbare Grundwerte, wie Freiheit und Menschenwürde eintreten. Hier geht es auch um einen Abbau von Vorurteilen und die Vermittlung von Verantwortung für eine gerechte Friedensordnung (vgl. BMBF 2007:2).

Zur Durchsetzung dieser Ziele und Forderungen für Politische Bildung im Unterricht führt der Grundsatzterlass für Politische Bildung letztendlich einige konkrete Gestaltungshinweise auf, die sich zusammenfassen lassen auf das Gewähren der Möglichkeit zu selbstständiger und verantwortungsvoller Tätigkeit der SchülerInnen im Rahmen des Schulunterrichtsgesetzes. Dabei sollen LehrerInnen vor allem Anknüpfungspunkte an die Lebenswelt ihrer SchülerInnen lokalisieren und nützen und auf die Toleranz gegenüber fremder Meinungen und Wertvorstellungen Wert legen, sofern diese nicht gegen demokratische Grundwerte verstoßen. Insofern ist der Dialog unter SchülerInnen, aber auch LehrerInnen und SchülerInnen zu fördern, als Mittel zur Konsens- und Kompromissfindung.

Keinesfalls darf Politische Bildung als Werbung dienen für persönliche Ansichten und politische Auffassungen; eine kritisch- abwägende Distanz zur politischen Äußerung im Zuge der Authentizität der Lehrperson muss also gewahrt werden. Eine in dieser Form angelegte Politische Bildung soll schließlich im Zusammenwirken von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern einen gelungenen Beitrag der Schule zur Mitgestaltung der politischen Kultur des Staates garantieren (vgl. BMBF 2007:2).

4. POLITISCHE TEXTE FÜR KINDER: EINE ANALYSE

4.1 ANALYSESCHRITTE

Der erste Schritt in der Arbeit mit politischen Texten für Kinder liegt in der Suche nach Quellen für die Texte, um ein entsprechendes Textkorpus zusammenzustellen. Die so gesammelten 50 Texte werden anschließend hinsichtlich ihrer EmittentInnen und AdressatInnen, aber auch in Bezug auf ihren politischen Gehalt genauer untersucht. In das Textkorpus fließen schließlich nur 25 Texte ein, deren AdressatInnengruppe explizit in der gesuchten Altersgruppe liegt und die die im Theorieteil beschriebenen Merkmale politischer Sprache aufweisen. Die Kriterien sind hier

- a) Massenmedialität, Mehrfachadressiertheit, Inszeniertheit und Öffentlichkeit,
- b) das Vorkommen politischen Fachvokabulars im engeren Sinne,
- c) eine semantische Ausrichtung hin zu den Politikbereichen der politics, politics und policies, sowie
- d) eine Integration der Texte in politische Handlungsfelder.

Im nächsten Schritt werden die politischen Texte innerhalb ihrer Gruppe klassifiziert nach ihren Funktionen und EmittentInnen, um Kategorien zur weiteren Untersuchung zu erhalten. So ergeben sich Textklassenuntergruppen mit ähnlichen Schwerpunkten und Merkmalen in ihrer Konzeption. Diese werden dokumentiert und ferner in die Textsortenklassen nach Josef Klein eingeordnet. In den weiteren Schritten werden die Texte noch bezüglich der Einhaltung des Kooperationsprinzips in den Kommunikationsmaximen genauer begutachtet und das Layout der Texte hinsichtlich ihrer Leserfreundlichkeit und Ausrichtung auf die Zielgruppe der Kinder erforscht. Dann werden in den politischen Texten für Kinder politische Schlagwörter lokalisiert und hinsichtlich ihrer Wortumgebung, aber auch in Zusammenhang mit der Argumentationslinie der Texte nach dem lexikalisch-argumentativen Modell nach Grünert untersucht, um den ideologischen Gehalt der Texte zu analysieren. Weitere Analyseschritte beziehen sich auf das Zuordnen der Texte zu den Sozialisationsinstanzen und die Untersuchung des Materials hinsichtlich dessen Ausrichtung auf die Vorgaben, die der Grundsatzterlass

für gelungene Politische Bildung vorschlägt. Zum tatsächlichen Nutzen und Gefallen der Texte in der Adressatengruppe der Kinder gibt schließlich ein Fragebogen Auskunft, der von Volksschulkindern und SchülerInnen der Sekundarstufe I beantwortet wird.

4.2 TEXTARTEN: EIN ERSTER ÜBERBLICK

Politische Texte für Kinder sind in der Grundannahme dort zu suchen, wo sich die Lebenswelt ihrer Klientel entfaltet. Insofern bieten sich die Anknüpfungspunkte primärer Sozialisation und damit die soziale Umgebung der Familie, Peer-group und Schule an, um nach massenmedial bereitgestellten, politischen Texten für Kinder zu suchen. Hier lässt sich ein recht breites Korpus an Texten finden, die der gesuchten Typologie potenziell entsprechen, aber noch weiterer Kategorisierung bedürfen. Denkbar sind an dieser Stelle beispielsweise Liedertexte, Einträge in Kinderlexika, altersadäquate Artikel in Zeitungen und Zeitschriften für junge LeserInnen, Nachrichten und Fernsehsendungen sowie regulative Texte aus der Institution Schule.

4.2.1 Das Textkorpus: Was ist ein politischer Text für Kinder?

In das Textkorpus der dieser Arbeit zugrundeliegenden Untersuchung finden aus dem weiten Feld politischer Kommunikation nur jene Texte Eingang, die den linguistischen Kriterien der politischen Sprache entsprechen und explizit an die Adressatengruppe der acht- bis 15-jährigen Kinder und Jugendlichen gerichtet sind. Damit entfällt der große Komplex an Texten, die eine deutlich politische Semantik vorweisen, aber keinen im engeren Sinne politischen Sprachgebrauch.

In der Abgrenzung des Gegenstands der Untersuchung kommen also die im Kapitel zwei beschriebenen Kriterien der politischen Sprache zur Anwendung. Alle Texte des Korpus sind demnach in der weit gefassten Definition von Grünert Teil des Politischen indem sie „die ordnende Gestaltung der menschlichen Beziehungen im Gemeinwesen“ (Dieckmann 2005:12) thematisieren. Darüber hinaus weisen sie alle einen im engeren Sinne politischen Wortschatz auf, der aus Wörtern

des Institutions-, Ressort-, und Ideologievokabulars schöpft. Auch die Grundprinzipien politischer Kommunikation, die sich in deren Öffentlichkeit, Mehrfachadressiertheit, Massenmedialität und Inszeniertheit manifestieren, werden von den politischen Texten für Kinder eingehalten. In der Erfüllung der Gesamtheit dieser Kriterien können politische Texte für Kinder also jedenfalls als im linguistischen Sinn politisch gelten.

Das auf diese Weise charakterisierte Textkorpus für die Untersuchung politischer Texte im Rahmen dieser Arbeit umfasst 25 Texte verschiedener Textsorten, EmittentInnen und Themen. Die folgende Infografik soll dazu einen ersten Überblick anbieten:

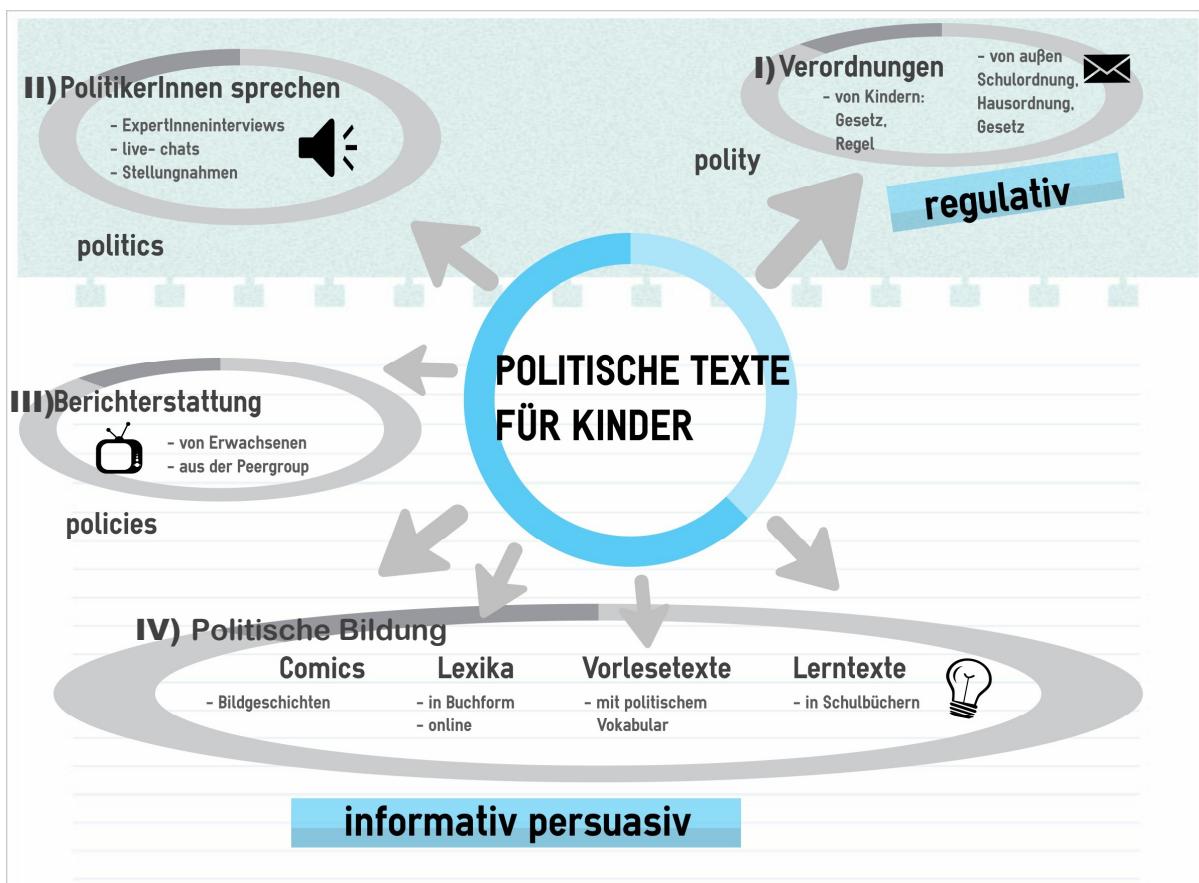


Abbildung 3: Übersicht politischer Kindertexte

An Kinder im Pflichtschulalter gerichtete politische Texte lassen sich einteilen in politische Texte für Kinder im engeren und weiteren Sinn. Jene im engeren Sinn sind im hellblau hinterlegten Bereich der Infografik lokalisiert. Sie umfassen zwei

Gruppen von Texten, die sich vor allem in ihren EmittentInnen und ihrer Intention unterscheiden: I) *Verordnungen* und II) *PolitikerInnen sprechen*.

Die Textgruppe rund um *Verordnungen* fasst regulative schriftliche Dokumente zusammen, wie sie diverse Gesetzestexte, Verordnungen, Erlässe, Verbote und Regeln darstellen. Ihre EmittentInnen liegen dabei einerseits in für SchülerInnen autoritären Instanzen und andererseits auch in der Peergroup selbst. Diese Texte ordnen verbindlich die Interaktion innerhalb der sozialen Umwelt der Kinder und Jugendlichen und weisen insofern besonders hoch frequent genuin politisches Vokabular wie das Ressort- und Institutionsvokabular auf. Sie realisieren sich damit primär in der Sprache der Verwaltung und der Sprache des Gesetzes.

Ebenso wie die an Kinder gerichteten regulativen Texte der *Verordnungen* sind auch Texte, die dem Bereich der direkten Kommunikation zwischen PolitikerInnen und Kindern zuzuordnen sind, politische Texte im engeren Sinn. Ihre EmittentInnen sind Personen öffentlich politischen Interesses und sehr häufig auch im politischen Diskurs der erwachsenen Bevölkerung deutlich präsente AkteurInnen. Schriftliche Zeugnisse der Rubrik II) *PolitikerInnen sprechen* sind in ihrer Funktion meist nicht nur informativ, sondern dienen oft der Imagebildung der einzelnen PolitikerInnen oder jener ihrer Institutionen. Der vorherrschende Sprachgebrauch dieser Texte manifestiert sich in der Sprache der Überredung und bisweilen auch jener der politischen Werbung mit dem Ziel politischer Bewusstseinsbildung. In dieser Hinsicht sind die Texte ihrer Zielsetzung folgend geprägt von der informativ, persuasiven Sprachfunktion und weisen einen breiter gestreuten Wortschatz auf, als die regulativen Texte der Gruppe um *Verordnungen*. Sie manifestieren sich in ExpertInneninterviews und „Live- chats“ mit politiknahen Personen, aber auch in Kontakttexten von einzelnen PolitikerInnen in Richtung der Adressatengruppe der Kinder. Bemerkenswert ist dabei die hohe Dichte an Fachleuten und echten ExpertInnen auf wissenschaftlichem Niveau sowie hochrangigen PolitikerInnen, die ihrem jungen Publikum Rede und Antwort stehen.

Die zahlenmäßig im Korpus deutlich stärker vertretene Gruppe von politischen Texten für Kinder ist insgesamt aber nicht die Kategorie der politischen Texte im engeren Sinn, wie sie oben kurz vorgestellt wurde, sondern jene politischer Texte im weiteren Sinn. Dazu gehört die Textgruppe der III) *Berichterstattungen* politischen Inhalts. Diese ist auf der Infografik im Bereich mit weißem Hintergrund

lokalisiert und wiederum ihren EmittentInnen zufolge in zwei Sektoren zu gliedern: Einerseits schreiben JournalistInnen im Erwachsenenalter beruflich über politische Ereignisse rund um die Welt und adressieren ihre Artikel an Kinder und Jugendliche. Andererseits erarbeiten aber auch Kinder für ihre Peergroup selbst Nachrichten politischen Inhalts. Beide Arten von Berichterstattung sind dabei überwiegend informativ angelegt, wobei vor allem bei den Texten von Erwachsenen an Kinder häufig auch Persuasivität im Sprachgebrauch mitschwingt. Wenn Kinder für Kinder schreiben kommt zur informativen eher eine positive Sprachebene hinzu. Allen Texten der Untergruppe *Berichterstattungen* gemeinsam ist eine Orientierung am tagesaktuellen politischen Geschehen mit der Thematik der Artikel entsprechendem Fachvokabular sowie die Veröffentlichung über gängige Nachrichtenkanäle.

Ebenfalls in das Feld der politischen Texte für Kinder im weiteren Sinn gehört die große Gruppe der *Texte für IV) Politische Bildung*. Diese lässt sich unterteilen in Comics, Lexika, Vorlesetexte und Lerntexte, die alle als Unterrichtsmaterial oder zur privaten Informationsgewinnung bezüglich des Wissens rund um das politische System konzipiert worden sind. Dieser Konzeption entsprechend sind die Texte sprachlich informativ angelegt und persuasiv in der Erziehung hin zum Verstehen und Unterstützen der demokratischen Herrschaftsform im Sinne der politischen Sozialisation sowie in deren Folge der politischen Partizipation.

Je nach thematischem Schwerpunkt vermitteln die *Comics* mit politischem Inhalt in Form der Bildgeschichte mit Sprechblasen politisches Handeln und dessen Vokabular. Zentral ist hier neben der Bedeutung und Funktion der Bilder auch der Sprachgebrauch der ProtagonistInnen, der sich meist in der Form von Gespräch und Debatte, also demokratisch geprägt, präsentiert.

Die *Lexikoneinträge für Kinder* zu politischen Inhalten sind demgegenüber die wohl sachlichsten, am deutlichsten auf das Faktenwissen rund um Politik ausgerichteten Texte. Sie sind in ihrer Zahl mit fünf untersuchten Texten im Textkorpus am häufigsten vertreten, enthalten politische Informationen in sehr komprimierter Weise und sind dementsprechend besonders deutlich vom genuin politischem Vokabular geprägt, das sie erklären wollen. Eingang in solche politischen Lexika finden Wörter aus allen Bereichen des politischen Wortschatzes vom Institutions-

vokabular, über das Ressort- bis hin zum Ideologievokabular, aber auch vom allgemeinen Interaktionsvokabular, sofern es sich dabei um Wörter handelt, die häufig in politischen Zusammenhängen zum Einsatz kommen.

Das Angebot an Lexika zu politischen Inhalten wird selten auch um narrative Texte, die anschließen an die Informationen aus dem Lexikon, ergänzt. Diese *Vorlesetexte* verpacken das Fachvokabular und Wissen um Bereiche des politischen Diskurses in fiktionale Texte und Geschichten und sind im Vergleich zu den Facheinträgen in Lexika eher von der Sprache der Überredung und dem persuasiven Sprachspiel geprägt. Inhaltlich geht es dabei oft um Probleme in der demokratischen Kommunikation oder den Aufbau und Erhalt verschiedener politischer Systeme.

Abschließend sind der Kategorie der Texte zur Politischen Bildung die *Lerntexte* in Schulbüchern zuzuordnen. Sie sollen ähnlich wie die Lexikoneinträge konkrete Inhalte rund um das politische Leben - auch historisch - beleuchten, sind dabei allerdings systematisch im Schulbuch geordnet und in verschiedene Kontexte der Schulbuchkapitel eingebettet. Im Allgemeinen kann bei diesen Texten auch davon ausgegangen werden, dass eine fachlich kompetente Lehrperson beim Erschließen der Texte hilft und verschiedene Aspekte hervorheben und näher erläutern kann. Außerdem sind diese Texte oft Material für die Vermittlung auch anderer Themen und Schwerpunkte. Ihre AutorInnen sind anders als bei den bisher genannten politischen Texten für Kinder meist die SchreiberInnen der Schulbücher oder didaktischer Fachzeitschriften und stammen weniger häufig aus dem Kreis politiknaher Personen und Institutionen.

Die konkrete Auswahl der Texte zu den Gruppen politischer Texte für Kinder stellt sich im Textkorpus dieser Arbeit wie folgt dar:

Übersicht zum Textkorpus

Textgruppe	Untergruppe/ Textsorte	Titel	AutorIn	Altersgruppe in Jahren
Verordnungen	1 von Kindern	Das Trampolinspringgesetz	Anna	unbekannt
	2	Haustierschulbesuchsverordnung	Klasse 3b der Volksschule Hinterhausen	8 bis 9
	3 von außen	Hausordnung	Reinhard Hallwirth/ Sache Coeur Wien	11 bis 15
	4	Kinderrechtekonvention	Vereinte Nationen/ BM für Familien und Jugend	bis 18
PolitikerInnen sprechen	5 ExpertInnen-interview	Bleibt Demokratie ewig? Interview mit Univ.- Prof. Sieglinde Rosenberger	Demokratiewerkstatt	unbekannt
	6	Interview mit Mag. Paul Schmidt	Aly, Lea, Jakob, Hanna, Julia (10) aus der 4. Klasse VS Steinlechnergasse	10
	7 ExpertInnen-Interview	Interview mit Univ.- Prof. Dr. Franz X. Eder	Demokratiewerkstatt	8- 14
	8 Live- chat	Geschichte der Demokratie	Dr. Prammer/ BRG SolarCity Linz	14- 16
	9 Live- chat	Religion und Glaube	Hubert Kuzdas (SPÖ)/ 4. Klasse HS Vorderweißenbach	14- 15
	10 Steckbrief	Mag. Dr. Matthias Strolz	Demokratiewerkstatt	8- 14
	11 Kontakttext	Willkommen im Kinderministerium	Manuela Schwesig	8-15

Textgruppe	Untergruppe/ Textsorte	Titel	AutorIn	Altersgruppe in Jahren	
Berichterstat- tung	12	Zeitungsartikel (Emittentin: Journalistin)	Zur Revolution in Ägyp- ten: Sind wir immer die Guten?	Sandra Va- leska Bruhns/ Kinderzeit	unbekannt
	13	Zeitschriften- artikel (Emit- tent: Journa- list)	Putin, wer sonst?	TOPIC- Das junge Magazin	13-15
	14	Nachrichten- artikel: Kinder- fernsehen	Angriffe auf IS in Syrien	Tom Burohw neuneinhalb/ WDR	6- 15
	15	Zeitungsartikel (EmittentIn- nen: Kinder)	Wer mitmacht entschei- det: Die EU- Wahl	Vinenz, Valen- tina, Andrea, Valentin, Me- lina (9/10)/De- mokratie- Werkstatt ak- tuell	8- 14
Politische Bil- dung	16	Comic	Wahlen in Hanisauland	Peter Brandt/ Hanisauland/ bpb	8- 14
	17	Comic	EU- Wahl Comic	Demokratie- werkstatt aktu- ell	8-15
	18	Lexikoneintrag	Delegation	Gerd Schnei- der, Christiane Toyka- Seid/ Hanisauland	8- 14
	19	Lexikoneintrag	Demokratie	Gerd Schnei- der, Christiane Toyka- Seid/ Hanisauland	8-14
	20	Lexikoneintrag	Parlament	Reinhold Gärnter/ Poli- tik Lexikon für junge Leute	ab 12
	21	Lexikoneintrag	Volksbegehren	Demokratie- werkstatt	

Textgruppe	Untergruppe/ Textsorte	Titel	AutorIn	Altersgruppe in Jahren
22	Vorlesetext	Ein Tag in der EU	Lana, Raphael, Cle- mens, Mar- cus, Theo (10)/ Demo- kratie-werk- statt	10
23	Vorlesetext	Folge 1: Die Friedens- suppe	Peter Brandt/ Hanisauland/ bpb	8- 14
24	Lerntext	Staats- und Regie- rungsformen	Unterrichts- materialien zum Jugend- parlament/ Parlaments-di- rektion	14- 16
25	Lerntext	Nationalsozialismus und Judenverfolgung	Tilman von Brand/ Praxis Deutsch. Fachzeitschrift für den DU	10- 12

Aus diesem Überblick ist ersichtlich, dass überwiegend Texte österreichischen Ursprungs gewählt werden. Acht der 25 politischen Texte für Kinder sind Produkte deutscher AutorInnen und finden ob ihrer hohen Qualität und des Fehlens österreichischer Pendanten Eingang in das Textkorpus. Es wird auch versucht, möglichst vielen der einzelnen Textsorten und Textgruppen in annähernd gleichem Anteil gerecht zu werden, um die Vielfalt der politischen Texte für Kinder aufzuzeigen. Deutlich wird aus dem Überblick zum Forschungsmaterial auch, dass die AdressatInnen der Texte signifikant häufiger in der Altersklasse der zehn- bis fünfzehnjährigen Kinder liegen, als in jener der Acht- bis Zehnjährigen. Ihre EmittentInnen sind meist politiknahe Gruppen und Vereine rund um politische Ministerien und Institutionen wie das Parlament sowie die Kinder selbst, wenn sie politische Kommunikation einüben.

4.2.2 Greifbarkeit und Auftreten politischer Texte für Kinder

Wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt, lokalisieren sich politische Texte für Kinder per se in deren unmittelbarer Lebenswelt und ihren Sozialisationsinstanzen. Den allgemeinen Kriterien politischer Kommunikation folgend müssen sie außerdem öffentlich und massenmedial verbreitet greifbar sein. Angesichts der insgesamt aber im Alltag nicht allzu großen Präsenz politischer Texte für Kinder, stellt sich nun die Frage nach deren pragmatischer Greifbarkeit für die Zielgruppe.

Hier ist vorweg festzuhalten, dass gerade politisch bildende Texte qualitativ, sowohl in ihrer Information als auch ihrer sprachlichen Adäquatheit, hochwertig sein müssen, wenn sie den Anforderungen politischer Bildung laut Grundsatzterlass genügen wollen. Entsprechende Anforderungen ergeben sich für ihre AutorInnen und Verantwortlichen. Dieser hohe Qualitätsanspruch spiegelt sich bei näherer Betrachtung in den verantwortlichen AnbieterInnen wider: Politische Texte für Kinder werden in Österreich und Deutschland fast ausschließlich veröffentlicht von

- a) der österreichischen Parlamentsdirektion und deren Medien
- b) den zuständigen Ministerien für Familien, Kinder und Jugend
- c) der deutschen Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb)
- d) Qualitätszeitungen mit Kinderartikeln sowie Jugendzeitschriften
- e) Öffentlichen Rundfunkanstalten wie ORF, SRF und WDR mit ihren Kinderprogrammen.

Die Medienkanäle dieser VermittlerInnen politischer Information sind dabei in weiten Teilen das Internet, aber auch Printmedien. Besonders hervorzuheben sind in der politischen Öffentlichkeitsarbeit für Kinder in allen Bereichen politischer Texte für junges Publikum die österreichische Parlamentsdirektion und deutsche Bundeszentrale für Politische Bildung mit ihren Plattformen der *Demokratiewerkstatt* und *HanisauLand*. Auch das deutsche Ministerium für Familien, Frauen, Kinder, Senioren und Jugend stellt mit seinem Webauftritt unter www.kinder-ministerium.de vielfältige politische Information für sehr junges Publikum zur Verfügung. Auf diesen Plattformen sind politische Texte für Kinder für

ihre Adressatengruppe - unter der Voraussetzung eines Internetanschlusses - gut aufbereitet und leicht greifbar. Sie enthalten darüber hinaus auch weiterführende Informationen für LehrerInnen und Eltern. Die AutorInnen dieser Quellen veröffentlichen meist neben ihren Informationen auf den Online- Plattformen auch über längere Zeit erhältliche politische Lexika in gedruckter Form, wie *Politik von A bis Z* sowie das *Politische Lexikon für junge Leute*.

Abseits dieser kontinuierlich abrufbaren Plattformen, die gezielt auf Politikvermittlung ausgerichtet sind, ist es schwieriger politische Texte für Kinder zu finden, da sie meist nur punktuell auftreten. So bieten Qualitätszeitungen in ihren Ausgaben für Erwachsene mitunter eigene Teile für Kinder an, die, dem politischen Diskurs Erwachsener folgend, tagesaktuelle politische Nachrichten und Informationstexte für Kinder bereitstellen. Zu nennen sind hier exemplarisch die Tageszeitung „Kurier“ mit dem Kinderteil *KIKU- Kinderkurier*, die „Oberösterreichischen Nachrichten“ mit ihrer *Welt der Kindernachrichten* und die *Kinderzeit* des deutschen Qualitätsblatts „Die Zeit“. All diese Formate richten sich an die Leserguppe von etwa sechs- bis elfjährigen Kindern. In ähnlicher Form enthalten auch Zeitschriften für junge LeserInnen punktuell Artikel politischen Inhalts. Österreichische Beispiele hierfür sind die *Spatzenpost*, *Junges Österreich*, *LUX*, *Kleines Volk* und *TOPIC*, als Kinder- und Jugendzeitschriften mit großer Reichweite für die Altersgruppe der Sieben- bis Fünfzehnjährigen. Deren Nutzung wird vom österreichischen Bundesministerium für Bildung und Frauen empfohlen (vgl. Gruber 2014: Impressum) . Die Anzahl an Artikeln mit politischem Vokabular steigt hier mit der jeweils adressierten, höheren Altersgruppe der Zeitschriften deutlich an.

Zusätzlich zu politischen Beiträgen in den Printmedien sind politische Texte für Kinder über öffentlich rechtliche Rundfunkanstalten wie ORF, SRF und WDR greifbar. Dabei manifestieren sie sich in den angebotenen Formaten der Kindernachrichten über Radio- und Fernsehsendungen, die oft auch in schriftlicher Form auf den Homepages der Sender aufzufinden sind. Das Angebot ist hier in der Bundesrepublik Deutschland ein deutlich höheres als in der Republik Österreich und der Schweiz. Während in Deutschland mit *logo!* bereits seit 1989 die ersten Kindernachrichten populär sind und als Vorbild für viele andere Formate wie *sowieso.de*, *neuneinhalb* sowie das Kinderradio *kiraka* fungieren, bietet der

ORF in Österreich bislang nur über Ö1 das *Rudi! Radio für Kinder* eine Informationssendung mit einigen wenigen politischen Inhalten. Darüber hinaus besteht für Kinder die Möglichkeit auf die länderübergreifende Plattform *news4kids* zuzugreifen, die oft tagesaktuelle politische Nachrichten aus aller Welt für Kinder im Pflichtschulalter aufbereitet. Der SRF bietet ebenfalls über sein Kindernachrichtenprogramm *Zambo* politische Berichterstattung an.

Für Eltern und Kinder sind die Quellen für politische Texte für Kinder damit im deutschsprachigen Raum weitgehend erschöpft, für LehrerInnen ergeben sich darüber hinaus auch Möglichkeiten in der Beschaffung von Unterrichtsmaterial über diverse Fachzeitschriften und Schulbuchverlage. Auch die oben genannten PolitikvermittlerInnen der Parlamentsdirektion und Bundeszentrale für Politische Bildung bieten gezieltes Material für den Unterricht, das für Schulen gut erhältlich ist und auch didaktische Anmerkungen zur Politikvermittlung enthält.

Insgesamt ergeben sich also bei aufmerksamer Suche mehrererlei Möglichkeiten, an politische Texte für Kinder zu gelangen. Ohne konkreten Fokus darauf bleiben sie aber im Vergleich zu politischen Texten für Erwachsene in der sozialen Umwelt deutlich im Hintergrund, da für und vor allem durch sie kaum oder nur subtil politische Werbung inszeniert wird.

4.2.3 Einordnung in die Textsortenklassen

Unter der Voraussetzung, dass politische Texte für Kinder in linguistischer Hinsicht politisch sind, sollten sie der These nach auch in die etablierten Textsortenklassen der Politolinguistik passen. Josef Klein formuliert seine Textsortenklassen aber sehr eng und schränkt sie in weiten Teilen auf die politische Kommunikation zwischen den AkteurInnen des politischen Prozesses ein. Insofern lassen sich politische Texte für Kinder nur äußerst selten und eingeschränkt in die vorgeschlagenen 73 Textsorten kategorisieren. Ihren EmittentInnen, ihrer Form und Funktion nach können sie aber die Textsortenklassen Kleins unter Berücksichtigung ihrer AdressatInnen erweitern. Dazu müssen die Kategorien der EmittentInnen und Textsorten in Kleins System ihrer Funktion nach umgelegt werden in die soziale Umwelt von Kindern und Jugendlichen.

Im Bezugssystem von schulpflichtigen Kindern sind Weisungen autoritärer Instanzen wie der Schule in ähnlicher Weise wirksam, wie für die erwachsene Bevölkerung jene der Regierung. In ihrer Funktion und auch ihrer äußeren Form sind Schulordnungen und ausformulierte Gesetze und Verträge für SchülerInnen also den verwaltungsadressierten Texten der TSK 2 zuzuordnen, wie es Gesetze der Bundesregierung für die Wahlbevölkerung sind. Von Kindern selbst formulierte Verträge, Ansuchen und Erklärungen können im politischen „Spiel“ innerhalb der Peergroup je nach AdressatInnen binnenadressierte Texte nach TSK 1 sein oder sie entsprechen den Textsorten der TSK 5, deren EmittentInnen als BürgerInnen, Verbände und die Presse etwa Wünsche und Forderungen an die Regierenden adressieren. Wenn PolitikerInnen selbst sich zu politischen Themen äußern, sind die entsprechenden Texte der TSK 4 zuzuordnen. Hier muss die Textsortenklasse erweitert gedacht werden um die Kategorie der Imagebildung und persönliche Bereitstellung von Information. Gerade in der Gruppe von Texten zur Imagebildung kann es sich, sofern die sprechende Person des/r Politikers/in auf eine repräsentative Rolle seiner Fraktion umzulegen ist, auch um Texte der TSK 3 handeln. Interviews mit ExpertInnen der Politik, politikvermittelnde Texte sowie Berichterstattungen zu politisch relevanten Ereignissen finden als politische Texte im weiteren Sinn nur über ihre EmittentInnen in der TSK 5 Platz, nicht aber in deren klassischen Textsorten. Dieser Klassifikationsgruppe von Texten ist das Gros der hier untersuchten politischen Texte für Kinder zuzuordnen.

Das Textkorpus lässt sich wie folgt in die umgelegten Textsortenklassen einordnen:

Textsortenklasse	Text-nummer	Funktion	EmittentIn
TSK 1	1, 2	regulative Texte innerhalb der Peergroup für geregelte Arbeitsabläufe	SchülerInnen, FreundInnen, KollegInnen
TSK 2	2, 3, 4	regulative Texte aus autoritärer Instanz	DirektorIn, LehrerIn, Schulgemeinschaft

Textsortenklasse	Text-nummer	Funktion	EmittentIn
TSK 3	5,6, 7	Rechtfertigung politischen Handelns, Information	PolitikerInnen/ Fraktionen
TSK 4	8, 9, 10, 11	Imagebildung	PolitikerInnen
TSK 5	12 bis 25	Politikvermittlung, Information	Presse, Verbände

Tabelle 3: Textsortenklassen

Nach der klassischen Einteilung von Josef Klein lassen sich die Texte insgesamt also nicht kategorisieren, da es sich bei politischen Texten für Kinder oft nicht um konkret für die Gesamtgesellschaft gültiges politisches Sprachhandeln handelt, sondern um ein für die Peergroup relevantes Einüben von eben diesem. Die Funktionen der einzelnen Textsorten und ihrer Klassen bleiben dabei in kleinerem Rahmen jedoch erhalten.

4.2.4 Einordnung in die Sozialisationsinstanzen

In der Zuordnung der Gruppen und Textsorten politischer Texte für Kinder zu den verschiedenen EmittentInnen und Funktionen der Textsortenklassen zeichnet sich in der Adressierung und im Wirkungsbereich der Texte eine Tendenz hin zu den Sozialisationsinstanzen ab. Dieses Phänomen lässt sich genauer ausführen:

Von Kindern und Jugendlichen selbst verfasste Texte, die der Regulation der sozialen Interaktion innerhalb ihrer Altersgruppe oder auch der Weitergabe von Information in dieser dienen, vollziehen sich in der politischen Sozialisationsinstanz der Peergroup. Entsprechend sind der Sprachstil im gewählten Vokabular und der Satzbau wie auch die politischen Themen besonders altersadäquat. Letztere liegen häufig in den Bereichen der Freizeit und der Schule. Formal und im politischen Fachvokabular sind diese Textzeugnisse oft deutlich vom Versuch des Imitierens der entsprechenden Texte für Erwachsene geprägt.

Regulative Texte, die von außen, also gesellschaftlich meist höher gestellten Instanzen auf die Kinder einwirken, wie beispielsweise Schulordnungen, sind je nach EmittentInnen den Wirkungsbereichen der Schule oder der Familie zuzuordnen und entsprechend sachlich oder persönlich formuliert.

Der Sozialisationsinstanz der Schule sind ferner politische Texte für Kinder zuzuordnen, die repräsentativ für das öffentlich gesellschaftliche Interesse der Politischen Bildung und Erziehung der Heranwachsenden dienen. Hierzu zählt der gesamte Sektor der Texte des Korpus unter der Kategorie der *Politischen Bildung*, der auf einen hohen Grad an Information zielt, deutlich den politischen Wortschatz vermittelt und meist persuasiv in Richtung eines Demokratieverständnisses arbeitet.

Die Gruppe der Texte zur politischen Berichterstattung ist im Sozialisationsprozess am prägnantesten für die Instanz der Massenmedien. Zweifellos wirkt diese Instanz in der Mehrzahl der politischen Texte mit, die Berichterstattungen vollziehen ihre Wirkung vergleichsweise aber durch die anderen Instanzen relativ unreflektiert und eindeutig in jener der Massenmedien. Sie nähern sich formal, thematisch und sprachlich den Berichterstattungen Erwachsener an, brechen die komplexen Diskurse jedoch meist auf den kindlichen Wortschatz und Erfahrungshorizont herab.

Demgegenüber lassen sich die Textsorten der ExpertInneninterviews, „Livechats“ und Steckbriefe von PolitikerInnen nicht klar in die primären Sozialisationsinstanzen einordnen. Diese sind wie auch die anderen Texte für Kinder massenmedial zugänglich, für Politische Bildung ob ihres Informationsgehalts relevant und werden möglicherweise im sozialen Umfeld der Kinder und Jugendlichen thematisiert. Damit entfalten sie ihre Wirkung über den Geltungsbereich der Instanzen hinaus, zumal auch ihre AutorInnen außerhalb der Instanzen liegen.

Im hier vorliegenden Textkorpus verteilen sich die politischen Texte für Kinder ihrem vorrangigen Wirkungsbereich nach wie es Diagramm 1 zeigt: Mit 28% Anteil ist die Gruppe an Texten, die sich keiner Instanz zuordnen lassen, am größten. Dem folgen Texte, die sowohl für den Konsum in der Schule als auch im privaten Umfeld der Familie gedacht sind. 16% der Texte sollen ihre Wirkung vornehmlich in der Sozialisationsinstanz der Familie vollziehen und so bestenfalls

im privaten Umfeld diskutiert werden. Auffällig ist dabei, dass der Anteil an Texten für Politische Bildung, die konkret für einen Einsatz in der Instanz der Schule produziert wurden, mit ebenfalls 16% exakt gleich groß ist, wie jener für den privaten Bereich der Familie. Dieses Indiz widerlegt die These, dass politische Texte für Kinder vorrangig für einen Einsatz im Unterricht produziert werden. Jeweils 12% und 8% der politischen Texte für Kinder aus dem Textkorpus zielen abschließend jeweils auf eine Nutzung innerhalb der Sozialisationsinstanz der Peergroup und Konsumierung der Massenmedien ab.

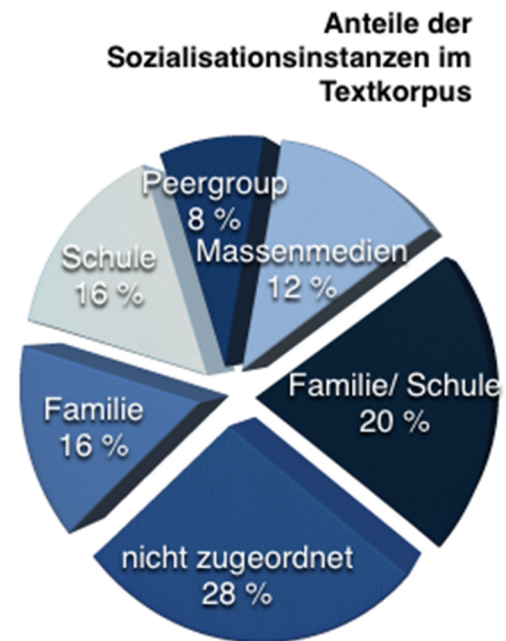


Diagramm 1: Sozialisationsinstanzen

4.3 FUNKTIONEN POLITISCHER TEXTE FÜR KINDER

Politische Texte für Kinder weisen, ihren verschiedenen Funktionen und EmittentInnen folgend, sprachliche Besonderheiten auf, die im folgenden Kapitel näher beleuchtet werden. Sprachwissenschaftlich realisieren sich die Unterschiede in pragmatischer, semantischer und lexikalischer Hinsicht. Um in der Fülle von politischen Texten für Kinder einen Überblick zu behalten, werden die sprachwissenschaftlich relevanten Besonderheiten der Texte in den bereits vorgestellten Textgruppen I. Verordnungen, II. PolitikerInnen sprechen, III. Berichterstattungen und IV. Politische Bildung beibehalten, wobei jeweils exemplarische Texte für die Veranschaulichung der Ergebnisse zur genaueren Analyse kommen.

4.3.1 Themen und Sprache politischer Kindertexte

Politische Texte für Kinder folgen in ihrer Thematik grundsätzlich den drei Großthemen der Politolinguistik und damit jenen der politischen Kommunikation im Allgemeinen. Die Politikbereiche der politics, politics und policies bieten dafür

konkrete Ansatzpunkte und garantieren gleichzeitig die semantisch politische Ausrichtung der Texte für Kinder.

I. Verordnungen

Politische Texte für Kinder, die der Kategorie der Verordnungen angehören, realisieren sich ausschließlich im Themenbereich der *politiques* als formelle Dimension des Politischen. Deutlich erkennbar ist diese Ebene von politischem Sprachgebrauch exemplarisch an der *Hausordnung des Privaten Gymnasiums Sacre-Coeur in Wien* (Textnummer 3), die an ihre elf- bis 15-jährigen SchülerInnen, deren LehrerInnen und Eltern gerichtet ist.

Inhaltlich geht es hier um die Leitlinien im sozialen Umgang, die für einen geregelten Unterrichtsablauf an der Schule als notwendig erachtet werden. Dies umfasst die allgemeine Erklärung der Zielsetzung des Unterrichts ebenso wie eine Kompetenzverteilung innerhalb der Schulgemeinschaft, Rechte und Pflichten von den SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern sowie konkrete Vorschriften bezüglich einer einheitlichen Schulkleidung, Entschuldigungen für das Fernbleiben vom Unterricht, die damit einhergehende Aufsichtspflicht, aber auch Regelungen zur Ordnung und Sauberkeit im Schulgebäude. Formell vermittelt der Text diese Regelungen in der Textsorte der „Ordnung“ und orientiert sich trotz seiner Adressierung an Kinder und Jugendliche sowohl im Aufbau als auch der Wortwahl an Gesetzestexten für Erwachsene. Dass der Text normativ ist, wird schon in den ersten Zeilen deutlich, wenn er auf andere regulative Texte verweist:

„In Ergänzung bzw. Konkretisierung der Bestimmungen über die Schulordnung (§§ 43-50 SchUG sowie Verordnung vom 24.06.1975/BGBl. Nr. 373/1974) und im Einklang mit der Schulordnung der katholischen Privatschulen hat der Schulgemeinschaftsausschuss am 14. Mai 1997 die ab nun für die Schülerinnen und Schüler verbindliche Hausordnung erlassen.“ (Hallwirth 2008: 1)

Diese Hausordnung zeigt ihre Verbindlichkeit also durch den Verweis auf die Schulunterrichtsgesetze und kraft genauer Definitionen auf. Ferner ist der Text wie ein allgemeines Gesetz aufgebaut indem es in Paragraphen untergliedert ist, Konkretisierungen und Ausnahmen der Verhaltensregeln formuliert sowie Konsequenzen aus deren Nichtbeachtung ausführt:

„§16 Bei groben und/oder trotz Ermahnung wiederholten Verstößen gegen die Schul- und Hausordnung ist die Schule berechtigt, den Aufnahmevertrag zu lösen.“

Insbesondere bei Anwendung von Gewalt ist mit einer sofortigen Lösung des Aufnahmeverfahrens zu rechnen. Diese Hausordnung tritt mit 1. Jänner 2008 in Kraft.“ (Hallwirth 2008:6)

Hier zeigt sich des Weiteren, dass der Text in seiner Knappheit -wohl aus Gründen der Sprachökonomie- ebenso wie in der Anwendung von Fachvokabular aus Bereichen der Verwaltung und Gesetzgebung ein gewisses Sprach- und Weltwissen seiner Klientel voraussetzt. Dieses Beispiel der Hausordnung vollzieht sich in ihrer sprachlichen Wirkungsweise damit sehr eindeutig im Bereich der *polities*. Im Text werden Sprachhandlungen dieses Politikbereichs vollzogen, wobei auch für die Textsorte typische infinitive Formulierungen der Verhaltensweisen zu beobachten sind:

„An den Tagen mit Gottesdiensten haben alle Schüler/innen für den gesamten Tag festliche Bekleidung **gemäß §5 zu tragen**.“ (Hallwirth 2008: 2).

Die Lexik des Textes passt sich seiner regulativen Funktion im Thema an: Organ, Mitteilung, Verpflichtung, verlautbaren, Pflicht, Ausschluss, Regel, Geltungsbereich, Aufsichtspflicht, unterlassen, Rauch- und Alkoholverbot, in Kraft treten, Freistellung, gewähren, Haftung, Vertrag, Verordnung, Schulgemeinschaftsausschuss, Verfahren, Ermahnung, Berechtigung und Verstoß sind nur einige Beispiele aus dem Institutions- und Ressortvokabular der Hausordnung. Hinzu kommen für den Themenbereich der *polities* klassische Phraselogismen, wie „gemäß §5“ (Hallwirth 2008: 2) oder auch „in Kraft treten“ (Hallwirth 2008: 6).

An dieser Stelle ist jedoch festzuhalten, dass dieses Beispiel einer Schulordnung ein vergleichsweise sehr restriktives, stark normierendes mit einem Fokus auf die Sprache des Gesetzes ist. Viele Hausordnungen von Schulen arbeiten sprachlich konträr, indem sie über die positive Sprachfunktion versuchen, verbindliche Verhaltensregeln zu vermitteln. Ein Beispiel hierfür ist jene der Prof. Fritz Küffer-NNö Mittelschule Wilhelmsburg. Sie adressiert die SchülerInnen nicht in der dritten Person, sondern spricht sie im *inklusive* *Wir* an:

„1) Wir begegnen einander ehrlich, höflich, tolerant und respektvoll; wir sind pünktlich und grüßen freundlich.“ (Prof. Fritz Küffer- NMS 2014: 1).

Regulative Texte der Textgruppe der Verordnungen, deren EmittentInnen außerhalb der Peergroup der in ihnen adressierten Kinder und Jugendlichen stehen,

lehnen sich also verschieden stark an formelle Vorgaben von Texten für Erwachsene aus dem Bereich der Polity an.

Wenn Kinder für die eigene Peergroup oder den privaten Bereich der Familie selbst regulative Texte formulieren, so ahmen sie sprachlich oft ebenfalls Gesetzestexte nach, um die Textfunktion zu erreichen. Dafür bieten verschiedene Plattformen wie die Demokratiewerkstatt auch Vorlagen an. Ein exemplarischer Text hierfür ist jener mit Nummer eins: *das Trampolinspringgesetz* der zehnjährigen Anna.

Indem das Gesetz die Nutzung eines genau definierten Trampolins reguliert, ist der Text dem Themenfeld der *polities* zuzuordnen. Er folgt darüber hinaus dem Aufbau eines Gesetzestexts, da er in der Präambel einen Grundsatz enthält und in einem Paragraphen die Verhaltensregeln, Begriffe und Ausnahmen bestimmt. Im zweiten und dritten Paragraphen sind außerdem die Verantwortungsregelung und Konsequenzen bei Missachtung des Gesetzes ausformuliert. Lexikalisch ist das selbstverfasste Gesetz vom Wortfeld rum das Trampolinspringen geprägt, das geregelt werden soll, womit das Allgemeine Interaktionsvokabular sehr in den Vordergrund rückt. So werden Begriffe und Wendungen wie „Tricks ausführen“, „sich an den Rand setzen müssen“ oder auch politisch anmutende Komposita wie „das Verstoßbuch“ (Anna 2012: 1) durch ihren Gebrauch für regulative Zwecke im weitesten Sinne politisch. Fachvokabular aus dem Institutionsvokabular des Politischen kommt, wenn auch nicht in besonders hoher Frequenz, vor. Zu nennen sind neben von den strukturierenden Überschriften der Paragraphen §1 (Präambel/ Grundsatz), §2 (Inhalt, Begriffsbestimmung), §3 Verantwortungsregelung und §4 (Zuwiderhandeln ist Missachtung des Gesetzes) noch die Wörter „Regel“, „Verstoß“ und „Täter“, die eher aus dem exekutiven Sprachgebrauch stammen. Hinzu kommen Alltagssprachliche Direktiva um „müssen, können, dürfen und sollen“. Besonders interessant erscheint in lexikalischer Hinsicht der Neologismus des „Verstoßbuchs“, in das Regelverstöße eingetragen werden sollen, um die „Täter“ bei mehrmaligen Verstößen zu sanktionieren.

Sprachlich ist der Text ansonsten sehr altersadäquat in kurzen Sätzen verfasst, die einfach über Hilfszeitwörter aufgebaut werden. Durch Anlehnungen an eine politische Wortwahl und Textform versucht das Gesetz dabei aber Verbindlichkeit

zu generieren. Besonders hervorgehoben wird diese, indem die beteiligten Personen der Familie die Kenntnisnahme des Gesetzes letztendlich auch mit ihrer eigenhändigen Unterschrift bestätigen müssen.

II. PolitikerInnen sprechen

Die Rubrik PolitikerInnen sprechen deckt vor allem jene Themenbereiche politischer Texte für Kinder ab, die sich um die *politics* drehen. Sie beinhalten in den meisten Fällen Diskussionen um überzeitlich relevante, abgrenzbare politische Themenbereiche wie *Demokratie*, *Wahlen* und *Rechte*, *Religion* und *Glauben*. Exemplarisch wird hier das ExpertInneninterview „Bleibt Demokratie ewig?“ (Textnummer 5) näher analysiert. In diesem Fall spricht mit Univ.- Prof. Sieglinde Rosenberger nicht in erster Linie eine Politikerin, sondern eine Expertin aus dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Aufgebaut ist dieser Text dem klassischen Schema eines Interviews folgend in der alternierenden Abfolge von Frage und Antwort, wobei formal die Fragen durch fett gedruckte Schrift deutlich erkennbar sind. Diese Klarheit zieht sich über verschiedene sprachliche Ebenen durch den gesamten Text: Wichtige Wörter wie *Demokratie*, *Grund- und Menschenrechte* wiederholt die Expertin besonders oft. Zur Veranschaulichung werden konkrete Beispiele angeführt und Dr. Rosenberger schließt die Beantwortung jeder Frage mit einem sehr deutlichen Statement ab. Dagegen wird im Interview weder auf schwierigere Wörter, wie beispielsweise *Engagement* oder *Repräsentation* verzichtet, noch auf einen komplexen Satzbau:

„Eine repräsentative Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass die Politiker und Politikerinnen von den Bürger und Bürgerinnen ausgewählt werden und, dass diese nach bestimmten Regeln entscheiden - Regeln, die unter Beteiligung der Bevölkerung zustande gekommen sind und die rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Werten entsprechen.“ (Parlamentsdirektion 2011: 1).

Wie am Textausschnitt ersichtlich wird, spricht die Expertin in langen Sätzen mit teilweise unterbrochenen und wieder aufgenommen Hauptsätzen und mehreren Gliedsätzen. Ferner ist der Text von im engeren Sinne politischem Vokabular geradezu gespickt, was ein typisches Kennzeichen des Gros der politischen Texte dieser Rubrik ist. Es kann also gerade bei diesem Beispiel durchaus von einer politischen Kommunikation in Fachsprache gesprochen werden, obwohl das Interview an Kinder gerichtet ist. Für diese Klientel lesbar wird der Text durch

seinen klaren Aufbau und die deutliche Wiederholung zentraler Begriffe ebenso wie durch den Text deutlich strukturierende, Gliedsätze deutlich unterordnende Konjunktionen und starke kataphorische und anaphorische Elemente wie *denn*, *dann*, *diese*, et cetera. Ist der Bezug nicht leicht nachvollziehbar, so wird eben wiederholt:

„Demokratie im Sinne von Teilnahme der Menschen am politischen Geschehen geht auf das antike Griechenland zurück. Demokratie im Sinne von Vertretung, also Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger, durch gewählte Politikerinnen und Politiker, ist im 18. Jahrhundert anzusiedeln.“ (Parlamentsdirektion 2011: 1).

In ihrer Funktion als Expertin spricht Univ.- Prof. Sieglinde Rosenberger also insgesamt fachsprachlich und informativ, ist in ihren klaren, positiven Aussagen zur Demokratie aber auch persuasiv und nimmt in ihrer Adressierung doch deutlich Rücksicht auf ein junges Publikum. Trotz des hohen Anteils an fachsprachlichem Vokabular und gewandeter Redekunst ist das Interview insgesamt kein im typischen Fachjargon des politischen Diskurses für Erwachsene verfasster Text.

Interessant sind in sprachlicher Hinsicht auch besonders Texte, in denen PolitikerInnen selbst mit Kindern und Jugendlichen direkt kommunizieren. Dies ist in dokumentierten „Live- chats“ wie jenem zum Thema *Religion und Glaube* zwischen den ParlamentarierInnen Hubert Kuzdas (SPÖ), Heidemarie Unterreiner (FPÖ), Daniela Musiol (die Grünen) und den vierten Klassen der Hauptschulen Vorderweißenbach und Althofen (Text 9), realisiert. Die Abfolge von Frage und Antwort wird dabei von einer Moderatorin organisiert. Ähnlich wie in politischen Debatten gibt es hier zwei Fragerunden, in denen den einzelnen PolitikerInnen jeweils zwölf Minuten Redezeit zur Beantwortung der Fragen zur Verfügung stehen. Dem folgt eine offene Chatzeit. Außerdem wird darauf hingewiesen, die Netiquette zu wahren. Diese Rahmenbedingungen politischer Kommunikation werden im untersuchten Protokoll ausnahmslos eingehalten. Thematisch dominieren dabei, wie erwartet, vorwiegend Aspekte von Glaube und Religion, die für Kinder relevant und interessant sind. Konkret geht es dabei um die persönlichen Einstellungen zu *Religion und Glaube* von Seiten der PolitikerInnen, aber auch um die Präsenz dieser Themen im Parlament. Genauer diskutieren wollen die Kinder und Jugendlichen vor allem Fragen wie jene um einen verpflichtenden Religionsunterricht, die Kirchensteuer, das Aufhängen von Kreuzen in den Klassen oder

auch anderen öffentlichen Einrichtungen wie dem Parlament sowie die Toleranz gegenüber anderen Religionen, als der christlichen.

In der direkten Online-Kommunikation können die PolitikerInnen gezielt und zeitnah auf die Fragen bezüglich dieser Themenfelder eingehen. Dabei vermitteln sie in den meisten Fällen auch die Standpunkte ihrer Partei. SchülerInnen nützen demgegenüber die Möglichkeit, bei Unverständnis noch einmal zu konkretisieren und nachzufragen.

Sprachlich ist diese Art von politischem Text sehr stark geprägt vom Usus der Sprache im Chat. Da sie weitgehend synchron erfolgt, wird auf die Groß- und Kleinschreibung zugunsten schnellerer Kommentare in weiten Teilen verzichtet. Die Moderatorin, die SchülerInnen und Heidemarie Unterreiner halten sich in diesem Textbeispiel an die Großschreibung, Hubert Kuzdas und Daniela Musiol verwenden die übliche Kleinschreibung der Chatschreibung, was auch nicht weiter diskutiert wird und somit wohl auf Einverständnis stößt. Gleiches gilt für die Auslassung von ganzen, grammatikalisch für einen vollständigen Satz notwendigen Wörtern:

„**hs_vwb1**> Welcher *Glaubensgemeinschaft* gehören Sie eigentlich an?

kuzdas_spö> römisch katholisch getauft und bin 97 aus der Kirche ausgetreten.“

(Parlamentsdirektion 2011: 1)

Solche Ellipsen, welchen wie hier Personalpronomen oder auch textbindende Konjunktionen fehlen, finden sich im Chatprotokoll vergleichsweise häufig. Ebenfalls typisch für die Chatsprache sind die Pseudonyme, also Chatnamen der PolitikerInnen und SchülerInnen als Identität in der virtuellen Welt. Sie lassen in diesem Fall auf die „Originale“ Rückschlüsse zu: alle PolitikerInnen wählen dafür ihren Nachnamen und bezeichnenderweise ihre Partei (**kuzdas_spö**, **unterreiner_fpö**, **musiol_diegrünen**), die SchülerInnen ihre Schule und die Nummer des jeweiligen Sprechers (**hs_vwb3**). Es handelt sich also nicht um anonymes Schreiben. Neben den Auffälligkeiten der Chatsprache sind die Chats geprägt vom üblichen Ablauf eines Gesprächs, in dem zuerst begrüßt und den PolitikerInnen in der Höflichkeitsform des „Sie“ Respekt gezollt wird. Lexikalisch weisen alle untersuchten Chats wie auch dieser thematisch angelehntes, allgemeines Interaktionsvokabular wie *Glaubensgemeinschaft*, *Religion*, *Judentum* und *Kaufkraftabflüsse*, aber auch engeren politischen Wortschatz auf: *Gemeinde*, *Kirchensteuer*,

Trennung von Staat und Kirche, Amtskirche, Organisation, Parlament, Untersuchungsausschuss, Korruption und Konkordat sind einige Beispiele dafür.

Besonders interessant sind die Chatprotokolle für die sprachwissenschaftliche Untersuchung von politischen Texten für Kinder, weil sie innerhalb derer die einzige Textkategorie sind, in der ähnliches Sprachhandeln wie in politischen Debatten unter PolitikerInnen zu beobachten ist. Hier erteilt die Moderatorin beispielsweise das Wort oder entzieht es und sie strukturiert das Gespräch durch Aufforderungen zu Fragen:

„**moderatorin**> Danke für die Antwort! Ich erteile nun das Wort an Althofen! Bitte um die erste Frage!“ (Parlamentsdirektion 2011: 4).

Insgesamt darf die Offenheit und Gesprächsbereitschaft der PolitikerInnen im Chatprotokoll zu dem doch politisch eher brisanten Themenbereich von Glaube und Religion erstaunen. Dass die Kommunikation von politischen VertreterInnen mit jungem Publikum von beiden Seiten geschätzt wird, zeigen die folgenden Kommentare:

„**hs_vwb1**> Guten Morgen. Gleich die erste Frage: Was hat Sie bewogen, dieses Thema mit Jugendlichen zu diskutieren?

kuzdas_spö> kommunikation mit jungen menschen, das thema ist zweitrangig
hs_vwb1> das finden wir toll

kuzdas_spö> :-)“ (Parlamentsdirektion 2011: 1).
sowie

„**unterreiner_fpö**> Zuerst möchte ich allen zu den Fragen gratulieren. Leider haben wir zu wenig Zeit um sie genau zu diskutieren“ (Parlamentsdirektion 2011: 3).

III. Berichterstattungen

Politische *Berichterstattungen* für Kinder sind thematisch primär im Bereich des Diskurses konkreter politischer Themenfelder der *policies* lokalisiert. Im Fokus stehen dabei meist tagesaktuelle politische Nachrichten aus aller Welt, die auch in die Berichterstattungen für Erwachsene Eingang finden. So werden komplexe politische Ereignisse wie die *Revolution in Ägypten* oder aktuell auch die *Angriffe auf und durch den IS in Syrien* ebenso behandelt, wie kontinuierliche Themen um das *Wahlrecht innerhalb der EU* und die *politische Bedeutung hochrangiger PolitikerInnen* wie *Putin*. Die meisten dieser Texte, und dabei vor allem jene mit

erwachsenen AutorInnen, arbeiten in der Abhandlung der Themen mit einem recht deutlichen Gebrauch von persuasiver Sprache, die sich in positiven und negativen Wortfeldern rund um bekannte Fahnenwörter aufbaut⁴. Sie stellen jedoch auch kritische Fragen und schaffen Verbindungen zwischen politischen Begebenheiten in fernen Ländern und Mitteleuropa.

Ein schönes Beispiel hierfür ist der Text 12 mit dem Titel *Zur Revolution in Ägypten: Sind wir immer die Guten?*, der von Sandra- Valeska Bruhns für die *KinderZEIT* geschrieben wurde. Diese Berichterstattung beschreibt die 2011 aktuellen Verhältnisse und Probleme der Bevölkerung arabischer Staaten rund um Ägypten anhand von klaren Beispielen und grenzt dabei ganz deutlich die politischen Systeme Mitteleuropas von jenen in Ägypten ab. Im Fokus stehen dabei vor allem die Menschenrechte um Meinungs-, Presse-, Religions- und Reisefreiheit. Eine thematische Verbindung von den Ereignissen in Ägypten hin zu der Leserschaft der Kinder in Österreich und Deutschland baut der Artikel über die Interessen Mitteleuropas im Spannungsfeld mit alten Regierungen des Orients auf und bringt sie in den drei Punkten *Sicherheit des Suezkanals*, *Frieden für Israel* und *Vermeidung des Islamismus* auf den Punkt. Der/die LeserIn wird dabei im inklusiven Wir angesprochen und bekommt so persönlichen Bezug zum Text und zum politischen Geschehen.

Lexikalisch ist dieser Text, wie auch viele andere Berichterstattungen für Kinder, geprägt vom hochfrequenten Auftreten politischen Vokabulars. Sehr viele Begriffe sind dabei dem allgemeinen Interaktionsvokabular zuzuordnen: Meinung, Freiheit, Krankenhaus, Arzt, Schule, Verkehrssystem, Pflicht, friedlich, kämpfen, Gespräch, Ruhe, Glaube, Sicherheit, Not, Suezkanal, Wirtschaft und Auszählung sowie die Länderbezeichnungen Jemen, Jordanien, Israel, Algerien und Syrien werden im Kontext des Textes politisch. Ferner kommen in dem Artikel viele Wörter vor, die - im Bericht oft näher erläutert - den Wortschatz des Institutionsvokabulars von Kindern erweitern sollen: Regierung, wählen, Meinungsfreiheit, Staat, Recht, Revolution, Staatschef, PolitikerInnen, Menschenrechte, Machthaber, Volk, Gesetz, Islamismus und demonstrieren sind hier zu nennen. Der Satzbau ist ebenso wie das Vokabular teilweise recht komplex, an inhaltlich hervorzuhebenden Stellen aber auch von Hauptsatzreihen geprägt. Außerdem arbeitet der

⁴ Nähere Erläuterungen dazu bietet das Kapitel 4.4

Text rhetorisch mit vielen Wiederholungen, sowohl den Satzbau als auch die Lexik betreffend, um Nachdruck zu erzeugen. Diese häufigen Wiederholungen heben den Zeitungsartikel für Kinder in Verbindung mit vielen Worterklärungen und überdeutlichen kataphorischen und anaphorischen Elementen von entsprechenden Berichterstattungen für Erwachsene sehr deutlich ab:

„Wir, das sind die **Menschen** in der sogenannten **westlichen Welt**. Die ihre Regierung selbst wählen dürfen. Die ihre Meinung frei sagen dürfen, ohne dafür bestraft zu werden, wenn das, was gesagt wurde, den **Regierenden** nicht passt. Wir, die westeuropäischen Länder und Nordamerika, leben dem Rest der Welt gerne vor, wie der perfekte **Staat** aussieht. Ein **Staat**, in dem allen geholfen wird, die in **Not** sind.“ (Bruhns 2011: 1f).

Politisches Vokabular ist diesem Textausschnitt durch fettgedruckte Schrift gekennzeichnet, kataphorische und anaphorische Elemente sind unterstrichen und Wiederholungen farblich abgehoben. Dadurch wird die Dichte an den eben beschriebenen sprachlichen Eigenheiten des Textes deutlich.

Insgesamt ist an dieser Stelle festzuhalten, dass dieses Textbeispiel der politischen Berichterstattung in inhaltlicher Sicht wie auch sprachlich in Bezug auf die Ausrichtung hin zur Adressatengruppe der Kinder ein sehr gelungenes, qualitativ hochwertiges ist. Insofern entspricht er den Erwartungen an ein journalistisches Qualitätsblatts wie *die ZEIT*.

Solchen durchaus meinungsorientierten Zeitungsartikeln von ausgebildeten JournalistInnen stehen im Bereich der politischen Berichterstattungen jene Artikel gegenüber, deren EmittentInnen die Kinder und Jugendlichen selbst sind. Sie behandeln häufig Themenbereiche, die längerfristig Aktualität haben, wie beispielsweise im Text 15 die *EU- Wahlen*. Das Leben in der EU, ihre Verwaltung, Gesetze und Regeln sind in dieser Rubrik immer wieder behandelte Themen, wohl auch, weil sie im Erfahrungsbereich von Kindern liegen und in der Schule hinsichtlich der Zielsetzung Politischer Bildung besonders bedeutsam sind.

Die Kinder der vierten Klasse an der Volksschule Steinlechnergasse haben zu diesem Themenbereich im Rahmen der Demokratiewerkstatt eine ganze Zeitung erstellt. Der Artikel *Wer mitmacht entscheidet: Die EU- Wahlen* (Text 15) ist einer daraus. Wie klassische Zeitungsartikel enthält auch dieser einen aussagekräftigen Titel und kurzen Lead zum Einstieg ins Thema. In der informativen Ebene

schildern die jungen AutorInnen die Rahmenbedingungen von Wahlen in der EU. Durch gut recherchierte Zahlen um das Wahlalter und die Anzahl wahlberechtigter Personen im Verhältnis zu tatsächlichen WählerInnen wirkt der Text durchaus professionell. Ferner erhält er Relevanz durch eingearbeitete Informationen aus einem Interview mit dem Experten Mag. Paul Schmidt. Zum Schluss versuchen die SchülerInnen dem Text außerdem einen meinungsorientierten Aspekt zu verleihen: Sie appellieren an ihre Peergroup wählen zu gehen, sobald sie die Berechtigung dazu haben.

Sprachlich ist an diesem Bericht zu den EU- Wahlen interessant, dass seine neun bis zehn Jahre alten EmittentInnen bereits gezielt politischen Wortschatz zur Anwendung bringen: EU- Parlament, Wahl, BürgerInnen, Wahlberechtigte, Stimme, Europa und Wahlalter sind Fachwörter aus dem politischen Themenfeld rund um das Wählen. Hinzu kommen noch Begriffe aus dem allgemeinen Interaktionsvokabular, wie kritisieren, Verantwortung, Chance, Land und Entscheidung, die im politischen Zusammenhang richtig eingesetzt werden. Damit kann der Altersgruppe der VolksschülerInnen bereits durchaus der Umgang mit politischem Fachvokabular zugetraut werden, auch wenn manches noch unpräzise bleibt:

„Wir sollten uns daran beteiligen, besonders deshalb, weil in der EU und in unserem Land Dinge beschlossen werden, die uns alle betreffen!“ (VS Steinlechnergasse 2014: 2).

Im Vergleich zu Zeitungsartikeln, deren EmittentInnen erwachsene SchreiberInnen sind, bleiben die Texte von Kindern in ihrer Länge oft deutlich kürzer. Ferner ist dieses Textbeispiel vom häufigen Gebrauch von Indefinitpronomen wie *man* geprägt, was in der Mediensprache Erwachsener eher nicht zu beobachten ist. Auch der Satzbau ist insgesamt weniger komplex, kürzer und von häufig ähnlichem Aufbau. Damit sind die Kindertexte sprachlich recht klar von jenen für und von Erwachsenen differenzierbar.

IV. Politische Bildung

Die Themen der Politischen Bildung sind so vielfältig wie ihre Texte selbst. Sie kreisen sehr häufig um die *Werte von Demokratie* und *Menschenrechten*, reichen bisweilen aber auch in die Bereiche der *policies*.

In der Kategorie der *Comics* ist dafür der Text 16 *Wahlen in HanisauLand* exemplarisch. Dieses Comic ist Teil einer ganzen Reihe von Bildgeschichten, die den

Aufbau einer Demokratie im fiktiven HanisauLand zum Inhalt haben, in dem die zerstritten Völker der Nilpferde, Hasen und Wildsauen ihre Ländereien zu einem friedvollen Staat zusammenschließen wollen. In dieser konkreten Folge müssen nun die Länder Hasien, Nilopotamien und Sauland nach dem großen Krieg eine Regierung wählen und stellen dafür Parteien auf, wobei jene der Nilos unter der Führung der Nilpferddame Bärbel Breitfuß gewinnt. Schon am Inhalt der Geschichte zeichnet sich ab, wie liebevoll die politische Welt um HanisauLand aufgebaut ist, deren Ziel es ist, Kindern im Alter zwischen acht und 14 Jahren einerseits politisches Vokabular näher zu bringen und andererseits demokratische Interaktion zu vermitteln. Dieser Eindruck bestätigt sich dann in den aufwendig gestalteten, interaktiven Comics sowohl optisch als auch sprachlich:



Abbildung 4: Wahlen in HanisauLand

Da diese Comics online als „Cybertext“ erscheinen, ergibt sich die Möglichkeit, politisch fachsprachliches Vokabular mit den jeweils adäquaten Lexikoneinträgen der Plattform für nähere Information und Erläuterung zu verlinken, ohne dadurch den Lesefluss zu stören. Solche Verlinkungen zum stark vertretenen politischen Wortschatz sind durch farbliche Abhebung und Fettdruck kenntlich gemacht. Neben diesem fortschrittlichen Umgang mit dem Fachvokabular zeichnet sich dieses Comic durch audiovisuelle Effekte

und sprachlich durch seinen narrativen Charakter aus. Ferner ist der Sprachgebrauch geprägt von der mündlichen, teilweise umgangssprachlichen Kommunikation, welche die Helden der Geschichte realisieren. Diese ist in weiten Teilen deutlich als bundesdeutsche Umgangssprache erkennbar: „dusselig“, „rumregieren“ und „Möhren“ sind in der Form im österreichischen Sprachgebrauch nicht verbreitet. Besonders interessant erscheinen darüber hinaus die Wortneuschöpfungen der SprecherInnen: *Triefrüssel* und *Glückskanzlerschwein* sind dafür gute Beispiele. Im Wahlkampf kommen neben der Darstellung von Plakaten, ähnlich wie im realen Kampf der Parteien, auch werbesprachliche Elemente zum Vorschein: „Wir sind die Besten! Nilos an die Macht, Bärbel ins Kanzleramt!“, „Wählt die Schweine im Glück! Macht Egon zum Glückskanzlerschwein!“ und „Nur unsere ‚Möhren für Alle‘- Partei kann euch retten! Rainer, sonst keiner!“ (Brandt 2002) sind die rhetorisch gewandten Wahlslogans im Comic.



Abbildung 5: Wahlkampf in HanisauLand

Bemerkenswert sind darüber hinaus die Namen und Eigenschaften der politischen Akteure im Comic. Sie enthalten teilweise Alliterationen, womit sie sprachlich eingängig sind und lassen häufig Rückschlüsse auf ihre Träger zu: **Bärbel Breitfuß**, **Rainer Renner** und **Egon Eber** sind die ranghöchsten

PolitikerInnen der Demokratie, der Ober- Hass- Hase ist als Diktator ihr größter Gegenspieler. So stigmatisiert die Namensgebung die Figuren und ihre Rolle, erleichtert der jungen Leserschaft gleichzeitig aber den Überblick über die Fülle an Figuren und politischen Akteuren zu behalten. Die persuasive Funktion dieser sprachlichen Mittel zeichnet sich deutlich ab und wird im Hinblick auf eine Erziehung zum Demokratieverständnis im Kapitel 4.4 näher erläutert.

Die *Lexikoneinträge*, auf die beispielsweise das eben beschriebene Comic verweist, müssen komplexe politische Wörter aus allen Bereichen des politischen Lexikons vom Institutions-, über das Ressort- und Ideologievokabular bis hin zum Interaktionsvokabular, für Kinder verständlich machen. Exemplarisch ist hierfür der Eintrag zum Begriff der *Delegation* im Lexikon von HanisauLand (Text 18). Da Delegation im Verständnis ein recht schwierig zu erfassender Begriff ist, versuchen sich die AutorInnen ihm über eine den SchülerInnen bekannte Situation zu nähern, die als unangenehm empfunden wird und geändert werden soll. Indem sie StellvertreterInnen zur Lösung des Problems zum Direktor schicken, „delegieren“ sie - so die AutorInnen - die Aufgabe. Schließlich erklärt der Text noch, wo Delegationen zum Einsatz kommen und leiten den Begriff aus dem lateinischen Wort für „Abordnung“ ab. In der Adressierung an die Klientel der Kinder durch das Anknüpfen an deren direkte Lebenswelt und die anschließende Verknüpfung zur erlebbaren Tagespolitik - wie sie dieser Text vermittelt - liegt die Qualität guter Begriffserklärungen. Der Vorteil der Lexika im Internet gegenüber jenen in gedruckter Form, liegt dann in der Verlinkung zu inhaltlich nahem Vokabular, das weiterer Erklärung bedarf. Sprachlich ist dieses Textbeispiel in der Erklärung des Begriffs einfach gehalten und spricht seine jungen LeserInnen direkt an, indem er in der zweiten Person verfasst ist. Ferner versuchen die AutorInnen in der Erklärung nicht zuviel weiteres fachsprachliches Vokabular zur Anwendung zu bringen und bauen ihre Sätze in immer ähnlichem Schema auf, um nicht die Konzentration der Kinder auf das allgemeine Verstehen des Satz- und Textaufbaus zu lenken.

Die Gruppe der *Vorlesetexte* zur Politischen Bildung legen, ähnlich wie das oben beschriebene Comic, ihren Fokus auf das narrative Vermitteln politischer Inhalte in fiktiven Texten. Vorrangig geht es dabei um die *Schwierigkeiten* und *Vorzüge von politischem Handeln* in Bezug auf ein von demokratischen Werten geprägtes

Leben. Ihre ProtagonistInnen haben oft mit *ethisch- moralischen Problemen* zu kämpfen und müssen dafür politische Lösungen finden oder sie zeigen einfach politisches Leben und Handeln im Alltag auf. Dies realisiert Text 22: *Ein Tag in der EU*, der von zehnjährigen Volksschulkindern verfasst wurde.

Hier durchlebt der Protagonist Tom einen ganz normalen Tag und kommt dabei oft mit der EU in Kontakt: Er bezahlt sein U- Bahn- Ticket mit der europäischen Währung, badet in der Donau, deren angestrebte Wasserqualität über EU- Umwelttrichtlinien geregelt ist, isst ein Ei mit in der EU zentral geregeltem Aufdruck seiner Herkunft und findet, bevor er sich nach einem anstrengenden Tag schlafen legt, im Geschäft Spielzeug mit dem CE- Aufdruck für geprüfte Sicherheit und Schadstofffreiheit. Untermalt wird diese aus dem Leben gegriffene Geschichte von selbsterstellten Zeichnungen.

Sprachlich ist die Geschichte um Tom einerseits von Seiten ihrer EmittentInnen durch die Peergroup der Volksschulkinder geprägt, andererseits richtet sie sich auch in ihrer Adressierung an diese Gruppe. Im Lead zur Geschichte, das in der zweiten Person verfasst wurde und die LeserInnen des narrativen Texts direkt anspricht, weisen die jungen AutorInnen explizit darauf hin:

„In unserer Geschichte seht ihr, was die EU für dich tut, und was sie mit dir zu tun hat. Ihr werdet überrascht sein, wie viel das ist.“ (VS Notre Dame: 5).

Der Text selbst ist der Altersgruppe der AutorInnen entsprechend eine Erlebniserzählung, die sich im einfachen Satzbau, gekennzeichnet durch klassische Hauptsätze und einfache Hauptsatz- Nebensatz- Konstruktionen, aufbaut. Politisches Vokabular kommt in der Vorlesegeschichte aufgrund ihres narrativen Charakters weit weniger konzentriert vor, als in den bisher beschriebenen Textsorten. Politischer Wortschatz im engeren Sinn realisiert sich hier nur in den Begriffen *Europäische Union*, *Euro*, *Währung* und *CE- Zeichen*; im Kontext werden jedoch auch Wörter wie *Ticket*, *Donau*, *bio* und *giftige Stoffe* politisch. Insgesamt ist dieser Text in seiner Ausrichtung und dem, wenn auch wenig vorhandenen, politischen Vokabular also als eine narrative Vorlesegeschichte mit im weiteren Sinn politischem Inhalt zu kategorisieren, die ob ihres Informationsgehalts der Politischen Bildung dient.

Lerntexte mit politischem Inhalt orientieren sich thematisch stark an historischen politischen Ereignissen und Phänomenen, die für ein gebildetes Publikum zum Allgemeinwissen zählen dürfen. Den bedeutendsten Themenbereich, dem sich

das Gros dieser Textgruppe ob seiner gesellschaftlichen und historischen Relevanz widmet, stellen der *Nationalsozialismus* und die *Judenverfolgung* dar. Weitere thematische Schwerpunkte sind die *Weltkriege I und II*, die *Habsburger-Monarchie*, die *Berliner Mauer* und die *Deutsche Einheit*, aber auch die *Grundrechte*, die *Globalisierung* und *Europäische Union* werden in vielen Texten näher erklärt. Zu ersterem Thema verfasste Tilman von Brand den informativen Text (25) *Nationalsozialismus und Jugendverfolgung* für Kinder im vierten bis sechsten Schuljahr, der in Ergänzung zum politischen Roman *Hannas Koffer* von Karen Levine, in einer Unterrichtseinheit zur Rekonstruktion des Schicksals eines jüdischen Mädchens, den Blick der SchülerInnen für die Spannung zwischen Authentizität und Fiktionalität polithistorischer Ereignisse schärfen soll. In dieser Rolle übernimmt der Lerntext die Funktion des Faktenbezugs und birgt entsprechend kompakt politische Information und Sprache. Im engeren Sinne politisches Fachvokabular sind die Begriffe *Deutsches Reich*, *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* (NSDAP), *Nationalsozialisten*, *Führer*, *Demokratie*, *Diktatur*, *nationalsozialistische Demokratie*, *Zweiter Weltkrieg*, *Nazis*, *regieren*, *Soldaten*, *Krieg*, *Kommunisten* und *Sozialisten*. Nähere Erläuterung findet davon jedoch nur die nationalsozialistische Ideologie. Im Kontext des Textes sind ferner die Wörter *Herrenmenschen*, *unterdrücken*, *Ziel*, *Polen*, *Länder Europas*, *Gebiet*, *andersartig*, *minderwertig*, *Sinti*, *Roma*, *Homosexuelle*, *Juden*, *verfolgt*, *verbieten*, *öffentliche Schulen*, *Theater*, *Kino*, *Schwimmbäder*, *Berufe*, *Synagogen*, *gelber Stern*, *verpflichtet*, *Ausgehzeiten*, *Übertretung*, *drastische Strafen*, *verhängt*, *Konzentrationslager*, *Entkräftung*, *Hunger*, *Krankheit*, *Gaskammern*, *Duschen*, *Menschen* und *vergast* als politisch und in weiten Teilen auch als Stigmawörter einzustufen. Dass der Text auf eine Gesamtwortzahl von 301 Wörtern 65 politische Begriffe im engeren und weiteren Sinn enthält, zeigt einerseits seine inhaltliche Dichte auf, andererseits macht ihn diese sprachlich für eine selbstständige Lektüre durch die angedachte Zielgruppe zu diffizil. In der Bearbeitung im Unterricht ist also eine starke Unterstützung durch die Lehrkraft schon allein aufgrund seiner lexikalischen Schwierigkeit unerlässlich, obschon der Text inhaltlich die nationalsozialistische Ideologie und deren gesellschaftliche Folgen kompakt resümiert. Hier zeigt sich deutlich, wie wesentlich der Kontext - wie hier der die Situation bildhaft schildernde Roman - der Texte zur politischen Bildung, neben ihrem didaktisch überlegten Einsatz im Unterrichtsgeschehen ist.

4.3.2 Untersuchung nach dem Kommunikationsmaximenmodell

Wie bereits im Theorieteil dieser Arbeit besprochen, ist politische Kommunikation in weiten Teilen zielgerichtetes politisches Handeln, das politische Werbung oder die Verteidigung politischer Aktionen und Werte intendiert. Dabei werden die grice'schen Kommunikationsmaximen im Sinne von Authentizität und Glaubwürdigkeit befolgt, oft aber auch absichtsvoll gebrochen. Inwieweit dieses Phänomen auch auf Texte zutrifft, deren Publikum ein nicht wahlberechtigtes ist, soll nun an exemplarischen Texten untersucht werden.

Zunächst erscheinen hierfür jene Texte interessant, die politischen AkteurInnen als Einzelpersonen und somit als „Verantwortliche“ zuzuordnen sind. Positiv exemplarisch ist hier das Chatprotokoll zwischen den SchülerInnen des BRG Oberschützen und BRG solarCity Linz mit der ehemaligen Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (Text 8). Die Nationalratspräsidentin folgt in der Grundannahme der *Maxime der Qualität*, indem sie nichts sagt, wofür die angemessenen Gründe fehlen. Das Befolgen dieser Maxime klingt einerseits in begründeten Antworten an, andererseits aber auch im Zugeben von Nichtwissen:

„**brg_oberschützen1**> [...] fragen wir uns, da wir die Schwierigkeiten bei Koalitionsverhandlungen bemerken, ob Sie das derzeitige Wahlrecht noch für zeitgerecht halten, oder das Mehrheitswahlrecht befürworten würden?

prammer_nr-präsidentin> beim mehrheitswahlrecht gibt es viele nachteile. zum beispiel werden kleinere parteien eher ausgeschlossen. ausserdem weiß ich, dass beim mehrheitswahlrecht Frauen kaum eine chance haben. ich wäre auch für ein nachdenken, das wahlrecht zu modernisieren. allerdings nicht in richtung mehrheitswahlrecht.“

„**moderatorin>linz**: warum wurde in der vierten klasse keine extrastunde für politische Bildung eingeführt?

prammer_nr-präsidentin> ich werde diese Frage der Bildungsministerin stellen. habe leider keine Antwort.“ (Parlamentsdirektion 2010: 2, 7)

Die Politikerin erklärt also meist die Hintergründe ihrer Ansichten und gesteht, wie im zweiten Zitat, auch ein, etwas nicht genau zu wissen. Dass darüber hinaus von Seiten der SchülerInnen kaum Fragen präzisiert und neu gestellt werden müssen - es sei denn dies geschieht aus organisatorischen Gründen durch den Ablauf der Redezeit, etc. - deutet auf eine ausreichende *Quantität* der Aussagen von Barbara Prammer hin. Die *Maxime der Relation* wird dagegen nicht mehr so

eindeutig befolgt, wie die bisherigen. Einerseits beeindruckten die einen oder anderen sehr konkreten Antworten zu auch brisanten Themen:

„**brg_obereschützen3**> sind die österreicher demokratiefaul?

prammer_nr-präsidentin> es wäre eine möglichkeit, den menschen näher zu erklären wie es geht, manches mal glaube ich schon ein wenig“ (Parlamentsdirektion 2010: 3).

andererseits bleiben die Aussagen beim Thema Finanzierung eher irrelevant und floskelhaft, wie am folgenden Beispiel:

„**brg_linz1**> Und wovon wollen Sie die Gesamtschulen finanzieren?

prammer_nr-präsidentin> sondern mit der Förderung von stärken und der Beseitigung von schwächen. wer in der Bildung spart, spart an der Zukunft! es ist immer eine frage der prioritätensetzung.“ (Parlamentsdirektion 2010: 5)

Hier wird auf gut klingende, aber allgemeine und relativ belanglose politische Floskeln zurückgegriffen. Einmal bitten die SchülerInnen des BRG solarCity Linz sogar um eine klarere Antwort, aus dem Protokoll lässt sich jedoch leider nicht erschließen, auf welche Frage diese Bitte bezogen ist. Da die Moderatorin an dieser Stelle außerdem die Fragerunde unterbricht, erfolgt auf die Bitte auch keine Reaktion mehr. Die Maxime der Relation ist also hinsichtlich der Relevanz der Beantwortung zwar in weiten Teilen, aber nicht vollständig erfüllt; in der Adressierung der Aussagen an die SchülerInnengruppe hält sich die Politikerin jedoch daran. Ähnliches gilt für die Maxime der Modalität: Barbara Prammer vermeidet Dunkelheit des Ausdrucks völlig und abgesehen von Antworten zur Finanzierung ist auch Mehrdeutigkeit keine vorsätzliche Sprachhandlungsstrategie. Ferner werden die Fragen der SchülerInnen der Reihe nach und sprachlich kompakt beantwortet.

In der Befolgung der Kommunikationsmaximen sind die politischen Texte für Kinder aus der Textgruppe *PolitikerInnen sprechen* im Vergleich zu an Erwachsene gerichteten Texten sehr positiv zu bewerten. Die PolitikerInnen scheinen sich in Kommunikationssituationen mit jungen Menschen, deren Funktion in der Informationsgewinnung und Diskussion zu politischen Themen liegt, besonders offen und relevant zu äußern, vielleicht, weil auch die Fragen und Antworten der Kinder und Jugendlichen deutlich den Maximen folgen. Ein anderer Erklärungsansatz mag darin liegen, dass die politischen SprecherInnen ihrem jungen Publikum

sprachliche Feinheiten wie Ironie, die ansonsten zum gewollten Maximenbruch führen, noch nicht zumuten möchten.

Politische Texte für Kinder aus der Textgruppe der Berichterstattungen zeichnen im Befolgen der Kommunikationsmaximen dagegen ein heterogenes Bild. Viele Berichterstattungen geben ihrer Funktion folgend fundierte, konkrete und genaue Informationen zu definierten politischen Ereignissen, andere bleiben jedoch sehr oberflächlich oder verzerren die Informationen ob ihrer AdressatInnenungerechtigkeit zu sehr. Beispielhaft hierfür ist der Text 14 im Textkorpus, der über die *Angriffe vom Islamischen Staat* berichtet: Diese Berichterstattung erfüllt die Maxime der Qualität indem sie nichts offensichtlich Falsches berichtet, die Maximen der Quantität und Modalität jedoch bleiben teilweise unerfüllt, weil der Text wichtige Informationen außen vor lässt. Der schriftliche Beitrag ist also nicht so informativ gestaltet, wie es die Kommunikationssituation der Berichterstattung zu IS- Angriffen bedarf:

„In Syrien haben die USA und einige arabische Staaten Terroristen des Islamischen Staats aus der Luft angegriffen.“ (Burohw 2014: 1)

Der Text erwähnt immer wieder „einige arabische Länder“, Dörfer und Städte des Geschehens, die an keiner Stelle im Bericht näher bezeichnet werden. Daraus ergibt sich ein wesentliches Defizit im Informationsgehalt des Textes, das ferner in die Maxime der Modalität greift, weil „einige arabische Länder“ mehrdeutig ist und im Ausdruck eher dunkel bleibt. Erst in der dem schriftlichen Bericht angeschlossenen Version des audiovisuellen Online- Beitrags kommen diese Informationen letztendlich zur Sprache, in der schriftlichen Version jedoch nicht. In seinem Umfang kann der Text dagegen als für Kinder adäquat angesehen werden, ebenso in seiner Relevanz.

Dieses Phänomen der - vor allem auf geographischer Ebene - unpräzisen Berichterstattungen für Kinder lässt sich gegenüber qualitativen Berichterstattungen für Erwachsene häufiger beobachten und stellt die kommunikative Funktionalität der Berichterstattungen ab und an in Frage. Glücklicherweise gibt es jedoch auch viele Beispiele gelungener politischer Artikel, die die Kommunikationsmaximen nach Grice weitgehend erfüllen.

Hinsichtlich der Textgruppe der *Verordnungen* ist festzuhalten, dass diese politischen Texte für Kinder die Kommunikationsmaximen entsprechend der Kommunikationssituation eines regulativen Textes in großem Maße erfüllen. Sehr komplexe Texte wie die bereits besprochene Hausordnung des Privatgymnasiums Sacre- Coeur (Text 3) überschreiten die gefragte Quantität ab und an oder sind ihrer Modalität sprachlich für ihre AdressatInnengruppe zu schwierig gefasst. Das Gros der Texte ist jedoch wie Text 2, die *Haustierschulbesuchsverordnung* sowohl wahrhaftig und umfassend, als auch verständlich und angemessen adressatenorientiert verfasst. Die Maxime der Qualität wird hier indirekt durch die Unterschrift zur Kenntnisnahme aller beteiligten Parteien bestätigt. Jene der Quantität wird durch konkrete Angaben zum Inhalt und der Sinnhaftigkeit des Gesetzes erreicht: Kinder der Volksschule Niederhausen dürfen ab sofort bis auf Widerruf an einem festgelegten Tag in der Woche ihr Haustier mit in die Schule bringen, um infolge einer besseren Lernumgebung durch Anwesenheit des Tieres, bessere Lernerfolge zu generieren. In Kombination mit dem Geltungsbereich, den Begriffsbestimmungen und der Verantwortungsregelung des Gesetzes enthält der Text alle relevanten Informationen. In angemessener Textlänge, deutlicher Gliederung und eindeutigen Informationen erfüllt die Verordnung darüber hinaus die Maxime der Modalität. Der Kommunikationsmaxime der Relevanz vermag der Text schließlich über eine direkte Adressierung aller Schulpartner in der Verantwortungsregelung nachzukommen:

„Der/Die DirektorIn der Schule verpflichtet sich, die Haustiere im Klassenraum zu akzeptieren oder einen eigenen Raum für die Haustiere zur Verfügung zu stellen. Die LehrerInnen verpflichten sich bei der Gestaltung des Unterrichts zu berücksichtigen, dass die Haustiere von den SchülerInnen versorgt werden müssen. Die SchülerInnen verpflichten sich, nur ungefährliche, für die Gemeinschaft gut verträgliche Tiere in die Schule mitzunehmen.“ (VS Hinterhausen 2012:1)

Im grice'schen Sinn erfüllt die Haustierschulbesuchsverordnung demnach durch das konsequente Befolgen der Kommunikationsmaximen ihre kommunikative Funktion. Gerade wenn es um regulative Kommunikationssituationen geht, erscheint dies als notwendig für rationales politisches Handeln und Sprechen entsprechend der Implikaturen aller adressierten AkteurInnen.

Texte für *Politische Bildung* sind in den Maximen der Qualität und Modalität weitgehend hochwertig, sofern die Kontexte der jeweiligen Kommunikationssituation berücksichtigt werden. So trifft auch der Lexikoneintrag zum Begriff der *Demokratie* (Text 19) einen informativen Charakter und Sprachstil, der den Forderungen der Kommunikationsmaximen für ein eigenständiges Arbeiten von Kindern mit dem Text entspricht. Die Maximen der Qualität und Quantität sind aufgrund einer sachlich richtigen, kompakten und zentrale Aspekte des zu erklärenden Begriffs erläuternden Darstellung als erfüllt anzusehen: Sowohl die Wortherkunft als auch die demokratiebestimmenden Gesetze, Grundlagen und Werte sind angesprochen. Ferner schaffen die AutorInnen einen Bezug vom abstrakten Begriff hin zur Gültigkeit der Herrschaftsform im konkreten Staat. Weitere politische Wörter in der Erklärung sind mit den entsprechenden Einträgen im Lexikon verlinkt und die Gliederung des Textes ist leicht nachvollziehbar, wodurch der Text für seine adressierte Leserschaft nicht nur relevant ist, sondern auch einen adäquaten Modus der Vermittlung politischen Wissens bereithält, wie am folgenden Beispiel ersichtlich wird:

„Der Begriff kommt aus dem Griechischen und bedeutet "Herrschaft des Volkes". In Deutschland gibt es diese Staatsform seit 1949, zuvor gab es sie bereits einmal von 1918 bis 1933. Demokratie heißt: Alle Bürger und Bürgerinnen haben die gleichen Rechte und Pflichten. Über sie herrscht kein Kaiser, auch kein König und kein General. [...]“ (Schneider: 2002).

In diesem Ausschnitt des Textes sind die, in weiteren Beiträgen erklärten, politischen Begriffe unterstrichen. Besonders ist am Lexikon von HanisauLand, in welchem auch dieser Eintrag steht, dass die Kinder direkt im Anschluss an den Text an die Redaktion vertiefende Fragen stellen können, welche dort nach der Beantwortung veröffentlicht werden. So wird das Kooperationsprinzip der Kommunikation in der Situation der Begriffserklärung bestmöglich erfüllt.

Im gesamten Textkorpus der vorliegenden Diplomarbeit finden die Kommunikationsmaximen nach Paul H. Grice eine insgesamt hohe Relevanz. Das folgende Diagramm zeigt prozentuell die Anteile an politischen Texten für Kinder an, welche die Ansprüche der Kommunikationsmaximen in den jeweiligen Textkategorien überwiegend erfüllen. Dabei wird ersichtlich, dass die Maxime der Qualität ob des Bildungsanspruchs der Texte über alle Textgruppen hinweg hohe Priorität hat. Ferner beachten fast alle AutorInnen die Maxime der Relation hinsichtlich

ihres jungen Publikums und adressieren ihre Texte (mit Ausnahme von wenigen Verordnungen) klar an ihre Klientel. Die Maxime der Quantität ist jene, die über alle Textgruppen hinweg wohl am schwierigsten zu befolgen ist. Hier sind die Texte manchmal zu lang - wie bei den Verordnungen und Lerntexten mit politischem Inhalt - oder auch zu wenig umfassend - wie bei manchen Berichterstattungen oder durch knappe Zeitressourcen unbeantwortete Fragen in Chatprotokollen.

Kommunikationsmaximen nach Grice in den Textkategorien in %

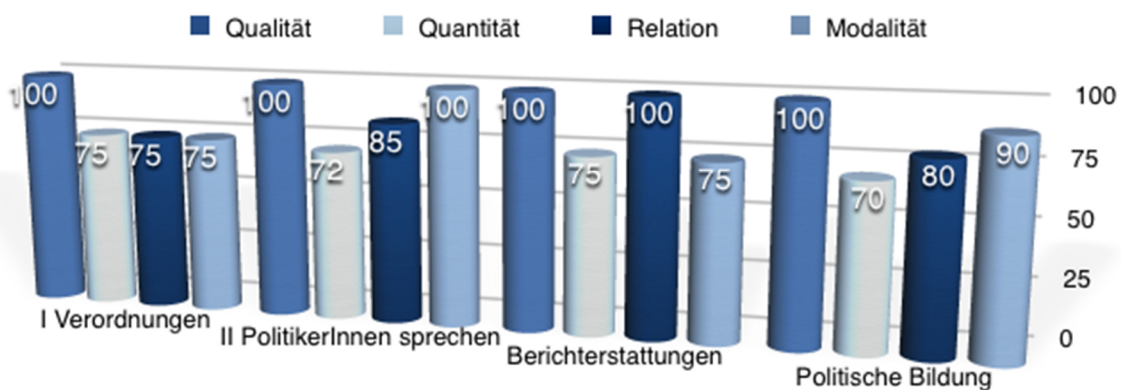


Diagramm 2: Kommunikationsmaximen

Demnach sind Brüche der Kommunikationsmaximen in der politischen Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen keine vorsätzlich konsequenten Sprachstrategien, sondern allenfalls inhaltliche oder sprachliche Schwächen der Texte. Die Wahrhaftigkeit scheint im Dialog mit Kindern mehr Bedeutung zu genießen, als persönliche Interessen und Strategien des Kaschierens, die im politischen Diskurs für Erwachsene sprachlich hochrangiger sind. Dass das Kommunikationsprinzip nicht vorsätzlich gebrochen wird, ist im Sinne der politischen Sozialisation von Kindern und Jugendlichen vertrauensbildend und für die spätere politische Kommunikation und Partizipation der Kinder jedenfalls förderlich.

4.3.3 Zum Layout politischer Texte für Kinder

Das Layout politischer Texte für Kinder ist ihr augenscheinlich deutlichstes Erkennungsmerkmal. Alle in Kapitel 4.2.2 gelisteten AnbieterInnen dieser Texte legen großen Wert auf deren Erscheinungsbild und Wiedererkennungswert. Zunächst sind die angebotenen Plattformen und Texte, mit Ausnahme der regulativen, immer farblich ansprechend und bunt gestaltet, wobei die Farben überwiegend der Orientierung dienen. So beinhalten Texte der gleichen Farbgruppe meist eine Organisationsebene und inhaltliche Orientierung. Darüber hinaus entwickelt jede/r der AnbieterInnen politischer Texte ein Logo, das die ihm/ihr zugehörigen „Produkte“ eindeutig kennzeichnet. So platziert die österreichische Parlamentsdirektion auf ihren Texten beispielsweise eine Skizze des Parlamentsgebäudes mit der Statue der Pallas Athene und hat darüber hinaus zwei fiktive Figuren entwickelt, die sich auf den Blättern tummeln.



Abbildung 6: Logo
Demokratiewerkstatt

Die Bundeszentrale für Politische Bildung in Deutschland hat beispielsweise auf ihrer Plattform *HanisauLand* eine kleine politische Welt mit einer Vielzahl an Figuren entwickelt, die über den Stil ihrer Zeichnungen leicht erkennbar sind. Ähnliches gilt auch für Texte aus den Rundfunkanstalten. Lerntexte in Schulbüchern richten sich dagegen in erster Linie nach dem Gesamtlayout des Schulbuchs und heben politische Texte nicht gesondert hervor.

Dieser insgesamt hohe Wiedererkennungswert im Layout der Texte birgt mehrere Vorteile: Kinder erkennen die Figuren und Farben wieder, die Texte wirken so schnell vertraut. Eltern und LehrerInnen können über die Logos und eindeutigen Stile auf einen Blick die Herkunft der Texte bestimmen und damit auch deren Vertrauenswürdigkeit und grundsätzliche Eignung für Politische Bildung.

In ihrer Schrift und Gliederung sind politische Texte für Kinder fast immer besonders leserfreundlich gestaltet. Es finden sich selten Texte mit einer Schriftgröße unter 12pt, inhaltliche Abschnitte sind über alle Textsorten hinweg auch optisch

durch Leerzeilen in Absätze gegliedert und verfügen häufig über deutlich markierte Zwischenüberschriften.

Politische Berichterstattungen in Zeitungen, Zeitschriften und im World Wide Web sind darüber hinaus durchweg mit Bildern ausgestattet. Diese sind in der Regel aussagekräftig, aber im Vergleich zu den Abbildungen in Texten für Erwachsene kommen sie ohne emotional aufgeladene Aufnahmen, vor allem aus Kriegsgebieten, weitgehend aus. Auch auf besonders pathetische Darstellungen des Heimatlandes wird meist verzichtet. Dafür enthalten die Artikel in der Regel quantitativ mehr und besser beschriftetes Bildmaterial, als jene für Erwachsene. Die AutorInnen von politischen Kindertexten lassen beigefügte Bilder grundsätzlich nicht für sich selbst und unkommentiert beim Text stehen, um dessen Inhalt nicht zu verzerren.

4.3.4 Der politische Text und das Kind: Erkennen, Nutzen und Gefallen

Bei allen Bemühungen bezüglich der visuellen Erscheinung, aber auch sprachlichen Qualität politischer Texte für Kinder, liegt doch die Effektivität ihrer politischen Botschaft in deren praktischem Nutzen durch die Kinder und Jugendlichen. Um Auskunft darüber zu erhalten, ob die untersuchten Texte in ihrer AdressatInnengruppe Anklang finden, wurde ein Fragebogen erstellt, der von 34 SchülerInnen zweier vierten Klassen an der Volksschule Wilhelmsburg- Süd sowie 25 SchülerInnen der dritten Klassen an der Prof. Fritz Küffer NMS Wilhelmsburg beantwortet wurde. Insgesamt nahmen also 59 SchülerInnen an der Befragung teil.

Eckdaten der Befragung:

MODUS: Fragebogen mit geschlossenen Fragen (Ausnahme: Frage 5)
ZIELGRUPPE: Kinder im vierten und siebenten Schuljahr
SCHULEN: VS Wilhelmsburg Süd/ Prof. Fritz Küffer- NöNMS Wilhelmsburg
KLASSEN: 4a,4b/ 3A, 3B
DATUM: 17.10.2014/ 16.10.2014

Zu den Schulen und untersuchten Klassen:

Die **Volksschule Wilhelmsburg Süd** ist seit 1897 eine der beiden Volksschulen der knapp 7000 Einwohner zählenden Stadt Wilhelmsburg im niederösterreichischen Traisental (vgl. <http://www.vs-wilhelmsburg-sued.com/chronik/>). Damit gehört sie - ebenso wie die Prof. Fritz Küffer- NMS - zu den eher ländlich geprägten Schulen Österreichs mit „Gesamtschulcharakter“ und kleinen Schülerzahlen, sowohl in den Klassen, als auch gesamt. Unter der Leitung von VD OSR Helga Fuchs werden hier eine erste Klasse sowie jeweils zwei Klassen der Jahrgänge zwei, drei und vier, also insgesamt sieben Klassen geführt. Angesichts des noch jungen Schuljahres wurden für die vorliegende Untersuchung die zwei vierten Klassen gewählt, um ein Mindestalter von acht Jahren, für welches die politischen Texte für Kinder konzipiert sind, ebenso wie eine ausreichende Lesekompetenz zu gewährleisten.

Die **Klasse 4a** wird unterrichtet von vVL Sophia Spanring, BEd, und umfasst 16 SchülerInnen. Davon sind fünf Kinder Mädchen und elf Buben im Alter von neun bis zehn Jahren. Zum Zeitpunkt der Untersuchung am 17.10.2014 um 7:45 Uhr sind 17 Kinder anwesend, davon sieben Mädchen. Von Politik haben die Kinder im Sachunterricht dieses Schuljahr schon einmal gehört und sich dabei etwas genauer mit dem Begriff der Demokratie auseinandergesetzt.

Die **Klasse 4b**, unterrichtet von vVL Marion König, BEd, setzt sich aus 20 SchülerInnen zusammen: 8 Mädchen und 12 Jungen. Bei der Befragung am 17.10.2014 um 8:30 Uhr sind auch hier 17 SchülerInnen anwesend. Sechs davon sind Mädchen. Damit zeichnet sich an dieser Schule eine größere Präsenz von Jungen für die Untersuchung ab. In dieser Klasse wurde laut Angabe der SchülerInnen dieses Jahr noch nicht konkret über Politik gesprochen.

Die **Prof. Fritz Küffer- NNöMS** ist als Neue Mittelschule die einzige Schule der Sekundarstufe I in Wilhelmsburg. Der Grundstein der bis 2012 als Hauptschule geführten Schule wurde 1898 gelegt (vgl. <http://www.hswilhelmsburg.ac.at/unsere-schule/schulgeschichte.html>), womit auch diese Schule in der Kleinstadt lange Tradition hat. Direktor HD Dipl. Päd. Ing. Wilhelm Schulz- Straznitzky führt die Schule mit je zwei Klassen für die fünfte bis achte Schulstufe. Für die Untersuchung wurden hier die beiden Klassen der siebenten Schulstufe gewählt, die sich gegenüber den VolksschülerInnen im oberen Drittel der durch politische Texte für Kinder angesprochenen Altersgruppe befinden, um Unterschiede in der

Einstellung zu den Texten bezüglich des Alters der Kinder besser aufzeigen zu können. Die SchülerInnen dieser Klassen erlernen, vor allem im Rahmen des Unterrichtsfachs Geschichte und Politische Bildung, schon seit einiger Zeit konkrete politische Inhalte.

Die **Klasse 3A**, der 17 SchülerInnen angehören (sechs Mädchen, elf Jungen), wird vom Klassenvorstand HOL Christian Bauer geführt und hält den Schwerpunkt Medientechnologie. Am 16.10.2014 um 9:45 sind vierzehn SchülerInnen anwesend, wobei zwei Mädchen von ihren Erziehungsberechtigten keine Erlaubnis zur Teilnahme an der Befragung erhalten haben. Insofern nehmen vier Mädchen und acht Jungen zum Untersuchungszeitpunkt teil.

Die **Klasse 3B**, unter der Leitung von HOL Ingrid Tränker, ist eine NMS Klasse mit dem Schwerpunkt Sport und umfasst ebenfalls 17 SchülerInnen (fünf Mädchen und 12 Jungen). Den Fragebogen zu politischen Texten für Kinder füllten am 16.10.2014 um 10:20 Uhr 13 SchülerInnen aus, davon drei Mädchen. Die Jugendlichen dieser beiden Klassen der Prof. Fritz Küffer- NMS sind alle zwischen zwölf und dreizehn Jahre alt.

Ablauf der Befragung mittels Fragebogen

Zunächst wurde den DirektorInnen beider Schulen die Intention der Befragung der SchülerInnen im Rahmen der vorliegenden Diplomarbeit erläutert, bevor die Entwürfe des Fragebogens und die vorgelegten Texte besprochen wurden und schließlich ein Termin für die Untersuchung zustande kam. Für die Prof. Fritz Küffer- NMS wurde Donnerstag, der 16.10.2014 vereinbart, für die Volksschule Wilhelmsburg- Süd Freitag, der 17.10.2014. An beiden Schulen kam der selbe Fragebogen zum Einsatz, der in fünf kurzen Multiple- Choice- Fragen die Erkenntnisse über die Wahrnehmung, das Nützen und das Gefallen der politischen Texte für Kinder liefern soll. Zur Beantwortung dieses Fragebogens sollten die SchülerInnen darüber hinaus zwei politische Texte für Kinder lesen und bewerten. Dabei fiel die Auswahl auf Text 19, den Lexikoneintrag zum Begriff der *Demokratie* von der Plattform HanisauLand (=Text 1), sowie Text 2, die *Haustier-schulbesuchsverordnung* der Volksschule Hinterhausen (=Text2), um einen klassischen Lerntext und einen Text aus der Peergroup der SchülerInnen bereitzustellen.

In den Klassen stellte sich die Autorin dieser Arbeit kurz vor und erklärte den SchülerInnen zunächst die Intention der Befragung sowie die zentralen Begriffe *Politik* und *politische Texte für Kinder*. Außerdem wurde der Modus des Fragebogens hinsichtlich der Möglichkeit des Ankreuzens mehrerer Antwortmöglichkeiten erläutert. Dann sollten die Kinder ihr Alter, ihr Geschlecht sowie ihre Klasse angeben und den Fragebogen bis Frage 3 ausfüllen. An diesem Punkt erhielten sie die beiden Beispieltex te zur Lektüre und Beantwortung der Fragen 4 und 5 unter dem Hinweis, dass einer der Texte, keiner, oder auch beide politisch sein könnten. Nach Fertigstellung meldeten sich die SchülerInnen und die Fragebögen und Beispieltex te wurden wieder eingesammelt. Es gab kein Zeitlimit und die SchülerInnen konnten über die ganze Dauer der Beantwortung der Fragebögen sowie danach Fragen stellen. Diese bezogen sich sowohl in der Grundschule, als auch der Sekundarstufe I lediglich auf eine Erläuterung des Begriffs des *Parlaments*. Auf Rückfragen nach dem Ausfüllen der Fragebögen, erklärten alle SchülerInnen, das Format des Fragebogens verstanden zu haben, ebenso wie den Inhalt der Beispieltex te.

Zu den Ergebnissen aus der Befragung

Die erste Frage des Fragebogens beschäftigt sich mit der Selbsteinschätzung der SchülerInnen bezüglich ihrer Lektüre von politischen Texten für Kinder:

Frage 1: **Hast du schon einmal einen politischen Text für Kinder gelesen?**

(zum Beispiel: ein Gesetz, die Schulordnung, Regeln für eine Gemeinschaft, einen Zeitungsartikel über ein politisches Ereignis, eine Erklärung zu einem politischen Begriff...)

Die Antwortmöglichkeiten sind hier *Ja*, *Nein* und *ich weiß nicht*. 64,4% aller befragten SchülerInnen gaben hier an, bereits einen politischen Text für Kinder gelesen zu haben, 18,6% verneinten die Frage und 17% der Kinder waren sich diesbezüglich nicht sicher. Insgesamt glauben also fast zwei Drittel der befragten SchülerInnen bereits mit politischen Texten, die für Kinder geschrieben wurden, in Kontakt gekommen zu sein. Genderspezifisch ist bemerkenswert, dass in der Sekundarstufe I alle befragten Mädchen angaben, bereits einen politischen Text für Kinder gelesen zu haben, bei den Jungen tun dies hingegen nur 55,5%. Inte-

ressanterweise gilt dieses Phänomen nicht für die VolksschülerInnen. In der Altersgruppe der Neun- bis Zehnjährigen ist das Verhältnis eher umgekehrt: 71,4% der Jungen glauben sich schon mit einem politischen Kindertext auseinandergesetzt zu haben. Demgegenüber steht ein Wert von 46% der Mädchen. Die Gruppe der Mädchen, die sich nicht sicher sind, ob sie schon einmal einen politischen Text für Kinder gelesen haben, ist es auch, die bezüglich der Unsicherheit in der Beantwortung der Frage 1 den Unterschied ausmacht, zwischen den Ergebnissen der SchülerInnen der Volksschule und der Neuen Mittelschule.

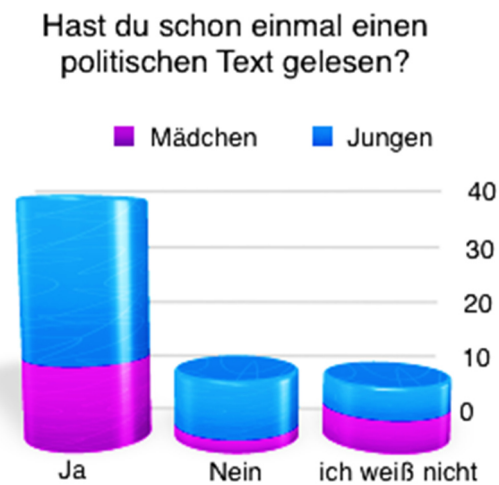


Diagramm 3: Frage 1

Während in den dritten Klassen NMS nur 12% der SchülerInnen die Antwortmöglichkeit *ich weiß nicht* wählten, waren es in der Volksschule immerhin 20%, was den Erwartungen gegenüber den noch deutlich jüngeren und weniger leseerfahrenen Kindern entspricht. Bemerkenswert ist, dass bereits im Alter von zehn bis elf Jahren nur 17,6% der SchülerInnen angeben, noch keinen politischen Text gelesen zu haben. Bei den zwölf bis 13-jährigen NMS-SchülerInnen liegt dieser Wert sogar etwas höher bei 20%, was insofern verwundern darf, als die SchülerInnen in Fach Geschichte und Politische Bildung bereits sicher mit politischen Texten für Kinder gearbeitet haben. In der Selbsteinschätzung haben sie jene aber wohl nicht als politische Texte erkannt.

Absolute Zahlen zu Frage 1

Frage 1	Ja (m/w)	Nein (m/w)	ich weiß nicht (m/w)
4a VS Süd	10 (6/4)	3 (3/0)	4 (1/3)
4b VS Süd	11 (9/2)	3 (2/1)	3 (1/2)
VS Süd gesamt	21 (15/6)	6 (4/2)	7 (2/5)
3A NMS	9 (5/4)	2 (2/0)	1 (1/0)
3B NMS	8 (5/3)	3 (3/0)	2 (2/0)
NMS gesamt	17 (10/7)	5 (5/0)	3 (3/0)
gesamt	38 (25/13)	11 (9/2)	10 (5/5)

Tabelle 4: Absolute Zahlen zu Frage 1

In der zweiten und dritten Frage soll eruiert werden, in welchen allgemeinen Medienzugängen Kinder politische Texte vermuten. Der genaue Wortlaut der Frage lautet

Frage 2: Weißt du, wo du einen politischen Text finden kannst?

und bietet mehrerlei Antwortmöglichkeiten an: im Internet, in der Schule, in der Zeitung, zuhause, in einer Kinder-/Jugendzeitschrift, im Schulbuch, im Parlament, ich weiß nicht und anders wo sind ankreuzbare Alternativen.

Mit jeweils 43 Nennungen sind das Internet und die Zeitung für die Kinder primäre Quellen politischer Texte. Ferner sind mit 38 und 19 Nennungen das Parlament und die Schule in den Gedanken der Kinder Institutionen, die politische Texte liefern könnten. Da im Verlauf der Untersuchung in fast jeder Klasse einmal nach einer Erläuterung des Begriffs Parlament gefragt wurde, ist es hier jedoch naheliegend, dass für die Kinder die Nähe des Begriffs Parlament zu jenem der Politik für ihre Wahl ausschlaggebend gewesen sein mag. Das Schulbuch, ihr Zuhause in Form der Sozialisationsinstanz der Familie sowie die Kinder- und Jugendzeitschriften werden mit Werten um 10% der SchülerInnen zwar regelmäßig genannt, erscheinen in der Frage nach der Erreichbarkeit von politischen Texten für Kinder zunächst jedoch weniger relevant. Insgesamt vier der 59 befragten Kinder gaben an, nicht zu wissen, wo sie politische Texten finden können und 8 SchülerInnen suchen anders wo, als bei den genannten Quellen.

Absolute Zahlen zu Frage 2

Frage 2	Internet	Zeitung	zuhaus	Kinderzeit-schrift	Schule	Schul-buch	Parla-ment	ich weiß nicht	anders-wo
4a VS Süd	9 (5/4)	7 (2/5)	0 (0/0)	0 (0/0)	4 (4/0)	1 (1/0)	11 (5/6)	0 (0/0)	0 (0/0)
4b VS Süd	13 (7/6)	17 (8/9)	4 (4/0)	2 (2/0)	4 (1/3)	4 (2/2)	13 (5/8)	3 (1/2)	3 (3/0)
VS Süd ge-samt	22 (12/10)	24 (10/14)	4 (4/0)	2 (2/0)	8 (5/3)	5 (3/2)	24 (10/14)	3 (1/2)	3 (3/0)
3A NMS	8 (5/3)	9 (6/3)	1 (0/1)	1 (0/1)	4 (2/2)	0 (0/0)	4 (3/1)	1 (1/0)	1 (1/0)
3B NMS	13 (10/3)	10 (8/2)	0 (0/0)	3 (3/0)	7 (5/2)	1 (1/0)	10 (7/3)	0 (0/0)	4 (3/1)
NMS ge-samt	21 (15/6)	19 (14/5)	1 (0/1)	4 (3/1)	11 (7/4)	1 (1/0)	14 (10/4)	1 (1/0)	5 (4/1)
ge-samt	43 (27/16)	43 (24/19)	5 (4/1)	6 (5/1)	19 (12/7)	6 (4/2)	38 (20/18)	4 (2/2)	8 (7/1)

Tabelle 5: Absolute Zahlen zu Frage 2

Die Frage 3 korreliert sowohl inhaltlich, als auch in den Ergebnissen mit der allgemeinen Frage 2. Hier geht es darum, ob die befragten Kinder die in dieser Arbeit vorgestellten, konkreten Quellen politischer Texte für Kinder kennen:

Frage 3: Kennst du eine dieser Zeitungen, Radiosender, Fernsehsendungen oder Internetseiten?

Die Antwortmöglichkeiten zu dieser Frage sind: Demokratiewebstatt, HarnisauLand, logo! Kindernachrichten, Ö1: Rudi! Kinderradio, kiraka Kinderradio, news4kids, Spatzenpost/Junges Volk/LUX/TOPIC, www.kinderministerium.de, Kinderblatt in „die ZEIT“, keines davon sowie ein anderes, wobei auch Platz für die Benennung dieser anderen Quelle einberaumt ist.

Absolute Zahlen zu Frage 3

Frage 3	Ö1: Rudi	logo!	news4-kids	Spatzen-post, etc	Demo-kratie-werkstatt	Kinder-blatt die ZEIT	Kinder-minister-ium	keines
4a VS Süd	0 (0/0)	12 (6/6)	0 (0/0)	5 (2/3)	0 (0/0)	0 (0/0)	0 (0/0)	2 (2/0)
4b VS Süd	3 (3/0)	11 (5/6)	2 (2/0)	7 (3/4)	1 (1/0)	0 (0/0)	2 (2/0)	3 (3/0)
VS Süd gesamt	3 (3/0)	23 (11/12)	2 (2/0)	12 (5/7)	1 (1/0)	0 (0/0)	2 (2/0)	5 (5/0)
3A NMS	1 (0/1)	1 (1/0)	0 (0/0)	3 (3/0)	0 (0/0)	0 (0/0)	0 (0/0)	8 (5/3)
3B NMS	3 (2/1)	6 (3/3)	4 (3/1)	8 (7/1)	2 (2/0)	1 (1/0)	2 (1/1)	1 (0/1)
NMS ge-samt	4 (3/1)	7 (4/3)	4 (3/1)	11 (10/1)	2 (2/0)	1 (1/0)	2 (1/1)	9 (5/4)
gesamt	7 (4/3)	30 (15/15)	6 (5/1)	23 (15/8)	3 (3/0)	1 (1/0)	4 (3/1)	14 (10/4)

Tabelle 6: Absolute Zahlen zu Frage 3

Hier zeichnet sich bereits bei einem ersten Blick auf die Zahlen ab, dass die österreichischen EmittentInnen politischer Kindertexte zumindest in den ländlicheren Regionen wie der Gemeinde Wilhelmsburg keinen besonders hohen Bekanntheitsgrad zu haben scheinen. Die den SchülerInnen bekannteste Quelle für politische Texte für Kinder sind mit 30 Nennungen die deutschen Kindernachrichten von logo!, ferner werden die an Schulen häufig bereitgestellten Kinder- und Jugendzeitschriften Spatzenpost, Jö, LUX und TOPIC häufig genannt. Vereinzelt sind den Kindern die Formate des Ö1 Rudi!Kinderradio, der Plattform news4kids, der Demokratiewerkstatt und des Kinderministeriums bekannt, mit 23% der befragten SchülerInnen kennen jedoch recht viele Kinder keines der vorgeschlagenen Medienformate zur Politikvermittlung. Hervorzuheben ist diesbezüglich, dass sich in der Kenntnis um die Quellen politischer Texte und anderer Nachrichten für Kinder, die im Kapitel 3.2 beschriebene These der Selektivität von Wissen in der politischen Sozialisation verifizieren lässt: So ergeben sich auf den Fragebögen immer nur Mehrfachnennungen oder die Angabe, keines der Medienformate zu kennen. Eine Ausnahme stellt hierbei die Nachrichtensendung logo! dar, die vor allem in den beiden Volksschulklassen einen hohen Bekanntheitsgrad hat

und häufig auch singulär angekreuzt wurde. In der Annahme, dass innerhalb der einzelnen Klassen der Faktor der öffentlichen Bildung und damit der Einfluss der Instanz der Schule auf den politischen Sozialisationsprozess der Kinder der gleiche ist, ergeben sich Unterschiede in der Kenntnis und Nutzung der Medienformate zur Politikvermittlung aus der privaten Sozialisationsinstanz der Familie. Dass dabei Kinder aus einem aktiven Publikum der Massenmedien deutlich mehr qualitativ hochwertige Formate kennen, scheint die Wissenskluft-Hypothese nach Bonfidelli zu unterstützen. In weiterer Folge werden diese Kinder demnach auch über ein größeres Politikwissen verfügen. Diese Annahme bestätigt sich jedenfalls in der nächsten Frage, denn ausnahmslos alle befragten Kinder, welche mehrere politikvermittelnde Medienformate kennen, erkannten auch, dass beide vorgelegten Textbeispiele politische Texte sind. Eine Erklärung hierfür mag darin liegen, dass die Kinder mit dem politischen Vokabular als Erkennungsmerkmal der Texte besser vertraut sind.

Frage 4: **Welcher der mitgebrachten Texte ist politisch?**

Die Intention dieser Frage im Fragebogen liegt darin zu ermitteln, inwieweit die befragten Kinder politische Texte als solche erkennen. Dabei konnten sie Text 1 und Text 2 ankreuzen. In beiden Schulstufen, sowohl jener der Volksschule als auch jener der Neuen Mittelschule, erkannte das Gros der SchülerInnen Text 1, also den Lexikoneintrag zum Begriff der Demokratie, als einen politischen Text. Text 2, die Haustierschulbesuchsverordnung der VS Hinterhausen, erkannten 24 SchülerInnen als politischen Text, wobei nur insgesamt neun Kinder meinten, es sei nur dieser Text politisch. 25% aller befragten SchülerInnen erkannten, dass beide Texte politische Texte sind. Bezüglich der Schulstufen ist festzuhalten, dass die VolksschülerInnen mit einem Anteil von 32% signifikant öfter als die SchülerInnen der NMS (hier sind es 16% der SchülerInnen) erkannten, dass beide Texte politisch sind.

Absolute Zahlen zu Frage 4

Frage 4	nur Text 1 (m/w)	nur Text 2 (m/w)	beide (m/w)
4a VS Süd	11 (7/4)	4 (3/1)	2 (0/2)
4b VS Süd	8 (4/4)	0 (0/0)	9 (7/2)
VS Süd gesamt	19 (11/8)	4 (3/1)	11 (7/4)
3A NMS	9 (5/4)	1 (1/0)	2 (2/0)
3B NMS	7 (6/1)	4 (2/2)	2 (2/0)
NMS gesamt	16 (11/5)	5 (3/2)	4 (4/0)
gesamt	35 (22/13)	9 (6/3)	15 (11/4)

Tabelle 7: Absolute Zahlen Frage 4

Zum Schluss wurden die SchülerInnen befragt, ob ihnen die beiden Beipieltexte gefallen:

Frage 5: **Gefällt dir einer der mitgebrachten Texte?**

Hier konnten die Kinder Ja oder Nein ankreuzen und dazuschreiben, welche/n der Texte sie mögen. Auch Angaben dazu, warum die Texte ihnen nicht gefallen, waren möglich.

46% der befragten Kinder finden vor allem am ersten Textbeispiel, dem Lexikon-eintrag von HanisauLand, Gefallen. 24% der SchülerInnen mögen den zweiten Text, die Haustierschulbesuchsverordnung, und 26% der Kinder gefallen beide Texte. Interessant ist, dass Mädchen sich eher von Text 1 angesprochen fühlen und nur in wenigen Ausnahmen Text zwei bevorzugen. Bei den Jungen ist dieser Anteil etwas ausgeglichener.

Mit 5% ist der Anteil an SchülerInnen, welchen keines der Textbeispiele gefällt, insgesamt ein kleiner, was für die Konzeption

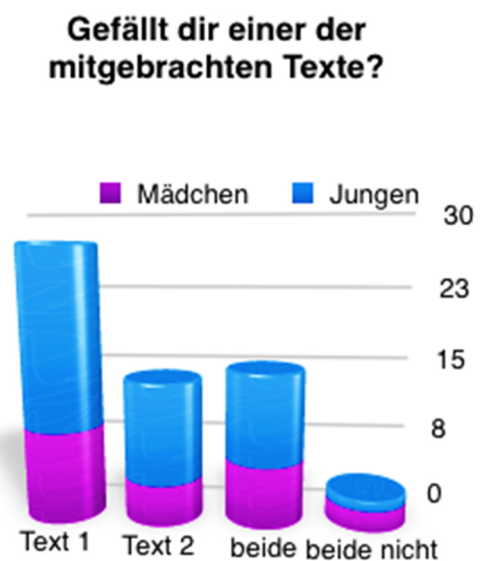


Diagramm 4: Frage 5

der Texte spricht. In der Volksschule geben sogar alle Kinder an, gerne mit den Texten zu arbeiten. Die drei SchülerInnen der NMS, die keinen Gefallen an den Texten finden, geben als Gründe hierfür an, dass sie in Text 1 lediglich einen normalen Lerntext sehen und durch die Regelungen in Text 2 nicht direkt selbst betroffen sind. Das Layout der Texte kommt jedoch bei allen SchülerInnen gut an.

Absolute Zahlen zu Frage 5

Frage 5	Text 1 (m/w)	Text 2 (m/w)	beide	beide nicht
4a VS Süd	9 (5/4)	4 (2/2)	4 (3/1)	0 (0/0)
4b VS Süd	4 (3/1)	4 (4/0)	9 (4/5)	0 (0/0)
VS Süd gesamt	13 (8/5)	8 (6/2)	13 (7/6)	0 (0/0)
3A NMS	7 (5/2)	3 (2/1)	1 (1/0)	1 (0/1)
3B NMS	7 (5/2)	3 (2/1)	1 (1/0)	2 (1/1)
NMS gesamt	14 (10/4)	6 (4/2)	2 (2/0)	3 (1/2)
gesamt	27 (18/9)	14 (10/4)	15 (9/6)	3 (1/2)

Tabelle 8: Absolute Zahlen zu Frage 5

Insgesamt zeigt die Untersuchung durch den Fragebogen auf, dass ein Großteil der befragten SchülerInnen bereits politische Texte für Kinder gelesen hat und ihnen die Texte grundsätzlich auch gut gefallen. Sie meinen diese vor allem im Internet, in der Zeitung und in politischen Institutionen auffinden zu können. Auch die Schule wird als potenzielle Quelle politischer Texte genannt, sowie vereinzelt die Sozialisationsinstanz der Familie. Die politikvermittelnden Medienformate kennen nur einzelne SchülerInnen in weiten Teilen, viele wissen nur um die Logo! Kindernachrichten, welche auch im Fernsehen ausgestrahlt werden, und die in den Schulen aufliegenden Kinder- und Jugendzeitschriften. Insofern liegt eine Interpretation der Ergebnisse nach Bonfidellis Wissenskluft-Hypothese nahe, der zufolge Kinder aus gebildeten gesellschaftlichen Schichten eher aktiv qualitativ hochwertige Medienkanäle nützen, als jene aus Familien, in welchen das Massenmedium des Fernsehens zur Informationsbeschaffung dominiert. Je aktiver die Nutzung verschiedener Informationsquellen durch die Massenmedien in der Sozialisationsinstanz der Familien ist, desto mehr politisches Wissen haben

die Kinder. Auch dieses Phänomen lässt sich im Zusammenhang der Antworten zu den Fragen 3 und 4 bestätigen, da jene Kinder, die mehrere Formate kannten, auch ausnahmslos beide Textbeispiele als politische erkannten. Zumindest der Lexikoneintrag zum Begriff der Demokratie wurde jedoch generell von einem sehr großen Teil der befragten Kinder als politischer Text für Kinder erkannt. Festzuhalten ist an dieser Stelle auch, dass fast alle befragten SchülerInnen die Beispieltex te sehr positiv bewerten und Gefallen am politischen Text für Kinder bekunden, da ihnen die Themen, aber auch die Layouts gefallen. Auch wenn die politischen Texte schwierige Inhalte behandeln, so werden sie von den SchülerInnen ab neun Jahren bereits gut verstanden. Insofern kann bereits einem sehr jungen Publikum adaptierte Politische Bildung auf positive Weise näher gebracht werden.

In den an die Untersuchung anschließenden Gesprächen zu politischen Texten für Kinder haben sowohl die DirektorInnen als auch die LehrerInnen großes Interesse am Themenfeld gezeigt und betont, dass sie selbst kaum um die Existenz von Plattformen zur Vermittlung Politischer Bildung für so junge Kinder wissen. Vielleicht bedarf es zur Verbreitung und Bereitstellung dieser Angebote mehr Fokus auf die Rolle der Kinder in der Politik sowie mehr Werbung und Information im Bildungsbereich, um eine effektivere Nutzung dieser vielversprechenden Ressourcen zu forcieren.

4.4 IDEOLOGIE IM POLITISCHEN TEXT FÜR KINDER

Wie sich in der Übersicht zum Auftreten politischer Texte für Kinder gezeigt hat, weisen sehr viele dieser schriftlichen Zeugnisse neben ihrem informativen Charakter vor allem auch persuasive Züge auf, die sich auf bestimmte Ideologien beziehen. In welcher Art und Weise politische Ideologie in Texten für Kinder vermittelt wird, ist nun Thema dieses Kapitels.

4.4.1 Untersuchung nach dem lexikalisch- argumentativen Modell

In der Untersuchung des sprachlichen Potenzials politischer Kindertexte bezüglich der Vermittlung von Ideologien, stellt sich zunächst die Schwierigkeit in den

Weg, linguistische Methoden zur Analyse konkreter politischer Reden, deren EmittentInnen üblicherweise in einem politischen Amt oder einer Partei zugehörigen PolitikerInnen liegen, umzulegen auf weniger konkrete, nicht monologische Sprachhandlungen. Das lexikalisch argumentative Modell nach Grünert bietet dafür in der Verbindung der Analyse ideologischen Vokabulars und der Argumentationslinie eine Möglichkeit, auch politische Texte außerhalb der monologischen Rede bezüglich deren ideologischen Gehalts zu untersuchen.

So bietet sich exemplarisch *Folge 1: Die Friedenssuppe* (Text 23) als Vorlesegeschichte aus HanisauLand von der Bundeszentrale für Politische Bildung an, um deren politische Argumentationslinie hin zum erstrebenswerten Aufbau einer Demokratie aufzuzeigen. Zunächst liegt der nach Grünert zu analysierende weitere Kontext des Textes im Sprachhandlungsfeld der Politischen Bildung in Deutschland und Österreich, womit die Zielsetzung in der Legitimation und Affirmierung der dort herrschenden politischen Regierungsform liegt. Im engeren Kontext ist die Relation der einzelnen Zeichen untereinander relevant. Dazu sind im nächsten Schritt die Argumentationskategorien herauszufiltern und zu benennen: In der Vorlesegeschichte geht es in Grundzügen darum, nach dem Krieg zwischen Hasen, Nilpferden und Schweinen einen Weg aus dem Dilemma zu finden, der sich in Frieden und Demokratie manifestiert. Die zentrale *Destination* im Text, um die sich alles dreht, ist die politische Herrschaftsform der *Demokratie* als Lösungsvorschlag. Die dieser Destination zugrundeliegende *Kausation* liegt in den historischen „Fakten“ der Unannehmlichkeiten des *Krieges* zwischen den Beteiligten; die Argumentationskategorie der *Konsekution* demgegenüber im heilbringenden *Frieden*. Insoweit ist die Argumentationslinie im Text eine klassische, auch für Kinder nachvollziehbare. Die Kategorien der *Fundation*, als Präsentation parteilicher Standpunkte, sowie jene der *Motivation* in der Berufung auf überparteiliche Autoritäten, kommen im Text nur der Kategorie der Destination untergeordnet vor, indem beispielsweise die einzelnen Volksgruppen ihre „Parteiprinzipien“ aufzeigen und durchsetzen wollen, was im narrativen Verlauf der Vorlesegeschichte immer wieder zu Problemen führt.

Diesen Argumentationskategorien sind im Text entsprechende Nominationen in Form von stellungsbeziehenden und wertenden Referenzen zum sprachlichen Zeichen zuzuordnen, die die Argumentationslinie unterstützen und aus dem Ideologievokabular schöpfen: Der Kausation des Kriegs sind die Nominationen

kämpfen, Krieg, *Waffen*, *Wunde*, Kriegslist, *dämlich*, *Schutt*, *zerstörter* Marktplatz, *kampf- und kraftlos*, *zertrümmert*, *traurig*, *Gewehr*, Gefangene, Armee, Not, Entbehrung und Diktator zuzuordnen. In weiten Teilen handelt sich dabei um negativ konnotierte Unwertwörter. Diese sind in der Auflistung der Nominationen unterstrichen. Die negative Konnotation rund um den Argumentationssektor der Kausation des Kriegs wird darüber hinaus unterstützt durch negative Wortfelder, wie sie durch die kursiv geschriebenen Nominationen realisiert werden. Besonders deutlich wird dies schon im ersten Satz der Geschichte:

„Die grauen Wolken des Krieges hängen noch schwer über dem zerstörten Marktplatz von Bad Nilstein.“ (Brandt 2002a: 1)

Hier generieren die „grauen Wolken“ direkt neben dem Unwertwort *Krieg* eine düstere Stimmung, der politische Unwert und die negative Konnotation des Kriegs werden dabei vor allem durch den ihm sprachlich nahe positionierten zerstörten Marktplatz ausgedrückt, als nun unbrauchbar gewordenen gesellschaftlichen und politischen Zentrum.

Die Destination der Demokratie steht im sprachlichen Aufbau der Geschichte oft in der Nähe von Freiheit, sprechen, Vorschlag, Vereinigung, erläutern oder MitbürgerInnen und Gemeinschaft. Indem die Parteien am wiedererrichteten Marktplatz ihre Vorschläge vortragen, ist öffentliche, gesellschaftliche Aktivität im demokratischen Umfeld wieder möglich:

„Heute steht nun ein Hase auf dem Marktplatz auf einem Podest, hat eine Karte der nun vereinigten drei Länder aufgehängt und erläutert seinen mehr oder weniger gespannt zuhörenden Mitbürgern die Pläne der Hasen.“ (Brandt 2002a: 2)

Demgegenüber wird jedoch in der Uneinigkeit der Völkergruppen als Parteien auch schnell die Kehrseite der Medaille aufgezeigt, wenn diese sich nicht einigen können. Damit kommen auch weniger positiv konnotierte Begriffe ins lexikalische und argumentative Umfeld der Demokratie: Militanten und Keilerei sind hierfür Beispiele. Diese umkämpfte Demokratie soll als Destination zur Konsekution des Friedens dienen, der im Text stets in Verbindung mit Hochwertwörtern wie Traum, Gemeinschaft und Freiheit steht und damit den deutlichen Gegenpol zur Kausation des Unwertworts des Kriegs darstellt. Insofern geht die Argumentati-

onslinie im Text von der Motivation durch Kausation über die Destination zur Konsekution und damit den von Grünert als besonders effektiv beschriebenen Weg politischer Argumentation. Lexikalisch verläuft dieser Weg von negativ konnotierten Wortfeldern um das Unwertwort Krieg, über sich insgesamt relativ neutral verhaltende positive und negative Wortfelder rund um die Demokratie, hin zu den angestrebten Werten der Hochwertwörter um Frieden und Freiheit. Die Funktion des Textes liegt der lexikalisch argumentativen Analyse zufolge also klar in der Affirmation des demokratischen Systems. In der *Fundation* des Textes, die sich in der parteilich programmatischen Darstellung der Standpunkte der einzelnen Parteien der Nilpferde, Hasen und Elefanten lokalisieren lässt, zeigt der Text darüber hinaus demokratisches Redehandeln auf:

„...und deshalb schlagen wir Hasen vor, unsere unter dem Namen HanisauLand vereinigten Länder Hasien, Nilopotamien und Sauland total mit Möhren zu bepflanzen!“ (Brandt 2002a: 2).

Letztendlich muss dieses jedoch ob des fehlenden Demokratieverständnisses unter den BürgerInnen vorerst scheitern.

Im Hinblick auf die Ideologiegebundenheit dieses Textes erscheint es darüber hinaus erwähnenswert darauf hinzuweisen, dass sprachlich innerhalb der Vorlesegeschichte deutlich zwischen Eigen- und Fremdgruppen unterschieden wird. Dies geschieht einerseits in den parteigebundenen, poskativen Aussagen der Tiere am Marktplatz selbst („Möhrenfreie Wälder für möhrenfreie Sauen!“, „Keine Möhren zwischen unseren Föhren!“), andererseits aber auch in der Abgrenzung der ehemaligen Diktaturen, wo das Negative durch die Personalisierung der Fremdgruppe für die jungen AdressatInnen besonders gut greifbar wird. Zu nennen sind hier a) der Gräfhatz, als grässlicher Feldhasen- Diktator, b) der ins Exil verschwundene König der Nilos sowie c) Gröaleb der Schweine- König, bezeichnet auch als „oller Triefrüssel“. Demgegenüber steht der geheimnisvolle große Schweiger, der im Krieg verschwunden ist und die Werte der Demokratie vertritt. Im späteren Verlauf der Geschichte stellt sich heraus, dass dieses weise Walross Odo genannt wird. Sein größter Gegner wird später der diktatorische Ober- Hass- Hase sein. Durch die Konzentration auf diese, die Herrschaftsformen vertretenden Personen, wird den Kindern die Situationsbeurteilung erleichtert. Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Namensbildungen aus Komposita, die

dem Autor die Möglichkeit bieten, besondere Eigenschaften der ProtagonistInnen hervorzuheben. Der *Ober- Hass- Hase* ist hierfür exemplarisch. Aus der Geschlechterverteilung der Figuren ergeben sich ferner weitere Identifikationspunkte für junges Publikum, indem beispielsweise die Nilpferddame Bärbel Breitfuß in Anlehnung an Angela Merkel nach fairen Wahlen die Rolle der Regierungschefin übernimmt.

Die folgende Tabelle fasst die Ergebnisse der lexikalisch- argumentativen Analyse übersichtlich zusammen:

Übersicht zur lexikalisch- argumentativen Analyse Text 23

Argumentationskategorie	zentraler Begriff	Nominationen	Unwertwörter	Hochwertwörter	VertreterInnen
Kausation	Krieg	kämpfen, Waffen, Wunde, dämlich, Schutt, zerstörter Marktplatz, kampfund kraftlos, zertrümmert, traurig, Gewehr, Armee, Exil, brüllen, Kriegstreiber, traurig	Krieg, Kriegslist, Gefangene, Not, Entbehrung Diktator		Diktatoren: Gräfhatz, Gröaleb, Nilo- König
Destination	Demokratie	sprechen, Vorschlag, Vereinigung, erläutern, Podest, MitbürgerInnen, Keilerei	Militant	Gemeinschaft, Freiheit	Bärbel Breitfuß, Rainer Renner, Egon Eber, Odo das weisse Walross
Konsekution	Frieden	Traum, Zukunft, Friedenssuppe, feierlich, versprechen		Wahrheit, Freiheit	Odo
Motivation	entspricht Kausation				

Tabelle 9: Übersicht lexikalisch- argumentative Analyse Text 23

Die im Text angesprochenen Ideologien bleiben - wie bei den meisten politischen Texten für Kinder - auf die Systeme von Diktatur und Demokratie (mit einem Rechtsstaat) beschränkt. Wie die beispielhafte Analyse zeigt, können selbst narrative Texte, die bereits für die Altersgruppe der Volksschulkinder konzipiert sind, in ihrer Sprache und Argumentationslinie politische Ideologien vermitteln, wobei

sie affirmieren oder auch meinungsbildend und -ändernd wirken können. Dies lässt sich auch an politischen Berichterstattungen wie dem *Text 13: Putin, wer sonst?* beobachten.

Diese Berichterstattung ist im weiteren Kontext ebenfalls in das politische Handlungsfeld der Politischen Bildung einzuordnen, mit dem Ziel politischer Information und Meinungsbildung. Zeitlich passt der Text genau in den Zeitraum um die russischen Wahlen und damit in den Diskurs um Putins politische Macht. Inhaltlich vermittelt dieser, an elf bis 15-jährige Kinder und Jugendliche gerichtete Text, Kritik gegenüber der starken Machtposition Wladimir Putins, vor allem an deren Legitimation durch angeblich manipulierte Wahlen.

Die Argumentationskategorien der *Konsekution* und *Motivation* liegen in den negativ dargestellten Wahlen, die Putin zur Legitimation seiner politischen Position verhelfen haben sollen. Die diesen Kategorien zugeordneten Begriffe lauten wie folgt: Gegner, geringe Chance, nicht fair, schwindeln und fälschen, Wähler, Stimme, Begünstigung, Wahlbetrug, gewinnen, Vorwurf, Wahlvorgang, politische Zustände, Unterstützungserklärungen, *Putin-treue Beamten*, Echtheit, Unterschriften, Zweifel, Konkurrent, Hürde, scheitern und Massenproteste. Viele dieser Begriffe sind als Unwertwörter zu enttarnen - diese sind in der Aufzählung unterstrichen -, andere kennzeichnen Putin und seine Anhänger gegenüber der Leserschaft der Berichterstattung als Fremdgruppe. Diese Begriffe sind kursiv gesetzt. Die Destination liegt in der politischen Argumentationslinie des Textes in der starken Machtposition Wladimir Putins, als zentrales Thema. Seine Person ist umgeben und beschrieben von Wörtern wie Meister im Judo, schwarzer Gürtel, aufs Kreuz legen, geschickt, gewinnen, starker Mann, loben und feiern. Auch an sich neutralen bis positiv konnotierten Begriffen wie geschickt, gewinnen und stark, wird dabei im Kontext des Texts denotativ eine negative Bedeutung zugeschrieben, die argumentativ im Ausnützen dieser Macht begründet werden. Demgegenüber stehen die politischen GegnerInnen Putins, wie etwa Michail Chodorkowski, obwohl sie ebenfalls von negativ besetzten Begriffen umgeben sind, in einem eher positiven Licht. Die Begriffe um Putin kritisieren, Betrug und Steuerhinterziehung werden hier sprachlich abgeschwächt oder sogar umgekehrt, in dem sie relativierende Beifügungen wie *angeblich* enthalten. Die Argumentationskategorie der Konsekution ist in diesem Text erst am Ende herauszulesen und als Wunsch nach einem, in seinen Rahmenbedingungen fairen, Wahlkampf

zu identifizieren. Die Aussage des Textes ist in seiner Gesamtheit eindeutig, ebenso wie seine persuasive Ausrichtung gegen diese Bedingungen der Legitimation von Macht in einem föderalistischen Staat wie Russland. In der Argumentationslinie ist diese Berichterstattung dabei jedoch nicht so eindeutig aufgebaut und sprachlich differenziert, wie beim zuvor beschriebenen Text zur Friedenssuppe von HanisauLand. Sie geht hier von der Destination aus und argumentiert über diese in Verbindung mit der Kausation hin zur nur kurz erwähnten Konsekution. Damit wählt der Text eine relativ schwierige Argumentationslinie. Auch das sprachliche Abschwächen, Umkehren und Andeuten von positiven und negativen Einstellungen gegenüber Putin und seinen GegnerInnen, der Eigen- und Fremdgruppe, macht die Berichterstattung erst für ein einigermaßen lesegeübtes Publikum, frühestens ab der Sekundarstufe I, verständlich, an das sich der Text auch richtet.

Übersicht zur lexikalisch- argumentativen Analyse Text 13

Argumentationskategorie	zentraler Begriff	Nominationen	Unwertwörter	Hochwertwörter	VertreterInnen
Kausation	unfairer Wahlkampf und -vorgang	geringe Chance, nicht fair, Wähler, Stimme, Begünstigung, gewinnen, Wahlvorgang, politische Zustände, Unterstützungserklärungen, <i>Putin-treue Beamten</i> , Unterschriften, Zweifel, Konkurrent, Hürde,	Gegner, schwindeln, fälschen, Wahlbetrug, Vorwurf, scheitern, Massenproteste	Echtheit	(Wladimir Putin)
Destination	Macht der Person Wladimir Putins	Meister im Judo, schwarzer Gürtel, aufs Kreuz legen, geschickt, gewinnen, starker Mann, loben, feiern		(loben, feiern)	Wladimir Putin
Konsekution	Chancengleichheit im Wahlkampf	fair, Stimmzettel, Urne, Chance, Ideen, werben		Chance, Idee, fair	
Motivation	entspricht Kausation				

Tabelle 10: Übersicht zur lexikalisch- argumentative Analyse Text 13

In beiden exemplarischen Analysen nach dem lexikalisch- argumentativen Modell tritt die persuasive Sprachrichtung hin zur politischen Ideologie der Demokratie in den Vordergrund.

4.4.2 Demokratie im politischen Text für Kinder

Die Themenpools und semantische Ausrichtung eines Großteils des vorliegenden Textkorpus drehen sich um die Erläuterung, Affirmierung oder Legitimierung des mittel- und westeuropäischen Verständnisses von Demokratie in ihren deklarativen Sprachhandlungen, ebenso wie in der Darstellung ihrer Institutionalisierung. Insofern wird die beim Lesen subjektiv wahrgenommene Eigengruppe durchgehend als positiv demokratische vermittelt, während Fremdgruppen um die „Gegner“ der Grundwerte der Demokratie tendenziell in negativer Konnotation erscheinen. Die AutorInnen der Kindertexte scheuen sich dabei nicht, auch auf politisch brisante Ereignisse und Themenfelder einzugehen. So folgen die Texte grundsätzlich der Forderung der politischen Sozialisation und Politischen Bildung nach der Vermittlung eines Demokratieverständnisses.

In Bezug auf die Vermittlung von Demokratie durch dafür typische Sprachhandlungen arbeiten die Texte vielschichtig und stellen je nach Textsorte verschiedene Aspekte in den Vordergrund:

1) Verordnungen

Die Textgruppe der Verordnungen vermittelt das geforderte Demokratieverständnis in Form der in dieser Herrschaftsform durch die Legislative und Exekutive vorgelebte Sprache des Gesetzes. Sie erhalten Gültigkeit durch die Berufung auf staatliche Verordnungen und Gesetze in autoritären Instanzen oder, im Fall der Texte für die Peergroup und Sozialisationsinstanz der Familie, durch die Zustimmung und Kenntnisnahme durch die beteiligten Personen. In diesem Einverständnis mit der regulativen Funktion der Texte wird ein demokratischer Grundgedanke befolgt.

II) PolitikerInnen sprechen

Texte dieser Kategorie stellen meist den Dialog und die Debatte in den Vordergrund, indem sie diese Sprechakte entweder selbst vollziehen oder die Möglichkeit zur anschließenden, an geeigneter Stelle veröffentlichten Diskussion bieten. Die im demokratischen, kultivierten Streitgespräch geforderten debattenkonsitutiven, -strukturierenden und -organisierenden Sprachhandlungen kommen hier in den Fokus zum demokratischen Sprachgebrauch und werden besonders in der direkten Kommunikation der Chatprotokolle zwischen PolitikerInnen und SchülerInnen (etwa Text 8 und 9) strikt umgesetzt und vorgelebt. Eher monologisch geprägte Texte wie die Interviews mit ExpertInnen der Politik stützen sich darüber hinaus stark auf das ideologiegebundene Vokabular der Demokratie, besonders in Bezug auf Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, indem sie sich in ihrer Argumentation darauf stützen.

III) Berichterstattungen

Politische Berichterstattungen für Kinder arbeiten in Bezug auf die Vermittlung von Demokratie vorwiegend über persuasiv wertende Beschreibungen politischer Geschehnisse rund um die Welt. Dies zeigt sich beispielsweise in Berichterstattungen um unfaire Verhältnisse bei politischen Vorgängen wie Wahlen, aber auch in jenen zu deklarierten Fremdgruppen, wie sie sich für politische Kindertexte aktuell etwa im terroristischen Islamischen Staat, oder überzeitlich im System der autoritären Diktatur beziehungsweise im Nationalsozialismus lokalisieren lassen. Die Berichterstattungen für Kinder erschaffen so tendenziell eine positiv konnotierte Eigengruppe der LeserInnen im demokratischen Staat, gegenüber einer negativen Fremdgruppe der DemokratiegegnerInnen.

IV) Politische Bildung

Die Texte aus dem Bereich der Politischen Bildung stützen sich in ihrer Demokratievermittlung primär auf das ihr eigene ideologische Vokabular, das sie näher erläutern und häufig im Hauptteil zum Inhalt haben. Dabei wird in renommierten politischen Lexika für Kinder -wie dem HanisauLand- Lexikon, dem Lexikon der Demokratiewerkstatt oder auch dem Politischen Lexikon für junge Leute - das gesamte, von Klein als demokratisch bezeichnete Vokabular von demokrati-

schen Fahnenwörtern (vgl. S. 32) abgedeckt. Auch die „Top- Fourteen“ der all-gemeinsprachlichen, demokratischen Lexik nach Busch werden in diesen aus-nahmslos erläutert und gegenüber jener nach Klein auch häufiger kommentiert. Insofern spiegelt sich im Umgang mit den Onlineeinträgen die große Bedeutung des politischen Wortschatzes in der allgemeinen Sprachverwendung der Sprach-gemeinschaft deutlich wider.

In den Comics und narrativen Geschichten rund um demokratische Inhalte spielt demgegenüber das persuasive Setzen eines positiv konnotierten Kontexts rund um die Demokratie und ihre Institutionen eine große Rolle. Darüber hinaus ver-körpern hier die „Helden“ der Geschichte zentrale demokratische Werte und be-folgen in kultivierten Streitgesprächen einen demokratischen Sprachgebrauch mit dafür adäquatem Vokabular. Folgen die ProtagonistInnen nicht dem Ideal der konstruktiven Debatte, so scheitert die politische Kommunikation in den Texten vorerst auch meist. Hieraus lässt sich also eine recht klare Vorbildwirkung aus den politischen Texten ablesen.

Die klassischen, politische Inhalte kompakt vermittelnden Lerntexte weisen dem-gegenüber weniger direkten Bezug zur Demokratie auf, distanzieren sich aber von Werten, die nicht den demokratischen Grundrechten und Menschenrechten allgemein folgen, indem sie jene in ihrem Stigmavokabular zwar inhaltlich erläu-tern, aber in Form des Konjunktivs als Fremdaussage und Fremdmeinung klar ersichtlich machen.

Allen untersuchten politischen Texten für Kinder gemeinsam ist darüber hinaus, dass sie Gleichberechtigung in der Sprache vorleben. In den Texten wird aus-nahmslos gegendert, durch das Ausschreiben beider Genera oder auch mithilfe der Nutzung des Binnen- I. So auch im Experteninterview mit Prof. Sieglinde Ro-senberger zur Frage: Bleibt Demokratie ewig? (Text 5). Die Argumentationslinie und Grundeinstellung zum politischen System der Demokratie in politischen Tex-ten für Kinder soll anhand dieses Beispiels abschließend kurz analysiert werden.

Die Expertin stellt in der einleitenden Erläuterung des Begriffs der Demokratie zunächst besonders den Aspekt der Beteiligung der Bevölkerung hervor, indem sie das Verb *beteiligen* wiederholt und in Verbindung mit den Modalverben *dürfen* und *können* als Privileg darstellt. Auch die Entscheidung als politische Handlung, die legitimiert oder kritisiert, gegen die sogar protestiert werden darf, ist neben

dem Vollzug der Demokratie durch Wahlen in der ersten Assoziation des Begriffs Demokratie im Text manifestiert. Zentral erscheinen in der gesamten weiteren Diskussion des Themas ferner die bereits zu Beginn des Interviews angeführten Begriffe der BürgerInnen, der PolitikerInnen, der Grund- und Menschenrechte und des Rechtsstaats. Der Definition des Begriffs der Demokratie über die angeführten Werte folgt der Frage nach dem Ursprung der Demokratie ein kurzer geschichtlicher Abriss in Bezug auf die antike Herrschaftsform und moderne Auslegung als Repräsentation der BürgerInnen ab dem 18. Jahrhundert, bevor das wohl stärkste Statement der Expertin bezüglich des demokratischen Systems in der Antwort zur Frage: Ist Demokratie die beste Herrschaftsform? folgt:

„Demokratie ist zweifelsohne die beste Herrschaftsform, weil wir davon ausgehen, dass jeder Mensch politische Rechte besitzen soll und dass Politik sich an Grundsätzen wie Freiheit und Gleichheit orientiert. Dies kann nur Demokratie leisten!“ (Rosenberger 2011:1).

Demokratie wird hier eindeutig - diese Eindeutigkeit wird über das Modaladverb *zweifelsohne* verstärkt - als beste Herrschaftsform dargestellt, was, wie in den meisten politischen Texten für Kinder, vor allem über die Hochwertwörter *Freiheit* und *Gleichheit* argumentiert wird. Diese beiden Begriffe sind mit dem Konzept der Demokratie am deutlichsten verbunden.

Im weiteren Verlauf beantwortet Prof. Rosenberger weiterhin alle Fragen unter Befolgen aller Kommunikationsmaximen, besonders auch jener der Relevanz. Sie beantwortet die Fragen immer konkret und ohne unnötiges Abschweifen vom Thema. Als Voraussetzung für Demokratie argumentiert die Expertin das Er kämpfen demokratischer Werte und hebt dabei immer wieder das dafür erforderliche Engagement politischer Partizipation hervor. Strömungen, die der Demokratie entgegenwirk(t)en lokalisiert sie im Herrschaftsinteresse von Adel und Klerus, im Nationalsozialismus und in totalitären Systemen wie etwa auch der ehemaligen Sowjetunion, aber auch in verschiedenen Militärs. Damit fasst die Politikexpertin die wichtigsten Gegenpole zur Demokratie zusammen, die generell in politischen Texten zum Thema werden. Die größte Gefahr für die Werte der Demokratie sieht Prof. Sieglinde Rosenberger jedoch klar in Problemen der Demokratiequalität, etwa durch den Ausschluss bestimmter Personengruppen vom politischen Prozess, und vor allem in der sich vergrößernden Kluft zwischen Arm

und Reich, darauf basierendem politischen Misstrauen und fehlender Partizipation von Seiten der Bevölkerung. Hier schwingt ein deutlicher Appell an die sich im politischen Sozialisationsprozess befindlichen Kinder mit.

In seiner zentralen Argumentation fasst dieses Experteninterview die Grundtendenzen der Vermittlung von Demokratiewissen sowohl in thematischer Hinsicht als auch bezüglich der persuasiven Richtung in politischen Texten für Kinder sehr klar zusammen. Von diesem Bild weichen politische Kindertexte in Hinblick auf die Vermittlung eines Demokratieverständnisses kaum ab.

4.5 SCHLUSSFOLGERUNGEN: WAS LEISTEN POLITISCHE TEXTE FÜR KINDER IN DER POLITISCHEN BILDUNG UND SOZIALISATION?

Die Funktionen und die Leistung politischer Texte für Kinder hinsichtlich ihrer Rolle in der Politischen Bildung sind insgesamt vielschichtig und jedenfalls wertvoll:

In ihrem Handlungsfeld erfüllen die Texte zunächst die Aufgabe, politisches Wissen in schriftlicher Form kompakt an die SchülerInnen heranzubringen, sodass diese mit ihrer Hilfe das politische Fachvokabular als „Werkzeug“ zur politischen Sprachkompetenz erwerben können. Für höhere Stufen des politischen Sozialisationsprozesses, die zur Partizipation am politischen Leben führen sollen, sind diese Grundkenntnisse unerlässlich. Dass bereits Kinder im Grundschulalter mittels adäquater Texte, deren Sprache und Aufmachung auf ihre Klientel ausgerichtet sind, diese Grundkenntnisse erwerben und verstehen können, wurde im Kapitel 4.3.4 durch die Untersuchung mittels Fragebogen aufgezeigt.

In einer zweiten Ebene vollzieht sich Politische Bildung dem Grundsatzterlass zufolge in der Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten. Das Sachwissen aus dem ersten Bereich ist hier um die persönliche Meinungsbildung erweitert. Diesem Anspruch werden die politischen Texte für Kinder meist in ihrer informativ-persuasiven sprachlichen Ausrichtung gerecht, der die Vermittlung verschiedener Interessen, Ziel- und Wertvorstellungen zentral ist. In diesem Zusammenhang wirken die Texte alle zum politischen System der Demokratie affirmierend und dieses legitimierend. Die Grundwerte, Institutionen und politischen Ämter demokratischer Systeme stehen immer in Verbindung mit positiven Wörtern um

Freiheit, Gleichheit und Frieden und werden schon quantitativ sehr viel häufiger thematisiert, als jene demokratiefernere Systeme. Des Weiteren bauen die Texte sprachlich immer eine Eigengruppe rund um die Schlagwörter Demokratie, Menschenrecht und Europa auf, die sie klar von der Fremdgruppe um andere Systeme abgrenzen. PolitikerInnen und ExpertInnen, die in Texten für Kinder zu Wort kommen, geben klare Statements für das in Österreich herrschende demokratische System ab und befolgen in der direkten Kommunikation das Kooperationsprinzip unter weitgehender Einhaltung der grice'schen Kommunikationsmaximen. Darüber hinaus bieten die Texte klare politische Argumentationsstrukturen, in deren Zentrum der Destination zumeist die Demokratie selbst steht. Insofern kommen die Texte ihrem Bildungsauftrag jedenfalls nach.

Auch demokratische Sprachhandlungen rund um das Debattieren und Diskutieren sowie demokratietytische Vorgänge wie Wahlen stehen häufig im Zentrum der Texte, die so als Vorbilder arbeiten. Im Vorzeigen dieser „Techniken“ aber auch in der generellen Beachtung der Zielgruppe junger Menschen im politischen Geschehen durch die auf sie ausgerichteten Texte, vermögen diese letztendlich auch auf der dritten Ebene der Erziehung hin zur politischen Partizipation zu bilden. Politische Texte für Kinder geben Kindern und Jugendlichen in allen Sozialisationsinstanzen schon in jungen Jahren die Gelegenheit politische Partizipation in ihren Möglichkeiten und Chancen zu verstehen, weil sie durch sie selbst spielerisch partizipieren können: Kinder können beispielsweise für ihre Peergroup, Familie oder Schule mit politischem Vokabular über „Gesetzestextgeneratoren“ selbst regulative Texte verfassen und so direkt über deren normativen Charakter und deren Legitimierung lernen. Neben diesem Einüben politischen Handelns in der engeren sozialen Umgebung der Kinder trägt auch die offensichtlich allgemein positive Einstellung der PolitikerInnen zur politischen Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen dazu bei, das Interesse der zukünftigen WählerInnen am politischen Geschehen zu wecken. Darin liegt wohl der größte Wert der politischen Texte für Kinder im politischen Sozialisationsprozess, denn dieser kann nicht erst im Alter von 16 Jahren mit der Wahlberechtigung beginnen. Die Effektivität der Politischen Bildung hinsichtlich der politischen Texte, die für Kinder generiert werden, bleibt jedoch ob deren niedrigen Bekanntheitsgrads vorerst wohl eher gering. Einerseits mag der Klientel der Kinder manchmal zu wenig kognitive Fähigkeit zum Erfassen politischer Dimensionen zugesprochen werden, andererseits müssen interessierte Menschen sehr intensiv und explizit nach

politischen Texten für Kinder suchen. Das werden vor allem Kinder aus eher bildungs- und/oder politikfernen Familien jedoch kaum von sich aus tun. Insofern obliegt es der Instanz der Schule die entstehende Wissenskluft zu verkleinern und die staatlichen, kostenfreien Angebote Politischer Bildung gezielt an die Kinder zu vermitteln, um der momentan herrschenden und immer wieder thematisierten „Politikverdrossenheit“ entgegenzuwirken. Die politischen Texte für Kinder bieten einen chancenreichen Ansatzpunkt dafür.

5. KURZFASSUNG DER ERGEBNISSE UND RESÜMEE

Sprache und Politik- ein Begriffspaar, das bereits in der antiken Denktradition in enger Korrelation zueinander steht, kennzeichnet die Forschung der Politolinguistik, welche in ihrer Tradition vor allem die Untersuchung der Machtaspekte in sprachlich- politischen Äußerungen aufdeckt und linguistisch hinterfragt. Tritt sie jedoch aus der Analyse von Charakteristika, Handlungsfeldern und sprachlichen Mustern bezüglich der engen politischen Kommunikation innerhalb der politischen Community der PolitikerInnen und wahlberechtigten Bevölkerung heraus, so ergibt sich auch jenseits primärer politischer Sprechakte mit ihren Debatten, monologischen Reden, Gesetzestexten und Fernsehauftritten ein Forschungsfeld, das sich als ebenso spannend, wie politisch relevant präsentiert: die politische Kommunikation mit noch nicht wahlberechtigten Kindern.

Politische Texte für Kinder sind ob ihrer sprachlichen Ausrichtung sowohl in lexikalischer, als auch in pragmatischer Hinsicht, jedenfalls als linguistisch -politisch zu klassifizieren. Greifbar sind diese Texte über politiknahe EmittentInnen wie die österreichische Parlamentsdirektion oder die bundesdeutsche Bundeszentrale für Politische Bildung, ebenso wie über öffentlich rechtliche Rundfunkanstalten wie ORF, WDR und SRF.

Dabei lässt sich die Typologie politischer Texte für Kinder gliedern in die Textgruppen: I) Verordnungen, II) PolitikerInnen sprechen, III) Berichterstattung und IV) Politische Bildung, wobei die ersten beiden Gruppen als politische Texte im engeren Sinn gelten. Innerhalb dieser Textgruppen lassen sich sprachliche und funktionelle Ähnlichkeiten feststellen. Die Kategorie *Verordnungen* fasst regula-

tive schriftliche Dokumente zusammen, wie sie diverse Gesetzestexte, Verordnungen, Erlässe, Verbote und Regeln darstellen. Diese Texte ordnen verbindlich die Interaktion innerhalb der sozialen Umwelt der Kinder und Jugendlichen und sind entsprechend vom genuin politischen Ressort- und Institutionsvokabular geprägt. Politische Texte im engeren Sinn sind darüber hinaus Texte, die dem Bereich der direkten Kommunikation zwischen SchülerInnen und politiknahen Personen zuzuordnen sind. Diese Texte gehören der Rubrik *PolitikerInnen sprechen* an und sind in ihrer Funktion meist nicht nur informativ angelegt, sondern dienen häufig der Imagebildung einzelner PolitikerInnen und ihrer Institutionen. Der vorherrschende Sprachgebrauch dieser Texte manifestiert sich in der Sprache der Überredung und bisweilen auch jener der politischen Werbung mit dem Ziel politischer Bewusstseinsbildung. Bemerkenswert ist hier die hohe Dichte an echten Fachleuten auf wissenschaftlichem Niveau sowie hochrangigen, auch im politischen Diskurs Erwachsener präsenten PolitikerInnen, die ihrem jungen Publikum Rede und Antwort stehen.

Politischen Texten im weiteren Sinn, welchen im Textkorpus der vorliegenden Arbeit der quantitativ größere Teil der Beispieltex te angehört, sind tagesaktuelle politische Berichterstattungen für Kinder zuzuordnen. Diese sind überwiegend informativ ausgelegt, von journalistischen sprachlichen Wendungen, aber auch politischem und dem jeweiligen Thema angepassten Fachvokabular geprägt. Wenn Kinder für Kinder schreiben, lassen sich in den Berichterstattungen positive Sprachfunktionen nachweisen, in den Texten mit erwachsenen EmittentInnen schwingt dagegen häufig auch Persuasivität im Sprachgebrauch mit. Ebenfalls in das Feld politischer Texte für Kinder im weiteren Sinn gehört die große Gruppe der Texte für Politische Bildung, die sich unterteilen lässt in Comics, Lexika, Vorlesetexte und Lerntexte. Alle diese Textsorten sind als Unterrichtsmaterial oder zur privaten Informationsgewinnung bezüglich des Sachwissens rund um das politische System konzipiert. Dieser Konzeption entsprechend sind die Texte für Kinder sprachlich informativ angelegt und persuasiv in der Erziehung hin zum Verstehen und Unterstützen der demokratischen Herrschaftsform sowie in der Folge zur politischen Partizipation.

In traditionellen Textsortenklassifikationen wie jener nach Josef Klein lassen sich diese Texte zunächst kaum einordnen. Ihren EmittentInnen, ihrer Form und Funktion nach, können politische Texte für Kinder, unter der Berücksichtigung

der Lebenswelt ihrer AdressatInnen, die Textsortenklassen Kleins jedoch erweitern. Werden die Kategorien der EmittentInnen und Textsorten in Kleins System ihrer Funktion nach umgelegt auf die soziale Umwelt von Kindern und Jugendlichen, ergeben sich für die Kindertexte Klassifikationen über alle fünf Textsortenklassen Kleins, da die Funktionen der einzelnen Textsorten und ihrer Klassen beim Einüben politischen Sprachhandelns in der Peergroup weitgehend erhalten bleiben.

In der Zuordnung der Texte zu bestimmten EmittentInnen und Funktionen zeichnet sich in deren Adressierung und Wirkungsbereich außerdem eine Tendenz hin zu den Sozialisationsinstanzen ab. Über das gesamte Textkorpus ergibt sich die folgende Zuordnung: Das Gros der politischen Texte für Kinder entfaltet seinen Wirkungsbereich in den Sozialisationsinstanzen der Schule und Familie. Interessant ist hier, dass die Ausrichtung der Kindertexte hin zum privaten und öffentlichen Bereich jeweils gleich groß ist. Ein kleinerer Anteil der Texte vollzieht seine Wirkung dezidiert vorwiegend in der Peergroup und in den Massenmedien. Die Gruppe an Texten, die sich nicht primär dem Geltungsbereich einer Sozialisationsinstanz zuordnen lassen, weil beispielsweise auch ihre AutorInnen außerhalb der Instanzen liegen, ist zahlenmäßig die größte.

Thematisch orientieren sich alle politischen Texte für Kinder, die das Textkorpus dieser Arbeit umfasst, an den drei Bereichen der politics, politics und policies. Die Textgruppe der Verordnungen realisiert sich dabei vorwiegend im Themenbereich der politics als formelle Dimension des Politischen. Die Rubrik *PolitikerInnen sprechen* deckt dagegen vor allem jene semantischen Inhalte politischer Texte für Kinder ab, die sich um die politics drehen. Sie beinhalten meist Diskussionen um überzeitlich relevante, abgrenzbare politische Themenbereiche wie beispielsweise Demokratie, Wahlen und Rechte, Religion und Glauben. Berichterstattungen für Kinder sind thematisch primär im Bereich des Diskurses konkreter politischer Themenfelder der policies lokalisiert. Im Fokus stehen hier vor allem tagesaktuelle politische Nachrichten aus aller Welt um komplexe politische Ereignisse wie sie exemplarisch die Kämpfe des IS oder die Revolution in Ägypten darstellen, aber auch kontinuierliche Themen wie etwa das Wahlrecht in der EU und die Bedeutung hochrangiger PolitikerInnen. Die Themen der Textgruppe zur Politischen Bildung sind demgegenüber so vielfältig, wie ihre Texte selbst, kreisen aber häufig um die Werte von Demokratie und Menschenrechten und reichen bisweilen auch in die Bereiche der policies.

In sprachwissenschaftlicher Hinsicht sind die politischen Texte für Kinder im Vergleich zu entsprechenden Texten für Erwachsene vor allem von sprachlicher Genauigkeit und Klarheit sowie dem Befolgen des Kooperationsprinzips in der Kommunikation geprägt. Über alle Textsorten hinweg weisen die Texte politisches Fachvokabular in relativ hoher Frequenz auf, sie erklären dieses jedoch im Zuge ihres Auftretens durch kindgerechte Beispiele oder näheres Erläutern. Darüber hinaus werden zentrale Begriffe vor allem durch das rhetorische Mittel der Wiederholung oder durch optisches Hervorheben deutlich erkennbar gemacht. Ferner weisen die Kindertexte gegenüber jenen für Erwachsene sehr deutliche kataphorische und anaphorische Elemente auf, die klare Beziehungen zwischen den ebenfalls deutlich gegliederten Text- und Inhaltsabschnitten schaffen.

Im Kapitel zur Analyse nach dem Kommunikationsmaximenmodell nach Heringer konnte bewiesen werden, dass in der politischen Kommunikation mit Kindern kaum und jedenfalls nicht kontinuierlich oder absichtsvoll die grice'schen Kommunikationsmaximen gebrochen werden. Besonders die Maximen der Relation und Modalität werden in fast allen Texten gänzlich befolgt. Dieses Phänomen darf in der politischen Kommunikation aus Ausnahme gewertet werden, erweist sich jedoch bei näherer Betrachtung der Auslegung der Texte als sinnvoll: Einerseits wird so dem noch jungen und eher leseunerfahrenen Publikum kein zu hohes sprachliches Niveau im Erkennen von Ironie etc. zugemutet, andererseits wird so auch das Kooperationsprinzip nicht gebrochen und die Kinder können mit einem grundsätzlichen Gefühl von Vertrauen in politische AkteurInnen in das politische System hineinwachsen.

Um die Zielgruppe der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen besser erreichen zu können, ist neben der sprachlichen Ausrichtung auf diese Klientel auch das Layout der politischen Texte für Kinder ein besonders durchdachtes und aufwendig gestaltetes. Die EmittentInnen politischer Texte legen offensichtlich Wert auf einen hohen Wiedererkennungswert der ihnen zugehörigen Produkte und versehen ihre Texte mit Logos und freundlichen Farben. Diese dienen den SchülerInnen zumeist auch als Orientierungshilfe auf den Plattformen, zumal ähnliche Textformate und inhaltliche Blöcke immer auch ähnlichen Farben zugeordnete sind. Ferner sind die Layouts der Kindertexte grundsätzlich von Leserfreundlichkeit geprägt: Sie sind optisch klar gegliedert und in entsprechenden Schriftgrößen

verfasst. Im Vergleich zu politischen Texten für Erwachsene enthalten die Kindertexte außerdem viele aussagekräftige Bilder, die immer kommentiert werden und kaum emotional aufgeladen oder pathetisch erscheinen.

Die auf diese Weise gestalteten Texte finden laut den Ergebnissen aus der Befragung ihrer Zielgruppe großen Gefallen bei den Kindern. Die Mädchen und Jungen der beiden befragten Volksschulklassen geben zu 100% an, die Texte zu mögen, in der Altersklasse der Sekundarstufe sind es noch immer 88% der befragten SchülerInnen. Darüber hinaus ergab die Untersuchung, dass zwei Drittel der 59 Kinder bereits politische Texte gelesen haben und deren Quellen vor allem im Internet, in der Presse, im Parlament und in der Schule vermuten. In der Kenntnis um konkrete politikvermittelnde Plattformen und Medienkanäle bestätigt sich die Wissenslücke-Hypothese nach Bonfidelli: Viele SchülerInnen kennen keine oder mit den Logo! Kindernachrichten nur eine im Fernsehen sehr weit verbreitete Quelle politischer Texte; jene Kinder, die andere politikvermittelnde Kindermedien kennen, kreuzen vor allem qualitativ hochwertige Quellen an und ihre Fragebögen weisen diesbezüglich Mehrfachnennungen auf. Diese SchülerInnen erkennen ferner ausnahmslos alle vorgelegten Texte als politische, obwohl der Gesamtwert für das Erkennen beider politischer Texte bei nur 25% liegt (einen der beiden vorgelegten Texte erkannten alle SchülerInnen als politisch). Insofern mag jenen Jungen und Mädchen, die mehrere Quellen politischer Texte für Kinder aus der Sozialisationsinstanz der Familie heraus kennen, das politische Vokabular der Texte vertrauter und ihr politisches Wissen aufgrund einer effektiveren Mediennutzung größer sein.

In Hinblick auf die Frage nach der Leistung politischer Texte für Kinder für die Politische Bildung und Sozialisation ist neben der Vermittlung von Sachwissen und politischer Lexik das Generieren eines Demokratiebewusstseins zentral. Mithilfe des lexikalisch-argumentativen Modells nach Grünert konnte herausgefunden werden, dass ideologische Schlagwörter stets in der Umgebung positiver oder negativer Nominierungen stehen und so persuasiv affirmiert, legitimiert oder negativiert werden. Thematisierte Ideologien sind vorwiegend jene der Demokratie und autoritären Diktatur, wobei erstere immer in Verbindung mit positiven sprachlichen Mitteln zur Demonstration der Eigengruppe der jungen LeserInnen stehen und die Diktatur mit ihren VertreterInnen deutlich als Fremdgruppe gekennzeichnet sind. In der Argumentationslinie steht die Demokratie meist im Zentrum der Destination, die ihre Begründung in der Kategorie der Kausation

durch negative, oft auch historisch geprägte Schlagwörter um Krieg und Not findet. In der Kategorie der Konsekution führt die Demokratie, welche selbst in neutralen Wortfeldern steht, zu positiv besetzten Nominationen um Frieden und Freiheit. Je nach Textkategorie stellen die politischen Texte für Kinder verschiedene deklarative Sprachhandlungen der Demokratie in den Vordergrund oder sie legitimieren über ihre narrativen Handlungsstränge semantisch demokratische Denkweisen und Werte. Auch hinsichtlich einer geschlechtsneutralen Sprachverwendung, die durchgängig in Form beider ausgeschriebener Genera oder auch mithilfe des Binnen-I verfolgt wird, kann den Texten Vorbildwirkung zugesprochen werden.

Insgesamt sind politische Texte für Kinder hinsichtlich der Vermittlung politischer Kommunikationskompetenz und auch bezüglich des Generierens eines von demokratischen Werten geprägten Politikbewusstseins der zukünftigen BürgerInnen und WählerInnen jedenfalls ein wertvolles Instrument der politischen Sozialisation.

6. ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Ideologie (bpb: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42737/einstieg>)

Abbildung 2: Argumentationsmodell nach Grünert (Girnth 2002: 22)

Abbildung 3: Übersicht politischer Kindertexte (selbsterstellte Infografik)

Abbildung 4: Wahlen in HanisauLand (Brandt 2002) Text 16

Abbildung 5: Wahlkampf in HanisauLand (Brandt 2002) Text 16

Abbildung 6: Logo Demokratiewerkstatt

(online: <http://www.demokratiewerkstatt.at>)

TABELLENVERZEICHNIS:

Tabelle 1: Konversationsmaximen nach Grice, selbsterstellt (vgl. Niehr 2014: 81)

Tabelle 2: Übersicht zum Textkorpus (selbsterstellt)

Tabelle 3: Textsortenklassen (selbsterstellt)

Tabelle 4: Absolute Zahlen zu Frage 1 (selbsterstellt)

Tabelle 5: Absolute Zahlen zu Frage 2 (selbsterstellt)

Tabelle 6: Absolute Zahlen zu Frage 3 (selbsterstellt)

Tabelle 7: Absolute Zahlen zu Frage 4 (selbsterstellt)

Tabelle 8: Absolute Zahlen zu Frage 5 (selbsterstellt)

Tabelle 9: Übersicht zur lexikalisch- argumentativen Analyse Text 23 (selbsterstellt)

Tabelle 10: Übersicht zur lexikalisch- argumentativen Analyse Text 13 (selbsterstellt)

DIAGRAMME:

Diagramm 1: Sozialisationsinstanzen (selbsterstelltes Diagramm)

Diagramm 2: Kommunikationsmaximen (selbsterstelltes Diagramm)

Diagramm 3: Frage 1 (selbsterstelltes Diagramm)

Diagramm 4: Frage 5 (selbsterstelltes Diagramm)

LITERATURVERZEICHNIS

ZUM THEORETISCHEN HINTERGRUND:

ARISTOTELES (2009): Politik. Reinbeck bei Hamburg

BACHEM, ROLF (1979): Einführung in die Analyse politischer Texte. München (Analysen zur deutschen Sprache und Literatur.

BMBF (2005): Bundesministerium für Bildung und Frauen: Lehrplan der Volksschule. online verfügbar: [\[https://www.bmbf.gv.at/schulen/unterricht/lp/lp_vs_erster_teil_14043.pdf?4dzgm2\]](https://www.bmbf.gv.at/schulen/unterricht/lp/lp_vs_erster_teil_14043.pdf?4dzgm2) 14.09.2014

BMBF (2007): Bundesministerium für Bildung und Frauen: Grundsatzterlass zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung in den Schulen. online verfügbar: [\[https://www.bmbf.gv.at/schulen/unterricht/uek/pb_grundsatzterlass_15683.pdf?4dzgm2\]](https://www.bmbf.gv.at/schulen/unterricht/uek/pb_grundsatzterlass_15683.pdf?4dzgm2) 13.10.2011

BONFADELLI, HEINZ (2002): Politische Kommunikation als Sozialisation. In: Jarren, Otfried (Hrsg): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 342- 352

BUSCH, ALBERT (2005): Sprachschichten: Demokratischer Wortgebrauch zwischen Experten und Laien. In: Jörg Kilian (Hrsg.): Duden. Thema Deutsch Bd 6: Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat. Mannheim, Leipzig, Wien: Dudenverlag, S. 141- 160

BURKHARDT, ARMIN (2002): Politische Sprache. Ansätze und Methoden ihrer Analyse und Kritik. In: Jürgen Spitzmüller (Hrsg): Streitfall Sprache. Sprachkritik als angewandte Linguistik? Bremen: Freiburger Beiträge zur Linguistik., S.75-114

BURKHARDT, ARMIN (2005): Deutsch im demokratischen Parlament. Formen und Funktionen der öffentlichen parlamentarischen Kommunikation. In: Jörg Kilian (Hrsg.): Duden. Thema Deutsch Bd 6: Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat. Mannheim, Leipzig, Wien: Dudenverlag, S. 85- 98

BRINKER, KLAUS (2001): Text- und Gesprächslinguistik : ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. Berlin. De Gruyter

BRINKER, KLAUS (1992): Linguistische Textanalyse. Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden. Berlin: Erich Schmidt.

CLAUßEN, BERNHARD (1996): Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation. Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung; In: Claußen/Geißler (Hg.) 1996: Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. S. 15-48.

CLAUßEN, BERNHARD/KLAUS WASMUND (Hg.) (1982): Handbuch der politischen Sozialisation; Pedersen; Braunschweig.

DIECKMANN, WALTHER (1975): Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg: Carl Winter

DIECKMANN, WALTHER (2005): Deutsch:politisch- politische Sprache im Gefüge des Deutschen. -In: Jörg Kilian (Hrsg.): Duden. Thema Deutsch Bd 6: Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat. Mannheim, Leipzig, Wien: Dudenverlag, S. 11- 31

GEIBLER, RAINER (2006): Politische Sozialisation in der Familie. In: Bernhard Claußen (Hrsg): Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen: Lese + Budrich, S. 51- 70

GRICE, H. PAUL (1979): Logik und Konversation. -In: George Meggle (Hrsg): Handlung, Kommunikation, Bedeutung. Frankfurt am Main, S. 243- 265

GRUBER, HEINZ (Hrsg) (2014): TOPIC.Impressum.online verfügbar [<http://www.mytopic.at/impressum>] Stand 2014, letzter Aufruf: 25.05.2014

FEND, HELMUT (1991): Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch- weltanschaulichen Bereichen (Entwicklungspsychologie der Adoleszenz in der Moderne; Bd 2). Bern, Stuttgart, Toronto: Huber Verlag

GIRNTH, HEIKO (2002): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich- politischer Kommunikation.Tübingen: Niemeyer

GIRNTH, HEIKO (2010): Sprachverwendung in der Politik. online verfügbar [<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42687/sprachverwendung>], Stand 2010, letzter Aufruf: 28.08.2014

KILIAN, JÖRG (2005): Deutsch im demokratischen Staat. In: Jörg Kilian (Hrsg.): Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat. Mannheim: Dudenverlag, S. 7- 10

KLEIN, JOSEF (1998): Politische Kommunikation- Sprachwissenschaftliche Perspektiven. In: Otfried Jarren, u.a. (Hrsg): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 187- 199

KLINGEMANN, HANS- DIETER (2002): Ideologie. In: Markus Greiffenhagen (Hrsg): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 200- 204

KUHN, HANS PETER (2000): Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter. Opladen: Lese und Budrich

LIPHARDT, ELIZAVETA (2005): Aporien der Gerechtigkeit. Politische Reden der extrem Linken in Deutschland und Russland zwischen 1914 und 1919. Tübingen: Reihe Germanistische Linguistik Bd 261. De Gruyter

NEULAND, EVA (2005): Ist eine Spracherziehung zur Demokratie möglich? Ein Diskussionsbeitrag. In: Jörg Kilian (Hrsg.): Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat. Mannheim: Dudenverlag, S. 74- 85

NIEDERBACHER, ARNE/ PETER ZIMMERMANN (2011): Grundwissen Sozialisation. Einführung zur Sozialisation im Kindes- und Jugendalter. 4. überarbeitete und aktualisierte Ausgabe. Wiesbaden: Vs Verlag für Sozialwissenschaften

NIER, THOMAS (2014): Einführung in die Politolinguistik: Gegenstände und Methoden. Göttingen. UTB: Vandenhoeck und Ruprecht

PFETSCH, BARBARA (1998): Akteure und Institutionen. Bürger- Publikum. In: Otfried Jarren, u.a. (Hrsg): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 406- 413

STRAUSS, GERHARD (1984/1985): Sprachspiele, kommunikative Verfahren und Texte in der Politik. Versuch einer Textsortenspezifik.- In: Strauß, Gerhard (1986): Der politische Wortschatz. Zur Kommunikations- und Textsortenspezifik. Tübingen: (Forschungsberichte des Instituts für deutsche Sprache Mannheim 60), S. 2- 66

VEITH, HERMANN (2008): Sozialisation. München. UTB: Ernst Reinhard Vlg

<http://www.vs-wilhelmsburg-sued.com/chronik/> [letzter Aufruf: 18.10.2014]

PROF. FITZ- KÜFFER- NMS (2014): <http://www.hswilhelmsburg.ac.at/unsere-schule/schulgeschichte.html> [letzter Aufruf: 18.10.2014]

ZUM UNTERSUCHTEN MATERIAL:

TEXT 1: Anna (2012): Das Trampolinspringgesetz. online verfügbar [http://www.demokratiwebstatt.at/fileadmin/user_upload/Parlament/Gesetze_Gesetzesgenerator/Das_Trampolinspringgesetz.pdf] Stand 2012, letzter Aufruf 26.09.2014

TEXT 2: Klasse 3b der Volksschule Hinterhausen (2012): Haustierschulbesuchsverordnung. online verfügbar [<http://www.demokratiwebstatt.at/spiel-mit/gesetzesgenerator0/gesetzesblatt-der-demokratiwebstatt/>] Stand 2012, letzter Aufruf 26.09.2014

TEXT 3: Hallwirth, Reinhard (1997): Hausordnung des Privaten Gymnasiums Sacre- Coeur Wien. Schulstiftung der Erzdiözese Wien. online verfügbar [<http://www.sacre-coeur.at/PDF/Hausordnung.aspx>] Stand 1997, letzter Aufruf 17.08.2014

TEXT 4: BMFJ (2013): Kinderrechtekonvention. online verfügbar [<http://www.kinderrechte.gv.at/kinderrechtekonvention/>] Stand 2014, letzter Aufruf 01.09.2014

TEXT 5: Parlamentsdirektion der Republik Österreich (Hrsg) (2011): Bleibt Demokratie ewig? - Experteninterview mit Univ.-Prof. Sieglinde Rosenberger. online verfügbar [<http://www.demokratiewebstatt.at/thema/thema-geschichte-der-demokratie/expertinneninterview-bleibt-demokratie-ewig/>] Stand 2011, letzter Aufruf 29.12.2013

TEXT 6: Aly, Lea, Jakob, Hanna, Julia (2014): Interview mit Mag. Paul Schmidt. - In: Parlamentsdirektion (Hrsg): Demokratiewerkstatt aktuell. Mitmachen. Mitbestimmen. Mitgestalten. Nr 1000., S. 4

TEXT 7: Parlamentsdirektion der Republik Österreich (Hrsg) (2014): Experteninterview mit Prof. Dr. Franz X. Eder. online verfügbar [<http://www.demokratiewebstatt.at/thema/thema-hundert-jahre-erster-weltkrieg/interview-univ-prof-dr-franz-x-eder/>] Stand 2014, letzter Aufruf 24.09.2014

TEXT 8: Parlamentsdirektion (Hrsg) (2010): Live Chat mit Barbara Prammer: Geschichte der Demokratie. online verfügbar [[http://www.demokratiewebstatt.at/fileadmin/user_upload/Parlament/DWS/Geschichte der Demokratie/Chat/Chatprotokoll gekürzt 121010.pdf](http://www.demokratiewebstatt.at/fileadmin/user_upload/Parlament/DWS/Geschichte_der_Demokratie/Chat/Chatprotokoll_gekuerzt_121010.pdf)] Stand 2010. letzter Aufruf 03.09.2012

TEXT 9: Parlamentsdirektion der Republik Österreich (Hrsg) (2011): Chatprotokoll: Religion und Glaube. online verfügbar [<http://>] Stand 2011, letzter Aufruf 14.07.2012

TEXT 10: Stolz, Matthias: Steckbrief. online verfügbar [http://www.demokratiewebstatt.at/nc/parlament/politikerinnen/wer-ist-wer-im-nationalrat/?tx_parlamentwhoiswho_pi1%5Bparlamentarian_id%5D=10304&cHash=c405302c7145493ef26dfed765b55e34] Stand 2014, letzter Aufruf 02.10.2014

TEXT 11: Schweig, Manuela (2014): Willkommen im Kinderministerium. online verfügbar [<http://www.kinder-ministerium.de/index.php?id=61>] Stand 2014, letzter Aufruf 13.08.2014

TEXT 12: Bruhns, Sandra Valeska (2011): Zur Revolution in Ägypten. Sind wir immer die Guten?.- In: Redaktion Kinderzeit (Hrsg): Kinderzeit. Politik, Kultur und Rätsel für junge Leser. online verfügbar [http://blog.zeit.de/kinderzeit/2011/02/03/zur-revolution-in-agypten-sind-wir-immer-die-guten_8524] Stand 2011, letzter Aufruf 12.05.2012

TEXT 13: Gruber, Heinz (Hrsg) (2012): Putin. Wer sonst?.- In: TOPIC. Das Jugendmagazin des Österreichischen Jugendrotkreuzes für Politik, Wirtschaft und Kultur unter Mitwirkung des Österreichischen Buchklubs der Jugend. online verfügbar [http://www.mytopic.at/media/file/234_to-aktuell04-mar12.pdf] Stand 2012, letzter Aufruf 13.05.2012

TEXT 14: Burohw, Tom: Angriffe auf IS in Syrien. online verfügbar [<http://www.kiraka.de/spielen-und-hoeren/nachrichten/beitrag/b/angriffe-auf-is-in-syrien/>] Stand 2014, letzter Aufruf 28.09.2014

TEXT 15: 4. Klasse der VS Steinlechnergasse (2014): Wer mitmacht entscheidet: Die EU- Wahl. -In: Parlamentsdirektion (Hrsg): Demokratiewerkstatt aktuell. Mitmachen. Mitbestimmen. Mitgestalten. Nr 1000., S. 2

TEXT 16: Brandt, Peter (2002): Wahlen in Hanisauland. online verfügbar [<http://www.hanisauland.de/comic/allefolgen.html/01003>] Stand 2002, letzter Aufruf 02.10.2014

TEXT 17: 4. Klasse der VS Steinlechnergasse (2014): EU- Wahl Comic. In: Parlamentsdirektion (Hrsg): Demokratiewerkstatt aktuell. Mitmachen. Mitbestimmen. Mitgestalten. Nr 1000., S. 3

TEXT 18: Schneider, Gerd, Christiane Toyka- Seid (2013): Delegation. online verfügbar [<http://www.hanisauland.de/lexikon/d/delegation.html>] Stand 2013, letzter Aufruf 02.10.2014

TEXT 19: Schneider, Gerd, Christiane Toyka- Seid (2002): Demokratie. online verfügbar [<http://www.hanisauland.de/lexikon/d/demokratie.html>] Stand 2002, letzter Aufruf 03.10.2014

TEXT 20: Gärtner, Reinhold (2008): Parlament. -In: Reinhold Gärnter: Politiklexikon für junge Leute. Wien: Vlv Jungbrunnen

TEXT 21: Parlamentsdirektion (Hrsg) (2012): Volksbegehren. online verfügbar [http://www.demokratiwebstatt.at/nc/wissen/demokratie-lexikon/#tx_a21glossary_196] Stand 2012, letzter Aufruf 02.10.2014

TEXT 22: VS Notre Dame de Sion (2014): Ein Tag in der EU. In: Parlamentsdirektion (Hrsg): Demokratiewerkstatt aktuell. Mitmachen. Mitbestimmen. Mitgestalten. Nr 1001., S. 5f

TEXT 23: Brandt, Peter (2002a): Folge 1: Die Friedenssuppe. online verfügbar [http://www.hanisauland.de/comic/folge_01/] Stand 2002, letzter Aufruf 07.10.2012

TEXT 24: Parlamentsdirektion (Hrsg) (2013): Wahlen und andere Wege der Mitbestimmung. In: Parlamentsdirektion (Hrsg) (2013): Unterrichtsmaterialien zum Jugendparlament. online verfügbar [http://www.reininsparlament.at/fileadmin/reininsparlament/Unterrichtsmaterial/Gesamt_Jugendparlament_2013.pdf] Stand 2013, letzter Aufruf 02.10.2014, S. 14- 20

TEXT 25: Brand, Tilman von (2012): Nationalsozialismus und Judenverfolgung. In: Tilman von Brand, Dieter Wrobel. Nationalsozialismus. Praxis Deutsch 236. Seelze: Friedrich Vlg, S. 18

FRAGEBOGEN: POLITISCHE TEXTE FÜR KINDER

Klasse: _____

Alter: _____

Geschlecht: ☐ m ☐ w

Bitte beantworte folgende Fragen:

1) Hast du schon einmal einen politischen Text für Kinder gelesen?

(zum Beispiel: ein Gesetz, die Schulordnung, Regeln für eine Gemeinschaft, einen Zeitungsartikel über ein politisches Ereignis, eine Erklärung zu einem politischen Begriff...)

☐ Ja ☐ Nein ☐ ich weiß nicht

2) Weißt du, wo du einen politischen Text finden kannst?

☐ im Internet ☐ in der Zeitung ☐ zuhause ☐ in einer Kinderzeitschrift
☐ in der Schule ☐ im Schulbuch ☐ im Parlament ☐ ich weiß nicht
☐ anders wo

3) Kennst du eine dieser Zeitungen, Radiosender, Fernsehsendungen oder Internetseiten?

☐ Demokratiewebstatt ☐ kiraka Kinderradio ☐ kinderministerium.de
☐ HanisauLand ☐ news4kids ☐ Kinderblatt in „die ZEIT“
☐ logo! Kindernachrichten ☐ Spatzenpost/ Junges Volk/ LUX/ TOPIC
☐ Ö1: Rudi! Kinderradio ☐ keines davon

☐ ein anderes mit politischen Texten: _____

4) Welcher der mitgebrachten Texte ist politisch?

☐ Text 1 ☐ Text 2

5) Gefällt dir einer der mitgebrachten Texte?

☐ Ja welcher? _____
☐ Nein warum nicht? _____

Vielen Dank für's Ausfüllen! :)



Text 1:



Anna

Das Trampolinspringgesetz

Gültig: Trampolin in Neulengbach Uferstraße
Von 13:00 bis 19:00

Präambel/Grundsatz:

Jeder kann Tricks ausführen, ohne dass er gestört wird.

§1 Inhalt:

Wenn jemand einen Trick ausführen will, bei dem ein anderer ihn stört, so muss der andere sich an den Rand setzen. Dafür darf er danach auch einen Trick ausführen.

Begriffsbestimmung:

Nur zwei Personen dürfen gleichzeitig am Trampolin sein.

Ausgenommen:

Bei Geburtstagen oder anderen coolen Partys dürfen 5 KINDER am Trampolin sein.

§2 Verantwortungsregelung:

Betroffen sind alle, die das Trampolin betreten.

§3 Zuwiderhandeln ist Missachtung des Gesetzes:

Wer gegen die Regeln verstößt, der wird in das Verstoßbuch eingetragen. Bei drei Eintragungen, darf der Täter am nächsten Tag von 14:00-17:00 nicht springen.

Anna

Georg, Papa, Mama





Text 2:



Klasse 3b der Volksschule Hinterhausen

Haustierschulbesuchsverordnung

Gültig: In der Volksschule in Hinterhausen, Bundesland Oberösterreich
Ab Kundmachung sofort bis auf Widerruf (neue Regelung)

Präambel/Grundsatz:

Kindern wird durch die Gegenwart ihres geliebten Haustieres der Schulbesuch erleichtert, bessere Lernerfolge und eine vorteilhafte Lernumgebung für Kinder sind die Folge.

§1 Inhalt:

Kinder der Volksschule in Hinterhausen dürfen an einem festgelegten Tag in der Woche ihr Haustier mit in die Schule nehmen.

Begriffsbestimmung:

Haustiere sind in diesem Fall: alle Nagetiere, alle Vögel, Fische, Katzen, Hunde. Als Kinder werden hier bezeichnet: Kinder, sind alle BesucherInnen österreichischer Pflichtschulen.

Ausgenommen:

Haustiere, die die Schulterhöhe des Kindes überschreiten, angriffslustige oder lebensbedrohende Tiere, Tiere, bei welchen ein/e KlassenkollegIn oder ein/e LehrerIn eine allergische Reaktion nachweisen kann, Tiere, die einen die Konzentration störenden Geruch absondern (Bsp.: Schafe, Pferde, bissige Tiere, Vogelspinnen, Skorpione, Würmeschlangen?) Zeigt ein/e MitschülerIn oder der/die LehrerIn eine Allergie gegen ein Tier, dann darf das Tier nicht mehr mit in die Schule gebracht werden.

§2 Verantwortungsregelung:

Der/die DirektorIn der Schule verpflichtet sich, die Haustiere im Klassenraum zu akzeptieren oder einen eigenen Raum für die Haustiere zur Verfügung zu stellen. Die LehrerInnen verpflichten sich bei der Gestaltung des Unterrichts zu berücksichtigen, dass die Haustiere von den SchülerInnen versorgt werden müssen. Die SchülerInnen verpflichten sich, nur ungefährliche, für die Gemeinschaft gut verträgliche Tiere in die Schule mitzunehmen.

§3 Zuwiderhandeln ist Missachtung des Gesetzes:

Der/die DirektorIn, der/die es nicht erlaubt, dass die Kinder die Haustiere mitbringen, muss der Schulklasse einen Zoobesuch oder einen Besuch auf einem Bauernhof ermöglichen. LehrerInnen oder sonstige Personen, die einem Kind gegen die gesetzliche Bestimmung die Mitnahme eines Haustieres verbieten, müssen sich öffentlich vor der versammelten Klasse bei dem Kind entschuldigen und eine Erklärung abgeben. SchülerInnen, die sich nicht den gesetzlichen Anordnungen entsprechend verhalten, dürfen 1 Jahr lang kein Haustier mehr mit in die Schule bringen.



Klasse 3b der Volksschule Hinterhausen

Erna Weißalles



HAUSORDNUNG

des Privaten Gymnasiums Sacré-Coeur Wien
Schulstiftung der Erzdiözese Wien
1030 Wien, Rennweg 31

In Ergänzung bzw. Konkretisierung der Bestimmungen über die Schulordnung (§§ 43-50 SchUG sowie Verordnung vom 24.06.1975/BGBl. Nr. 373/1974) und im Einklang mit der Schulordnung der katholischen Privatschulen hat der Schulgemeinschaftsausschuss am 14. Mai 1997 die ab nun für die Schülerinnen und Schüler verbindliche Hausordnung erlassen.

§ 1 Das Private Gymnasium Sacré Coeur in Wien 3, Rennweg 31, ist eine katholische Schule mit Öffentlichkeitsrecht. Über die allgemeine **Zielsetzung** der österreichischen Schule (§ 2 SchOG) hinaus will es im Sinne der vom Zweiten Vatikanischen Konzil umschriebenen Aufgabe der katholischen Schule den jungen Menschen helfen,

- * ihre Persönlichkeit, ihre Talente und ihr Wertbewusstsein zu entfalten,
- * sich in zwischenmenschlichen Beziehungen im Geiste der Nächstenliebe zu bewähren
- * und aus dem Glauben die Welt verantwortlich mitzugestalten.

§ 2 Dieses Ziel kann nur in enger Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen erreicht werden. Wir setzen diesen Willen zur Zusammenarbeit voraus, sobald Eltern ihr Kind der Erziehung unserer Schule anvertrauen.

Der **Aufnahme** liegen der Aufnahmevertrag gemäß Schulunterrichtsgesetz sowie die Grundsätze der Schulordnung für katholische Privatschulen und die Hausordnung zu Grunde.

Es entspricht dem Wesen der **Schulpartnerschaft**, dass aufgetretene Probleme und Konflikte nach Tunlichkeit direkt zwischen den betroffenen Schulpartnern (Professor/innen, Eltern und Schüler/innen) bereinigt werden. Erforderlichenfalls leisten hiebei Direktor, Klassenvorstand und die gewählten Eltern- oder Schülervertreter Hilfe.

Zur Förderung der Schulpartnerschaft und des Ansehens der Schule im Allgemeinen werden alle Eltern eingeladen, mit dem Direktor und den Professor/innen - allenfalls unter Einschaltung der Organe des Elternvereins - ständigen Kontakt zu pflegen. Auf diesem Weg vorgebrachte Wünsche, Anregungen und Anliegen sind jederzeit willkommen.

Es wird gebeten, sich für diese persönlichen Kontakte nach Möglichkeit der Sprechstunden sowie der Elternsprechtage zu bedienen.

Für **Einzelmitteilungen** sowie für organisatorische **Benachrichtigungen** ist das von den Schülerinnen und Schülern bis einschließlich der 5. Klasse geführte Mitteilungsheft vorgesehen. Die Eltern haben die Verpflichtung, sich die Mitteilungshefte regelmäßig vorlegen zu lassen. Die Schülerinnen und Schüler der 6., 7. und 8. Klasse verpflichten sich, Mitteilungen mündlich an ihre Eltern weiterzugeben.

- § 3 Die Teilnahme an Gottesdiensten, Gemeinschaftsvormittagen sowie Advent- und Fastenbesinnungen nach der jeweils von der Direktion verlautbarten Ordnung ist für alle Schüler/innen verpflichtend. Katholische Messen sind nur für die katholischen Schüler/innen verpflichtend. An den Tagen mit Gottesdiensten haben alle Schüler/innen für den gesamten Tag festliche Bekleidung gemäß §5 zu tragen. Die erste Stunde eines jeden Unterrichtstages beginnt mit einem Gebet.

- § 4 Zur Verwirklichung ihrer Aufgabe muss die Schule von allen Schülerinnen und Schülern die gewissenhafte Erfüllung ihrer **Pflichten** verlangen. Damit die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens verwirklicht werden kann, begegnen wir einander mit Achtung, Höflichkeit, Zuvorkommenheit und Hilfsbereitschaft. Das Grüßen ist einfachster Ausdruck dieser Haltung, die auch gegenüber Besucher/innen und allen im Haus Beschäftigten erwartet wird.

Das **Ansehen der Schule** ist stets zu wahren. Die Schülerinnen und Schüler haben sich auf dem Schulweg, in öffentlichen Verkehrsmitteln und deren Haltestellen sowie bei Schulveranstaltungen ordentlich und rücksichtsvoll zu benehmen.

Schüler/innen, die als Teilnehmer/innen einer mehrtägigen Schulveranstaltung ihre Pflichten nicht erfüllt haben, die Sicherheit gefährdet haben oder die Erreichung der spezifischen Ziele der Schulveranstaltung behindert haben, sind von der Teilnahme an der nächsten Schulveranstaltung ausgeschlossen.

- § 5 In der **einheitlichen Schulkleidung am** Gymnasium Sacré-Coeur kommt zum Ausdruck, dass die Person der Schülerinnen und Schüler mehr zählt als äußere Attribute. Sie verpflichtet darüber hinaus zu einem Auftreten auch in der Öffentlichkeit, das dem Erziehungsziel unseres Hauses entspricht. Die Schulkleidung ist während des Vormittags- und Nachmittagsunterrichtes sowie im Halbinternat zu tragen; (ebenso bei Lehrausgängen, schulbezogenen Veranstaltungen, Schulveranstaltungen und religiösen Feiern) ein Umziehen in der Schule ist nicht gestattet. Die Einhaltung dieser Vorschrift zu sichern obliegt in erster Linie den Eltern.

SchülerInnen, die im Schulhaus angetroffen werden und nicht im Sinne der nachfolgenden Regeln gekleidet sind, müssen an diesem Tag einen Leih-Sweater oder -Polo mit dem Schul-Emblem tragen.

Die Schulkleidung der Schülerinnen besteht aus:

Bluse hellblau oder weiß, lang- od. kurzarm (Produzent¹)
oder

Polo hellblau lang- od. kurzarm (SC² od. Produzent)

Sweater (SC od. Produzent),

Pullover od. Pullunder mit V - Ausschnitt (Produzent)

Rock dunkelblau (Produzent)

Strümpfe / Strumpfhosen hautfarben oder blau

Stoffhose dunkelblau oder Jeans dunkelblau

Bermudas dunkelblau (knielang)

Die Schulkleidung der Schüler besteht aus:

Hemd hellblau oder weiß, lang- od. kurzarm (Produzent)
oder

Polo hellblau lang- od. kurzarm (SC od. Produzent)

Sweater (SC od. Produzent),

Pullover od. Pullunder mit V - Ausschnitt (Produzent)

Stoffhose dunkelblau oder Jeans dunkelblau

Socken dunkelblau

Bermudas dunkelblau (knielang)

Bei festlichen Anlässen tragen die Schülerinnen:

Bluse weiß lang- od. kurzarm (Produzent)

Pullover mit V - Ausschnitt (Produzent)

Rock (Produzent) oder

dunkelblaue Stoffhose (keine Jeans)

oder

Blazer dunkelblau

Rock (Produzent) oder

dunkelblaue Stoffhose (keine Jeans)

bzw. dunkelblaues Kostüm

SC – Tuch oder Schul-Krawatte (SC)

Strümpfe / Strumpfhosen hautfarben oder dunkelblau

Bei festlichen Anlässen tragen die Schüler:

Hemd weiß, lang- od. kurzarm (Produzent)

Pullover mit V - Ausschnitt (Produzent)

dunkelblaue Stoffhose (keine Jeans)

oder

Blazer dunkelblau

mit grauer Stoffhose (keine Jeans)

oder

dunkelblauer Anzug

Schul-Krawatte (SC)

Socken dunkelblau

¹ Der Zusatz „Produzent“ bedeutet, dass hier entweder Kleidungsstücke der **Fa. Denk, der Fa. Flojo**, Ungargasse 51, 1030 Wien **oder** eines anderen **vom SGA approbierten Produzenten** zu tragen sind.

² Der Zusatz „SC“ bedeutet ein Kleidungsstück der SC-Fashion, das Sie im Sekretariat erwerben können.

Allgemein gilt: Alle Kleidungsstücke haben stets in gepflegtem Zustand zu sein. Es darf kein auffallender Schmuck getragen werden.

Alle Kleidungsstücke dürfen keine Aufschrift tragen.

Turnbekleidung: Sacré Coeur- oder anderes T-Shirt, sonst freie Wahl
Im Schulhaus sind **Hausschuhe** (das sind Schuhe, die nicht im Freien getragen werden dürfen) zu tragen.

Bei Nichteinhaltung der Bestimmungen über die Schulkleidung treten die Maßnahmen des „Modells zur Einhaltung des Tragens der Schulkleidung“ in Kraft.

- § 6 Das **pünktliche Erscheinen zum Unterricht** ist für den Arbeitserfolg unerlässlich und damit auch eine Verpflichtung gegenüber den Mitschülerinnen und Mitschülern. Verspätetes Eintreffen ist zu begründen. Zuspätkommende werden namentlich vermerkt und haben im Wiederholungsfalle mit entsprechenden Konsequenzen zu rechnen. Zuspätkommende ab der 6. Klasse haben sich im Sekretariat zu melden und werden erst am Beginn der nächsten Stunde zum Unterricht zugelassen.

- § 7 Die Schülerinnen und Schüler unterstehen während der Unterrichtszeit der **Aufsichtspflicht** der Lehrer/innen.

Während der gesamten Unterrichtszeit am Vormittag und auch während der Pausen ist es daher verboten, das Schulhaus ohne Erlaubnis des Direktors oder eines Professors/ einer Professorin zu verlassen. Dasselbe gilt auch für den Nachmittagsunterricht und den Halbinternatsbetrieb.

Beim Verlassen des Hauses ist am Schulempfang ein Entlassungsschein abzugeben.

Für externe Schülerinnen und Schüler, die sich außerhalb der Unterrichtszeit im Schulbereich aufhalten, übernimmt das Haus keine Verantwortung.

- § 8 Die Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet, alles für den Unterricht Notwendige mitzubringen, in gutem Zustand zu erhalten und vor Beginn der jeweiligen Unterrichtsstunde bereitzulegen.

Alle **Pausen** zwischen den einzelnen Unterrichtsstunden dienen der Erholung und Entspannung. Aus Gründen der Sicherheit und der gegenseitigen Rücksichtnahme sind Lärmen und Herumtollen zu unterlassen. Die Verwendung von Radios, Recordern, Walkmen, Computerspielen, TV u.Ä. ist nicht gestattet.

Im Interesse der Sicherheit und der Vermeidung von Schäden liegt es auch, dass sich niemand auf Heizkörper oder Fensterbänke setzt oder sich an diese anlehnt. Den 8. Klassen ist das Zubereiten von Kaffee oder Tee gestattet.

In der großen Pause können sich die Schülerinnen und Schüler in den Schulgarten begeben, wenn das Wetter es zulässt.

Die Schülerinnen und Schüler sind für die **Ordnung und Sauberkeit** ihrer

Klasse und der von ihnen benutzten Räume verantwortlich. Für etwaige Schäden oder mutwillige Verunreinigungen hat die ganze Klasse oder im Einzelfall die/der Schuldtragende aufzukommen. Nach Unterrichtsschluss sind Papiere etc. aufzuheben, Sessel und Tische zu ordnen (in der Regel werden die Sessel auf die Tische gestellt) und die Fenster zu schließen. Die einander wöchentlich abwechselnden Klassenordner/innen sorgen für die Reinigung der Tafel zwischen den Unterrichtsstunden, das Vorhandensein von Kreide und das Abdrehen der Beleuchtung bei Verlassen der Klasse.

- § 9 **Müllvermeidung und Mülltrennung** werden von den Schülerinnen und Schülern selbst organisiert. Die an der Schule durchgeführte Mülltrennung betrifft drei verschiedene Bereiche:

Papier, Metall, Kunststoffe, Restmüll

Das Entsorgen der dazu bestimmten Kübel ist die Aufgabe der jeweiligen Klassen. Die Klassensprecher/innen und ihre Stellvertreter/innen tragen die Verantwortung dafür, dass die Kübel insbesondere vor Wochenenden, mehrtägigen Feiertagen und Ferien wirklich entleert sind.

In die jeweiligen Behälter gehören:

- * für Papier: Blätter, Zeitungen, Illustrierte, Papierschachteln u. Ä., jedoch keine Getränkepackerl;
- * für Metall: Stanniolpapier, Joghurtbecherdeckel, Dosen u. Ä.,
- * für Kunststoff: Kunststoffflaschen, Automatenbecher, die vorher ausgewaschenen Joghurtbecher (ohne Aludeckel).
- * für Restmüll: alles andere

Das Ziel der Erziehung zum richtigen Umweltbewusstsein ist aber die wohl überlegte **Müllvermeidung**.

- § 10 Die Anmeldung für das **Halbinternat** gilt jeweils für ein Schuljahr. Das Halbinternat schließt um 17.00 Uhr. Im Hinblick auf die Aufsichtspflicht und die Studien ist ein Verlassen des Halbinternates nicht möglich, ausgenommen bei regelmäßigen Terminen (z. B. Musikunterricht) oder in dringenden Fällen nach entsprechender Meldung (nach Möglichkeit nicht telefonisch). § 7 gilt sinngemäß.
- § 11 Vor der Einladung von externen Referent/innen, dem Erteilen von Privatstunden durch Schüler/innen und dem Anbringen von Plakaten (ausgenommen Klassenzimmer, Funktionsräume) ist die Zustimmung der Direktion einzuholen.
- § 12 Im gesamten Schulareal (Gebäude, Garten, Gehsteige) herrscht absolutes **Rauch- und Alkoholverbot**; dasselbe gilt für alle Schulveranstaltungen und schulbezogenen Veranstaltungen.

- § 13 **Erkrankte Kinder** werden nach Rücksprache mit der Direktion und Verständigung der Eltern aus der Schule entlassen. Die Eltern werden gebeten, die auf diese Weise versäumten Stunden durch schriftliche Entschuldigung zu bestätigen.

Das **Fernbleiben vom Unterricht** ist der Schule (dem Klassenvorstand) unverzüglich, unter Angabe eines hinreichenden Grundes (vgl. § 45 SchUG), telefonisch oder schriftlich mitzuteilen.

Beim Wiedererscheinen in der Schule ist eine schriftliche Entschuldigung mit Angabe des Grundes und der Dauer der Verhinderung vorzulegen.

Ungerechtfertigte Schulversäumnisse werden bei der Feststellung der Verhaltensnote in Betracht gezogen.

Bleibt ein/e Schüler/in durch acht aufeinander folgenden Tage ohne telefonische oder schriftliche Anzeige dem Unterricht fern und wird das Versäumnis trotz schriftlicher Aufforderung binnen weiterer acht Tage nicht aufgeklärt, so kann der/die Schüler/in vom Schulbesuch ausgeschlossen werden.

Bei unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht oder Zuspätkommen treten die Maßnahmen des „Modells zur Förderung von Pünktlichkeit und Präsenz“ in Kraft.

Infektionskrankheiten sind sofort zu melden.

Bei **Unglücksfällen** oder **Gefahr** ist sofort die Direktion oder eine Lehrkraft zu verständigen; deren Anweisungen ist Folge zu leisten.

- § 14 Eine **Freistellung vom Unterricht** unmittelbar vor oder nach den Ferien ist grundsätzlich nur mit Erlaubnis des Direktors möglich. Ansonsten kann der Klassenvorstand bis zu einem Tag Freistellung gewähren.

- § 15 Für abhanden gekommene Kleidungsstücke, Wertgegenstände oder Geldbeträge übernimmt die Schule keine Haftung.

- § 16 Bei groben und/oder trotz Ermahnung wiederholten **Verstößen** gegen die Schul- und Hausordnung ist die Schule berechtigt, den Aufnahmevertrag zu lösen. Insbesondere bei Anwendung von Gewalt ist mit einer sofortigen Lösung des Aufnahmevertrages zu rechnen.
Diese Hausordnung tritt mit 1. Jänner 2008 in Kraft.
Anhang (umseitig): "Bildungsvertrag"

Mag. Reinhard Hallwirth
Direktor

Kinderrechtekonvention

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes wurde am 20. November 1989 von der Vollversammlung der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen angenommen. Die Kinderrechtekonvention (kurz KRK) sichert jedem **Kind** – also **Mädchen und Jungen bis zum 18. Lebensjahr** – persönliche, wirtschaftliche und kulturelle Rechte zu. Die Kinderrechtekonvention wurde von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit Ausnahme von Somalia und den USA ratifiziert und gilt damit als erfolgreichster Völkerrechtsvertrag aller Zeiten.

Leitidee zu den Kinderrechten

Der Kinderrechtekonvention liegen folgende vier Leitprinzipien zugrunde:

- **Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung:** Das Recht auf Gleichbehandlung aller Kinder (Artikel 2).
- **Vorrangigkeit des Kindeswohls:** Das Grundprinzip der Orientierung am Kindeswohl ("best interest of the child") verlangt, dass bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen das Wohl des Kindes im Vordergrund steht" (Artikel 3).
- **Sicherung von Entwicklungschancen:** Das Grundprinzip besagt, dass jedes Kind ein Recht auf bestmögliche Entwicklungschancen hat (Artikel 5 und 6).
- **Berücksichtigung des Kindeswillens:** Kinder haben das Recht darauf, dass sie zu allen sie betreffenden Angelegenheiten ihre Meinung äußern können und dass diese auch entsprechend berücksichtigt wird. (Artikel 12)

RECHT AUF VERSORGUNG – SCHUTZ – SELBSTBESTIMMUNG

Die auf den genannten Grundprinzipien aufbauenden Rechte der Konvention gliedern sich in drei Bereiche:

1. Recht auf **Förderung und Entwicklung** ("provision")
2. Recht auf **Schutz** ("protection")
3. Recht auf **Beteiligung** ("participation")

Die historisch ersten internationalen Kinderrechedokumente waren die [Genfer Erklärung über die Rechte des Kindes \(1924\)](#) und die [UN-Deklaration über die Rechte des Kindes \(1959\)](#).

ZUSATZPROTOKOLLE ZUR KINDERRECHTEKONVENTION

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes wurde seit seinem Inkrafttreten am 2. September 1990 mittlerweile durch drei Zusatzprotokolle erweitert:

- *Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten (ratifiziert am 12.2.2002, kundgemacht mit BGBl. III/92/2002)*
- *Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie (ratifiziert am 6.6.2004, kundgemacht mit BGBl. III/93/2004)*
- *Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend ein Mitteilungsverfahren (unterzeichnet am 28.2.2012; noch keine Ratifizierung)*

STAATLICHE VERPFLICHTUNG ZUR UMSETZUNG DER KONVENTION?

Mit dem Beitritt zur bzw. mit der Ratifikation der UN-Kinderrechtskonvention verpflichten sich die Vertragsstaaten, die in mehr als 50 Artikeln festgelegten Rechte der Kinder innerstaatlich durch entsprechende Gesetze und behördliche Maßnahmen zu verwirklichen. Dem Kinderrechteausschuss der Vereinten Nationen wird sodann von den Regierungen in Fünf-Jahres-Intervallen über die Umsetzung der Konvention berichtet.

MENÜ

- [Rechtsdokumente](#)
- [Kinderrechteausschuss](#)
- [Dokumente / Studien / Berichte](#)
- [Europarat](#)
- [Europäische Union](#)

Elternberatung vor Scheidung



Kinderrechte-Monitoring



Kinder-Rechte-Spot



Quicklinks

- > [147 Rat auf Draht](#)
- > [Kija Österreich](#)

Kontakt

Bundesministerium für Familien und Jugend
Federal Ministry of Family and Youth

Text 5:



Demokratiwebstatt › Kunterbunter Themenmix › Thema: Geschichte der Demokratie › Expertinneninterview:
Bleibt Demokratie ewig?

Bleibt Demokratie ewig? - Experteninterview mit Univ.-Prof. Sieglinde Rosenberger



Univ.-Prof. Sieglinde Rosenberger ist Professorin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Wir haben ihr einige brennende Fragen zum Thema *Demokratie* in der Vergangenheit und in der Zukunft gestellt und sehr interessante Antworten bekommen:

- **Seit wann gibt es *Demokratie* und ist sie die beste Herrschaftsform?**

Was ist eigentlich *Demokratie*? *Demokratie* heißt, dass Menschen sich an politischen Entscheidungen beteiligen, beteiligen dürfen und sich tatsächlich beteiligen können. In einer *Demokratie* haben Menschen, weil sie von politischen Entscheidungen betroffen sind, auch das Recht, über Wahlen teilzunehmen, politische Entscheidungen zu kritisieren und fallweise auch dagegen zu protestieren. Eine repräsentative *Demokratie* zeichnet sich dadurch aus, dass die Politiker und Politikerinnen von den Bürger und Bürgerinnen ausgewählt werden und dass diese nach bestimmten Regeln entscheiden – Regeln, die unter Beteiligung der Bevölkerung zustande gekommen sind und die rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Werten entsprechen. Denn *Demokratie* ist keineswegs nur eine Abstimmungsmethode, sondern ihr Fundament sind die Grund- und Menschenrechte. Diese haben demokratische *PolitikerInnen* zu respektieren, mehr noch, sie haben sie aktiv zu schützen.

Demokratie im Sinne von Teilnahme der Menschen am politischen Geschehen geht auf das antike Griechenland zurück. *Demokratie* im Sinne von Vertretung, also von Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger durch gewählte Politikerinnen und Politiker, ist im 18. Jahrhundert anzusiedeln. Die Französische Revolution und die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung gelten als Meilensteine.

Demokratie ist zweifelsohne die beste Herrschaftsform, weil wir davon ausgehen, dass jeder Mensch politische Rechte besitzen soll und dass *Politik* sich an Grundsätzen wie Freiheit und Gleichheit orientiert. Dies kann nur *Demokratie* leisten!

- ***Demokratie* hat sich im Laufe der Zeit an verschiedenen Orten der Welt entwickelt. Was waren die wichtigsten Voraussetzungen damit *Demokratie* entstehen konnte?**

Demokratie musste stets erkämpft werden. – Z.B. mussten demokratische Interessen im 19. Jahrhundert gegen das Herrschaftsinteresse von Kirche (Klerus) und Adel durchgesetzt werden. Oder auch im 20. Jahrhundert mit Hilfe von anderen Ländern gegen den Nationalsozialismus, gegen totalitäre Herrschaft in ehemaligen Gebieten der Sowjetunion, gegen Militärs und starke wirtschaftliche Interessen in Südamerika etc. Voraussetzung war, dass Menschen mit demokratischen Überzeugungen sich engagierten, sich zusammenschlossen und auf der Straße oder in Institutionen Widerstand leisteten. Außerdem war es sehr wichtig, dass andere Staaten und internationale Organisationen die Demokratiebewegungen unterstützten.

- **Kann es auch sein, dass unsere heutige *Demokratie* wieder verschwindet?**

In einer *Demokratie* leben Menschen nach demokratischen Regeln als freie und gleiche BürgerInnen zusammen. Diese

Art des Zusammenlebens ist nicht auf Ewigkeit gesichert. Unser demokratisches System ist dadurch geprägt, dass einmal mehr und einmal weniger *Demokratie* zu beobachten ist. Wenn bestimmte Gruppen vom *Wahlrecht* ausgeschlossen sind, wie z.B. Menschen, die in Österreich langfristig leben aber nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, dann ist das auch ein Problem der Demokratiequalität.

Demokratien verändern sich, weil sich das Zusammenleben der Menschen verändert oder weil Probleme auftauchen, die oft nicht mehr vor den Grenzen eines Staates Halt machen, wie z.B. Wirtschaftskrisen. Staaten schließen sich zu größeren Einheiten zusammen, wie das Beispiel EU zeigt. Durch diesen Zusammenschluss werden neue Einrichtungen und Regeln erforderlich. Es wird aber auch für jeden Einzelnen von uns aufwendiger mitzubestimmen.

- **Wenn man sich die Geschichte ansieht, was sind die größten Gefahren für die *Demokratie*?**

Eine der größten Gefahren für die demokratische *Politik* ist die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich in einer Gesellschaft, aber auch zwischen verschiedenen Ländern. Diese Entwicklung kann dazu führen, dass viele Menschen nicht mehr an die demokratische *Politik* glauben und ihr nicht mehr vertrauen. Es kann sein, dass sie sich von ihr abwenden und folglich „starke“ Männer mit starken eigenen Interessen das Steuer im Land übernehmen. Eine stabile demokratische *Politik* braucht also immer beides, sowohl ein gewisses Maß an sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit zwischen den Menschen als auch das politische Interesse und die aktive Beteiligung der Bevölkerung.

<http://www.demokratiewebstatt.at/929.html>

gedruckt am: Mittwoch, 23. Feber 2011



Eine Wahl - viele WählerInnen

Bei der EU-Wahl darf jedes Land mitmachen. Insgesamt waren es diesmal ca. 400 Mio. Wahlberechtigte. Wie die Wahl abläuft, ist in jedem Land ein bisschen anders. Zum Beispiel ist das Wahlalter unterschiedlich. Was aber bei allen unter anderem gleich ist, ist, dass die Stimme geheim abgegeben wird und jede Stimme gleich viel zählt. Wir haben ein Interview mit unserem Gast, Paul Schmidt, geführt. Er hat uns einiges Interessantes über die Europawahl erzählt.

Er findet es gut, dass man ab 16 in Österreich wählen darf, weil er meint, dass man mit 16 schon

Verantwortung übernehmen kann. Herr Schmidt findet es sehr wichtig, dass man wählt. Wer mitentscheiden will, muss wählen gehen. Wenn man etwas kritisieren will, muss man seine Stimme erheben. Er findet es schade, dass eher wenige Menschen die Chance, zur Wahl zu gehen, genutzt haben.

Was wir euch jetzt noch unbedingt sagen wollen: Es ist sehr wichtig, in einem Land oder in der EU mitzureden. Wenn man alt genug ist, dann kann man das bei Wahlen. Wir sollten uns daran beteiligen, besonders deshalb, weil in der EU und in unserem Land Dinge beschlossen werden, die uns alle betreffen!

EU-Wahl-Comic: Ein Italiener und ein Österreicher treffen sich vor der EU-Wahl.

Text 7:



Interview mit Univ.-Prof. Dr. Franz X. Eder

Franz X. Eder ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Als Historiker beschäftigt er sich mit der Erforschung der Geschichte.

Das 100-jährige Jubiläum ist Anlass für viele Gedenkfeiern und Erinnerungen. Ist die Bedeutung des Ersten Weltkriegs heute noch so groß?

Der Erste Weltkrieg wurde in der allgemeinen Erinnerung und in der Geschichtswissenschaft über viele Jahre durch den Zweiten Weltkrieg ‚verdeckt‘. Seit den 1970er und 1980er Jahren hat man ja die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und hier vor allem die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Holocaust und die Kriegsverbrechen breiter aufgearbeitet. Auch wenn diese Forschungen sicher noch andauern werden, wissen wir inzwischen über die wesentlichen Fragen des Zweiten Weltkrieges, die Vernichtung der Juden und der Zeit des Nationalsozialismus recht gut Bescheid. Deshalb ist nun der Erste Weltkrieg verstärkt in den Mittelpunkt der Forschung gekommen. Die 100-jährige Wiederkehr des Kriegsbeginns sowie die zahlreichen Gedenkveranstaltungen und Bücher haben dies sicherlich noch verstärkt. Zu einem solchen Anlass werden viele Ausstellungen eröffnet – in Österreich gibt es diese nicht nur in den Landeshauptstädten, sondern auch in vielen kleineren Städten. Dort kann man sehen, dass sich die Erforschung des Ersten Weltkrieges in den letzten Jahrzehnten deutlich gewandelt hat – auch das ist ein Grund, warum nun vermehrt darüber geredet und berichtet wird. Traditionellerweise hat sich die Kriegsgeschichte vor allem mit den Schlachten und Gefechten, mit den maßgeblichen Generälen und Politikern beschäftigt. Jetzt erfährt man auch etwas über die Erlebnisse der einfachen Soldaten im Krieg, aber auch über das Leben der Frauen und Kinder in der Heimat und das alltägliche Leben während der Kriegszeit. All das interessiert auch heute



Portait © Franz Eder

die Menschen an der Geschichte des Ersten Weltkrieges und deshalb berichten auch die Zeitungen, das Fernsehen und das Internet darüber.

Hätte der Erste Weltkrieg verhindert werden können?

Das ist eine schwierige Frage für einen Historiker, denn die Geschichte ist nun einmal so verlaufen, wie sie ist, und wir können nur versuchen, nachträglich zu erklären und zu verstehen, warum dies so geschah. Fragen nach dem „was wäre gewesen, wenn ...“ kann man meiner Meinung nach gar nicht ernsthaft beantworten, weil die möglichen Einflüsse auf den Lauf einer ‚anderen‘ Geschichte nicht zu überschauen sind. Ich möchte diese Frage deshalb etwas abändern: **Wo gab es denn Weichenstellungen für den Krieg und wie hätte man anders handeln können?** Ich kann hier nur drei wichtige Punkte ansprechen:

1.) Ein ganz grundsätzlicher Konfliktherd hat sich durch Verträge ergeben, welche die großen europäischen Länder geschlossen haben: Da war einmal der sogenannte „Dreibund“ zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und dem Königreich Italien von 1879, dem auch noch Rumänien beigetreten ist. Auf der anderen Seite stand das „Entente“-Bündnis von 1907, zu dem das Vereinigte Königreich, Frankreich und Russland zählten. Beide Bündnisse waren so vereinbart, dass bei einem militärischen Angriff auf einen der Bündnispartner alle anderen zu Hilfe kommen müssen. Anstatt gemeinsam über die politischen Probleme und Schwierigkeiten zu sprechen und am Verhandlungstisch eine Lösung zu suchen, haben sich die Monarchen und Politiker vor allem einzeln getroffen. Dabei wurden die Konflikte zwischen den Ländern immer mehr verschärft.

2.) Österreich-Ungarn hat im Jahr 1908 Bosnien und Herzegowina annektiert (eingegliedert), ohne dass die dortige Bevölkerung das wollte oder sie dazu befragt wurde. Dadurch entstand ein andauernder Streit mit Serbien. Auch Russland und das Osmanische Reich (die Türkei), die selbst Ansprüche anmeldeten und ihre dortigen wirtschaftlichen und politischen Interessen verletzt sahen, waren an dem Streit beteiligt. Hätten hier die Politiker und Generäle aus Österreich-Ungarn anders gehandelt, wäre womöglich in dieser Region kein so ‚heißer‘ Konfliktherd entstanden, an dem sich dann auch der Erste Weltkrieg entzündete.

3.) Nach der Ermordung von Erzherzog Franz-Ferdinand und seiner Gemahlin Sophie in Sarajevo am 28. Juni 1914 haben sich österreichische Politiker und Generäle sowie der Kaiser recht rasch zu einem militärischen Rache- oder Bestrafungsfeldzug gegen Serbien entschlossen, das sie für diese Morde verantwortlich machten. Der deutsche Kaiser und maßgeblichen Politiker und Militärs des Deutschen Reiches haben sie bei dieser Entscheidung unterstützt. Auch an diesem Punkt hätten die Verantwortlichen den diplomatischen Weg fortsetzen können und so womöglich einen Krieg verhindert.

Warum konnte so kurz nach einem so schrecklichen Weltkrieg gleich der Zweite Weltkrieg ausbrechen?

Der Diplomat und Historiker George F. Kennan hat im Jahr 1979 den Ersten Weltkrieg als die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Er sah in ihm zurecht einen grundsätzlichen Einschnitt, in dessen Folge es zum Zweiten Weltkrieg und anderen Katastrophen des 20. Jahrhunderts kam. Man muss sich dazu die Dimensionen des Ersten Weltkrieges vor Augen führen:

Insgesamt waren etwa 600 Millionen Menschen beteiligt, rund 70 Millionen Soldaten standen im Einsatz, ca. 8,5 Millionen militärische und ungefähr 6,3 Millionen zivile Opfer waren zu beklagen. Dazu kamen noch Millionen Verletzte, Gefangene, Vermisste, lebenslang versehrte und invalide Personen. Gezählt werden müssen auch noch die unzähligen Toten, welche die Spanische Grippe seit dem Frühjahr 1918 forderte. Aufgrund der Menschenansammlungen an den Fronten und in den Lagern konnte sich diese Krankheit extrem rasch ausbreiten und weitere Millionen Soldaten und Zivilpersonen töten. Zurück blieben Länder, die ihre Wirtschaften neu ausrichten mussten, zahllose Menschen mit schlimmen Kriegserlebnissen, zerstörte Familien und vor allem ungelöste politische Konflikte. Aber auch innerhalb der Länder gab es große Spannungen und Probleme: Etwa mit dem Wertverlust des Geldes, der enormen Arbeitslosigkeit und vor allem mit der politischen und gesellschaftlichen Ausrichtung. All das waren die Gründe, warum sich in Deutschland, Österreich und Italien faschistische Regierungen durchsetzen konnten, die ebenfalls auf polizeiliche und militärische Gewalt bei der Lösung von Konflikten setzten. Zum Programm der deutschen und österreichischen Nationalsozialisten gehörte es auch, dass der Versailler Vertrag – der nach dem Ersten Weltkrieg geschlossen wurde – aufgehoben werden und die verlorenen Gebiete zurück gegeben werden sollten. Mit militärischer Gewalt – oder der Drohung mit dieser – schloss Deutschland dann auch das Saargebiet (1935), das entmilitarisierte Rheinland (1936), Österreich (1938) und das Sudetenland (1938) an und griff schließlich im September 1939 Polen an – womit der Zweite Weltkrieg ausgelöst wurde.

Sie haben in Ihrer virtuellen Ausstellung „[Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie](#)“ zahlreiches Material aus der Zeit des Ersten Weltkriegs gesammelt und präsentiert. Gibt es darunter ein Stück, das Sie besonders berührt?

Wir haben aus Museen, Archiven und aus einem Sammelauftrag recht unterschiedliche Materialien für unsere virtuelle Ausstellung zusammengetragen. Besonders beeindruckt und berührt haben mich dabei Gegenstände, die zeigen, dass auch Kinder und Jugendliche in den Krieg mit einbezogen wurden und man dabei den Hass auf die

Kriegsgegner schürte. Ein bedrückendes Beispiel dafür ist eine Kinderspiel namens „[Die böse 7](#)“, das im Wien Museum aufbewahrt wird. Bei diesem Geschicklichkeitsspiel sind auf einer Spielfläche sieben Kriegsgegner – Engländer, Franzosen, Russen, Belgier, Serben, Montenegriner und Japaner – als Karikaturen mit offenem Mund aufgemalt.

Die Aufgabe der Spieler bestand darin, sieben verschiedenfarbige Kugeln in die Mundvertiefungen der Figuren zu bugsieren und so „dem Feind das Maul mit einer Kugel“ zu stopfen. Hier wurden also Kinder und Jugendliche auf spielerischen Wege dazu gebracht, wie ‚richtige‘ Soldaten eine Kugel auf einen der „bösen Feinde“ zu lenken und wenn man das geschafft hatte, als Sieger aus dem Krieg hervorzugehen. Andere solche Beispiele finden sich auf <http://ww1.habsburger.net/de/themen/wie-ich-mit-meinem-zeppelin-einen-naechtlichen-angriff-auf-london-machte-kinder-und> und <http://ww1.habsburger.net/de/themen/der-krieg-um-die-knoepfe-kinder-und-jugendliteratur-im-ersten-weltkrieg>.

<http://www.demokratiewebstatt.at/http://www.demokratiewebstatt.at/thema/thema-hundert-jahre-erster-weltkrieg/interview-univ-prof-dr-franz-x-eder/>

gedruckt am: Mittwoch, 24. September 2014





Text 8:



**Gekürztes Protokoll des DemokratieWEBstatt-Chats mit
Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am 12.10.2010**

Thema: „Geschichte der Demokratie“

moderatorin> Guten Morgen, liebe Chater und Chaterinnen des heutigen Online-Chats zum Thema „Geschichte der Demokratie“!

Wir begrüßen heute eine SchülerInnengruppe des BRG Oberschützen im Burgenland und eine Klasse des BRG solarCity Linz in Oberösterreich.

Außerdem dürfen wir Frau Nationalratspräsidentin Barbara Prammer begrüßen, die euch heute Rede und Antwort stehen wird!

Zum Ablauf: Jeder Gruppe stehen 4 Minuten für Fragen zur Verfügung. Es beginnt brg_overschützen1, danach ist brg_linz1 an der Reihe und so weiter. Abschließend wird es noch eine offene Chatzeit geben.

Ich bitte euch die Nettiquette zu beachten.

moderatorin> Gut damit sind wir startklar! Ich bitte die erste Gruppe aus Oberschützen um ihre Fragen!



brg_overschützen1> Sehr geehrte frau nationalratspräsidentin: Würden Sie die Briefwahl nach den jüngsten Ereignissen (z.B.: Fälschung der Wahlkarten durch Bürgermeister und der Verwirrungen um die SMS von Christine Marek) weiter verwenden?

prammer_nr-präsidentin> nein, würde ich nicht. wir brauchen dringend eine änderung.

brg_overschützen1> Wie soll diese Veränderung Ihrer Meinung nach aussehen?

prammer_nr-präsidentin> wir brauchen kürzere fristen. fälschungen sind schwerer Gesetzesbruch.

brg_overschützen1> Oder sollte man die Briefwahl überhaupt abschaffen um Missbrauch zu verhindern?

prammer_nr-präsidentin> ich glaube, dass viele menschen die briefwahl brauchen, um an wahlen teilzunehmen. wir müssen sie nur sicherer machen. mir hat ein rollstuhlfahrer geschrieben, dass er nun ohne schwerigkeiten an den wahlen teilnehmen kann. an solche menschen müssen wir denken.

moderatorin> da die technischen probleme in Linz noch nicht gelöst sind, ziehen wir die fragen der gruppen aus overschützen vor. nach brg_overschützen1 ist brg_overschützen2 dran!

brg_overschützen1> danke für Ihre antworten. jetzt unsere 2 Frage. Da wir die Wahlen schon seit mehreren Jahren interessiert verfolgen, fragen wir uns da wir die Schwierigkeiten bei Koalitionsverhandlungen bemerken, ob Sie das derzeitige Wahlrecht noch für zitegerecht halten oder das Mehrheitswahlrecht befürworten würden?





brg_überschützen2> Finden Sie es sinnvoll, dass man das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt hat?

moderatorin> bitte um die beantwortung dieser frage, danach ist überschützen2 dran!

prammer_nr-präsidentin> beim mehrheitswahlrecht gibt es viele nachteile. zum beispiel werden kleinere parteien eher ausgeschlossen. ausserdem weiß ich, dass beim mehrheitswahlrecht frauen kaum eine chance haben. ich wäre auch für ein nachdenken, das wahlrecht zu modernisieren. allerdings nicht in richtung mehrheitswahlrecht.

brg_überschützen1> Wie sind Ihre Vorstellungen dazu?

prammer_nr-präsidentin> mehr persönlichkeitskomponenten. das heißt, dass die wählerinnen und wähler bei den einzelnen parteien mehr einfluss haben, welche abgeordneten sie vertreten sollen. ausserdem wäre ich für einen so genannten super-wahlsonntag. das heißt: alle wahlen an einem Tag.

moderatorin> bitte überschützen2: könnt ihr eure frage noch einmal wiederholen?

brg_überschützen2> Finden Sie es sinnvoll, dass man das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt hat?

prammer_nr-präsidentin> ja, finde ich schon. ich habe viele kontakte zu 16-jährigen. und stelle immer wieder fest, dass sie oft mehr wissen, als so manche 25-jährige.

brg_überschützen2> wir können politische zusammenhänge nicht erkennen und sind trotzdem wahlberechtigt

prammer_nr-präsidentin> außerdem glaube ich, nimmt die politik junge menschen dadurch ernster.

brg_überschützen2> Finden Sie es richtig, dass der Bundespräsident nur alle 6 Jahre gewählt wird, oder wäre eine kürzere Amtszeit sinnvoller,

brg_überschützen2> viele Jugendliche verstehen politische Zusammenhänge nicht und sind Wahlberechtigt.

prammer_nr-präsidentin> es ist unsere aufgabe, die der politikerinnen und politiker, diese zusammenhänge besser zu erklären. das hilft nicht nur 16-jährigen.

prammer_nr-präsidentin> ich halte 6 jahre für angemessen.

brg_überschützen2> ist die Rolle des Bundespräsidenten in unserer zeit noch gerechtfertigt

prammer_nr-präsidentin> ja, jedenfalls. er hat viele aufgaben für den notfall. der hoffentlich selten oder gar nicht eintritt. aber es macht uns sicher.

brg_überschützen2> danke für ihre antworten 😊

moderatorin> danke an überschützen2 - bitte die fragen von überschützen 3





brg_overschützen3> Sollte der Bevölkerung Möglichkeit geboten werden, bei Gesetzen mit denen sie nicht einverstanden ist, vorzugehen (z.B. Steuererhöhung, Asylrecht und Integration)? Oder wäre es möglich, die Bevölkerung überhaupt über Gesetze abstimmen zu lassen, die direkte Demokratie auszubauen?

prammer_nr-präsidentin> wir haben ja viele möglichkeiten, die viel zu selten genutzt werden. zum beispiel bürgerinitiativen, volksbegehren.

brg_overschützen3> welche möglichkeiten meinen Sie?

prammer_nr-präsidentin> bürgerinitiativen, volksbegehren.

brg_overschützen3> sie werden in Österreich kaum angewendet

prammer_nr-präsidentin> ja, leider. ...

brg_overschützen3> sind die österreicher demokratiefaul?

prammer_nr-präsidentin> es wäre eine möglichkeit, den menschen näher zu erklären, wie es geht. manches mal glaube ich schon ein wenig.

brg_overschützen3> warum können wir es nicht so wie in der schweiz machen? (direkte demokratie)

prammer_nr-präsidentin> wir brauchen eine engagierte "Zivilgesellschaft". das heißt aktive menschen, die der politik "auf die Finger schauen". Wir haben eine andere tradition. das ist wichtiger als man glaubt.

brg_overschützen3> gibt es zu viel missbrauch in der demokratie?

prammer_nr-präsidentin> nicht alles in der schweiz ist positiv.

prammer_nr-präsidentin> nein, sicher nicht. wir brauchen aber kritisch denkende menschen, sonst funktioniert nicht in der demokratie.



moderatorin> danke an überschützen3 und wir bitten überschützen4 um die fragen!

brg_overschützen4> Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin! Sollte das Jugendschutzgesetz nicht in allen Bundesländern gleich geregelt sein? Wir kommen aus dem burgenländischen-steirischen Grenzgebiet und sind mit unterschiedlichen Gesetzen konfrontiert.

prammer_nr-präsidentin> ja, der meinung bin ich. ich hoffe, dass wir bald eine lösung finden.

brg_overschützen4> Wir steirer finden es unfair, dass die burgenländer länger fortbleiben dürfen.

prammer_nr-präsidentin> das verstehe ich gut.

brg_overschützen4> Sind EU Gesetze für Österreich für Österreich ein Vor- oder Nachteil?

prammer_nr-präsidentin> die eu gibt in vielen fragen nur den rahmen vor, was wir daraus machen, liegt bei uns. also ist es jedenfalls ein vorteil.

brg_overschützen4> Wird nicht alles von Brüssel aus bestimmt? (Gurkenkrümmung)

prammer_nr-präsidentin> nein, sicher nicht. außerdem haben wir ja jetzt den lissabon-vertrag. der gibt zum beispiel den nationalen parlamenten echte mitsprachen. also liegt es wieder einmal an uns, ob wir





uns alles gefallen lassen, oder aktiv an der eu-politik teilnehmen. oft wird die eu ja nur als ausrede benutzt, um ein wenig abzulenken.

brg_überschützen4> Danke für Ihre lehrreichen und interessanten Antworten!

moderatorin> danke, an überschützen4. wir bitten überschützen5 um die fragen!

brg_überschützen5> Halten Sie es für sinnvoll, dass so ein kleines Land wie Österreich so viele Nationalratsabgeordnete, Bundesräte, Landtagsabgeordnete, EU Parlamentarier und Minister besitzt?

prammer_nr-präsidentin> wir haben gar nicht viele im europäischen vergleich. wer versucht, hier zu sparen, der darf sich nicht wundern, dass die macht in ganz wenigen händen konzentriert wird. das halte ich für schlecht.

brg_überschützen5> in vergleich zu österreich hat bayern weniger abgeordnete und ist in etwa so groß wie österreich .

prammer_nr-präsidentin> man kann bayern mit österreich nicht vergleichen. man muss deutschland mit österreich vergleichen. und da halten wir uns wieder die waage.

brg_überschützen5> besteht bei politikern einsparungspotential ?

prammer_nr-präsidentin> wir müssen natürlich immer verantwortung zeigen. zum beispiel haben wir auch heuer wieder eine "Nulllohnrunde" beschlossen also keine erhöhung der gehälter.

brg_überschützen5> Wir beobachten in unserem Geschichtsunterricht das Politische Geschehen schon länger und fragen, ob man den Bundesrat abschaffen sollte? weil es kein politisches Gewicht hat

prammer_nr-präsidentin> wir brauchen eine veränderung, da gebe ich euch recht. ich bin auch schon ein wenig ungeduldig, dass die frage bundesrat schon so lange diskutiert wird, und wir keine lösung finden, die mehrheitsfähig ist.

brg_überschützen5> dankeschön 😊

moderatorin> Leider konnten wir die technischen Probleme von Linz nicht lösen. Sie werden mir telefonisch die Fragen durchgeben, im Chat mitlesen und ich werde sie stellvertretend für die Gruppen stellen! Dadurch könnte es zu leichten Verzögerungen kommen.

brg_überschützen1> Da linz technische probleme hat, würden wir gerne noch ein wenig nachhaken.

prammer_nr-präsidentin> hallo überschützen, wann kommt ihr das nächste mal ins parlament?

brg_linz1> wir haben es kurzzeitig geschafft die Probleme zu lösen

brg_überschützen1> Wir interessieren uns sehr für die politik und das parlament und würden uns über eine einladung in das parlament sehr freuen.

prammer_nr-präsidentin> ich würde mich freuen, euch kennen zu lernen.





brg_overschützen1> wir uns natürlich auch 😊

brg_overschützen5> 😊

prammer_nr-präsidentin> wir bleiben in kontakt.

moderatorin> bitte die frage von linz1!

brg_linz1> Frau Prammer, was erhoffen Sie sich von Gesamtschulen?

prammer_nr-präsidentin> faire bildungs-chancen.

brg_linz1> Aber wenn die Schüler in den Klassen sowieso wieder unterteilt werden, ist das dabnn wirklich sinnvoll?

prammer_nr-präsidentin> ich selber hatte es sehr schwer, weil ich in die hauptschule geschickt wurde. eine berufsbildende höhere schule ist nicht immer eine echte alternative. innere differenzierung macht immer sinn. das hat ja wenig mit begabungen zu tun. ...

brg_linz1> Und wovon wollen Sie die Gesamtschulen finanzieren ?

prammer_nr-präsidentin> sondern mit der förderung von stärken und der beseitigung von schwächen. wer in der bildung spart, spart an der zukunft! es ist immer eine frage der prioritätensetzung.

brg_linz1> Aber worin besteht jetzt der Unterschied zwischen geteilten Schulen und Gesamtschulen ?

prammer_nr-präsidentin> die gemeinsame schule der 10- bis 14-jährigen bedeutet, dass die wege danach für alle gleich offen stehen. eine entscheidung, wohin der weg geht, ist ohnedies mit 14 noch schwierig genug.



moderatorin> danke sehr! bitte linz 2 um eure fragen!

brg_linz1> linz 2 hat erneut technische probleme und schrieb über uns

moderatorin> gut, danke!

brg_linz1> Wird es eine Änderung der Politik geben, wenn weiterhin so wenige Leute zu den Wahlen gehen

prammer_nr-präsidentin> wir brauchen ständig eine änderung in der politik. politik findet ja nicht unter einem glassturz statt. sondern muss immer im dialog mit den menschen stehen und dieser herausforderung müssen wir uns mehr denn je stellen.

moderatorin> gibt es eine zusatzfrage von linz2?

prammer_nr-präsidentin> Hallo? wo seid ihr?

moderatorin> linz1 bzw. linz2: seid ihr noch da?

brg_overschützen1> wir wollen die technischen probleme von linz ausnützen und eine weiter frage stellen.

brg_overschützen1> Wie beurteilen Sie allgemein den Wählerzuspruch zur FPÖ?

moderatorin> einverstanden - bitte um beantwortung der frage aus überschützen!





prammer_nr-präsidentin> wenn es nur allgemeine unzufriedenheit ist, dann sind alle anderen parteien sehr gefordert.

brg_linz1> sind wieder da

prammer_nr-präsidentin> ich halte allerdings den stil, auch die inhalte für höchst problematisch.

moderatorin> schön, dass ihr wieder da seid! wir werden aber doch auf die telefonische durchgabe der fragen von linz umsteigen!

brg_linz1> schade

brg_obereschützen1> kann es sein, dass die bevölkerung mit der integrationspolitik der bundesregierung nicht einverstanden ist?

prammer_nr-präsidentin> in fragen der integration ist vieles zu tun, keine frage. das darf aber nicht zur allgemeinen hetze werden.

brg_obereschützen1> danke für die antworten.. 😊

moderatorin> gut, wir werden jetzt die fragen von linz stellen!

moderatorin> linz: was waren die gründe, dass sie als nationalratspräsidentin kandidiert haben?

prammer_nr-präsidentin> ich bin überzeugte parlamentarierin. habe lange erfahrungen in der politik. und das amt der nr-präsidentin ist für mich eine große herausforderung.

moderatorin> linz: war es als frau besonders schwierig, dieses amt zu bekommen?

prammer_nr-präsidentin> jedenfalls bin ich die erste frau in diesem amt. und wurde sicher am beginn sehr genau beobachtet.

moderatorin> linz: gibt es maßnahmen der politik gegen die immer geringer werdende wahlbeteiligung?

prammer_nr-präsidentin> die antworten können nur die einzelnen parteien selber geben. alle sind gefordert. ich glaube, wir brauchen erstens engen dialog, und zweitens viel demokratiebildung in den schulen.

moderatorin> linz: warum glauben sie, dass immer mehr jugendliche rechte parteien wählen in österreich?

prammer_nr-präsidentin> das stimmt so nicht. ...

brg_obereschützen3> ad hoc Wäre es sinnvoll zur Förderung des Demokratiebewusstseins eine Wahlpflicht einzuführen?

prammer_nr-präsidentin> die wiener wahlen haben gezeigt, dass zum beispiel die jungen frauen ganz und gar nicht rechts wählen.

prammer_nr-präsidentin> hallo obereschützen. Darüber sollten wir weiter diskutieren.

moderatorin> linz: warum wurde in der 4.klasse keine extra stunde für politische bildung eingeführt?





prammer_nr-präsidentin> ich werde diese frage der bildungsministerin stellen. habe leider keine antwort.

moderatorin> linz: glauben sie generell, dass jugendliche in österreich zu wenig über das politische geschehen informiert sind?

prammer_nr-präsidentin> politische bildung - für mich noch besser demokratiebildung - kann nie genug sein! ich erlebe die jugendlichen sehr unterschiedlich. ich treffe immer wieder welche, die sehr viel wissen. Und leider auch solche, die wenig oder gar nichts wissen.

brg_linz3> bitte eine klare antwort.

moderatorin> linz: welche besonderen herausforderungen gibt es bei ihrer arbeit als nationalratspräsidentin?

prammer_nr-präsidentin> dass ich zum beispiel die demokratiewerkstatt im parlament eingeführt habe, war für mich wichtig, und hoffe, den schulen damit auch unterstützung geben zu können. weil ich überzeugt bin, dass wir in den schulen noch mehr tun können in dieser frage.



moderatorin> danke, ich wiederhole **linz:** welche besonderen herausforderungen gibt es bei ihrer arbeit als nationalratspräsidentin?

prammer_nr-präsidentin> meine arbeit ist sehr vielfältig. der vorsitz im nationalrat ist nur ein kleiner teil meiner arbeit. zum beispiel habe ich das parlament nach außen zu vertreten, also auch im ausland.

moderatorin> linz: sind sie für die beibehaltung der immerwährenden neutralität und wenn ja, warum?

prammer_nr-präsidentin> ja, ich bin für die neutralität. österreich kann auch in zukunft als neutraler staat wertvollste internationale arbeit leisten.

moderatorin> Linz: eine letzte frage noch: wie stehen sie zum verbotsgesetzt? Was halten sie von der forderung der abschaffung?

prammer_nr-präsidentin> ich bin gänzlich gegen die abschaffung des verbotsgesetzes. unsere geschichte hat uns gelehrt, dass faschismus und nationalsozialismus keine gesinnung sind, sondern verbrechen.

brg_linz3> welche vorteile sehen sie in der neutralität österreichs?

prammer_nr-präsidentin> der vorteil der neutralität ist, dass wir damit ein guter verhandler in schwierigen internationalen fragen sein können. ich erinnere an bruno kreisky, der als bundeskanzler eines neutralen staates hervorragende verhandlungsleistungen erbracht hat.

moderatorin> vielen dank, für die beantwortung der fragen! wir beginnen jetzt mit der offenen chatzeit! auch die schülerInnen aus linz können jetzt fragen stellen!





brg_overschützen1> Wie gehen die renovierungsarbeiten im parlament voran?

brg_linz1> okay

brg_linz1> cool

prammer_nr-präsidentin> wir sind mitten in der planung. das haus ist dringend sanierungsbedürftig. die planungen sind das allerwichtigste derzeit. weil ohne guter planungen kann man keine gutenrealisierungen machen.

brg_overschützen1> wie wird der zeitliche rahmen aussehen?

prammer_nr-präsidentin> im februar müssen wir die grundsatzentscheidung treffen. dann laufen die ausschreibungen. ich rechne mit Beginn des umbaus 2013/2014.

prammer_nr-präsidentin> Hallo Linz, ich freue mich, wenn auch ihr nach wien kommt.

brg_overschützen3> Was ist an der schweizer demokratie schlechter als an der österreichischen?

prammer_nr-präsidentin> gar nichts. sie haben nur andere verfassungsrechtliche grundlagen und andere traditionen.

moderatorin> es gibt noch ca. 5 minuten offene chatzeit!

moderatorin> hallo linz?

brg_linz1> wir sidn wieder da

moderatorin> linz: habt ihr auch noch fragen?

brg_linz1> ja

brg_overschützen1> Wir bedanken uns für die ausführliche beantwortung unserer fragen und freuen uns auf den parlamentsbesuch 🙏
😊

brg_linz1> sind sie der meinung, dass es ein eigenes fach für politische bildung geben soll??

brg_linz3> welche vor- und nachteile sehen sie im wahlrecht ab 16?

prammer_nr-präsidentin> ich halte das für auch nicht schlecht! Das habe ich schon vorhin beantwortet. ich glaube, je früher man sich mit politik beschäftigt, desto besser. ...

brg_linz1> denken sie, dass man dieses fach auch durchsetzen könnte?

prammer_nr-präsidentin> ausserdem bin ich der überzeugung, dass sich die politik mehr mit jungen dadurch beschäftigen muss. Ich werde mit der bildungsministerin auch darüber diskutieren.

brg_linz1> ja das wäre toll

brg_linz1> vielen dank

brg_linz4> vielen dank 😊





moderatorin> Die Chatzeit ist nun vorüber und wir werden den Chat bald schließen. Möchtet ihr für weitere Fragen, den Kontakt mit Nationalratspräsidentin Prammer austauschen?

brg_overschützen5> wir bedanken uns für das Gespräch 😊

brg_overschützen1> natürlich, gerne. 😊

brg_overschützen5> auf wiedersehen 😊

brg_linz3> Wie wollen sie beides finanzieren?

prammer_nr-präsidentin> finanzierung: alles eine prioritätensetzung.

prammer_nr-präsidentin> falls ihr weitere fragen habt:

barbara.prammer@parlament.gv.at

brg_overschützen3> brg_linz1wir bedanken uns für das Gespräch 😊

brg_overschützen4> wir bedanken uns für das Gespräch 😊

brg_linz3> überschützen ihr habt euch immer eingemisch

moderatorin> Vielen Dank an Frau Nationalratspräsidentin Prammer für Ihre Zeit, Danke an die Schulklassen und an die LehrerInnen, die den Chat ermöglicht haben!

Danke natürlich auch für die vielen spannenden Fragen, Antworten und Stellungnahmen!

Liebe Grüße aus Wien! Das Demokratiewebstatt-Team

prammer_nr-präsidentin> Viele grüße und einen schönen tag an alle.

brg_overschützen5> ebenfalls 😊

brg_overschützen2> Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin wir bedanken uns für das gespräch mit Ihnen. 😊

brg_linz3> schen tog nu

brg_linz3> auf wiedersehen

moderatorin> herzlichen dank an alle! schade, dass es in linz einige probleme gab! ihr könnt weitere fragen ja auch per mail an die nationalratspräsidentin senden?! wir wünschen euch noch einen schönen tag und werden den chat jetzt schließen!





Text 9:



**Gekürztes Protokoll des DemokratieWEBstatt-Chat mit
ParlamentarierInnen am 01.12.2011**

Thema: „Religion und Glaube“



moderatorin> Guten Morgen, liebe Chater und Chaterin des heutigen Online-Chats zum Thema „Religion und Glaube“!
Wir begrüßen heute eine 4. Klasse der Hauptschule Vorderweißenbach in Oberösterreich und eine
4. Klasse der Hauptschule Althofen in Kärnten.
Im Chat sind heute auch 3 ParlamentarierInnen. Wir begrüßen Hubert Kuzdas von der SPÖ, Heidemarie Unterreiner von der FPÖ und Daniela Musiol vertritt die Grünen. Herzlich Willkommen!
Zum Ablauf: Es gibt zwei Fragerunden. In jeder Runde stehen den einzelnen PolitikerInnen 12 Minuten Redezeit zur Beantwortung der Fragen zur Verfügung. Es beginnt die HS Vorderweißenbach Fragen zu stellen, danach ist Althofen an der Reihe und so weiter. In der zweiten Runde wird getauscht und Althofen beginnt.
Abschließend wird es noch eine offene Chatzeit geben.
Ich bitte euch die Nettiquette zu beachten!
Gut, damit sind wir startklar! Ich bitte die erste Gruppe aus Vorderweißenbach um ihre erste Frage an Hubert Kuzdas von der SPÖ!

hs_vwb1> Guten Morgen. Gleich die erste Frage: Was hat Sie bewogen, dieses Thema mit Jugendlichen zu diskutieren?

kuzdas_spö> kommunikation mit jungen menschen, das thema ist zweitrangig

hs_vwb1> Das finden wir toll..

kuzdas_spö> 😊

moderatorin> Eine nächste Frage aus Vorderweißenbach?

hs_vwb1> Welcher Glaubensgemeinschaft gehören Sie eigentlich an?

kuzdas_spö> römisch katholisch getauft und bin 97 aus der kirche ausgetreten

hs_vwb1> Gab es dafür einen Grund? Wie weit spielt Religion in Ihrem persönlichen Leben eine Rolle?

kuzdas_spö> es gab eine reihe von vorkommnissen die mich zu diesem schritt bewogen haben und religion spielt in meinem leben keine große rolle

moderatorin> Bitte um eine weitere Frage aus Vorderweißenbach!

hs_vwb1> Wir leben in einer sehr religiösen Gemeinde, darum spielt es bei uns eine große Rolle. Religion und Glaube - ist das für Sie eigentlich dasselbe?

kuzdas_spö> nein sind für mich nicht das selbe..

hs_vwb1> Welche anderen Kraftquellen haben Sie dann (wenn nicht Religion und Glaube)?





kuzdas_spö> ethische grundsätze und natürlich meine familie
hs_vwb1> Die Familie ist natürlich immer ganz wichtig. Glauben Sie eigentlich an ein Weiterleben nach dem Tod?
kuzdas_spö> nein
hs_vwb1> Warum nicht?
hs_vwb2> Erstens hat für sie Religion etwas mit Politik zu tun?
kuzdas_spö> zuerst warum nicht: ich glaube nicht an etwas überirdisches
frage politik religion: ich bin für die trennung von staat und kirche, aber natürlich sind religiöse themen auch bestandteil der politik
hs_vwb1> Wie sehen Sie die Bedeutung der Religion für Menschen allgemein?

moderatorin> Bitte die nächsten Fragen noch aufheben. Danke für die Fragen aus Oberösterreich! Gehen wir zur ersten Frage nach Kärnten!
hs_althofen1> Zu unserer ersten Frage: Wie stehen Sie zum Religionsunterricht in der Schule?
kuzdas_spö> religionsunterricht: ich wäre für einen verpflichtenden ethikunterricht
moderatorin> Noch eine Nachfrage aus Kärnten? Ansonsten bitte ich um eine nächste Frage.
hs_althofen2> Wie stehen sie dazu, dass frauen in anderen ländern keine rechte haben?
kuzdas_spö> das ist völlig ungerecht
hs_althofen3> Wie stehen Sie zu der Kirchensteuer?
kuzdas_spö> ein letztes relikht aus der ns zeit
hs_althofen4> Warum will die Wirtschaft, dass Sonn- und Feiertags (Beispiel 8. Dezember) gearbeitet wird?
kuzdas_spö> weil der 8te dezember nicht in allen nachbarländern ein feiertag ist und die wirtschaft befürchtet kaufkraftabflüsse
hs_althofen1> Haben Sie Kinder?
kuzdas_spö> ja 2. eine Tochter einen Sohn, 25 und 23
moderatorin> Es ist noch Zeit für eine Frage aus Kärnten!
hs_althofen5> Warum glauben Sie, sind Katholiken dazu verpflichtet, Kirchensteuer zu zahlen?
kuzdas_spö> das müsste man mit der amtskirche diskutieren
offensichtlich geht es um die finanzielle absicherung der organisation
moderatorin> Wir können das in der 2. Runde noch genauer diskutieren.

moderatorin> Danke für die Antworten. Wir treffen Hr. Kuzdas wieder in der 2. Runde des Chats! Jetzt geht's weiter zu Fr. Unterreiner!
Bitte um eine erste Frage aus Vorderweißenbach!
hs_vwb2> Guten Tag. Werden im Parlament Religiöse Themen behandelt?





unterreiner_fpö> Zuerst möchte ich allen zu den Fragen gratulieren. Leider haben wir zu wenig Zeit um sie genau zu diskutieren - Im

Parlament werden auch religiöse Themen behandelt

moderatorin> Vielleicht noch eine Nachfrage dazu?

hs_vwb2> Welche? Nennen Sie bitte ein Beispiel.

unterreiner_fpö> Kreuze in der Schule; Ethik oder Religionsunterricht etc

hs_vwb2> Wie stehen Sie dazu?

unterreiner_fpö> Kreuze in den Schulen sollen sein und wir Freiheitlichen sind für einen Religionsunterricht an den Schulen.

moderatorin> Bitte um eine nächste Frage aus Oberösterreich!

hs_vwb2> Welche verschiedenen Religionsgemeinschaften gehören die Nationalratsabgeordneten an

unterreiner_fpö> Das weiß ich nicht genau - wir haben in Österreich verschiedene anerkannte Religionsgemeinschaften.

hs_vwb2> Sind im Parlament Kreuze aufgehängt?

unterreiner_fpö> Meines Wissens nein.

moderatorin> Danke für die Fragen aus OÖ!

moderatorin> Ich bitte Althofen um Fragen an Fr. Unterreiner!

hs_althofen1> Wie stehen Sie dazu, dass die Frauenn in manchen Religionen verschleiert sein müssen?

unterreiner_fpö> Ich finde das traurig. Höchstens sie würden das selber wünschen. Aus meiner Erfahrung aus islamischen Ländern ist das jedoch nicht der Fall

hs_althofen2> Können Sie ihren Beruf mit ihren Glauben verbinden?

unterreiner_fpö> Ja selbstverständlich

hs_althofen3> Noch eine Frage zur Kirchensteuer: Wie stehen Sie zu der Kirchensteuer und wie würde die Kirche zum Geld kommen wenn es keine mehr gäbe?

unterreiner_fpö> Wie meint Ihr das

Ich finde es richtig, dass die Kirchen eine Kirchensteuer einheben.

hs_vwb3> Sind Sie ein Befürworter des arbeitsfreien Sonntags?

moderatorin2> vwb bitte hebt euch die frage auf, ihr seid später wieder dran

unterreiner_fpö> Ich bin für den arbeitsfreien Sonntag!

Eine Gesellschaft braucht Festtage auf die sich alle freuen können.

hs_althofen4> Wie stehen Sie persönlich zu den Moslems und ihren Glauben, sprich Bau von Moscheen?

unterreiner_fpö> Der Islam ist seit 1912 eine anerkannte Religionsgemeinschaft in Österreich. Selbstverständlich respektiere ich diese Glaubensrichtung. Ich bin aber gegen das Demonstrative und daher gegen Moscheen.

...mit Minaretten.

hs_althofen5> Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?

unterreiner_fpö> Ich bin Evangelisch AB - bei uns können auch Frauen Priesterinnen sein.





moderatorin> Noch eine Frage aus Althofen?

hs_althofen1> Nehmen Sie sich Zeit für ihren Glauben?

unterreiner_fpö> Machmal, besonders vor Weihnachten.
Ich gehe auch gerne mit meinen Kindern in die Kirche

moderatorin> Danke für die Fragen aus Kärnten!

Herzlich Willkommen an Fr. Musiol! Bitte um eine erste Frage aus Vorderweißenbach!

musiol_diegrünen> schönen guten morgen aus dem nebeligen wien

hs_vwb3> Entschuldigung für die Zwischenfrage.

hs_vwb3> Hat das Parlament die Möglichkeit aufgrund kirchlicher Feiertage schulfreie Tage abzuschaffen?

musiol_diegrünen> was meint ihr genau?

hs_vwb3> Pfingstdienstag, Osterdienstag

musiol_diegrünen> ah versteh - da erwischst ihr mich jetzt am falschen fuss - ich weiß nämlich nicht genau ob das im vertrag mit der kirche - dem konkordat - geregelt ist oder ob das nur aufgrund staatlicher gesetze erlassen ist.

hs_vwb3> Schade. Werden kirchliche Feste auch im Parlament gefeiert?

musiol_diegrünen> nein, und das ist gut so. warum: österreich sollte klar die trennung von kirche und staat leben - vor allem das parlament - und daher ist das auch für feste so zu halten.

mit weihnachten ist das natürlich ein bisschen anders - das wird vielerorts auch nicht mehr als kirchlicher feiertag gesehen - einen christbaum gibts im parlament.

hs_vwb3> Befürworten Sie die Erhaltung privater kirchlicher Schulen?

musiol_diegrünen> ich bin der meinung dass privatschulen - egal ob kirchlich oder nicht - möglich sein sollen. aber alle sollen gleichermassen vom staat behandelt werden - das ist im moment nicht der fall - kirchliche privatschulen werden bevorzugt.

moderatorin> Danke für die Antwort! Ich erteile nun das Wort an Althofen!

Bitte um die erste Frage!

hs_althofen1> Wie stehen Sie zum Religionsunterricht in der Schule?

musiol_diegrünen> es sollte in allen schulen verpflichtenden ethikunterricht geben - für alle schülerInnen. auf privater basis soll dann auch religionsunterricht möglich sein - von mir aus im schulgebäude - aber nicht als zwingende schulische veranstaltung von der man sich abmelden muss.

hs_althofen2> Haben Sie Kinder?

musiol_diegrünen> ja einen 18 jährigen sohn - er macht dieses jahr matura

hs_althofen3> Wie wird die Entwicklung der Römisch-Katholischen Kirche in Österreich weitergehen?





musiol_diegrünen> das ist eine spannende frage - ich glaube dass die katholische kirche massive mitgliederprobleme bekommen wird wenn sie sich weiter reformen versperrt. mehrere pfarrer die sagen so kanns nicht weitergehen sind doch hier ein klares signal. die amtskirche scheint das aber nicht zu erkennen und entsprechend zu reagieren.

hs_althofen4> Wie glaubwürdig ist die Politik heutzutage?

musiol_diegrünen> die frage muss ich fast zurückgeben - ich nehme aber wahr, dass viele leute sie für nicht mehr glaubwürdig halten weil einige politiker in der vergangenheit ihre jobs ausgenutzt haben um für sich vorteile rauszuholen - stichwort korruption. das muss aufgeklärt werden.

hs_althofen5> Warum lässt man so viele Ausländer zu uns.?

musiol_diegrünen> da muss man unterscheiden. zum einen gibt es menschen die aus ihrer heimat fliehen müssen weil sie dort verfolgt werden - hier ist österreich verpflichtet - und das ist gut so - zu helfen (die sog. Asylwerber), darüber hinaus gibt es viele Menschen die vor Jahren nach Österreich gekommen sind um hier zu arbeiten - mittlerweile sind ihre Kinder und Enkelkinder hier geboren und leben hier, sind auch oft österr. Staatsbürger - sind die auch Ausländer - ich finde nein. Die Frage an euch ist - was stört daran, oder eh nichts?

moderatorin> Vielen Dank für die Fragen aus Kärnten!
Wir können das in der offenen Chatzeit noch diskutieren!



moderatorin> Wir starten jetzt in die 2. Runde!

Diesmal machen wir es umgekehrt und Althofen läutet die Runde ein!
Bitte um eine erste Frage!

moderatorin> Nun richtet sich die Frage an Hrn. Kuzdas!
Bitte um eine erste Frage aus Althofen!

hs_althofen1> Da Sie aus der Kirche ausgetreten sind, wie feiern Sie dann Weihnachten?

kuzdas_spö> zuhause mit meiner familie
natürlich auch mit einem christbaum

hs_althofen1> Weihnachtsevangelium?

kuzdas_spö> nein

hs_althofen2> Feiern Sie Ostern auch?

kuzdas_spö> wir machen osterveranstaltungen für kinder im ort

hs_althofen3> Wie stehen Sie zur Entwicklung der Römisch-Katholischen Kirche in Österreich?

kuzdas_spö> die römisch katholische kirche hat momentan sehr große interne probleme (ungehorsam von pfarrern) ich orte große reformresistenz die zu einer vergrößerung der probleme führen kann

hs_althofen4> Wie stehen Sie persönlich zu den Moslems und ihren Glauben, sprich Bau von Moscheen?

kuzdas_spö> da wir in österreich religionsfreiheit haben, sollte man ihnen auch die religionsausübung in gotteshäusern gestatten

moderatorin> Eine kurze letzte Frage noch?





hs_althofen5> Wie glaubwürdig halten Sie es mit der Politik?

kuzdas_spö> ich glaube viele politiker haben glaubwürdigkeitsdefizite..bin für eine lückenlose aufklärung der zuletzt in den medien aufgedeckten skandale und bin deshalb auch mitglied im aktuellen untersuchungsausschuss gegen korruption

moderatorin> Vielen Dank für die Fragen aus Kärnten! Wir wechseln nun nach Oberösterreich!

Hier ist noch eine Frage aus der 1. Runde offen geblieben!

„Wie sehen Sie die Bedeutung der Religion für Menschen allgemein?“

hs_vwb4> Guten Tag! Werden auch an Feiertagen Parlamentssitzungen gehalten?

kuzdas_spö> zur offenen frage: religion ist für viele menschen wichtig und gibt ihnen halt. extrempositionen kann ich nicht unterstützen.
zweite frage: nein

wobei zum beispiel am 26. oktober sehr wohl gearbeitet wird –
tag der offenen tür im parlament

moderatorin> Bitte um eine nächste Frage!

hs_vwb4> Im 2. weltkrieg wurden die anhänger des judentums verfolgt.Glauben Sie, dass so etwas heute noch einmal passieren könnte?

kuzdas_spö> es ist noch nicht allzu lange her, dass es ethnische säuberungen in ehemaligen jugoslawien gegeben hat..

hs_vwb4> Wie viele Juden lebten vor dem 2. Weltkrieg in Wien, wie viele leben heute in Wien?

kuzdas_spö> das kann ich nicht genau sagen, aber ich glaube das es vor dem 2ten weltkrieg mehr waren

moderatorin> Die Zeit wird knapp! Daher bitte ich Hrn. Kuzdas um einAbschlussstatement zum Thema!

kuzdas_spö> Religion ist für viele menschen wichtig und gibt ihnen halt. religionsfreiheit ist wichtig...ich bin aber für eine strikte trennung von staat und kirche.

moderatorin> Danke!

Ich gebe nun weiter an Kärnten! Bitte um eine Frage an Fr. Unterreiner!

hs_althofen1> Gute Frage- Wie könnte ich ein glaubwürdiger Politiker werden?

unterreiner_fpö> In dem ich ehrlich bin und die echten Probleme die es in unserer Gesellschaft gibt versuche zu lösen

hs_althofen1> Wie würden Sie diese Probleme lösen?

unterreiner_fpö> Welche meint ihr?

hs_althofen1> Die es in unserer Gesellschaft gibt.

moderatorin> Vielleicht könnt ihr eure Frage konkretisieren!

unterreiner_fpö> Da gibt es diverse. Zur Zeit geht es um die große Verschuldung Österreichs. Wir sind der Meinung, dass es notwendig ist zu sparen und nicht neue Schulden zu machen.





hs_althofen1> und die Probleme mit der Ehrlichkeit und der Glaubwürdigkeit mit dem Sparen der Politiker?

unterreiner_fpö> Ja. Politiker sollten Vorbilder sein.

hs_althofen2> Beachten Sie die 10 Gebote im täglichen Leben?

unterreiner_fpö> Ja selbstverständlich.

hs_althofen3> Gehen Sie in die Kirche? Wenn ja, arbeiten Sie in Ihrer Pfarrgemeinde mit?

unterreiner_fpö> Ich bereite gerade ein großes Weihnachtskonzert in meiner Kirche in Wien vor. Sonst gehe ich auch in die Kirche.

hs_althofen4> Wie wichtig ist für Sie ihre Religion?

unterreiner_fpö> Religion ist für mich eine Stütze im täglichen Leben.

hs_althofen5> Wie viele Untersuchungsausschüsse hat es in letzter Zeit gegeben und wieviel ist dabei herausgekommen?

moderatorin> Die Beantwortung dieser Frage wird auf den offenen Chatraum warten müssen!

hs_vwb5> Guten Tag! Glauben Sie, dass die Zahl der Muslime in Österreich weiter ansteigt?

Welche Folgen wird ein Anstieg für uns Jugendliche mit sich bringen?

unterreiner_fpö> Die Zahl wird sicher steigen. Wichtig ist daher dass unsere Werte und unsere Identität gewahrt bleibt.

moderatorin> Eine nächste Frage aus Vorderweißenbach?

hs_vwb5> Hatten Sie schon einmal Kontakt zu Sektenmitglieder? Wenn ja, welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

unterreiner_fpö> Ich hatte noch keinen Kontakt zu Sekten.

z.B. sollte Sientology vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

moderatorin> Bitte um eine nächste Frage!

hs_vwb5> Im Buddhismus leben Mönche nach strengen Regeln. Könnten Sie sich vorstellen, nach endlichen strengen Regeln zu leben?

moderatorin> Nach Beantwortung dieser Frage bitte ich um ein Abschlussstatement von Fr. Unterreiner!

unterreiner_fpö> ich persönlich kann mir das zur Zeit nicht vorstellen. Aber, wer weiß, ob es nicht einmal eine Lebensphase gibt, in der ich mich dafür interessiere.

unterreiner_fpö> Religion, Sprache und Kunst sind die 3 großen Säulen unserer Gesellschaft.

Die Bewahrung unseres kulturellen Erbes - und dazu gehört natürlich auch das Christentum - ist sowohl mir als auch der FPÖ ein wichtiges Anliegen.

moderatorin> Danke!

Ich übergebe nun das Wort wieder an Kärnten und Fr. Musiol!

musiol_diegrünen> hallo nach kärnten - hoffentlich habt ihrs sonniger

hs_althofen1> Ja. Sonnenschein und wunderbare Temperaturen. ☺

musiol_diegrünen> neid 😊

hs_althofen1> Die Kärntner beten mehr darum, ist es hier immer schön.





moderatorin> Hier ist noch eine Frage vom Gespräch vorhin offengeblieben!

musiol_diegrünen> bitte um wiederholung der frage

moderatorin> Frage Althofen: Warum lässt man so viele Ausländer zu uns?

Gegenfrage Fr. Musiol: Was stört euch daran?

hs_althofen1> Das viele nicht arbeiten und auf Staatskosten leben.

musiol_diegrünen> also ich kann das nicht bemerken. bei einigen ist es halt so dass sie von gesetz wegen nicht arbeiten dürfen - die asylwerberInnen zb;

hs_althofen1> Aber viele wollen auch nicht arbeiten.

musiol_diegrünen> es gibt auch viele österreichischerInnen die nicht arbeiten wollen, oder?

hs_althofen1> Das stimmt eigentlich auch wieder.

moderatorin> Gibt es noch weitere Fragen aus Althofen?

hs_althofen3> Gehen Sie in die Kirche? Kennen Sie Inhalte aus der Bibel?

musiol_diegrünen> ich gehe nicht in die kirche - bin katholisch getauft aber bei erster gelegenheit (1988) ausgetreten. inhalte aus der bibel kenn ich weil ich die mal in der schule lernen musste

hs_althofen4> Was denken Sie über die Kirchensteuer im Allgemeinen?

musiol_diegrünen> ich finde dass sie abgeschafft werden sollte. jeder verein muss seine mitglieder selber um mitgliedsbeiträge "anhauen" - hier gibts unterschiedliche systeme - fixer betrag, freiwillige spende - so sollte das auch bei den kirchen sein

hs_althofen5> Wie leben Sie ihren Glauben?

musiol_diegrünen> ich habe keinen glauben - zumindest keinen religiösen. ich bin atheistin. aber ich glaube an vieles: soziale gerechtigkeit, fairness, ehrlichkeit. das versuch ich zu leben - gelingt fast immer 😊

hs_althofen3> Warum sind Sie ausgetreten?

musiol_diegrünen> ausgetreten bin ich weil ich mich mit den vorgaben der katholischen kirche nicht identifiziert habe: warum dürfen priester nicht heiraten, warum darf es keine priesterInnen geben, damals auch keine ministrantInnen, warum will der papst nicht dass die menschen verhüten uvm.

hs_althofen2> Was ist eine Atheistin?

musiol_diegrünen> jemand der nicht an einen gott glaubt

moderatorin2> Jetzt ist wieder VWB an der Reihe

hs_vwb1> Guten Tag. Zuerst wollen wir Ihrem Sohn viel Glück bei seiner Matura wünschen 😊 Dann zur ersten Frage: Glauben Sie an ein Weiterleben nach dem Tod bzw. an schnellere Heilung einer Krankheit durch den Glauben?

musiol_diegrünen> danke für die glückwünsche - er wirds brauchen können 😊





schöne grüsse von meiner oberösterreichischen kollegin rupert lichtenecker - hat mich grad hier besucht

hs_vwb1> dankeschön 😊

musiol_diegrünen> das mit dem tod ist eine schwierige frage - da bin ich mir ehrlich nicht sicher. wenn jemand aus meinem nahen umfeld stirbt dann möchte ich dran glauben - dass es ihnen besser geht, dass sie noch mit mir in verbindung sind, dass ich noch zu ihnen sprechen kann - aber ob das wirklich so ist weiß ich nicht -

zur heilung: ich glaube dass hier die Psyche eine wichtige Rolle spielt - die einstellung, und wenn jemand hier kraft durch glauben kriegt dann kann das helfen - sicher

hs_vwb1> Also glauben Sie an den Himmel, weil Ihnen dann der Abschied leichter fällt?

musiol_diegrünen> nein ich stell mir nicht unbedingt vor dass sie im himmel sind - manchmal seh ich leute auf der strasse und denk mir, vielleicht ist ein teil von diesen personen in ihnen - manchmal einen anderen ort - den nennen manche halt himmel

hs_vwb1> das ist eine schöne vorstellung

musiol_diegrünen> und der abschied fällt nie leicht - das hat mehrere phasen und da tut es anfangs gut wenn man das gefühl hat es gibt noch eine verbindung

moderatorin> Ihr habt noch 3 Minuten Fragezeit!

hs_vwb1> Werden kirchliche Institutionen vom Staat finanziell unterstützt?

musiol_diegrünen> der staat zahlt religionslehrer zb

hs_althofen1> Nicht nur Religionslehrer. 😊

hs_vwb1> Was halten Sie von der Nutzung kirchlicher Gebäude für kulturelle Veranstaltungen (Konzert etc.)?

musiol_diegrünen> und auch der erhalt von gebäuden, weil oft unter denkmalschutz, ist mit staatlicher unterstützung

moderatorin> Nach Beantwortung dieser Frage bitte ich Fr. Musiol um eine kurzes Abschlussstatement

musiol_diegrünen> ja schöne gebäude sollten für gute aktivitäten genutzt werden

hs_vwb1> unsere meinung.. 😊

musiol_diegrünen> ich finde es spannend dass ihr euch mit diesen themen auseinandersetzt - in diesen fragen macht es sinn sich gut auszutauschen

finde es gut dass ihr über all das nachdenkt

moderatorin> Vielen Dank! Wir starten jetzt in die offene Chatzeit. Es besteht die Möglichkeit, noch offene Fragen zu stellen. Hier können natürlich auch PolitikerInnen Fragen an die SchülerInnen stellen!

hs_althofen4> 🍷

hs_althofen3> danke für die Beantwortung unserer Fragen





hs_vwb3> Früher hat es Probleme zwischen Kirche und Staat gegeben? Wer darf heute was bestimmen und gibt es noch Streitpunkte?

moderatorin2> wer soll die Frage beantworten?

hs_vwb3> kuzdas

unterreiner_fpö> Im wesentlichen ist die Trennung von Staat und Kirche in unserem Kulturraum seit der Aufklärung geregelt. Ich möchte deshalb auch keine islamischen Gerichtshöfe in Europa!

kuzdas_spö> Seit ihr für Religionsunterricht? Oder eher Ethikunterricht?

hs_vwb1> Religionsunterricht

musiol_diegrünen> könnt ihr euch unter Ethikunterricht was vorstellen?

hs_althofen3> nein

hs_althofen4> Ja

hs_vwb2> Nicht so richtig

hs_vwb1> Was halten Sie davon, wenn sich kirchliche Würdenträger für ein politisches Amt bewerben? unterreiner

unterreiner_fpö> Gar nichts! Sie sollen sich auf ihre Aufgaben konzentrieren; aber als Ratgeber zur Verfügung stehen.

hs_vwb2> Werden im Parlament bei sozialen Fragen kirchliche Beratung zugelassen?

unterreiner_fpö> In Ausschüssen werden oft Fachleute zu Rate gezogen.

hs_vwb3> Finden Sie die Beibehaltung kirchlicher Feiertage wichtig und warum? unterreiner

unterreiner_fpö> Ja! Sind wesentlich Teil unserer Kultur. Sie festigen auch den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

hs_vwb1> Werden Spendenaktionen religiöser Institutionen von Ihrer Partei zugelassen? musiol

musiol_diegrünen> was meint ihr genau mit Spendenaktionen religiöser Institutionen? gerade im Bereich Asyl, Fremdenrecht und Soziales haben wir natürlich auch mit kirchlichen Institutionen zu tun - da sind wir ja meist auf einer Linie

hs_vwb1> Caritas-Spendenaktionen, SOS-Kinderdorf und mehr

musiol_diegrünen> wir spenden nichts und nehmen auch keine Spenden, aber wir machen manchmal auch gemeinsame Aktivitäten: z.B. Demo Arigona muss bleiben

hs_vwb4> Warum diskutiert man über die Bundeshymne im Parlament, wenn es wichtigere Themen gibt z.B. Finanzen des Staates??

unterreiner_fpö> Wir lehnen selbstverständlich die Änderung unserer Hymne ab!

Es gibt wichtigere Probleme - auch für die Frauen.





kuzdas_spö> natürlich gibt es wichtigere themen. bei der diskussion um die bundeshymne geht es um einen symbolischen akt

hs_vwb4> aber kann man das nicht aufschieben

hs_vwb3> Glauben Sie, dass es mehr islamistische Terroristen gibt als krichstliche?

unterreiner_fpö> Ja; weil Nächstenliebe ist einer der Schwerpunkt im christlichen Glauben. Nicht zu vergessen: der Islam stellt auch einen enormen politischen Anspruch - Staat und Kirche sind nicht getrennt.

hs_vwb4> ?

hs_vwb3> Tut uns leid, die Frage war nicht so gemein.

hs_althofen1> Was hätten Sie lieber, Religionsunterricht oder Ethikunterricht? Kuzdas, Unterreiner und Musiol

kuzdas_spö> Ethikunterricht

hs_althofen3> Warum Ethikunterricht?

unterreiner_fpö> Religionsunterricht! Der soll auch Ethik-Unterricht beinhalten.

musiol_diegrünen> Ethikunterricht: dort soll auch über alle Religionen gesprochen werden - aber nicht so einseitig wie im Unterricht einer einzelnen Religion

kuzdas_spö> Ich sehe das so wie die Kollegin Musiol, Religionen können ja auch im Ethikunterricht besprochen werden, aber eben nicht nur eine, sondern die Unterschiede der Religionen können dargelegt werden.

musiol_diegrünen> darüber wird im ethikunterricht auch über allgemeine fragen, werte, vorstellungen diskutiert.

musiol_diegrünen> was hättet ihr lieber?

hs_vwb1> Religionsunterricht

hs_althofen2> Ethik

hs_vwb2> Im Religionsunterricht werden auch andere Religionen behandelt.

musiol_diegrünen> ja das stimmt hsvwb2, aber im vergleich doch sehr viel weniger

musiol_diegrünen> und der soll ja nicht abgeschafft werden, aber eben auf freiwilliger basis

hs_vwb1> stimmt auch.

kuzdas_spö> aber der schwerpunkt liegt dann doch beim christentum und man lernt in der schule nicht was im koran etc. steht sonder vorrangig was in der bibel geschrieben steht

hs_althofen4> waren Sie Ethikunterricht?

musiol_diegrünen> ethikunterricht hats bei uns noch nicht gegeben, deshalb hab ich mich ab der 5. klasse abgemeldet, weil ich eigentlich nicht nur über die katholische religion reden wollte sondern eben über ethik

kuzdas_spö> ethikunterricht hats bei mir noch nicht gegeben, aber im rahmen meines studiums habe ich ein seminar zum thema ethik in der wirtschaft besucht





moderatorin> Übrigens wird es in den nächsten Tagen ein Chatprotokoll online geben!

hs_vwb5> Welche Maßnahmen werden in Österreich zur Integration Andersgläubiger getroffen?

musiol_diegrünen> grundsätzlich gilt religionsfreiheit und auch ein besonderer schutz des/der einzelnen in der ausübung ihrer religion durch den staat - das wird nur oft sehr unterschiedlich ausgelegt - siehe minarettdiskussion, burka, kopftuch uvm

unterreiner_fpö> Man kann niemandem einen Glauben aufdrängen; wenn Zuwanderer im Rahmen unserer Gesetze leben, dann sollen sie auch ihre Reli ausleben dürfen.

moderatorin> Hier im Chat besteht jetzt noch die Möglichkeit, Kontaktdaten auszutauschen!

Die Chatzeit ist nun vorüber und wir werden den Chat bald schließen!

kuzdas_spö> Danke an die Schülerinnen und schüler aus kärnten und oberösterreich für die fragen und die chatbeiträge. Danke an die moderatorinnen und an meine beiden kolleginnen.dem övp und bzö abgeordneten wünsche ich viel spass in den ausschüssen. Ich wünsche allen noch einen besinnlichen advent, frohe weihnachten und viel erfolg im neuen jahr. Kontaktdaten. www.hubertkuzdas.at

moderatorin> Vielen Dank auch an die PolitikerInnen für Ihre Zeit! Danke an die Schulklassen und an die LehrerInnen, die den Chat ermöglicht haben!

hs_vwb1> Auf Wiedersehen, danke für die Beantwortung unserer Fragen.. Es war sehr interessant mit Ihnen.. 😊

hs_althofen1> Danke für die viele Information und die Aufmerksamkeit.

moderatorin> Wir bedanken uns von unserer Seite natürlich auch für die vielen spannenden Fragen, Antworten und Stellungnahmen!

unterreiner_fpö> Leider ist in so einem Forum nicht viel Platz, auf alle Fragen ausführlich einzugehen. Wer möchte, kann mir auch Fragen per E-Mail stellen (heidemarie.unterreiner@parlament.gv.at), die ich dann gerne beantworten werde.

musiol_diegrünen> wünsche euch eine schöne zeit. hat mir spass gemacht. jetzt wende ich mich dem ausschuss und dem sicherheitspolizeigesetz zu - auch ein spannendes thema.

moderatorin> Wir schließen den Chat in zwei Minuten!

musiol_diegrünen> und schickt ein bisschen sonne rüber, kärnten ! 😊

hs_althofen1> Vielleicht sehen wir uns ja, da wir von 19. Dezember bis 23. Dezember nach Wien fahren und auch das Parlament besuchen. 😊

hs_vwb1> Wir fahren im April..

musiol_diegrünen> ja meldet euch - daniela.musiol@gruene.at sobald ihr wisst wann ihr im parlament seid - vielleicht geht sich was aus.

kuzdas_spö> dann wünsche ich euch viel spass bei der führung durch das hohe haus...





unterreiner_fpö> Ich wünsche Euch allen eine schöne Weihnachtszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest, ein gutes neues Jahr - und ganz wichtig: schöne Ferien.

hs_vwb1> ebenfalls schöne weihnachten

hs_althofen1> Schöne Weihnachten. 🇪🇺 Danke auch der Moderation.

moderatorin2> Danke an alle und liebe Grüße aus dem Kinderbüro der Universität Wien



Text 10:



Mag. Dr. Matthias Strolz

Welches ist Ihr Lieblingsgericht/Liebingsgetränk?

Nudeln / Wasser oder ein kühles Coca-Cola (je nachdem, was mich gerade mehr anmacht)

Welches ist Ihr Lieblingstier?

Steinbock

Welches ist Ihr liebstes Reiseziel?

Huch, da gibt es viele. Ich liebe die Berge, die Wälder, das Meer, meine erste Heimat Vorarlberg, den Wienerwald, trage Irland in meinem Herzen (hab ein Jahr dort studiert und warte seit damals auf Rückkehr), bin fasziniert von Südostasien, will mich endlich mal genauer in Südamerika umschauen, war noch nie in Australien ... und kenne noch nicht einmal alle Straßenzüge im Umfeld von 15 Minuten von meinem Wiener Zuhause. Und manchmal wird selbst ein Ausflug in unseren kleinen Garten zu einer Expedition. Überall wartet Faszinierendes, wartet Unbekanntes, wartet Lebendigkeit.

Welche Hobbies haben Sie?

die Welt, die Menschen erkunden; Natur; Bewegung; Bikram-Yoga; Berge; Reisen; Spirituelles

Wer ist Ihr Vorbild?

Ich habe kein unmittelbares Vorbild. Und ich habe von vielen Menschen gelernt. Von meinen Eltern und Großeltern, meinen Geschwistern, meinen Freund_innen, meiner Frau und meinen früheren Partnerinnen, meinen Lehrer_innen, meinen Arbeitskolleg_innen, meine Weggefährten in den vielen Initiativen, Körperschaften und Vereinen, in denen ich engagiert war ... Ich finde den Lebenslauf und die Bücher meines Urgroßvaters Franz Michael Felder sehr inspirierend, eine Wucht ... Und so sind kraftvolle Bilder entstanden, die mich geleitet haben und leiten.

Was mochten Sie in der Schule am liebsten?

wenn wir gemeinsam etwas unternommen haben - Projekte, Schulausflüge, Exkursionen ...

Was konnten Sie in der Schule gar nicht leiden?

Die Enge, die ich vor allem dann Richtung Matura gespürt habe. Zuviel Zwang.

Was hat Sie zur Politik gebracht?

Ich liebe Politik. Das hat mich immer schon fasziniert - zum Beispiel auch als Klassensprecher und als Schulsprecher. Mich fasziniert, wie wir Menschen miteinander tun und ich möchte dabei auch mitgestalten.

Was würden Sie gerne über Ihren politischen Werdegang mitteilen?

Politik ist der Ort, wo wir uns ausmachen, wie wir miteinander leben. Dieser Ort hat mich immer schon fasziniert. Nun bin ich mitten drinnen und versuche mein Bestes zu geben.

Welche Eigenschaft braucht man unbedingt als Politiker/in?

Ich glaube, da gibt es viele unterschiedliche Zugänge. Ich finde für mich wichtig und hilfreich, dass ich eine Mission spüre. Die Motivation für Politik sollte aus einem inneren Ort kommen. Es soll ein echtes Wollen sein - mit dem Kopf und dem Herzen. Ich will Lebendigkeit in die Welt bringen, ich will dass wir allen Kindern die Flügel heben (und dafür müssen wir die Kindergärten und Schulen anders & besser gestalten), ich will Positives in den Ort Politik bringen. Good vibrations für die Politik; negative Schwingungen gibt es schon genug hier.

Was würden Sie gerne noch mitteilen?



Text 11:



Hallo,

schön, dass du mich hier im Kinder-Ministerium besuchst! Ich bin Manuela Schwesig, deine Ministerin. Eigentlich bin ich die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zugegeben, ein sehr langer Name und ziemlich kompliziert. Aber du kannst sehen, wofür ich zuständig bin. Als Bundesfamilienministerin kümmere ich mich um Familien, um ältere Menschen, um Jugendliche, aber vor allem um euch Kinder. Deshalb bin ich eure Kinderministerin. Ich möchte, dass es dir und vor allem allen Kindern in Deutschland gut geht, dass alle gesund und wohl behütet aufwachsen können.

Gemeinsam mit den KIMIs kannst du hier im Kinder-Ministerium einiges erleben. Zum Beispiel über meinen Alltag und über meine Aufgaben. Ganz wichtig sind die Rechte für Kinder. Warum es eigene Rechte für Kinder gibt und welche das sind, das kannst du in unserem Beitrag „Kinder haben Rechte“ entdecken. Und es gibt auch einen anderen spannenden Beitrag: „Sicher Surfen“. Hier kannst du schauen wie du das Internet nutzen kannst und was es dabei zu beachten gibt. Gute und sichere Online-Angebote für Kinder sind mir wichtig.

Es ist toll, dass du mich hier besuchst und ich wünsche dir ganz viel Spaß im Kinder-Ministerium!

Deine Manuela Schwesig



Audioversion der Ministerin anhören

Manuela Schwesig beantwortet eure Fragen!

Beim großen Familienfest, dem Tag der offenen Tür im Bundesfamilienministerium, hat sich Ministerin Manuela Schwesig euren Fragen gestellt. Sechs Kinderreporter haben sie mit Fragen gelöchert und dabei auch die fünf Fragen gestellt, für die ihr in den vergangenen Wochen fleißig online abgestimmt habt. Alle, die beim Tag der offenen Tür in Berlin nicht dabei sein konnten, können die Antworten der Ministerin in ihrer Videobotschaft anschauen.



**Steckbrief:
Erfahre
mehr über
mich!**



Manuela Schwesig im ZDF logo! Interview



Manuela Schwesig stellt sich den Fragen von Kinderreporter Lukas von den ZDF logo!

Kindernachrichten. Zum Interview geht es hier.



Aufgaben des





Zur Revolution in Ägypten: Sind wir immer die Guten?

VON [Redaktion KinderZEIT](#) 3. FEBRUAR 2011 UM 15:35 UHR



Ein Demonstrant in Jordanien/ Foto: AFP/ Khalil Mazraawi

Wir, das sind die Menschen in der sogenannten westlichen Welt. Die ihre Regierung selbst wählen dürfen. Die ihre Meinung frei sagen dürfen, ohne dafür bestraft zu werden, wenn das, was gesagt wurde, den Regierenden nicht passt. Wir, die westeuropäischen Länder und Nordamerika, leben dem Rest der Welt gerne vor, wie

der perfekte Staat aussieht. Ein Staat, in dem allen geholfen wird, die in Not sind. In dem es Krankenhäuser, Ärzte, Schulen und ein funktionierendes Verkehrssystem gibt. Länder, in denen niemand verhungern muss. Und in denen alle Menschen die gleichen Rechte – und natürlich auch Pflichten! – haben.

Als vor 21 Jahren die Menschen in Osteuropa gegen ihre Regierungen protestierten, änderte sich innerhalb weniger Monate die politische Landkarte Europas und das Leben von Millionen Menschen. Nicht nur, dass aus zwei Deutschlands nach einer friedlichen Revolution wieder ein Land wurde. Auch in Prag demonstrierten die Menschen gegen die Regierung – und gewannen. Heute nennen die Prager diesen Sturz der alten Regierung die “samtene Revolution”. Die Menschen demonstrierten damals vor allem für mehr Freiheit und mehr Rechte. Für freie und echte Wahlen, Meinungs- und auch Reisefreiheit.

Was nun in Ägypten passiert, hat mit einer sanften, samtenen, friedlichen Revolution leider nichts mehr zu tun. Da kämpfen Anhänger der alten Regierung gegen Menschen, die gegen die alte Regierung und für neue, freie Wahlen demonstrieren. Und in den angrenzenden arabischen Ländern passiert das gleiche. Menschen demonstrieren im Jemen, in Jordanien, in Algerien und in Syrien für mehr Rechte, mehr persönliche Freiheit und gegen die Staatschefs, die zum Teil schon seit Jahrzehnten regieren.

Und was tun die Regierungen der westlichen Länder? Der Länder, die zum Beispiel bei Gesprächen mit Politikern aus China immer wieder betonen, wie wichtig die Menschenrechte sind? Die westlichen Politiker haben sich in den letzten Jahren mit Kritik an den Machthabern in der arabischen Welt immer sehr

zurückgehalten. Denn das, was die – vom Volk nicht gemochten Regierungen – uns Westlern garantieren konnten, war Ruhe.

Keine Baustellen und Probleme in der arabischen Welt heißt für unsere Regierungen: Der Suezkanal, ein Wasserweg, der den Indischen Ozean und das Mittelmeer verbindet, kann immer problemlos befahren werden. Das ist wichtig für unsere Wirtschaft.

Und Ruhe in Arabien bedeutete für unsere Regierungen auch: Keiner der Staaten wagt es, etwas gegen den Staat Israel zu unternehmen. Das ist auch wichtig. Für die Israelis, damit sie einigermaßen sicher, eingekesselt von Nachbarstaaten, die einen anderen Glauben haben, leben können. Und für uns, denn wir sind mit Israel verbündet und haben den Israelis Hilfe und Unterstützung versprochen.

Außerdem garantierten die Machthaber in den arabischen Ländern dafür, dass Menschen, die ihren Glauben, den Islam und seine Gesetze, zur Grundlage eines Staates machen wollen, nicht zu viel Macht bekommen. Islamismus heißt das, wenn Menschen, die an den Propheten Mohammed und die von ihm erlassenen Gesetz glauben, auf alle Lebensbereiche ausdehnen wollen.

Und diese drei Punkte – Sicherheit des Suezkanals, Frieden für Israel und Vermeidung des Islamismus – sind für unsere Regierungen und uns so wichtig, dass wir viele Jahre nichts gegen die Machthaber in den arabischen Ländern gesagt haben.

Auch wenn eigentlich klar war, dass es nicht gut sein kann, wenn ein Herrscher seit über 30 Jahren regiert. Und die Auszählung der Wahlen fälscht, damit er auf keinen Fall abgewählt wird. Die

westlichen Regierungen haben die Augen zugemacht, wenn bekannt wurde, dass in den Gefängnissen in Ägypten Menschen von den Wärtern und Polizisten böse Verletzungen zugefügt wurden, als Bestrafung für die Dinge, die sie offen gesagt haben.

Die Menschen in den arabischen Ländern demonstrieren im Moment für genau die gleichen Dinge, wie die Menschen in den osteuropäischen Ländern vor rund 20 Jahren. Damals fanden das alle westlichen Länder und vor allem die USA ganz toll. Da hatten sie aber auch nicht so viel Angst davor, was passieren könnte, wenn andere Leute an die Macht kommen.

Sind wir also immer die Guten, die der Welt vorleben, wie man am besten einen Staat organisiert und ein Volk regiert? Dann wäre es an der Zeit zu sagen, dass es auch für die Menschen in den arabischen Ländern nur gerecht ist, wenn sie ihre nächste Regierung frei wählen dürfen und genauso viele Rechte haben, wie die Menschen bei uns.

Denn: Vielleicht wird alles gar nicht so schlimm. Vielleicht schaffen es die Menschen in den arabischen Ländern, neue Regierungen zu wählen, die verantwortungsbewusst mit der großen Macht und den Menschen umgehen. Das haben unsere Nachbarn in den osteuropäischen Ländern auch geschafft.

Sandra-Valeska Bruhns



TOPIC

das junge Magazin

- Putin, wer sonst?
- Alles neu in Bratislava
- Der Gorilla, ein naher Verwandter
- Kindermisshandlung verjährt

AUSGABE 4 • MÄRZ 2012

Putin, wer sonst?



Wladimir Putin legt seine Gegner nicht nur beim Judo erfolgreich aufs Kreuz

Picturedesk (2)

Wladimir Putin ist wieder russischer Präsident. Er konnte die Wahlen in dieses Amt gar nicht verlieren.

In seiner Jugend war Wladimir Putin Leningrader Meister im Judo. Er besitzt in diesem Sport den „schwarzen Gürtel“. Bis heute führt er gerne vor, wie er seine Gegner mit einem geschickten Wurf aufs Kreuz legt.

Das gelingt ihm auch in der Politik: Am 4. März wurde er zum dritten Mal mit großer Mehrheit zum Präsidenten Russlands gewählt. Seine politischen Gegner hatten nicht die geringste Chance gegen ihn.

Internationale Beobachter sind allerdings der Ansicht, dass die Wahl in mehrfacher Hinsicht nicht fair verlaufen ist.

Erstens wurde ganz gewöhnlich geschwindelt und gefälscht: Wähler wurden mit Autobussen von einem Wahllokal zum anderen gebracht und gaben ihre Stimme gleich mehrmals ab. Auch beim Auszählen wur-

de Putin immer wieder begünstigt: Es wurden mehr Stimmen für ihn eingetragen, als er erhalten hatte.

Trotzdem hätte Putin die Wahlen höchstwahrscheinlich auch ohne solchen Wahlbetrug gewonnen – nur nicht so hoch.

OHNE FERNSEHEN – OHNE CHANCE

Der entscheidende Vorwurf der internationalen Beobachter betrifft nicht den Wahlvorgang selbst, sondern die politischen Zustände, unter denen die Wahlen stattgefunden haben:

- Wer gegen Putin antreten wollte, musste vorher gigantische zwei Millionen unterschriebene „Unterstützungserklärungen“ gesammelt haben. Und dann haben Putin-treue Beamten auch noch an der Echtheit der Unterschriften gezweifelt, wenn es ein Konkurrent mit gewissen Chancen war.

Schon an dieser Hürde sind etliche Gegner Putins gescheitert.

- Vor allem aber hat Putin in den vielen Jahren, die er nun schon Russlands „starker Mann“ ist, dafür gesorgt, dass es nur Fernsehstationen gibt, die ihn in ihren Sendungen loben und feiern.

Der frühere Milliardär Michail Chodorkowski, der einen Fernsehsender und Zeitungen finanzierte, die Putin kritisierten, sitzt wegen angeblichen Betrugs und Steuerhinterziehung im Gefängnis.

Putins Konkurrenten bei der Präsidentenwahl sind daher im russischen Fernsehen und in den russischen Zei-



Putin-Kritiker Michail Chodorkowski muss nach Sibirien

tungen kaum vorgekommen – damit hatten sie in diesem riesigen Land gegen ihn keine Chance.

Wo sie nicht persönlich hinkamen, kannte man nicht einmal ihre Namen.

Auch Massenproteste in den großen Städten haben daran nicht viel geändert.

Damit Wahlen fair sind, genügt es nicht, dass jeder einen Stimmzettel in eine Urne werfen darf, sondern es muss auch jeder halbwegs gleiche Chancen haben, für sich und seine Ideen zu werben.

Angriffe auf IS in Syrien

=====

Ein Beitrag der Kategorie: Nachrichten für Kinder

In Syrien haben die USA und einige arabische Staaten Terroristen des Islamischen Staats aus der Luft angegriffen.

Noch immer fliehen Menschen aus Syrien in die Türkei. Sie haben Angst vor den Terroristen des IS – das ist eine Abkürzung und bedeutet Islamischer Staat. Die Terroristen haben Dörfer und Städte besetzt und töten Menschen, die nicht so leben wollen, wie sie es bestimmen.

Luftangriffe in Syrien

Nun haben Soldaten der USA und auch Soldaten einiger arabischer Länder zum ersten Mal die Terroristen in Syrien aus der Luft angegriffen. Und zwar mit Drohnen – das sind fliegende ferngesteuerte Flugzeuge mit Waffen, aber ohne Piloten – außerdem mit Kampfjets und Raketen. Bisher wurden nur Ziele im Irak aus der Luft angegriffen. Vor allem die Stadt Rakka, wo die Terrorgruppe Islamischer Staat eines ihrer Hauptquartiere hat, wurde bombardiert.

Stand: 23.09.2014, 14:05

Adresse: <http://www.kiraka.de/spielen-und-hoeren/wissen/geschichte/beitrag/b/angriffe-auf-is-in-syrien/>

© WDR 2014



© Parlamentsdirektion / WILKE

Zur 1000. Auflage der Zeitung der Demokratiewerkstatt gratuliere ich ganz herzlich. Seit sieben Jahren nun bringt das Team der Demokratiewerkstatt tausenden jungen BürgerInnen politische Partizipation auf unterhaltsame und realitätsnahe Weise näher. Mit diesem Angebot zur Förderung des Demokratieverständnisses von jungen Menschen sind wir Vorbild für andere Länder, worauf wir gemeinsam stolz sein können. Mindestens so stolz macht es uns, wenn es euch, den TeilnehmerInnen, bei uns in der Demokratiewerkstatt gefallen hat – ich glaube, das lässt sich am tollen Ergebnis dieser Zeitungsausgabe ablesen. Gut gemacht!

Nationalratspräsidentin
Barbara Prammer

WER MITMACHT ENTSCHEIDET: DIE EU-WAHL

Vinzenz (10), Valentina (10), Andrea (9), Valentin (9) und Melina (9)



Am 25. Mai wurde das EU-Parlament gewählt. An der EU-Wahl sind alle 28 Länder beteiligt. Wir haben mitbekommen, dass unsere Eltern wählen waren. Was solche Wahlen für uns EU-BürgerInnen bedeuten, könnt ihr hier erfahren.

In Österreich darf man ab 16 Jahren wählen. Das gilt genauso bei der EU-Wahl. Wie wir herausgefunden haben, sind in den letzten Jahren leider nicht so viele Menschen zur Wahl gegangen. In Österreich waren es weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten. Das ist schade, weil sie dadurch auf ihre Stimme

verzichtet haben. Wir finden es wichtig, wählen zu gehen, weil man so in Europa mitentscheiden kann. Durch seine Stimme kann man beeinflussen, wer einen bei Entscheidungen vertritt. Wer mitentscheidet, kann Europa verändern.

Eine Wahl - viele WählerInnen

Bei der EU-Wahl darf jedes Land mitmachen. Insgesamt waren es diesmal ca. 400 Mio. Wahlberechtigte. Wie die Wahl abläuft, ist in jedem Land ein bisschen anders. Zum Beispiel ist das Wahlalter unterschiedlich. Was aber bei allen unter anderem gleich ist, ist, dass die Stimme geheim abgegeben wird und jede Stimme gleich viel zählt. Wir haben ein Interview mit unserem Gast, Paul Schmidt, geführt. Er hat uns einiges Interessantes über die Europawahl erzählt.

Er findet es gut, dass man ab 16 in Österreich wählen darf, weil er meint, dass man mit 16 schon

Verantwortung übernehmen kann. Herr Schmidt findet es sehr wichtig, dass man wählt. Wer mitentscheiden will, muss wählen gehen. Wenn man etwas kritisieren will, muss man seine Stimme erheben. Er findet es schade, dass eher wenige Menschen die Chance, zur Wahl zu gehen, genutzt haben.

Was wir euch jetzt noch unbedingt sagen wollen: Es ist sehr wichtig, in einem Land oder in der EU mitzureden. Wenn man alt genug ist, dann kann man das bei Wahlen. Wir sollten uns daran beteiligen, besonders deshalb, weil in der EU und in unserem Land Dinge beschlossen werden, die uns alle betreffen!

EU-Wahl-Comic: Ein Italiener und ein Österreicher treffen sich vor der EU-Wahl.



Text 16: WAHLEN IN HANISAU LAND





Da Regieren Arbeit macht, war keiner bereit, sich für ein **Amt** zur Verfügung zu stellen. Also beschlossen die drei Alten einfach, Bärbel, Rainer und Egon zu **Kandidaten** zu machen, da die ja gerade unterwegs waren und nicht widersprechen konnten.



Während die drei Alten den Wahlkampf ankurbeln, schlagen sich die drei "Spitzenkandidaten" mühsam nach Hause durch.





BAD NILSTEINER BOTE

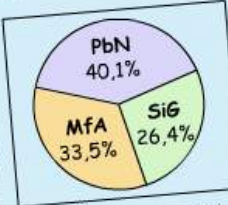
Montag, 23 September 2002

Die Wahlschlacht ist geschlagen !

Jubelnde Nilos zogen durch die Straßen ihrer neuen Hauptstadt.

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 40,1 Prozent trug die Partei »Partei badender Nilos« den Sieg davon. Auf die beiden anderen Parteien entfielen 59,9 Prozent der Stimmen, davon 33,5 Prozent auf die Partei »Möhren für Alle« und auf die Partei »Schweine im Glück« 26,4 Prozent.

Die neue Kanzlerin bedankte sich in einer Rede bei allen Wählerinnen und Wählern und lädt in den nächsten Tagen zu einem gemeinsamen Freundschaftsbad ein.



Rainer Renner reagiert verschnupft. Er und seine Partei bedanken sich für das in sie gesetzte Vertrauen bei ihren Wählerinnen und Wählern, sind aber stinksauer. Von den Wildschweinen war bisher noch keine Stellungnahme zu erhalten.



... in English

Suche:



A B C D E F G H I J K L M N O P Q R S T U V W X Y Z



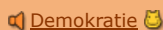
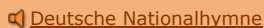
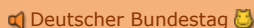
Begriffe vorschlagen



Eure aktuellen Fragen...



Die Redaktion spricht

[Datenschutz](#)[DAX](#)[DDR](#)[Deflation](#)[Delegation](#)[Demagogie](#)[Demografie](#)[Demokratie](#)[Demonstration](#)[Demontage](#)[Demoskopie](#)[Denkmal / Ehrenmal / Mahnmal /](#)[Gedenkstätte](#)[Denunziation](#)[Depression](#)[Deregulierung](#)[Despot](#)[Deutsche Bundesbank](#)[Deutsche Nationalhymne](#)[Deutscher Bundestag](#)[Deutscher Kinderschutzbund \(DKSB\)](#)[Deutsches Kinderhilfswerk](#)[Devisenkurs](#)[Diaspora](#)[Diäten](#)[Dienstleistung](#)[Diffamieren](#)[Diktatur](#)[Diplomatie / Diplomat/in](#)[Direktmandat](#)[Diskriminierung](#)[Dividende](#)[Doktorarbeit](#)[Doktrin](#)[Dritte Welt](#)[Drogen](#)[Durchlaucht](#)[Durchsuchungsbeschluss](#)[Dynastie](#)

Delegation

In eurer Klasse ist es wegen des Lärms von draußen zu laut. Ihr könnt euch nicht konzentrieren. Weil der Lehrer das nicht so sieht, soll das Problem der Schulleitung vorgetragen werden. Da ihr nicht alle zum Direktorzimmer laufen könnt, wählt ihr zwei Schülerinnen aus, die das stellvertretend für die ganze Klasse machen sollen. Ihr übertragst, delegiert also diese Aufgabe an die beiden Schülerinnen. Sie sind damit eure Abgesandten, die "Delegierten". Ihr hofft, dass sie die Aufgabe in eurem Sinne lösen können. Die beiden Schülerinnen bilden eine Delegation, die das Recht hat, für alle Schüler eurer Klasse zu sprechen. Der Begriff kommt aus dem Lateinischen und heißt "Abordnung". Auch Staaten entsenden Delegierte zu Konferenzen und Tagungen, damit diese dort die Interessen ihres Landes vertreten oder auch Verhandlungen führen.

Gerd Schneider / Christiane Toyka-Seid

Noch Fragen?

Wenn du noch Fragen zu **diesem** Lexikon-Eintrag hast, kannst du sie hier stellen. Schreib deine Frage bitte in einen Satz. Stichworte reichen nicht aus.

Bevor du eine Frage stellst, lies auf jeden Fall **den Beitrag oben**. Oft steht da schon die Antwort auf deine Frage.

Schau auch erst nach, ob jemand anders nicht schon deine Frage gestellt hat und wir sie beantwortet haben.

Wir bemühen uns, die Fragen möglichst rasch zu bearbeiten. Manchmal aber müssen wir etwas länger überlegen, wie wir am besten antworten und das dauert dann etwas länger ;)

Frage:

Vorname:

☐ Junge ☐ Mädchen

Alter:

Bundesland:*)

 Bitte wählen

oder PLZ:*)

Frage abschicken

*) Angaben sind freiwillig

Kalender



24. September 2014

Umfrage



Welcher Stil der HanisauLand-Seite gefällt dir besser? Achte besonders auf Farbe und Schrift.



Zum Vergleichsbild

☐ Bild A

☐ Bild B

Kommentar:

Ich bin Jahre alt
☐ Junge

☐ Mädchen


Antwort abschicken

Trixomat



Trickfilme selbstgemacht



Spezial



Kinder malen Europa - Entdecke Europa in 750 Bildern!



Chat



Seitenstark-Chat für Kinder



Suche:



Begriffe vorschlagen



Eure aktuellen Fragen...



Die Redaktion spricht

[Datenschutz](#)
[DAX](#)
[DDR](#)
[Deflation](#)
[Delegation](#)
[Demagogie](#)
[Demografie](#)
[Demokratie](#)
[Demonstration](#)
[Demontage](#)
[Demoskopie](#)
[Denkmal / Ehrenmal / Mahnmal / Gedenkstätte](#)
[Denunziation](#)
[Depression](#)
[Deregulierung](#)
[Despot](#)
[Deutsche Bundesbank](#)
[Deutsche Nationalhymne](#)
[Deutscher Bundestag](#)
[Deutscher Kinderschutzbund \(DKSB\)](#)
[Deutsches Kinderhilfswerk](#)
[Devisenkurs](#)
[Diaspora](#)
[Diäten](#)
[Dienstleistung](#)
[Diffamieren](#)
[Diktatur](#)
[Diplomatie / Diplomatin](#)
[Direktmandat](#)
[Diskriminierung](#)
[Dividende](#)
[Doktorarbeit](#)
[Doktrin](#)
[Dritte Welt](#)
[Drogen](#)
[Durchlaucht](#)
[Durchsuchungsbeschluss](#)
[Dynastie](#)

A B C D E F G H I J K L M N O P Q R S T U V W X Y Z

Demokratie

... zu schwer?



Der Begriff kommt aus dem [Griechischen](#) und bedeutet "Herrschaft des [Volkes](#)". In [Deutschland](#) gibt es diese [Staatsform](#) seit 1949, zuvor gab es sie bereits einmal von 1918 bis 1933. Demokratie heißt: Alle Bürger und [Bürgerinnen](#) haben die gleichen Rechte und Pflichten. Über sie herrscht kein Kaiser, auch kein [König](#) und kein General. Alle Menschen dürfen frei ihre Meinung sagen, sich versammeln, sich informieren. Es gibt unterschiedliche [Parteien](#), die ihre Vorstellungen in sogenannten Parteiprogrammen kundtun. In einer Demokratie wählen die Bürger Personen und Parteien, von denen sie eine bestimmte Zeit lang regiert werden wollen. Und wenn die [Regierung](#) ihre Arbeit schlecht macht, kann das Volk bei der nächsten [Wahl](#) eine andere Regierung wählen.

In einer Demokratie muss alles, was der [Staat](#) tut, nach den Regeln der [Verfassung](#) und der geltenden [Gesetze](#) erfolgen. In Deutschland stehen diese Regeln im [Grundgesetz](#). Der demokratische Staat ist also immer auch ein [Rechtsstaat](#). In Deutschland gab es von 1949 bis 1990 einen zweiten deutschen Staat, die "Deutsche Demokratische Republik", abgekürzt [DDR](#). Obwohl im Staatsnamen der Begriff "Demokratie" vorkam, war die DDR aber keine Demokratie.

...in English



Gerd Schneider / Christiane Toyka-Seid

Dieser Artikel zum Hören

FAQ / Häufig gestellte Fragen

(Frequently Asked Questions - das ist die englische Übersetzung von "häufig gestellte Fragen")

Farhad, 17

Wie sicher ist die Demokratie ?

Antwort der Redaktion:

Hallo Farhad, unsere heutige Demokratie ist relativ stabil. Das liegt auch daran, dass die Verfasserinnen und Verfasser des [Grundgesetzes](#) nach dem [Zweiten Weltkrieg](#) versucht haben, die richtigen Lehren aus den Fehlern der [Weimarer Verfassung](#) zu ziehen und diese beim Schreiben des Grundgesetzes zu berücksichtigen. Mit am wichtigsten ist dabei sicher, dass mit dem Grundgesetz Verfassungsänderungen erschwert wurden. Dafür ist heute nämlich eine Zweidrittelmehrheit des [Parlaments](#) notwendig. Und wer heute die Demokratie abschaffen will, macht sich strafbar. [Politische Parteien](#), die offen gegen die Demokratie sind, laufen deshalb immer Gefahr, verboten zu werden. Das heißt aber natürlich nicht, dass es nicht Menschen in [Deutschland](#) gibt, die genau das versuchen. Sie wollen nicht unbedingt immer die Demokratie als Staatsform abschaffen.



... in English

Kalender



6. Oktober 2014

Umfrage



Welcher Stil der HanisauLand-Seite gefällt dir besser? Achte besonders auf Farbe und Schrift.



Zum Vergleichsbild

☐ Bild A

☐ Bild B

Kommentar:

Ich bin Jahre alt
☐ Junge

☐ Mädchen


Antwort abschicken

Trixomat



Trickfilme selbstgemacht



Spezial



Kinder malen Europa - Entdecke Europa in 750 Bildern!



Chat



Seitenstark-Chat für Kinder



Eine Wahl - viele WählerInnen

Bei der EU-Wahl darf jedes Land mitmachen. Insgesamt waren es diesmal ca. 400 Mio. Wahlberechtigte. Wie die Wahl abläuft, ist in jedem Land ein bisschen anders. Zum Beispiel ist das Wahlalter unterschiedlich. Was aber bei allen unter anderem gleich ist, ist, dass die Stimme geheim abgegeben wird und jede Stimme gleich viel zählt. Wir haben ein Interview mit unserem Gast, Paul Schmidt, geführt. Er hat uns einiges Interessantes über die Europawahl erzählt.

Er findet es gut, dass man ab 16 in Österreich wählen darf, weil er meint, dass man mit 16 schon

Verantwortung übernehmen kann. Herr Schmidt findet es sehr wichtig, dass man wählt. Wer mitentscheiden will, muss wählen gehen. Wenn man etwas kritisieren will, muss man seine Stimme erheben. Er findet es schade, dass eher wenige Menschen die Chance, zur Wahl zu gehen, genutzt haben.

Was wir euch jetzt noch unbedingt sagen wollen: Es ist sehr wichtig, in einem Land oder in der EU mitzureden. Wenn man alt genug ist, dann kann man das bei Wahlen. Wir sollten uns daran beteiligen, besonders deshalb, weil in der EU und in unserem Land Dinge beschlossen werden, die uns alle betreffen!

EU-Wahl-Comic: Ein Italiener und ein Österreicher treffen sich vor der EU-Wahl.



Text 20:

Pallas Athene am Vorplatz des Parlaments soll als Göttin der Weisheit die zeitlose Gültigkeit der Demokratie symbolisieren

Demokratiewerkstatt

Neben dem Gebäude des österreichischen Parlaments auf der Wiener Ringstraße befindet sich im Palais Epstein die Demokratiewerkstatt für Kinder und Jugendliche zwischen 8 und 14 Jahren. Dort kann man an verschiedenen Workshops teilnehmen und erfahren, wie Mitgestalten, [Demokratie](#) und die Arbeit mit [Medien](#) funktionieren. Auf der Website der Demokratiewerkstatt wird außerdem ein virtueller Rundgang durch das Parlament angeboten.

www.demokratiewerkstatt.at

Jugendparlament

Jedes halbe Jahr findet in Wien ein Jugendparlament statt. Dazu werden Jugendliche der 9. Schulstufe aus dem Bundesland eingeladen, das gerade dem [Bundesrat](#) vorsitzt. Einen Tag lang übernehmen die Schüler und Schülerinnen die Aufgaben eines Politikers oder einer Politikerin. Und zwar genau an den Orten, an denen normalerweise Abgeordnete einen Teil ihrer politischen Arbeit machen.

www.reininsparlament.at

Parlament

Das Parlament ist der Sitz der [Legislative](#), im Parlament werden also [Gesetze](#) beschlossen. Die [Abgeordneten](#) eines Parlaments werden entweder direkt gewählt oder von Parteien je nach [Mandatsstärke](#) in die Parlamente entsandt.

In **Österreich** besteht das Parlament aus zwei Kammern, dem [Nationalrat](#) und dem [Bundesrat](#). In den **USA** heißt das Parlament Kongress (die beiden Kammern sind der Senat und das Repräsentantenhaus). In **Italien** gibt es die Abgeordnetenkammer und den Senat, in **Deutschland** Bundestag und Bundesrat, in **Russland** Föderationsrat und Duma und in **Polen** Senat und Sejm. Das Parlament in **Israel** ist die Knesset (Israel hat – wie Dänemark – nur eine Kammer). Neben der Aufgabe, Gesetze zu beschließen, hat das Parlament in vielen Ländern zudem die Aufgabe, die Regierung zu bilden und zu unterstützen. Das Parlament kann der Regierung in solchen Fällen meist auch das Misstrauen aussprechen, es erfüllt damit nicht zuletzt eine wichtige Kontrollfunktion.



Volksbegehren

Hat die Bevölkerung ein bestimmtes Anliegen und glaubt, dass die gewählten VolksvertreterInnen sich um diese Sache zu wenig kümmern, kann sie sich mit Hilfe eines Volksbegehrens an den [Nationalrat](#) wenden. Dafür müssen aber mindestens 100.000 Unterschriften von wahlberechtigten BürgerInnen gesammelt werden. Einfacher ist es, eine Bürgerinitiative zu starten oder eine [Petition](#) zu formulieren. Das ist aber natürlich weniger öffentlichkeitswirksam als ein [Volksbegehren](#), über das in den Medien immer ausführlich berichtet wird. In Österreich hat es bisher 31 [Volksbegehren](#) gegeben.

[zurück](#)

[alle Einträge anzeigen](#)

<http://www.demokratiewebstatt.at/http://www.demokratiewebstatt.at/einzeldarstellung-demokratie-lexikon/>

gedruckt am: Mittwoch, 24. September 2014



Text 22:

EIN TAG IN DER EU

Lana (9), Raffael (10), Clemens (9), Marcus (10) und Theo (10)

In unserer Geschichte seht ihr, was die EU für dich tut, und was sie mit dir zu tun hat. Ihr werdet überrascht sein, wie viel das ist.

Tom steht am Morgen auf. Er hat einen anstrengenden Tag vor sich. Er überlegt sich bereits, was er alles am Tag zu erledigen hat. Ihm ist noch gar nicht bewusst, dass viele Sachen mit der Europäischen Union zu tun haben.



Danach geht Tom ein Ticket kaufen, damit er mit der U-Bahn zum Spielzeuggeschäft kommt. Das Ticket zahlt er mit Euro. Das ist die Währung in vielen EU-Mitgliedsstaaten.



Dann geht Tom in der Donau baden. Das Wasser ist schön sauber. Tom fragt sich: „Warum ist es so rein?“ Die EU kümmert sich darum, dass das Wasser in den Flüssen, Seen und im Meer sauber bleibt.



Er geht frühstücken. Tom bemerkt, dass viele Sachen auf dem Ei stehen, zum Beispiel, dass es aus Italien kommt. Die Zahlen geben an, ob das Ei bio ist oder ob es von Hühnern, die in Käfigen leben, kommt.



Dort trifft Tom seine Freundin Cara, die gerade Spielzeug für ihren Bruder kauft. Er sieht, dass auf jedem Spielgerät ein CE-Zeichen gedruckt ist. Das Zeichen ist von der EU und zeigt, dass es keine giftigen Stoffe im Spielzeug gibt.



Als er zu Hause ist, geht er schlafen. Er ist müde, weil er einen sehr lustigen und anstrengenden Tag hinter sich hat.



Text 23:

HANISAU LAND

Politik für dich



Bundeszentrale für politische Bildung



Home

Comic

Lexikon

Spezial

Spiele

Bücher

Filme

Kalender

Info

Post

Eltern

Schule



... in English

Suche:



Eure Meinung



alle Folgen



Spezial-Folgen



Themen



Englische Folgen



zum Hören



zum Vorlesen



Museum



Wer ist Wer?



Hymne



Making Of



Wie alles begann



Landkarte HanisauLand



Trixomat - Trickfilme selbstgemacht



Rezepte aus dem HanisauLand



Hymne als Handy-Klingelton

Folge 1: Die Friedenssuppe

Die grauen Wolken des Krieges hängen noch schwer über dem zerstörten Marktplatz von Bad Nilstein. Hasen, Nilpferde und Wildsauen haben lange gegeneinander gekämpft, aber nun scheinen die Waffen zu ruhen.

Bärbel, so heißt das Nilpferd mit dem suppentopfgroßen Helm, verbindet Egon dem Wildschwein eine kleine Wunde am Arm, dann ruft sie einem Hasen, der hinter einem Baum in Deckung gegangen ist, zu:

"Kannst rauskommen, der Krieg ist vorbei!"

Der wedelt aber nur weiter mit seiner weißen Fahne und ruft zurück, dass er sich kampf- und kraftlos ergeben will.

"Komm schon", ruft Egon ihm zu und Bärbel versucht dem ängstlichen Kerl hinter dem Baum Mut zu machen:

"Außer uns ist keiner mehr da", beteuert sie.

Aber so ängstlich, wie die beiden meinen, ist der Hase, der übrigens Rainer heißt, gar nicht. Der tut nur so, schwenkt die weiße Fahne mit dem Fuß, hält aber ein Gewehr in den Händen und zielt auf Eber und Nilpferd.

"Wenn das eine von euren dämlichen Kriegslisten ist, dann ...", brüllt der Hase quer über den zertrümmerten Marktplatz und spannt seine Flinte.

Vielleicht ist Bärbel ja ein bisschen zu vertrauensselig. Sie springt auf, wirft ihr Gewehr weg, läuft auf den bewaffneten Rainer zu und versichert ihm, dass sie nix Böses im Schilde führen. Ja, sie schwört es sogar beim geflügelten Nilofanten. Plötzlich steht der Hase vor den beiden, blinzelt bedrohlich durch seine Brille, schielt über den Lauf seiner Waffe, und verkündet, dass Schwein und Nilpferd ab sofort Gefangene der siegreichen Armee des Gräfhatz seien. Der Gräfhatz, das ist der grässlichste Feldhase aller Zeiten und auf diesen Ehrentitel ist der elende Kriegstreiber auch noch stolz. Dabei ist er längst abgehauen, zumindest hat Egon das so gehört, auch die Schweine wurden bis gestern von einem grausamen Diktator regiert. Der nannte sich Gröaleb, der besonders Große, was natürlich nicht weniger als der größte Eber aller Zeiten bedeutet.

"Wie man hört", meint Bärbel, "ist der olle Triefrüssel aber kürzlich beim Suhlen ertrunken und mit dem König der Nilos ist auch kein Staat mehr zu machen, der soll Hals über Kopf ins Exil abgehauen sein".

Der arme Rainer starrt verlegen auf seine Flinte:

"Und was machen wir jetzt?" will er von den beiden wissen. Egon denkt erst mal ein bisschen nach, aber Bärbel findet, dass man es zur Abwechslung ja mal mit Frieden probieren könnte.

Und als an diesem Tage aus dem Abend die Nacht geworden ist, da sitzen die Gegner vom Morgen um Bärbels Stahlhelm, unter dem ein Feuer brennt und kochen nach all den Zeiten voller Not und Entbehrung eine gemeinsame Suppe.

Viel haben die Drei nicht mehr, aber sie legen das Wenige, was ihnen blieb zusammen und so wird aus Rainers letzten Möhren, Egons aufgesparten Notkartoffeln und aus Bärbels allerletztem Salzkrümel die beste Suppe seit dem Krieg. Zumindest Egon meint das und auch der Rainer schnuppert den leckeren Duft und denkt laut darüber nach, wie das denn wohl wäre, wenn sie in Zukunft alles gemeinsam machten.

"Na, dann wäre Frieden", seufzt Bärbel, die Nilpferddame und streicht ihren lila Back glatt.

Kalender



24. September 2014

Umfrage



Welcher Stil der HanisauLand-Seite gefällt dir besser? Achte besonders auf Farbe und Schrift.



Zum Vergleichsbild

☐ Bild A

☐ Bild B

Kommentar:

Ich bin Jahre alt

☐ Junge

☐ Mädchen



Antwort abschicken

Trixomat



Trickfilme selbstgemacht



Spezial



Kinder malen Europa - Entdecke Europa in 750 Bildern!



Chat



Seitenstark-Chat für Kinder



und streicht ihnen ins Gesicht.

"Ja, Frieden, aber das ist nur ein Traum."

Doch manchmal werden Träume wahr, na ja, zumindest ein bisschen.

Fast ein Jahr ist ins Land gegangen seit die drei auf dem zertrümmerten Marktplatz von Bad Nilstein die gemeinsame Friedenssuppe gekocht und sich gegenseitig feierlich versprochen haben, es doch einmal mit Frieden zu versuchen.

Nun, bis zum heutigen Tag hat das auch ganz prima geklappt.

Den Schutt, der von dem langen Krieg zurückgeblieben war, haben Hasen, Wildschweine und Nilpferde gemeinsam weggeräumt.

Mittlerweile üben sich die Tiere sogar ein wenig in Demokratie. Wichtig bei einer Demokratie ist, dass jeder erst mal sagen und vorschlagen kann, was er will. Manche sind dann für den Vorschlag, andere vielleicht dagegen. Heute steht nun ein Hase auf dem Marktplatz auf einem Podest, hat eine Karte der nun vereinigten drei Länder aufgehängt und erläutert seinen mehr oder weniger gespannt zuhörenden Mitbürgern die Pläne der Hasen. Leider haben die, wie immer, nur eine Sache im Kopf.

..."und deshalb schlagen wir Hasen vor, unsere unter dem Namen HanisauLand vereinigten Länder Hasien, Nilopotamien und Sauland total mit Möhren zu bepflanzen!" "Bravo," schreien die Hasen los und "Schaffen, Bauen, Möhren kauen!"

Das passt den Wildschweinen nicht.

Die wollen: "Keine Möhren zwischen unseren Föhren."

Außerdem "Möhrenfreie Wälder für möhrenfreie Sauen!"

Die Nilos glauben sofort, dass man ihnen das Wasser abgraben will. Da sind sie natürlich ganz besonders empfindlich.

"Alles blöde Nichtschwimmer! Haut die Hasen in die Pfanne!" rufen die Militanten unter ihnen, und schon ist nach einem kurzen Friedensjahr die wildeste Keilerei im Gange.

Die Nilos versuchen ihre Gegner platt zu sitzen, die Hasen pieksen die Wildschweine und die Nilpferde mit angespitzten Möhren und ein besonders starkes Schwein wirft einen Hasen mit dem Ruf "Karnickel raus" einfach in die Luft.

"Wer nicht Möhren will, muss fühlen," brüllt ein aufgebrachter Hase und haut einem armen Nilo seine Möhre auf die Schnute.

Auf dem Markplatz von Nilstein geht es mal wieder drunter und drüber. Nur drei stehen am Rande des Platzes und schauen sich nachdenklich an. Es sind Bärbel, Egon und Rainer.

"Wenn das so weitergeht, haben wir demnächst wieder einen hübschen kleinen Krieg," denken die Drei und machen ziemlich traurige Gesichter.

Wenn es doch nur jemanden gäbe, den man fragen könnte, wie das mit der Demokratie und dem Frieden funktioniert. Da erinnert sich Bärbel, dass vor dem letzten Krieg ein altes Walross bei ihnen lebte, dass man bei Streitigkeiten um Rat fragen konnte. Es ist gleich nach Beginn des letzten Krieges spurlos verschwunden.

Spurlos? Wohl doch nicht so ganz. Egon scheint zu wissen, wo es geblieben ist.

"Es lebt jetzt da, wo Sauland ans Meer grenzt," meint er, und er berichtet, dass der Weg dorthin so voller Gefahren sei, dass sich seit langem kein Schwein mehr hingetraut habe. Rainer nennt ihn einen Hasenfuß, so was lässt sich natürlich kein Schwein gerne sagen. Also brechen die drei Freunde noch am gleichen Abend auf, um den großen Schweiger zu suchen. Die Sonne geht schon unter, als sie die Stadt verlassen, aber das macht ihnen nichts aus. Es geht um den Frieden, und die Zeit drängt.

Nachrichten



BR-Kinderinsel:
Deutschland ist Weltmeister



Blinde Kuh: **Alles auf einen Blick**

Links



Werde Profi in Sachen Datenschutz mit dem Internet ABC!



Mach mit beim Klima-Quiz!



HanisauLand gehört zu den Kinderseiten von Seitenstark.



Staats- und Regierungsformen

Text 24:

Was ist was?

i

Das Wort Demokratie kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes“. Es gibt verschiedene demokratische Systeme (Modelle)... und auch undemokratische. Zwischen den demokratischen Modellen gibt es in der Praxis häufig „Mischformen“ (z.B. mit Elementen der direkten und der indirekten Demokratie)

»

Finde heraus, welcher der untenstehenden Begriffe jeweils beschrieben ist!

Bundesstaat ~ Diktatur ~ Rechtsstaat ~ Monarchie ~ Republik ~ Parlamentarische Demokratie ~ Direkte Demokratie ~ Absolute Monarchie ~ Präsidiale Demokratie ~ Polizeistaat ~ Repräsentative Demokratie ~ Konstitutionelle Monarchie

A) Der Begriff kommt aus dem Lateinischen und bedeutet übersetzt: die „öffentliche Sache“. Diese Staatsform ist gewissermaßen das „Gegenteil“ der Monarchie. An der Spitze steht ein gewähltes Staatsoberhaupt, z.B. eine Bundespräsidentin/ein Bundespräsident.

Republik

B) Eine Einzelperson oder eine Gruppe übt uneingeschränkt die Macht über das Volk und den Staat aus. Die demokratischen Rechte (z.B. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit) sind stark eingeschränkt oder abgeschafft. Es gibt nur eine oder gar keine Partei und keine Wahlen oder nur Scheinwahlen, die Bevölkerung hat kein Recht auf Mitgestaltung und Kontrolle und ist der Regierungsmacht gänzlich unterworfen. So können Interessen und Überzeugungen einiger weniger durchgesetzt werden, selbst wenn sie zu Lasten aller anderen gehen.

Diktatur

C) In dieser Staatsform geht die Macht vom Volk aus; das Volk übt diese Herrschaft meist jedoch nicht unmittelbar aus, sondern v.a. indirekt. Die Staatsgewalt wird von der Bevölkerung durch gesetzliche Wahlen auf Volksvertretungen (z.B. Parlament) übertragen. Alle wesentlichen Entscheidungen des Staates werden von den gewählten VertreterInnen des Volkes getroffen. Ist die Bevölkerung mit den Entscheidungen nicht zufrieden, kann sie die Abgeordneten bei der nächsten Wahl abwählen und sich für eine andere politische Richtung entscheiden.

Repräsentative Demokratie

C1) Ist eine „Unterform“ von Staatsform C (es gibt VertreterInnen des Volkes). In dieser „Unterform“ gibt es nicht getrennte Wahlen für Parlament und Regierung, sondern eine einzige Wahl (Nationalratswahl). Bestimmt sowohl über die Zusammensetzung des Parlaments als auch der Regierung.

Parlamentarische Demokratie

C2) Ist ebenfalls eine „Unterform“ von Staatsform C. Eine Besonderheit dieser „Unterform“ liegt jedoch darin, dass die Regierungschefin/der Regierungschef nicht von den Abgeordneten des Parlaments gewählt wird, sondern in einer eigenen Wahl.

Präsidiale Demokratie

D) Die Bevölkerung trifft unmittelbar die politischen Entscheidungen, und zwar in Form von Volksabstimmungen und Volksentscheiden.

Direkte Demokratie

E) Zusammenschluss mehrerer Staaten bzw. Bundesländer zu einem Gesamtstaat mit einer gemeinsamen Regierung

Bundesstaat

F) Das Staatsoberhaupt ist eine einzelne Person, die die Herrschaft ausübt, und zwar meist auf Lebenszeit. Diese Person ist entweder durch eine Wahl zu diesem Amt gekommen oder sie hat es geerbt.

Monarchie

F1) Ist eine „Unterform“ von Staatsform F (einzelne Person als HerrscherIn). In diesem Fall sind die Herrschaftsbefugnisse des Staatsoberhauptes uneingeschränkt (absolut).

Absolute Monarchie

F2) Ebenfalls eine „Unterform“ von Staatsform F. Sind die demokratischen Grundrechte garantiert und die Aufgaben und Kompetenzen des Staatsoberhauptes eingeschränkt, so ist es eine

Konstitutionelle Monarchie

G) Die Möglichkeiten, die der Staat hat, sind rechtlich festgeschrieben. Die allgemeinen Grund- und Freiheitsrechte jeder/jedes Einzelnen sind garantiert. BürgerInnen können ihre Rechte auch gegenüber dem Staat einklagen. Die Macht des Staates wird also durch Gesetze eingeschränkt, um die BürgerInnen vor staatlicher Willkür zu schützen.

Rechtsstaat

H) Staatsform, in der durch die Verwaltungsorgane (z.B. Polizei) eine starke Kontrolle über die StaatsbürgerInnen ausgeübt wird.

Polizeistaat



Folgende Beschreibungen treffen auf Österreich zu: (bitte Buchstaben einfügen):

A

C

C1

E

G



Überlege: Gibt es die direkte Demokratie auch in Österreich? Begründe deine Einschätzung!

Ja. Die Staatsform der parlamentarischen Demokratie ist zwar in erster Linie durch indirekte Formen der demokratischen Mitbestimmung bestimmt: Die Macht des Volkes wird auf „VertreterInnen“ übertragen, und die Gesetzgebung erfolgt durch diese gewählten Organe. Dieses System ist jedoch ergänzt durch direkt demokratische Mittel wie Volksabstimmung, Volksbegehren und Volksbefragung.

Nationalsozialismus und Judenverfolgung



Text 25:

- 1 In der Zeit von 1933 bis 1945 wurde das damalige Deutsche Reich
von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)
unter Führung Adolf Hitlers regiert. Die Nationalsozialisten hatten
die Demokratie abgeschafft und eine Diktatur geschaffen, in der
- 5 alles dem „Führer“ Adolf Hitler unterstand.
Ein großer Teil der Deutschen folgte ihm und seinen Ideen bedin-
gungslos.
Zur nationalsozialistischen Ideologie, d. h. den unumstößlichen
Zielen, gehörte es, dass die Nazis Deutsche für „Herrenmenschen“
- 10 hielten, die dazu geboren
seien, die Welt zu regieren und andere Menschen zu unterdrücken.
Mit diesem Ziel überfielen die deutschen Soldaten 1939 Polen und
später weitere Länder Europas, womit sie den Zweiten Weltkrieg
auslösten.
- 15 Sowohl im eigenen Land wie auch in den in Folge des Krieges
besetzten Gebieten verfolgten die Nazis all jene Menschen, die sie
für andersartig oder minderwertig hielten, darunter Kommunisten
und Sozialisten, Sinti und Roma, Homosexuelle und vor allem
Juden. Diese wurden in Deutschland systematisch verfolgt. Zu-
- 20 nächst verbot man ihnen viele Dinge: Die Kinder durften nicht mehr
auf öffentliche Schulen gehen, der Besuch öffentlicher Einrichtun-
gen wie Theater, Kino oder Schwimmbäder wurde ihnen verboten
und selbst ihre Berufe durften sie größtenteils nicht mehr ausüben.
Jüdische Geschäfte wurden mit „Jude“ beschmiert, Synagogen,
- 25 also jüdische Gotteshäuser, angezündet. Außerdem wurden Juden
verpflichtet, sich einen gelben Stern auf die Kleidung zu nähen und
es wurden strenge Ausgehzeiten festgesetzt, bei deren Übertretung
drastische Strafen verhängt wurden. Später begannen die Nazis,
Juden grundlos zu verhaften und in sogenannten Konzentrations-
- 30 lagern einzusperren, wo sie unter erbärmlichen Bedingungen
lebten, gequält wurden und meist schwerste körperliche Arbeit
leisten mussten. Viele starben an Entkräftung, Krankheit oder
Hunger. Ein noch viel größerer Teil wurde jedoch gezielt getötet.
Dafür wurden in den Lagern fabrikmäßige Gaskammern gebaut, die
- 35 als Duschen getarnt waren, in denen die Menschen jedoch einge-
schlossen und vergast wurden. Auf diese Weise starben mehrere
Millionen Menschen.

ABSTRACT

Sprache und Politik- ein Begriffspaar, das bereits in der antiken Denktradition in enger Korrelation zueinander steht, kennzeichnet die Forschung der Politolinguistik, welche in ihrer Tradition vor allem die Untersuchung der Machtaspekte in sprachlich- politischen Äußerungen aufdeckt und linguistisch hinterfragt. Tritt sie jedoch aus der Analyse von Charakteristika, Handlungsfeldern und sprachlichen Mustern bezüglich der engen politischen Kommunikation innerhalb der politischen Community der PolitikerInnen und wahlberechtigten Bevölkerung heraus, so ergibt sich auch jenseits primärer politischer Sprechakte ein Forschungsfeld, das sich als ebenso spannend, wie politisch relevant präsentiert: die politische Kommunikation mit noch nicht wahlberechtigten Kindern. Das Forschungsinteresse der vorliegenden Diplomarbeit liegt also auf Texten, deren linguistisch relevantes Bindeglied einerseits in ihrer politischen Sprache und andererseits in ihren gemeinsamen AdressatInnen liegt, nämlich jenen der noch nicht wahlberechtigten Kinder und Jugendlichen. Politische Texte für Kinder werden in ihrem Auftreten und ihrer Greifbarkeit dokumentiert, in den primären Sozialisationsinstanzen verortet und traditionellen Textsortenklassen zugeordnet. Sie manifestieren sich in den vier Kategorien I) Verordnungen, II) PolitikerInnen sprechen, III) Berichterstattungen sowie IV) Texten zur Politischen Bildung und begleiten ihr junges Publikum im Sozialisationsprozess indem sie politische Sachverhalte und Lexik ebenso vermitteln wie ein Politikbewusstsein, das von demokratischen Werten geprägt ist. Dass sie dabei den Forderungen des Grundsatzerlasses zur Politischen Bildung und dem sprachlichen Kooperationsprinzip folgen, konnte anhand einer lexikalisch- argumentativen Analyse und Untersuchung nach den grice'schen Kommunikationsmaximen verifiziert werden. Zum Erkennen, Nutzen und Gefallen der Texte innerhalb der Peergroup der acht- bis fünfzehnjährigen Kinder und Jugendlichen gibt schließlich eine Befragung mittels Fragebögen in einer Volksschule und Neuen Mittelschule Auskunft, die deren beachtliches Verständnis für politische Inhalte belegt.

CURRICULUM VITAE

PERSÖNLICHE DATEN

Name:	Martina Rössler
Geburtsdaten:	30.11.1988
Geburtsort:	Lilienfeld
Familienstand:	ledig
Kinder:	eine Tochter: Victoria Reckenzain
Staatsbürgerschaft:	Österreich
Religionsbekenntnis:	römisch- katholisch

AUSBILDUNG

Seit Oktober 2007:	Universität Wien: Lehramtsstudium UF Deutsch und UF Geographie/ Wirtschaftskunde
2003- 2007:	BORG St. Pölten; Reifeprüfung am 01.06.2007
1999- 2003:	Hauptschule Wilhelmsburg
1995- 1999:	Volksschule Wilhelmsburg- Süd

BERUFLICHE ERFAHRUNG UND ZUSATZQUALIFIKATIONEN

seit 2011	Deutschlehrerin an der HAK St. Pölten
Okt. 2011- Jun. 2012	Ausbildung zur Koordinatorin der Studien- und Berufswahlvorbereitung Universität Wien
Okt. 2006- Jun.2007	Ausbildung zur Mediatorin